

SOZIALREPORT 50+



'90 '92 '94 '96 '98 '00 '02 '05 '07 '09 '11

2013

Positionen und Fakten
zur sozialen Lage von
50- bis 64-jährigen
Bürgerinnen und Bürgern



Sozialreport 50+ 2013

**Daten und Fakten zur sozialen Lage
50- bis 64-Jähriger in den neuen Bundesländern**

**Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums
Berlin-Brandenburg e.V.**

im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e. V.

August 2013

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen	6	
Verzeichnis der Tabellen	10	
Zusammenfassende Hauptaussagen	14	
Vorbemerkungen	18	
1	Bewertung der gegenwärtigen Lebenssituation	22
1.1	Allgemeine Lebenszufriedenheit	22
1.2	Zufriedenheit nach Lebensbereichen	25
1.3	Hauptaussagen zur Bewertung der sozialen Entwicklung - neue Bundesländer	28
1.4	Sozialer Aufstieg - sozialer Abstieg	31
2	Arbeit und Einkommen	33
2.1	Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung	33
2.1.1	Beschäftigung	33
2.1.2	Atypische und prekäre Beschäftigung	37
2.1.3	Arbeitslosigkeit	39
2.1.4	Unterbeschäftigung	40
2.1.5	Soziale Differenzierung der Arbeitslosigkeit	40
2.1.6	Befürchtung, arbeitslos zu werden	43
2.2	Wert der Arbeit und Bewertungen ihrer Bedingungen	44
2.3	Zufriedenheit mit der Arbeit	49
2.3.1	Ängste vor dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess	49
2.3.2	Arbeitslosengeld II - Hartz IV	50
2.4	Einkommen	50
2.5	Bewertungen der Einkommen und finanziellen Lebensbedingungen	55
2.5.1	Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation	55
2.5.2	Wirtschaftliche Lage vor 5 Jahren	56
2.5.3	Ausblick: Erwartung der eigenen wirtschaftlichen Situation in fünf Jahren	57
2.5.4	Zufriedenheit mit der Kaufkraft des eigenen Einkommens	57
2.5.5	Bedürfnisbefriedigung	59
2.5.6	Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West	60
2.6	Armut	61
3	Werte	67
3.1	Grundwerte	67
3.2	Weitere Werte	69
4	Deutsche Einheit - Integration - Identifikation	72

4.1	Zum Stand der deutschen Einheit 2013	72
4.2	Zielkriterien für die deutsche Einheit 2013	78
4.3	Identifikationen	83
4.4	Regionale Verbundenheit	89
4.5	Subjektive Schichtzuordnung	91
4.6	Haltung zu Ausländern	94
5	Demokratie und bürgerschaftliches Engagement	98
5.1	Politisches Interesse	98
5.2	Demokratiezufriedenheit und -erwartungen	100
5.3	Institutionenvertrauen	102
5.4	Mitgliedschaften	105
6.	Erwartungen an zukünftige Entwicklungen	108
6.1	Allgemeine Erwartungen	108
6.2	Zukunftserwartungen	110
6.3	Erwartungen auf Verbesserungen und Verschlechterungen	113
6.4	Ängste vor dem Altwerden	116
6.5	Der Wechsel in den Ruhestand	118
6.6	Vorstellungen zum Lebensabend	121
6.7	Soziale Sicherung, Altersvorsorge	124
6.7.1	Soziale Sicherung	124
6.7.2	Altersvorsorge	126
6.7.3	Zwischen Information und Irritation	127

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung V1	Gesamtbevölkerung nach Altersstrukturen und Bundesländern - 2013 - in Prozent	18
Abbildung 1.1	Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem Leben? - nach Altersgruppen - 1990 bis 2013 - Durchschnittswerte*	23
Abbildung 1.2	Zufriedenheit - nach Einkommen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	24
Abbildung 1.3a	Zufriedenheiten nach ausgewählten Lebensbereichen und sozialer Differenzierung (nur Skalenwert „ zufrieden/sehr zufrieden “) - 2013 - in Prozent	26
Abbildung 1.3b	Zufriedenheiten nach ausgewählten Lebensbereichen und sozialer Differenzierung (nur Skalenwert „ zufrieden/sehr zufrieden “) - 2013 - in Prozent	26
Abbildung 1.4	Zufriedenheit nach Lebensbereichen* (nur Skalenwert „ zufrieden/sehr zufrieden “) - Kohorte der Jahrgänge 1949 bis 1963 - in Prozent	27
Abbildung 1.5	Hauptaussagen zur sozialen Lage - neue Länder - Gesamtbevölkerung - Altersgruppe 50 - 64 Jahre und Kohorte 1949 bis 1963 - 1990 bis 2013 - Durchschnittswerte	29
Abbildung 1.6	Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten fünf Jahren? - Kohorte der Geburtsjahre 1949 bis 1963 - in Prozent	32
Abbildung 2.1	Erwerbstätigkeit - nach Geschlecht - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	35
Abbildung 2.2	Erwerbsstrukturen von Partnerhaushalten - Altersgruppe 50 - 64 Jahre (einschließlich Rentner) - 2013 - in Prozent	37
Abbildung 2.3	Prekäre Beschäftigung - nach Qualifikation - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	38
Abbildung 2.4	Anteile Älterer an den Arbeitslosen - nach Jahren - in Prozent	39
Abbildung 2.5	Arbeitslose - nach Familienstand - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	42
Abbildung 2.6	Wert „Arbeit“ (nur Skalenwert „ sehr wichtig “) - nach Geschlecht und Qualifikation - 2013 - in Prozent	45
Abbildung 2.7	Durchschnittliches individuelles Nettoeinkommen - nach Altersgruppen - 2013 - in Euro	52
Abbildung 2.8	Erwartungen an die Entwicklung der Bedingungen, nach denen Löhne und Preise gestaltet werden - nach sozialem Status - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	58
Abbildung 2.9	Erwartungen zum Zeitpunkt der Einkommensangleichung - Alterskohorte Jahrgang 1963 bis 1949 - in Jahren	61
Abbildung 3.1	Rangfolge des Grundwertes „Solidarität“ - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	69

Abbildung 3.2	Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „ sehr wichtig “) - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	70
Abbildung 3.3	Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „ sehr wichtig “) - nach Qualifikation - 2013 - in Prozent	71
Abbildung 4.1	Angleichung der Lebensverhältnisse, heißt das für Sie vor allem...? (nur Skalenwert „ ja “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	73
Abbildung 4.2	Angleichung der Lebensverhältnisse heißt vor allem, dass alle Lebensbedingungen für alle gleich sind (nur Skalenwert „ nein “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	74
Abbildung 4.3	Zum Stand der deutschen Einheit - nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	76
Abbildung 4.4	In der Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP wurde im Jahr 2009 vereinbart: "die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen". Halten Sie diese Zielstellung für real? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013	77
Abbildung 4.5	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z. B. Kindergärten, Polikliniken u. a.“ (nur Skalenwert „ trifft voll zu “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	81
Abbildung 4.6	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn deutlich mehr Ostdeutsche in Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind. - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	82
Abbildung 4.7	Sind mehr als zwanzig Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...? - 3 Kohorten - 2013 - in Prozent	84
Abbildung 4.8	Über 20 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? „Ich fühle mich bereits als richtiger Bundesbürger.“ - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	86
Abbildung 4.9	Über 20 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	88
Abbildung 4.10	Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? (nur Skalenwerte „ stark “ und „ ziemlich stark “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 1997 bis 2013 - Prozent	90
Abbildung 4.11	Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit der Bundesrepublik? (nur Skalenwerte „ stark “ und „ ziemlich stark “) - 1997 bis 2013 - 3 Kohorten - in Prozent	91
Abbildung 4.12	Subjektive Schichtzuordnung im Zeitverlauf* - Alterskohorte Jahrgang 1949 bis 1963 im Zeitraum von 1992 bis 2013 - in Prozent	92
Abbildung 4.13	Subjektive Schichteinordnung und sozialer Auf- bzw. Abstieg - Alterskohorte 1949 bis 1963 im Zeitraum 2002 bis 2013 - in Prozent*	93
Abbildung 4.14	Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren - 2013 - in Prozent	96
Abbildung 4.15	Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren - Alterskohorte der Jahrgänge 1949 bis 1963 - in Prozent	97
Abbildung 5.1	Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen und politischer Einfluss - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	99

Abbildung 5.2	Grundwert Demokratie - Wertorientierung, Zufriedenheit und Ausblick* - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	101
Abbildung 5.3	Vertrauen in Institutionen (nur Skalenwerte „volles Vertrauen“/„viel Vertrauen“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	102
Abbildung 5.4	Vertrauen in Medieninstitutionen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	103
Abbildung 5.5	Vertrauen in demokratische Institutionen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - Vergleich 2011 und 2013 - in Prozent	104
Abbildung 5.6	Mitgliedschaften in Parteien, Verbänden, Vereinen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre (Mehrfachzählung möglich) - 2013 - in Prozent	105
Abbildung 5.7	Mitgliedschaft in Wohlfahrtsverbänden - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	106
Abbildung 6.1	Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...? - Geburtsjahrgänge 1949 bis 1963 - 1991 bis 2013 - in Prozent*	108
Abbildung 6.2	Können Sie sagen, wie sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern wird? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	111
Abbildung 6.3	Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten - nach Zukunftserwartungen - Jahrgang 1949 bis 1963 - in Prozent	112
Abbildung 6.4	Wie werden sich Ihrer Meinung nach folgende Bedingungen in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent*	113
Abbildung 6.5	Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Bedingungen, die zur sozialen Sicherheit gehören, in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? (nur Skalenwert „verschlechtern“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	115
Abbildung 6.6	Was bereitet Ihnen hinsichtlich des „Älterwerdens“ besondere Ängste? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	116
Abbildung 6.7	Ängste vor dem Alterseinkommen - nach Einkommensgruppen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	118
Abbildung 6.8	Welchen Wechsel in den Ruhestand streben Sie an? - Befragte im Ruhestand der Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	120
Abbildung 6.9	Beabsichtigen Sie nach heutiger Erkenntnis, vorzeitig in Rente zu gehen? - erwerbstätige oder arbeitslose Befragte der Altersgruppe 50 - 64 Jahre - nach Einkommensgruppen - 2013 - in Prozent	121
Abbildung 6.10	Haben oder hatten Sie Vorstellungen zum Lebensabend? - Erwerbstätige und Rentner im Alter von 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	122
Abbildung 6.11	Vorfreude auf den Ruhestand - Stichworte - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	123
Abbildung 6.12	Welche Vorstellungen vom Lebensabend haben sich erfüllt - Stichworte - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	123
Abbildung 6.13	Fühlen Sie sich eigentlich sozial abgesichert? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	125

Abbildung 6.14	Private Altersvorsorge und Höhe des Monatsbeitrages - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	127
Abbildung 6.15	Viele von Ihnen, die noch nicht Rentner sind, erhalten regelmäßig Post von Ihrem Rentenversicherer, indem Sie über die Höhe ihrer künftigen Regelaltersrente informiert werden. Was meinen Sie? - nur erwerbstätige und arbeitslose Befragte - 2013 - in Prozent	129

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle V1	Befragtenstruktur - 2013 - in Prozent	20
Tabelle 1.1	Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben? - 2013 - in Prozent	22
Tabelle 1.2	Lebensstandardprofile - nach allgemeiner Lebenszufriedenheit - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013	24
Tabelle 1.3	Zufriedenheit nach ausgewählten Lebensbereichen (nur Skalenwert „ sehr zufrieden “/„ zufrieden “) - 2013 - in Prozent	25
Tabelle 1.4	Wie bewerten Sie Ihre soziale Entwicklung in den letzten fünf Jahren? - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	31
Tabelle 2.1	Erwerbsstatus - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	34
Tabelle 2.2	Erwerbsstatus Frauen - nach Alter - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	35
Tabelle 2.3	Erwerbsstatus von Hochschulabsolventen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	35
Tabelle 2.4	Erwerbsstatus von Facharbeitern und Meistern - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	36
Tabelle 2.5	Erwerbsstruktur in Familienformen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	36
Tabelle 2.6	Bereits erlebte prekäre Beschäftigung - nach Geschlecht - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	38
Tabelle 2.7	Erwerbsstatus - nach Geschlecht - ausgewählte Indikatoren - 2013 - in Prozent	41
Tabelle 2.8	Arbeitslosigkeit - nach Bildung und Qualifikation - 2013 - in Prozent	41
Tabelle 2.9	Erfahrung mit Arbeitslosigkeit - nach Qualifikation - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	43
Tabelle 2.10	Befürchtung, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - 2013 - in Prozent	43
Tabelle 2.11	Falls Sie nicht arbeitslos sind, befürchten Sie, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - nach Qualifikation - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	44
Tabelle 2.12	Wert „Arbeit“ - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	44
Tabelle 2.13	Was bedeutet für Sie Arbeitsteilung in der Familie? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	45
Tabelle 2.14	Wenn Sie erwerbstätig oder arbeitslos sind, wollen Sie Teilzeit arbeiten? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	46
Tabelle 2.15	Wenn Sie erwerbstätig oder arbeitslos sind, wollen Sie Teilzeit arbeiten? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	46
Tabelle 2.16	Hat Ihrer Meinung nach der Stellenwert der Erwerbstätigkeit von Älteren in der Gesellschaft ...? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	47
Tabelle 2.17	Was meinen Sie zu dem folgendem Satz: „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!“? - 2013 - in Prozent	47

Tabelle 2.18	Wechsel in den Ruhestand durch solange arbeiten wie gewollt und gesundheitlich möglich - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	48
Tabelle 2.19	Wechsel in den Ruhestand durch ganztägiges Arbeiten bis zur Rente - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	48
Tabelle 2.20	Individuelles Nettoeinkommen - nach Gruppen insgesamt - 2013 - in Prozent	50
Tabelle 2.21	Durchschnittliche Nettoeinkommen - nach sozialen Gruppen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Euro	53
Tabelle 2.22	Nettoeinkommen - nach Familientyp und Bildungsstand und sozialer Schicht - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Euro	54
Tabelle 2.23	Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage - 2013 - in Prozent	55
Tabelle 2.24	Erwartung an die Entwicklung der eigenen wirtschaftliche Lage in 5 Jahren - 2013 - in Prozent	57
Tabelle 2.25	Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - 2013 - in Prozent	59
Tabelle 2.26	Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Qualifikation - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	59
Tabelle 2.27	Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Familienform - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	60
Tabelle 2.28	Armutsverteilung - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	62
Tabelle 2.29	Armutsverteilung - nach Qualifikation - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	63
Tabelle 2.30	Armutsverteilung - nach Erwerbsstatus - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	64
Tabelle 2.31	Armutsverteilung - nach Familienform - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	64
Tabelle 2.32	Armutsverteilung - nach Gewinn und Verlust durch die deutsche Einheit - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	65
Tabelle 2.33	Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich Alterseinkommen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	65
Tabelle 2.34	Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich des Gesundheitszustandes - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	66
Tabelle 2.35	Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich des ‚allein zu sein‘ - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	66
Tabelle 3.1	Welcher der nachfolgenden Werte ist Ihnen der wichtigste (Platz 1), wichtig (Platz 2) ... am wenigsten wichtig (Platz 5)? - 2011 und 2013 - in Prozent	68
Tabelle 3.2	Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	70
Tabelle 3.3	Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Geschlecht - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	71

Tabelle 4.1	Dauer bis zum Erreichen der Angleichung der Lebensverhältnisse - 2013 - in Prozent	75
Tabelle 4.2	Einschätzungen zum Stand der deutschen Einheit - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	75
Tabelle 4.3	Ist es noch gerechtfertigt, Ost und West gegenüberzustellen? - 2013 - in Prozent	77
Tabelle 4.4	Ziele für die Verwirklichung der deutschen Einheit - Vergleich 2009 und 2011 in Ostdeutschland (nur Skalenwert „ trifft voll zu “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - in Prozent	79
Tabelle 4.5	Zielkriterien für die Verwirklichung der deutschen Einheit - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „ trifft voll zu “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	80
Tabelle 4.6	Sind mehr als zwanzig Jahre Einheit für Sie insgesamt ...? - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent	83
Tabelle 4.7	Seit der Einheit sind ... Jahre vergangen. Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 1997 bis 2013 - in Prozent	85
Tabelle 4.8	Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? (nur Skalenwerte „ stark “ und „ ziemlich stark “) - 2013 - in Prozent	89
Tabelle 4.9	Subjektive Schichtzuordnung - 2013 - in Prozent	91
Tabelle 4.10	Wohnstatus nach subjektiver Schichtzuordnung - 2013 - in Prozent	93
Tabelle 4.11	Anteile ausländischer Bürger und von Bürgern mit Migrationshintergrund - Deutschland - 2011 - absolut	94
Tabelle 4.12	Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland (nur Skalenwert „ stimme voll zu “) - 2013 - in Prozent	95
Tabelle 4.13	Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „ stimme nicht zu “) - 2013 - in Prozent	96
Tabelle 5.1	Wie stark interessieren Sie sich für Politik? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	98
Tabelle 5.2	Wie zufrieden sind Sie mit dem Stand der Demokratieentwicklung? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	100
Tabelle 5.3	Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden, Vereinen und Sozialstruktur - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	106
Tabelle 5.4	Wären Sie zur Mitarbeit in einer Organisation mit nachfolgenden Zielen bereit? (nur Skalenwert „ ja “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	107
Tabelle 6.1	Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...? - 2013 - in Prozent	108
Tabelle 6.2	Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	109
Tabelle 6.3	Können Sie sagen, wie sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern wird? - 2013 - in Prozent	110

Tabelle 6.4	Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Bedingungen, die zur sozialen Sicherheit gehören, in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	115
Tabelle 6.5	Was bereitet Ihnen hinsichtlich des Älterwerdens vor allem Ängste? (nur Skalenwert „ vor allem “) - 2013 - in Prozent	117
Tabelle 6.6	Welchen Wechsel in den Ruhestand streben Sie an? - erwerbstätige oder arbeitslose Befragte der Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent (Mehrfachantworten möglich)	119
Tabelle 6.7	Beabsichtigen sie nach heutiger Erkenntnis, vorzeitig in Rente zu gehen? - erwerbstätige oder arbeitslose Befragte der Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	120
Tabelle 6.8	Vorstellungen vom Lebensabend - 2013 - in Prozent	121
Tabelle 6.9	Fühlen Sie sich eigentlich sozial abgesichert? (nur Antwort „ ja “) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	125
Tabelle 6.10	Formen des Altersvorsorgesparens - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent	126
Tabelle 6.11	Viele von Ihnen, die noch nicht Rentner sind, erhalten regelmäßig Post von Ihrem Rentenversicherer, indem Sie über die Höhe ihrer künftigen Regelaltersrente informiert werden. Was meinen Sie? - nur erwerbstätige und arbeitslose Befragte - 2013 - in Prozent	127
Tabelle 6.12	Erwartungen an die Rentenhöhe im Vergleich zum Informationsbrief - nur erwerbstätige und arbeitslose Befragte - 2013 - in Prozent	128

Zusammenfassende Hauptaussagen

- Die Hälfte der Bürger in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) ist 2013 mit dem Leben alles in allem zufrieden. Die 50- bis 64-Jährigen sind weniger zufrieden als die Ostdeutschen insgesamt. Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. die vorhandenen Vermögenswerte, aber auch erlebte bzw. nichterlebte prekäre Arbeitsverhältnisse.
- Es ist festzustellen, dass Zufriedenheit und Unzufriedenheit sich in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost über die Jahre relativ stabil verhalten. Vor allem Bereiche, die vom Einzelnen in hohem Maße „selbstbestimmt“ gestaltet werden (Wohnung, Partnerschaft, Freizeitgestaltung), weisen hohe Zufriedenheiten aus. Im Vergleich zur Gesamtheit der Bürger der neuen Bundesländer ab 18. Lebensjahr gibt es eine hohe strukturelle Übereinstimmung.
- Die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern anerkennt die im Ergebnis der friedlichen Revolution nach 1990 erfolgte spürbare Anhebung des Lebensniveaus ebenso wie sie nicht übersieht, dass dies mit einer zunehmenden Differenzierung in den Lebenslagen einhergeht. Es wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2013 im Wesentlichen fünf unterschiedliche Phasen aufweist: *Angleichungsphase 1990 bis 1995, Stabilisierungsphase 1996 bis 1999, Abschwungphase 2000 bis 2003, Stagnationsphase 2004 bis 2008 und Krisenbewältigung seit 2009.*
- Von den 50- bis 64-Jährigen bewerten nur wenige ihre Entwicklung als Aufstieg, ein Viertel eher als sozialen Abstieg und die große Mehrheit mit weder/noch. Es ist offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen, geführt haben. Charakteristisches Element der Selbstbeurteilung ist, dass inzwischen in den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein „Durchgangsstadium“ bis zum nächsten Arbeitsverhältnis betrachtet wird, sondern zunehmend als sozialer Abstieg „auf Dauer“.
- Die Ungleichheit der Chancen am Arbeitsmarkt und die Spreizung der Einkommensverteilung nehmen insgesamt zu. Die Schere zwischen den neuen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter. Etwa ab dem 55. Lebensjahr beginnt unfreiwillig der Übergang in die Rente. Es erfolgen eine massive Verdrängung vom Arbeitsmarkt und ein starker Einschnitt in den Einkommen.
- Trotz Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt bleiben die Angleichungen der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung zwischen den alten und den neuen Bundesländern aus. Insbesondere die starke Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt und der hohe Anteil atypischer und prekärer Beschäftigung verschärfen die Ungleichheit.
- Bei allen auch vorhandenen gegenteiligen Erfahrungen halten die Ostdeutschen auch im Alter zwischen 50 und 64 Jahren an der hohen Wertschätzung der Arbeit fest. Arbeit ist für die Vergewisserung der eigenen Identität und der Integration in die Gesellschaft von höchster Bedeutung. Die Verunsicherungen am Arbeitsmarkt führen in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre zum Verlust der Planungssicherheit des eigenen Lebens.
- Bei den Erwerbstätigen ist die Zufriedenheit mit der Arbeit als hoch einzuschätzen. Auch diese Bewertung widerspricht vielfach den faktischen Arbeits- und Einkommensbedingungen, aber sie entspricht auch der Wertschätzung der Arbeit überhaupt. Die künftigen Entwicklungen

werden äußerst pessimistisch bewertet. Ängste im Zusammenhang mit der Verdrängung vom Arbeitsmarkt sind vielfältig und groß.

- Nachdem auch in den neuen Bundesländern die Ungleichheit der Einkommen lange zugenommen hatte, ist eine weitere Zunahme nicht zu verzeichnen. Trotz eines Einkommenszuwachses in den vergangenen Jahren ist der Abstand der ostdeutschen Einkommen (vor allem der Erwerbseinkommen) zu den westdeutschen groß. Für die kommenden Rentenzugänge ist ein Wachsen des Unterschiedes bei den Renteneinkommen zwischen Ost und West zu befürchten.
- Zwei Drittel der 50- bis 64-Jährigen können ihre Bedürfnisse mittels ihres Einkommens, wenn auch mit Einschränkungen, befriedigen. Kinderlosen Partnerhaushalten gelingt das am besten, Alleinerziehenden am wenigsten. Die künftige Entwicklung wird insbesondere in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auch angesichts der zu erwartenden Einschränkungen beim Renteneinkommen äußerst pessimistisch eingeschätzt. An eine Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen den neuen und den alten Bundesländern glaubt faktisch niemand mehr.
- Gestiegene Einkommen in den letzten Jahren haben nicht zu einer Verbesserung der Kennziffern für die Einkommensarmut geführt. Dazu tragen atypische und prekäre Beschäftigung, Verdrängung aus dem Erwerbsleben und sinkende Rentenzahlungsbeträge bei. Armut ist weiterhin für ein Fünftel der 50- bis 64-Jährigen ein reales Problem und führt zu vielfachen Ängsten vor dem Altern, einschließlich in Bezug auf die Gesundheit und soziale Isolation.
- Von allen Befragten ab 18. Lebensjahr haben Freiheit und Soziale Sicherheit nahezu gleichauf die häufigsten Nennungen als wichtigster Wert. Auch dem Wert der Gerechtigkeit wird mit der ersten Nennung nach wie vor eine wichtige Stellung zugewiesen. Gleichheit und Solidarität folgen mit großem Abstand der Erstenennungen. Dabei ist den Jüngeren (unter 50 Jahre) der Wert der Freiheit deutlich bedeutsamer als der der sozialen Sicherheit. Der Grundwert Solidarität nimmt in seiner Bedeutung mit dem Alter deutlich zu.
- Arbeit, Familie, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen, aber auch persönliche Sicherheit stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger aller Altersgruppen. Der Stellenwert von Kindern und Bildung ist bei den Befragten mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich ausgeprägt, der Wert Gesundheit nimmt mit dem Alter noch an Bedeutung zu. Die Werte Arbeit, bezahlbare Wohnung, Einkommen, Familie, persönliche Sicherheit, Kinder und Umwelt sind für Frauen wichtiger als für Männer.
- Konsens besteht bei allen differenzierten Sichtweisen zum Stand der deutschen Einheit darüber, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West den entscheidenden Bewertungsmaßstab darstellt. Die Ostdeutschen insgesamt und insbesondere diejenigen aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen verstehen nahezu ausnahmslos unter Angleichung vor allem die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, bei den Bildungsmöglichkeiten und hinsichtlich der Zugänge zum Gesundheitswesen.
- Die deutsche Einheit wird - aus der Sicht der Ostdeutschen - noch eine ganze Weile auf sich warten lassen. So sieht auch nur ein geringer Teil der Befragten der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre die Zielstellung der Koalitionsvereinbarung, bis 2019 die Lebensverhältnisse anzugleichen, als real an. Nur sehr wenige der 50- bis 64-Jährigen halten die deutsche Einheit für vollendet. Die Zeit bis zur realen deutschen Einheit wird von den Befragten am häufigsten mit 20 Jahren angegeben.

- Die Verwirklichung der deutschen Einheit ist vor allem an gleiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gleiche Tarif- und Lohngestaltung, an die Einhaltung des Leistungsprinzips u. a. m. gebunden. Diese Einschätzung ist unter den Ostdeutschen insgesamt und auch bei den 50- bis 64-Jährigen seit Jahren konstant. Das betrifft vor allem anderen die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf.
- Die Bürger in Deutschland sehen sich sowohl als Gewinner wie Verlierer der Einheit. Die Vereinigungsbilanz der 50- bis 64-Jährigen fällt gemischt aus. Während die Hälfte der Befragten ab 18 Jahre für sich Gewinne feststellt, sind es deutlich weniger in der Altersgruppe zwischen 50 und 64 Jahren. Am geringsten ist die Einordnung in die Gewinnergruppe bei den 55- bis 59-Jährigen. Insbesondere Arbeitslose und Bürger mit geringem Einkommen sehen sich als Verlierer.
- Die gefühlsmäßige Verbundenheit der Bürger ist nach wie vor stark sozialisationsbedingt. Ostdeutschland ist für die Mehrheit der 50- bis 64-jährigen Bürger der neuen Bundesländer ein wesentlicher Bezugspunkt. 50- bis 64-jährige Ostdeutsche sind stark an die jeweilige Gemeinde gebunden. Das neue Europa wird weitaus weniger angenommen.
- Die subjektive Schichteinstufung reflektiert die individuelle Lebenslage ebenso wie die regionale Sozialisation. In den neuen Bundesländern fehlt eine einheimische Oberschicht fast völlig.
- Zur Vielfalt des Lebens in Deutschland gehören auch das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und multikulturelles Leben. Die unterschiedlichen Erfahrungen des Zusammenlebens reflektieren sich in entsprechenden Haltungen zu Ausländern. Vorbehalte sind bei ostdeutschen 50- bis 64-Jährigen stark. Insgesamt ist die Haltung der Bürger der neuen Bundesländer mehrheitlich nicht ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen.
- Ein Drittel der 50- bis 64-Jährigen in den neuen Ländern ist stark an Politik interessiert, darunter jeder Zehnte in sehr starkem Maße. Seit 2011 zeigt sich das Politikinteresse dieser Altersgruppe auf gleichem Niveau. Männer zeigen ein größeres Interesse an Politik als Frauen, die Gruppe der 55- bis 59-Jährigen ist am wenigsten interessiert.
- Demokratie als Grundwert erfährt unter 50- bis 64-Jährigen eine hohe Wertschätzung. Deutlich skeptischer fällt die Beurteilung der Demokratieentwicklung aus, die nur jeder Sechste zufriedenstellend findet. Der Ausblick auf bessere demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten ist eher gering.
- Das höchste Vertrauen unter den gesellschaftlichen Institutionen genießt der Bundespräsident. Vertrauen in Polizei, Verwaltung und Gerichte ist hoch und bleibt auf gleichem Niveau wie 2011. Der Bundesregierung, dem Bundesrat und den Landesregierungen vertrauen die 50- bis 64-Jährigen weiterhin wenig. Die TV-Nachrichtensendungen erfahren unter den Medien, oft als vierte Gewalt bezeichnet, den höchsten Vertrauensbonus.
- Zwei Drittel der 50- bis 64-Jährigen sind Mitglieder in einem Verein bzw. anderenorts gesellschaftlich engagiert. Sportvereine, Kleingartenvereine und Gewerkschaften verzeichnen die höchste Mitgliedschaft. Interesse am bürgerschaftlichen Engagement mit sozialen Aufgaben bekunden Vier von Zehn in dieser Altersgruppe.
- Über den Gesamtzeitraum seit 1990 sind sinkende Hoffnungen und steigende Befürchtungen für die neuen Bundesländer charakteristisch. Nur ein geringer Teil der 50- bis 64-Jährigen ver-

bindet die weitere Entwicklung vor allem mit Hoffnungen, in höherem Maße werden Befürchtungen geäußert.

- Auch hinsichtlich der Erwartungen wird kaum von Verbesserungen ausgegangen, die Zukunftsaussichten werden dominiert von "es bleibt in etwa so wie es ist". Verschlechterungen werden durchgängig häufiger benannt als Verbesserungen. Ein nicht unbedeutender Teil ist sich über die Zukunftsaussichten unsicher.
- Die für die individuelle Entwicklung erwarteten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen von Lebensbedingungen weisen eine hohe Differenzierung zwischen den einzelnen Lebensbereichen aus. Vor allem hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter werden deutliche Verschlechterungen erwartet.
- Es gibt eine relativ große Anzahl Bürger, welche Älterwerden mit Ängsten vor dem Alter in den verschiedensten Bereichen verbinden. Dabei wirken vor allem die zentralen Themen der öffentlichen Debatte (Pflege, Altersarmut), die bereits bei den Jüngeren Besorgnisse auslösen. Die Debatten um das Alter tragen nicht zu individuell empfundener künftiger Sicherheit bei.
- Die große Mehrheit der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen möchte - aus verschiedenen Gründen - bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze in Vollzeitbeschäftigung sein bzw. bleiben, fast ebenso häufig wird die Option benannt, solange zu arbeiten, wie man will oder kann.
- Eine vorzeitige Beendigung des Erwerbslebens erwägt die Mehrheit nur dann, wenn keine Abschläge die Rentenzahlung belasten. In den jeweils höchsten Einkommensgruppen übersteigt die Bereitschaft des vorzeitigen Wechsels in den Ruhestand auch mit Einschränkungen die Zahl derer, die nur ohne Abschläge früher wechseln würden.
- Zufrieden mit der gebotenen sozialen Sicherheit ist knapp ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen, die Mehrheit jedoch nur mit Einschränkungen und ein Drittel ist unzufrieden. Wer sich in höherem Maße durch die gesetzlichen Sozialsysteme abgesichert fühlt, ist auch zufrieden mit der allgemeinen sozialen Sicherheit. Die zukünftige Entwicklung der sozialen Sicherheit verbinden nur wenige mit Verbesserungen, fast die Hälfte erwartet entweder keine Veränderungen oder Verschlechterungen.
- In der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre verweisen Neun von Zehn auf zusätzliche Formen der finanziellen Alterssicherung in Form einer Riesterrente bzw. der privaten Absicherung, wobei Letztere mehr als doppelt so oft genannt wird wie die Riesterrente. Die Sparquote liegt bei zwei Dritteln im Bereich bis zu 100 Euro monatlich.
- Das Vertrauen in die regelmäßigen Informationspapiere der Rentenversicherer über die Höhe der möglichen künftigen Regelaltersrente ist äußerst gering. Die große Mehrheit der Befragten der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre erwartet, dass sie weniger Rente erhalten als in den Infobriefen berechnet.

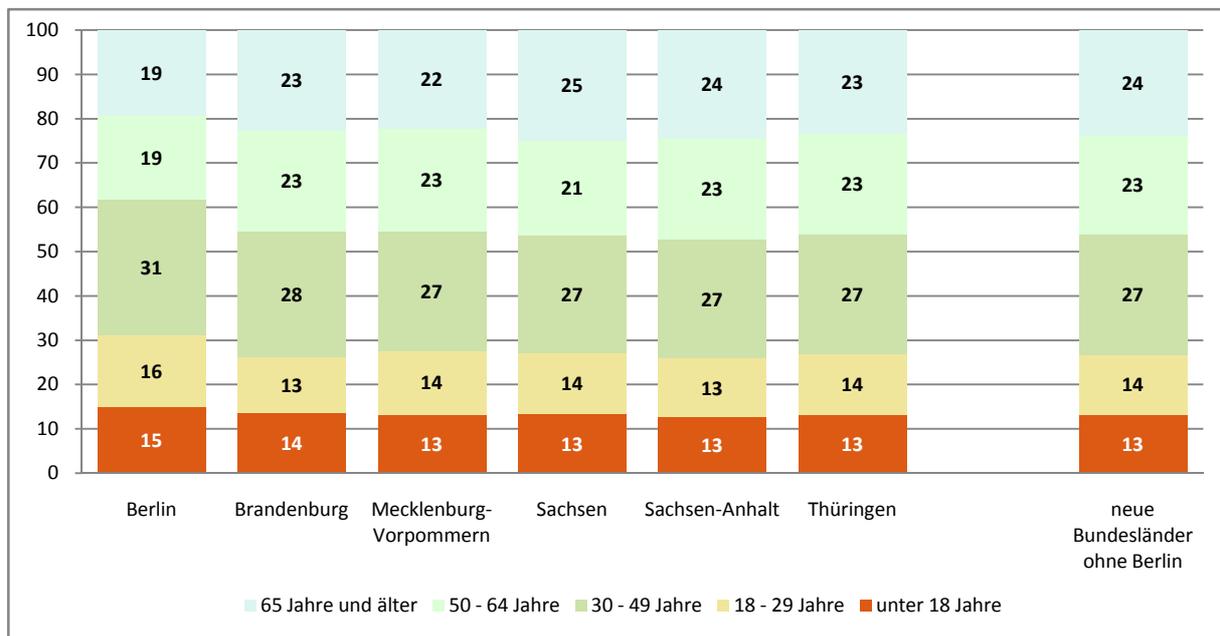
Vorbemerkungen

Das vorliegende Material konzentriert sich, dem traditionellen Wechsel zwischen „Sozialreport“ und „Seniorenreport“ folgend, im Jahr 2013 auf die Analyse der sozialen Lage der Bürger im Alter von 50 bis 64 Jahren. Es verbindet Meinungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer (inkl. Berlin-Ost) - unter Einbeziehung von Längsschnittanalysen, welche auf den nunmehr 24 Wellen der jährlichen repräsentativen Befragung ostdeutscher Bürger beruhen, an denen seit Januar 1990 insgesamt rd. 36.000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Für eine Schwerpunktdarstellung auf die Altersgruppe 50 bis 64 Jahre sprachen aus Sicht der Auftraggeber und Verfasser der Studie:

Erstens erfassen die gekennzeichneten Altersgruppen die Jahrgänge 1949 bis 1963, also jene Jahrgänge, die maßgeblich die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre getragen haben und das jetzige Volksvermögen ihrer Elterngeneration verwalteten und vermehrten. Es sind die Jahrgänge, die sich am meisten hinsichtlich ihrer Sozialisation auf Grund ihrer unterschiedlichen Entwicklung in der DDR sowie der Bundesrepublik unterscheiden.

Zweitens ist es aber auch die Generation, in der - nach vielen Jahren des Auf- und Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme - in fast allen Bereichen der Sicherung in den sog. Wechselfällen des Lebens, d. h. im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, tiefgreifende Reformen den Leistungskatalog einschränkten, den Wechsel von solidarischer Sorge zu privater Vorsorge einläuteten und einleiteten, was mit einer realen Verunsicherung für das Alter verbunden war und ist. Die Diskussion um künftige Altersarmut - vor allem im Osten - ist nur ein Indikator für diese Entwicklung.

Abbildung V1 Gesamtbevölkerung nach Altersstrukturen und Bundesländern - 2013 - in Prozent



Quelle: Zensus 9. Mai 2011, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013

Drittens sind die gekennzeichneten Jahrgänge - zumindest was den Osten betrifft - als eigentliche Träger der friedlichen Revolution und des deutschen Vereinigungsprozesses bis in die Gegenwart die an der Vereinigung am wenigsten partizipierenden Jahrgänge. Auch nach mehr als zwanzig Jahren deutscher Einheit ist der Angleichungsprozess nur in Teilgebieten vollzogen, in anderen, wie z. B. Einkommen/Rente, bis in die Gegenwart nicht und auch nicht in erkennbar zeitlicher Nähe, was insbesondere diese Jahrgänge betreffen wird.

Und schließlich haben viertens die Lebensformen und die Lebensgestaltung in Deutschland eine Vielfalt angenommen (Familienformen, Migranten, Lebensentwürfe, Ost-West, weltanschauliche Positionen, Parteien- und Organisationslandschaft usw.), die noch vor 15 bis 20 Jahren nicht denkbar war. Es ist die Generation, welche als erste diese Vielfalt von Lebensformen und kulturellen Unterschieden in Größenordnungen und ohne größere Vorbehalte aufnimmt.

Die Befragung erfolgte postalisch, nach einem der Bevölkerungsgröße entsprechenden Anteil in den einzelnen Bundesländern (Random-Route-Verfahren repräsentativ ausgewählter Land-/Stadtkreise). Verteilt wurden 10.000 Fragebogen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.

Mit einem Rücklauf von 1.304 Fragebogen (13,0 %), von denen 1.256 Fragebogen als auswertbar in die Gesamtdatensatz eingegeben wurden (12,5 %), wurde ein erwartetes Ergebnis erzielt. Soweit nicht anders vermerkt wird im nachfolgenden Material „neue Länder“ unter Einschluss von Berlin-Ost verstanden.

Mehrheitlich wurden die empirisch erhobenen Daten auf- bzw. abgerundet. Dadurch können Abweichungen in der Summenbildung (99/101) auftreten, welche als 100 zu werten sind.

Wenn im vorliegenden Material aus Gründen einer knappen Darstellung nicht immer im Text die männliche und weibliche Sprachform gewählt wurde, bitten die Autoren um Nachsicht und erklären, dass sie sich des Unterschiedes wohl bewusst sind.

In einigen Erläuterungen wird auf das Haushaltsäquivalenzeinkommen verwiesen.

Für das Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung wird das Haushaltsnettoeinkommen mit der Zahl der im Haushalt lebenden Familienmitglieder - in Abhängigkeit von deren Alter - gewichtet:

- der erste Erwachsene mit 1,0,
- der 2. Erwachsene mit 0,5,
- Kinder über 14 Jahre mit 0,5,
- Kinder unter 14 Jahren mit 0,3.

Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, davon eins unter 14 Jahren, erhält demzufolge den Gewichtungsfaktor 2,3.

Tabelle V1 Befragtenstruktur - 2013 - in Prozent

	Leben 2013		amtliche Statistik
	neue Länder inklusive Berlin-Ost	neue Länder ohne Berlin	ohne Berlin
Geschlecht			Basisjahr 2011
weiblich	51	51	51
männlich	49	49	49
Alter			Basisjahr 2011
18 bis 24 Jahre	9	10	9
25 bis 39 Jahre	23	24	20
40 bis 49 Jahre	14	14	19
50 bis 54 Jahre	9	9	9
55 bis 59 Jahre	10	9	9
60 bis 64 Jahre	9	9	7
65 Jahre und älter	25	25	27
Berufsabschluss			Basisjahr 2011
ohne Abschluss	17	18	16
Facharbeiter	57	56	66
Fachschul-/Hochschulabschluss	24	25	18
Gemeindegröße			Basisjahr 2011
unter 1.000 Einwohner	7	7	5
1.000 bis 5.000	18	19	16
5.000 bis unter 20.000	24	25	28
20.000 bis unter 50.000	16	16	18
50.000 bis unter 100.000	10	11	6
100.000 und mehr Einwohner	25	22	27
Arbeitslosigkeit			Mai 2013
Quote ALG I-Empfänger	3,1	2,7	3,2
Quote ALG II-Empfänger	6,9	6,9	7,7
Migrationshintergrund			Basisjahr 2010
ja	3,7	3,3	4,6
nein	96,3	96,7	96,1

Datenerhebung: sfz/leben 2013 (gew.), Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2012, Fachserie 1 Reihe 4.1.2, Zensus 9. Mai 2011, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013, Bundesagentur für Arbeit

Zugleich wurde die regionale Herkunft der Befragten erhoben und ergab, dass im Jahr 2013

- von den heute in den neuen Ländern (inkl. Berlin-Ost) lebenden Befragten
 - 92 % in der DDR lebten (inkl. Berlin-Ost),
 - unter den 50- bis 64-Jährigen sind es 94 %,
 - 8 % vor 1990 in der BRD (inkl. Berlin-West) wohnten und
 - 6 % der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre sind erst nach 1990 in die neuen Bundesländer gezogen.

Von allen Befragten hatten - nach eigenen Angaben - 4 % einen Migrationshintergrund, von den Befragten im Alter von 50 bis 64 Jahren betrug dieser Anteil 5 %.

Die nachfolgende Ausarbeitung beinhaltet z. T. unterschiedliche Altersgruppierungen, welche dem Anliegen folgen, insbesondere die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen mit ihren Wertungen, Befindlichkeiten und unterschiedlichen Lebenslagen darzustellen.

Einige Aussagen sind kohortenbezogen, d. h. sie betreffen Befragte 3 verschiedener Jahrgangsguppen im Zeitverlauf - die im Jahr 2013 unter 50-Jährigen (Jg. 1964 und jünger), die zwischen 50- und 64-Jährigen (Jg. 1949 bis 1963) sowie die 65-Jährigen und Älteren (Jg. 1948 und jünger).

1 Bewertung der gegenwärtigen Lebenssituation

1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die Hälfte der Bürger in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) ist 2013 mit dem Leben alles in allem zufrieden. Die 50- bis 64-Jährigen sind weniger zufrieden als die Ostdeutschen insgesamt. Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. die vorhandenen Vermögenswerte, aber auch erlebte bzw. nichterlebte prekäre Arbeitsverhältnisse.

Tabelle 1.1 Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?
- 2013 - in Prozent

	Gesamt	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	50 - 64 Jahre								
	50 - 64 Jahre								
sehr zufrieden	4	6	2	6	3	4	5	1	6
zufrieden	43	42	45	44	40	46	50	7	49
teils zufrieden	39	39	38	40	40	37	37	59	34
unzufrieden	10	12	8	6	13	10	6	24	8
sehr unzufrieden	4	1	7	4	4	4	3	9	4

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Im Jahr 2013 sind die Bürger in den neuen Bundesländern (inkl. Berlin-Ost) mehrheitlich (55 %) mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden/zufrieden. Ein Drittel (34 %) ist teilweise zufrieden und 12 % sind unzufrieden.

Dabei ist hinsichtlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit - bezogen auf ältere Bürger - festzustellen: Die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen ist am wenigsten zufrieden und die der über 65-Jährigen am zufriedensten. Innerhalb dieser Altersgruppe sind es die 55 bis 59-Jährigen, die sich durch die geringste Zufriedenheit (43 %) auszeichnen.

Die Zufriedenheitsbewertungen in den neuen Bundesländern seit Anfang 1990 sind durch eine Zunahme positiver Bewertungen bis Mitte der 90er Jahre geprägt, eine Stabilisierung bis Beginn des neuen Jahrhunderts sowie ein nachfolgendes Sinken der Zufriedenheit, welche in den letzten drei Jahren wieder in eine positive Grundtendenz umschlägt.

Dabei sind bemerkenswert:

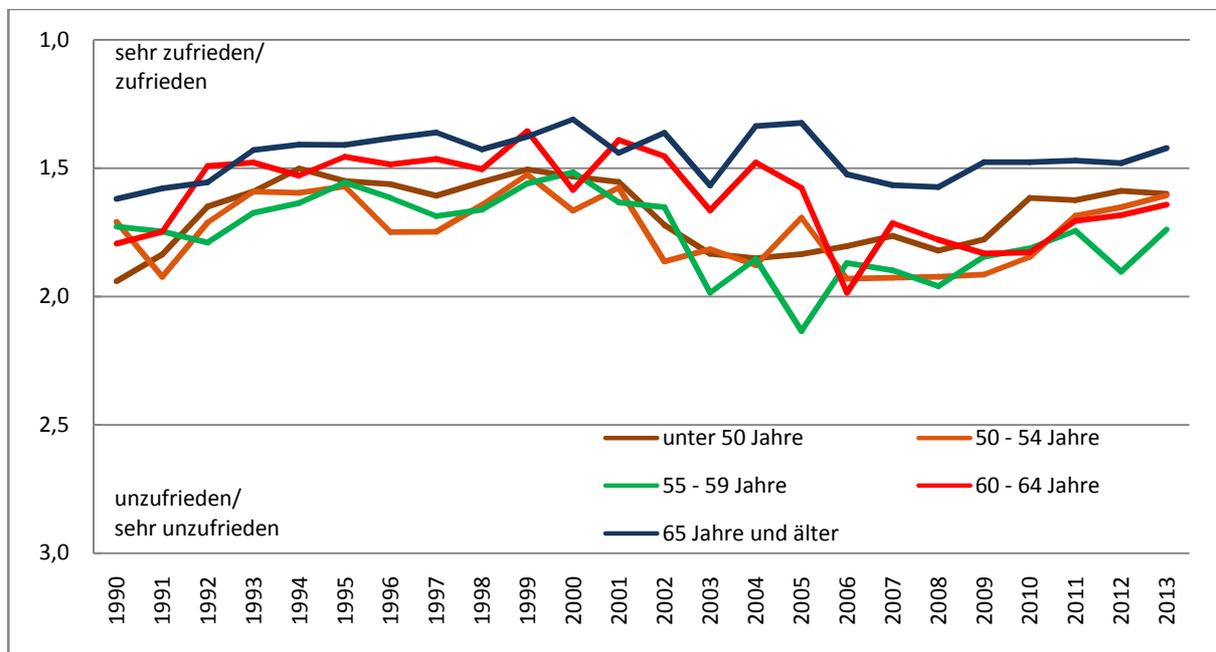
- Der Umschlag der Bewertung bei den 50- bis 64-Jährigen auf Grund des Greifens bzw. Auslaufens der Vorruhestandsregelung ab 55. Lebensjahr für die neuen Bundesländer.
- Die Wirkungen der Sozialreformen seit 2000 auf die allgemeine Lebenszufriedenheit, die bei den 50- bis 64-Jährigen vor allem zwischen 2000 und 2006 zu verzeichnen sind (ebenso wie auf die Jüngeren).
- Die Nichtbetroffenheit der Rentner von den Entwicklungen der Arbeitsmarktpolitik einerseits und die Auswirkungen der Nullrunden und Rentenreformmaßnahmen bei Rentnern ab 2004 - und damit verbundene Abkoppelung der Rentenentwicklung von der allgemeinen Lohnentwicklung - führen zu deutlichen Zufriedenheitsverlusten.
- Die Auswirkungen von spezifischen Schutzschirmen im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise - z. B. durch Kurzarbeit - und die mit der wirtschaftlichen Entwicklung ab 2010 verbundenen positiven Wirkungen - im Besonderen bei den 50- bis 64-Jährigen. Unverkennbar auch,

dass davon die Rentner am wenigsten profitieren, so dass eine Annäherung/Angleichung an die Bewertungen der anderen Altersgruppen erfolgt.

Die strukturellen Übereinstimmungen ebenso wie ihre jeweiligen Niveauunterschiede reflektieren einerseits unterschiedliche Lebenslagen wie andererseits zugleich erreichte Angleichungen in den Lebensverhältnissen. Das gilt auch für das höhere Maß an Übereinstimmung in der Altersgruppe von 50 bis 64 Jahren, aufgrund der inzwischen erfolgten Angleichung - im negativen Sinne - z. B. hinsichtlich des Arbeitsmarktes, der Veränderungen im Rentenrecht oder Armutsentwicklungen.

Die 65-Jährigen und älteren sind in den neuen Bundesländern fast durchgängig zufriedener als die jüngeren Jahrgänge. Insbesondere ab 2004 nehmen die Zufriedenheitsunterschiede der Rentnergeneration im Vergleich zu den Altersgruppen zwischen 50 und 64 Jahren deutlich zu, während sich der Abstand zu den unter 50-Jährigen verringert.

Abbildung 1.1 Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem Leben? - nach Altersgruppen - 1990 bis 2013 - Durchschnittswerte*



* sehr zufrieden/zufrieden = 1, teilweise zufrieden = 2, unzufrieden/sehr unzufrieden = 3

Datenbasis: sfz/leben 1990-2013 (gew.)

Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. die vorhandenen Vermögenswerte (z. B. Wohneigentum), aber auch erlebte bzw. nichterlebte prekäre Arbeitsverhältnisse.

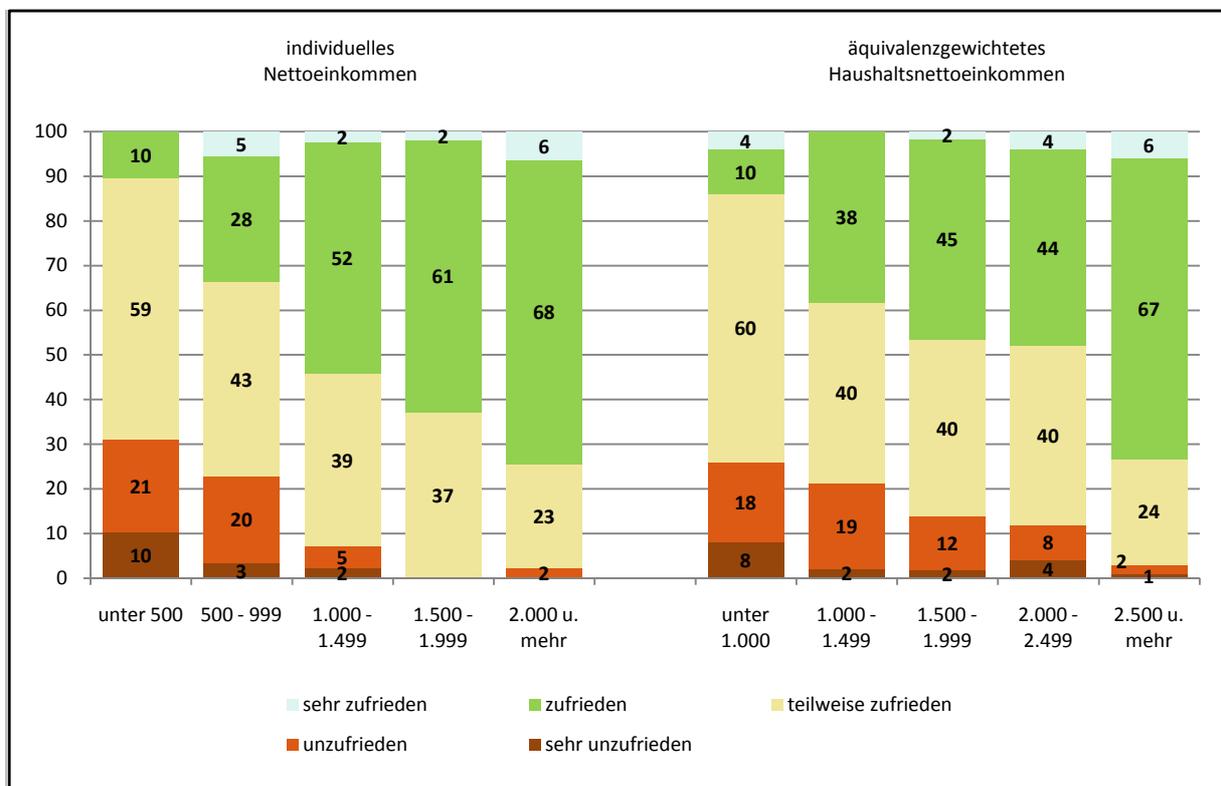
Tabelle 1.2 Lebensstandardprofile - nach allgemeiner Lebenszufriedenheit
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013

Indikator	Maßeinheit	neue Länder und Berlin-Ost	
		zufrieden	unzufrieden
n=100	%	47	14
individuelles Nettoeinkommen	Euro	1.506	611
Haushaltsnettoeinkommen	Euro	2.587	1.384
Äquivalenzeinkommen/Kopf	Euro	1.633	914
Wohneigentum	% v. Zufriedenen	56	10
Wohngröße	qm	92	75
Fachschulabschluss	% v. Zufriedenen	51	15
Hochschulabschluss	% v. Zufriedenen	58	7
eigene Zukunftsaussicht (zufrieden/sehr zufrieden)	% v. Zufriedenen	53	9
wirtschaftliche Lage (sehr gut/gut)	% v. Zufriedenen	60	3
arbeitslos	% v. Zufriedenen	2	30
schon prekäres Arbeitsverhältnis erlebt	% v. Zufriedenen	28	62

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Insgesamt machen die Profilvergleiche ab 50. Lebensjahr deutlich, dass die Zufriedenheit und Unzufriedenheit vor allem mit der wirtschaftlichen Situation, die sich in der Einkommenslage kumuliert, verbunden sind.

Abbildung 1.2 Zufriedenheit - nach Einkommen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre
- 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

1.2 Zufriedenheit nach Lebensbereichen

Es ist festzustellen, dass Zufriedenheit und Unzufriedenheit sich in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost über die Jahre relativ stabil verhalten. Vor allem Bereiche, die vom Einzelnen in hohem Maße „selbstbestimmt“ gestaltet werden (Wohnung, Partnerschaft, Freizeitgestaltung), weisen hohe Zufriedenheiten aus. Im Vergleich zur Gesamtheit der Bürger der neuen Bundesländer ab 18. Lebensjahr gibt es eine hohe strukturelle Übereinstimmung.

Die höchsten Zufriedenheiten werden für Wohnen und Partnerschaft ausgewiesen. Es sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbst- und eigenständig gestalten kann. Ähnlich hoch sind die Zufriedenheiten mit der eigenen Freizeitgestaltung und bei denen, die (noch) erwerbstätig sind mit ihrer Arbeit. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen Demokratieentwicklung, politischer Einfluss, Einkommens-Preis-Verhältnisse und soziale Gerechtigkeit.

Tabelle 1.3 Zufriedenheit nach ausgewählten Lebensbereichen
(nur Skalenwert „sehr zufrieden“/„zufrieden“) - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	Gesamt ab 18 Jahre
	50 bis 64 Jahre				
Wohnung	86	80	91	89	83
Partnerschaft	74	69	75	76	72
Freizeitgestaltung	68	70	66	68	64
Arbeit (nur Erwerbstätige)	66	68	65	67	66
persönliche Sicherheit	50	52	46	53	58
Bildungsangebot	48	53	46	47	47
Möglichkeit, mit Kindern zu leben	35	33	26	45	28
Gesundheitswesen	33	37	31	30	40
eigene Zukunftsaussichten	30	27	29	32	39
soziale Sicherheit	25	27	22	25	33
Lebensbedingungen für Familien	25	20	22	31	21
Umwelt	24	33	20	18	25
öffentliche Verwaltung	23	26	25	18	26
Stand Demokratie	16	19	14	16	21
wirtschaftliche Situation im Land	15	16	12	17	18
politischer Einfluss	10	14	5	12	9
Verhältnis Löhne/Preise	8	11	5	8	11
soziale Gerechtigkeit	5	9	3	5	8

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Auch in diesem Jahr setzt sich der Individualisierungstrend in den Bewertungen von Aspekten der Lebensbedingungen fort: in den Bereichen, in denen der persönliche Gestaltungsraum am größten ist, sind auch die Zufriedenheiten am höchsten. Die Bewertungen des eigenen Lebens in und mit der Wohnung (83 %), der Partnerschaft (72 %), der Freizeitgestaltung (64 %) liegen hoch. Im Vergleich zur Gesamtheit der Bürger der neuen Bundesländer ab 18. Lebensjahr gibt es eine hohe strukturelle Übereinstimmung.

Neben Bereichen, die auch 2013 mit hohen positiven Wertungen (Wohnen 86 %, Partnerschaft 74 %, Freizeit 68 %), aber auch Arbeit (Erwerbstätige: 66 %) über dem Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen, ist diese nach wie vor in den Bereichen: Demokratie 16 %, wirtschaftliche Situation im Lande 15 %, persönlicher politischer Einfluss 10 %, Einkommens-Preis-Entwicklung 8 % und soziale Gerechtigkeit 5 % gering ausgeprägt.

Abbildung 1.3a Zufriedenheiten nach ausgewählten Lebensbereichen und sozialer Differenzierung (nur Skalenwert „zufrieden/sehr zufrieden“) - 2013 - in Prozent

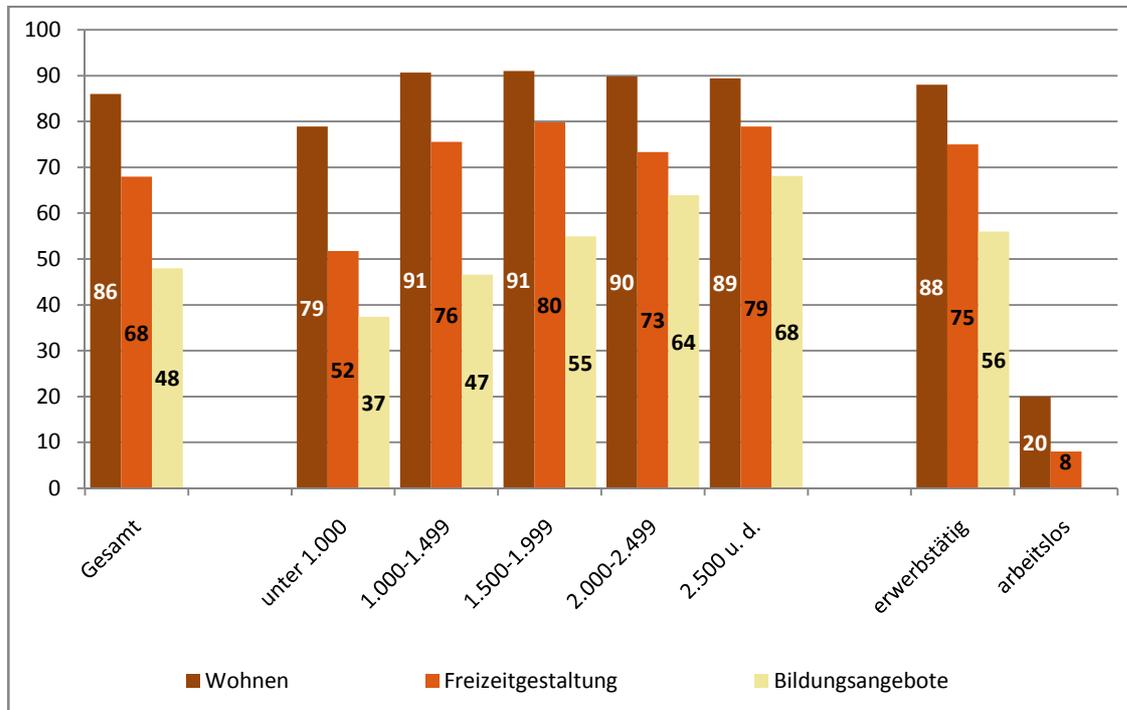
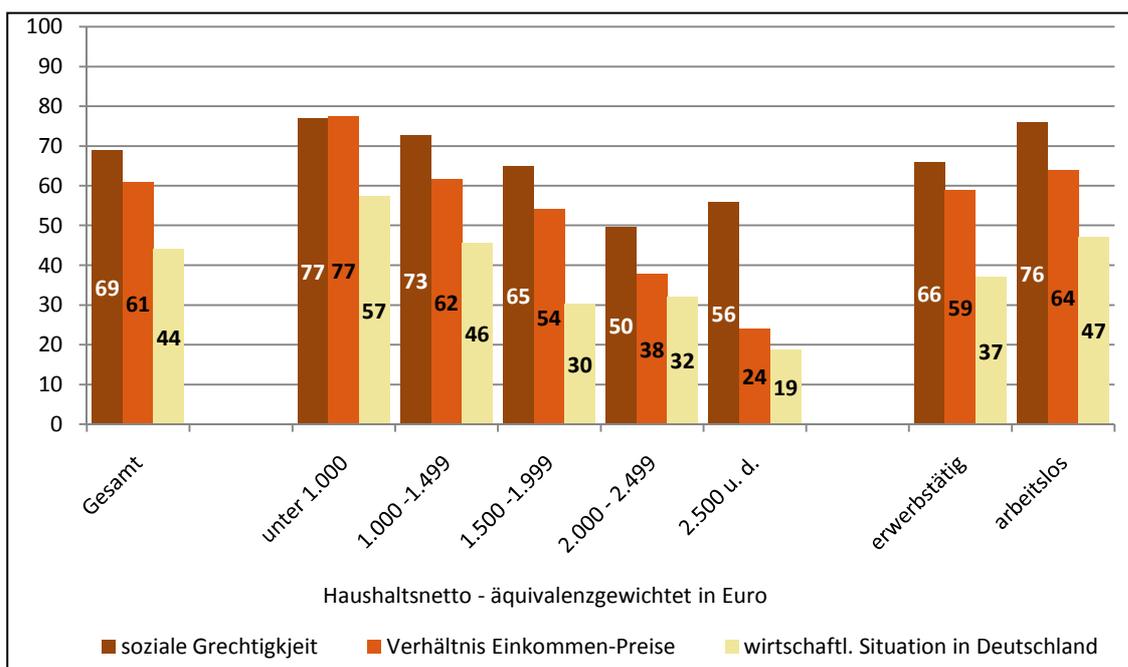


Abbildung 1.3b Zufriedenheiten nach ausgewählten Lebensbereichen und sozialer Differenzierung (nur Skalenwert „zufrieden/sehr zufrieden“) - 2013 - in Prozent



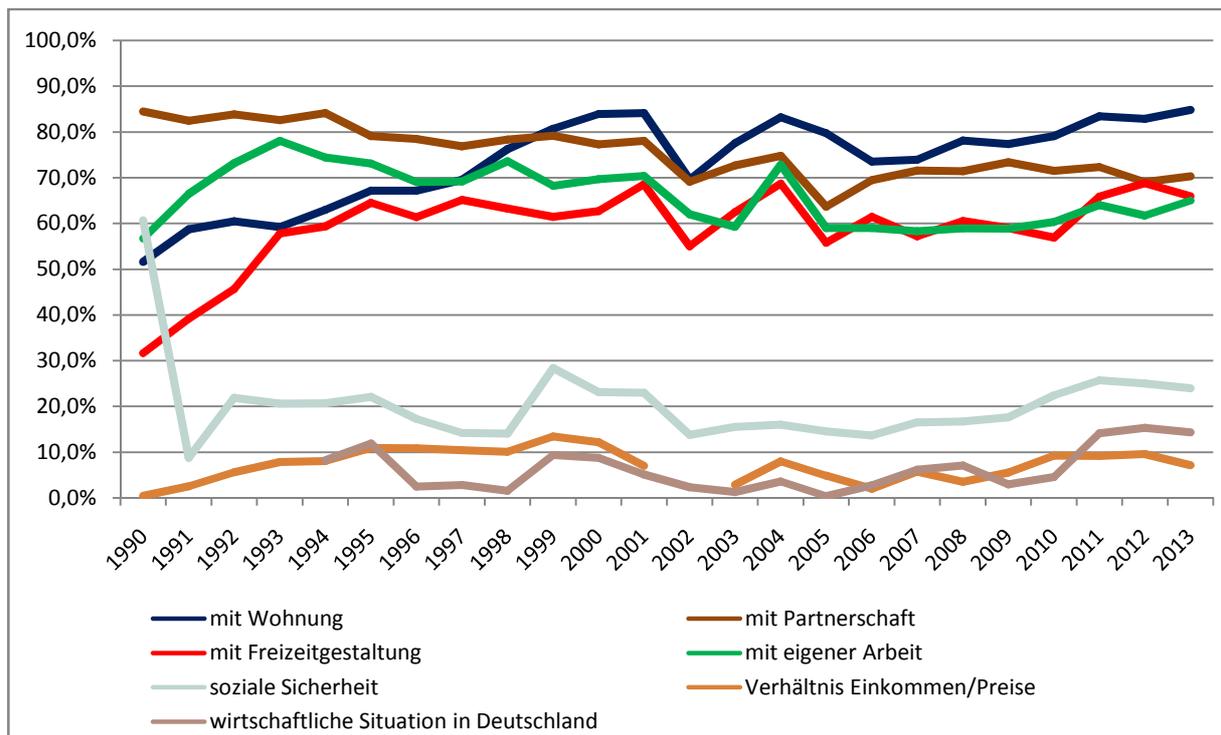
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Unzufriedenheit wird vor allem hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit (69 %), des Einkommens-Preis-Verhältnisses (61 %), des persönlichen politischen Einflusses (43 %) sowie der wirtschaftlichen Situation im Lande (44 %) zum Ausdruck gebracht.

In den Bereichen, in denen die Zufriedenheit überwiegt, sind neben den Einkommen insbesondere die Teilhabe am Erwerbsleben oder deren Verweigerung bestimmend. Auch hinsichtlich der Indikatoren, die von Unzufriedenheit geprägt werden, prägt das verschiedene Einkommen die Intensität der Unzufriedenheit. Die Unzufriedensten sind bei der Mehrheit der Indikatoren die Arbeitslosen. Betrachtet man die heute 50- bis 64-Jährigen im Zeitverlauf zeigt sich eine relative Konstanz sowohl bei den Zufriedenheitsindikatoren mit hohen Bewertungen als auch bei denen mit geringen Zufriedenheiten. War 1990 noch mehr als die Hälfte der betrachteten Gruppe mit der sozialen Sicherheit zufrieden, sank dieser Wert nach einem halben Jahr Erfahrung mit der deutschen Einheit und den neuen gesetzlichen Regelungen auch im sozialen Bereich so drastisch, dass 1991 nur noch jeder 10. dieser Gruppe mit der gebotenen sozialen Sicherheit zufrieden war.

Im Vergleich der Entwicklung in den neuen Ländern seit 1990 sind „Zufriedenheitsgewinne“ vor allem in den Bereichen Wohnen, Freizeit, in der Umwelt- sowie der Einkommensentwicklung im Vergleich zur Preisentwicklung (wenn auch auf niedrigstem Niveau) und im Bildungsbereich feststellbar. Zufriedenheitsverluste sind bestimmend hinsichtlich des Lebens mit Kindern, der Zukunftsaussichten, der Arbeit sowie im Gesundheitswesen.

Abbildung 1.4 Zufriedenheit nach Lebensbereichen* (nur Skalenwert „zufrieden/sehr zufrieden“) - Kohorte der Jahrgänge 1949 bis 1963 - in Prozent



* Aussagen zur Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit - nur Erwerbstätige
 Verhältnis Einkommen - Preise in 2002 nicht erfragt
 Datenbasis: sfz/leben 1990-2013 (gew.)

1.3 Hauptaussagen zur Bewertung der sozialen Entwicklung - neue Bundesländer

Die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern anerkennt die im Ergebnis der friedlichen Revolution nach 1990 erfolgte spürbare Anhebung des Lebensniveaus ebenso wie sie nicht übersieht, dass dies mit einer zunehmenden Differenzierung in den Lebenslagen einhergeht.

Dabei wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2013 im Wesentlichen fünf unterschiedliche Phasen aufweist: *Angleichungsphase 1990 bis 1995, Stabilisierungsphase 1996 bis 1999, Abschwungphase 2000 bis 2003, Stagnationsphase 2004 bis 2008 und Krisenbewältigung seit 2009.*

Die Bewertungen wesentlicher zusammenfassender sozialer Indikatoren (allgemeine Lebenszufriedenheit, wirtschaftliche Lage, Erwartungen) unterliegen seit 1990 zunächst einer rasch steigenden Zunahme positiver Wertungen, stabilisieren sich bis 2000 auf dem erreichten Niveau, um mit dem Einsetzen der „Reformpolitik“ deutlich rückläufig zu werden. Ab Mitte des ersten Jahrzehnts stagnieren die Bewertungen auf niedrigem Niveau, um im Zuge der „Krisenbewältigung“ ab 2009 wieder positive Zunahmen zu verzeichnen.

Die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern anerkennt die im Ergebnis der friedlichen Revolution nach 1990 erfolgte spürbare Anhebung des Lebensniveaus ebenso wie sie nicht übersieht, dass dies mit einer zunehmenden Differenzierung in den Lebenslagen, mit Polarisierungen, die zur Herausbildung neuer - bis 1990 in den neuen Bundesländern unbekannter - „Großgruppen“ (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger u. a.) geführt haben, verbunden ist. Unverkennbar auch, dass der Angleichungsprozess seit gut einem Jahrzehnt stagniert bzw. einem steten Auf und Ab unterliegt.

Die Entwicklungen in Ostdeutschland sind durch unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Trends charakterisiert. Neben Bevölkerungsrückgang stehen Einkommenszuwächse (besonders bis 2000), neben steigender Lebenserwartung und verlängertem aktiven Seniorenleben sinkende Rentenzahlbeträge der Neurentner, neben sinkenden Schülerzahlen steigende Zahlen von Hochschulabsolventen usw. Wenn jedoch bilanziert wird, dann darf sich das nicht auf Wirtschaft und Einkommen beschränken, sondern muss die seit 1989/90 bewirkten Aktivitäten, die den Vereinigungsprozess letztlich ermöglichten, ebenso wie die erfolgten Umstellungs- und Anpassungsprozesse einschließen.

Dabei wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2013 im Wesentlichen fünf unterschiedliche Phasen aufweist¹:

Angleichungsphase 1990 bis 1995

- Starker Zugewinn an sozialer Zufriedenheit - d. h. allgemeiner Lebenszufriedenheit, steigenden Hoffnungen und Zunahme positiver Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage beruhend auf den raschen, spürbaren Veränderungen des täglichen Lebens. Überwindung der Arbeitslosigkeit und noch nicht erreichte völlige Angleichung der Lebensverhältnisse werden als kurzzeitig zu überwindende Entwicklungen angesehen.

Stabilisierungsphase 1996 bis 1999

- Relative Stabilisierung der sozialen Entwicklungen und erfolgten Bewertungen auf dem bis 1995 erreichten Niveau und damit verbundenen sinkenden Hoffnungen auf rasche Angleichung.

¹ Vgl. dazu G. Winkler: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2012, Hrsg. SFZ e. V., Berlin 2012, S. 22 ff.

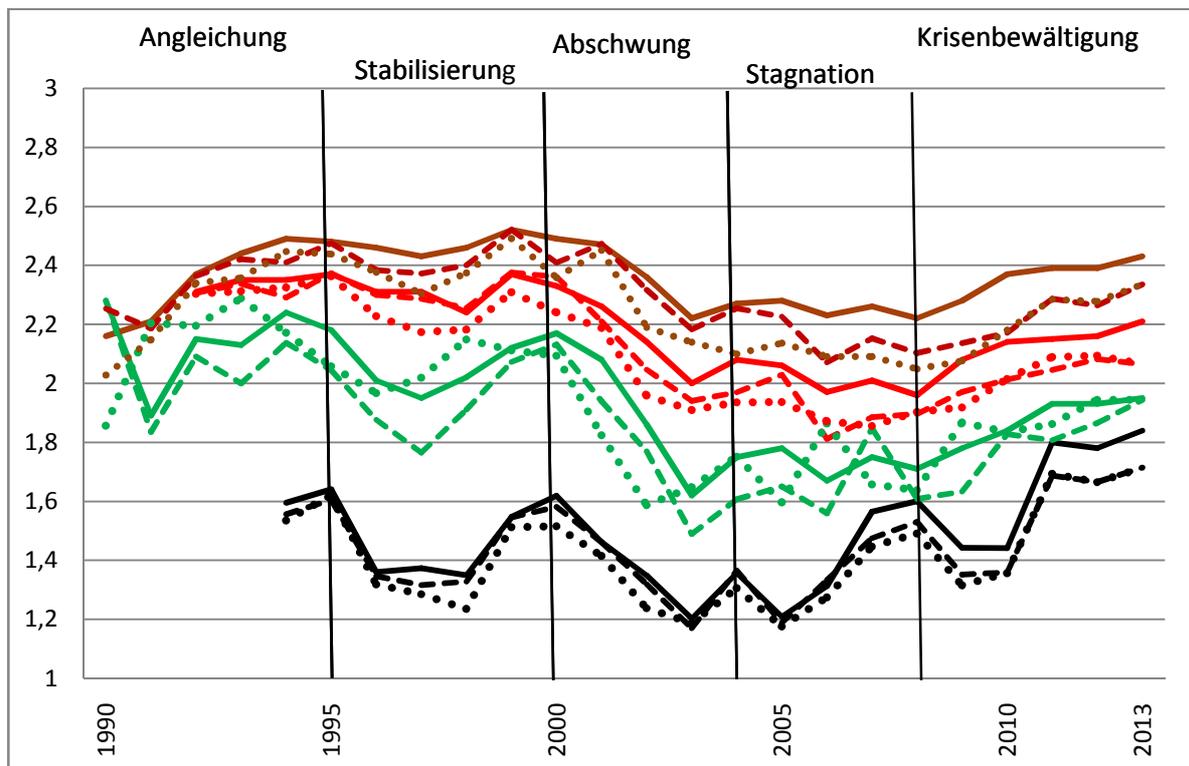
Abschwungphase 2000 bis 2003

- Im Zuge des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten „Reformwerkes“ (Agenda 2010, Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarktreformen) sowie der Euro-Umstellung erfolgt eine rasche Abnahme sozialer Zufriedenheit, gepaart mit steigenden Befürchtungen auf die Zukunft.

Stagnationsphase 2004 bis 2008

- Nach 2003 folgen wechselnde, jeweils gering zunehmende bzw. abnehmende Bewertungen sozialer Entwicklungen mit einem insgesamt stagnierenden, zum Teil vorhandene Ungleichheiten erweiternden Angleichungsprozess.

Abbildung 1.5 Hauptaussagen zur sozialen Lage - neue Länder - Gesamtbevölkerung
 - Altersgruppe 50 - 64 Jahre und Kohorte 1949 bis 1963 - 1990 bis 2013
 - Durchschnittswerte



- volle Linie Gesamtbevölkerung ab 18 Jahre
- unterbrochene Linie: 50 bis 64 Jahre
- gepunktete Linie: Kohorte Jahrgänge 1949 bis 1963

 allgemeine Zufriedenheit	 individuelle wirtschaftliche Lage
 Hoffnungen/Befürchtungen	 Zufriedenheit mit wirtschaftlicher Situation in Deutschland

Durchschnittswerte:

Zufriedenheit:	3 = zufrieden,	2 = teilweise zufrieden,	1 = unzufrieden
wirtschaftliche Lage:	3 = gut,	2 = teils gut/teils schlecht,	1 = schlecht
Hoffnungen:	3 = Hoffnungen,	2 = sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen,	1 = Befürchtungen

Datenbasis: sfz/leben 1990-2013

Krisenbewältigung seit 2009

- Seit 2009 erfolgt durch Einsatz von Milliarden von Steuermitteln eine Politik der Krisenbewältigung, die durchaus positiv auf die Bewertung der Lebensverhältnisse wirkt. Absicherung von Arbeitsplätzen durch Kurzarbeit, Rentenerhöhung 2009 und minimal 2011, zusätzliche Familienleistungen und die Sicherung von Sparguthaben und Vermögen trugen bzw. tragen zur positiven Bewertung bei. Auch Veränderungen hinsichtlich der Nutzung von Atomenergie und die steigenden Aktivitäten von Bürgerbewegungen (Stuttgart/Gorleben/Schönefeld) verstärken positive Entwicklungsbewertungen. Verstärkte Hoffnungen auf eine positive Entwicklung sind damit jedoch nicht verbunden.

Der graphische Vergleich der Hauptaussagen zu sozialen Befindlichkeiten bei der Bewertung von Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern bezogen auf

- jeweils alle Bürger ab 18. Lebensjahr,
- die jeweils im Befragungsjahr 50- bis 64-Jährigen und
- die Jahrgänge 1949 bis 1963 - also die heute (2013) 50- bis 64-Jährigen, welche 1990 im Alter zwischen 29 und 44 Jahre waren,

lässt erkennen:

- die relative „Ausgewogenheit“ der sich vollziehenden Veränderungen der „Stimmungen“ und Bewertungen, wenn alle Bürger einbezogen werden;
- die stärkere „Reaktion“ der Altersgruppe der jeweiligen 50- bis 64-Jährigen auf Politikeinflüsse - so z. B. das deutliche Absinken von Hoffnungen in den Jahren 1995 und danach - was ohne Zweifel z. B. mit dem Auslaufen der sogenannten „Vorruhestandsregelungen“ verbunden ist, die es nach 1990 den ab 55-Jährigen ermöglichte, bereits vorzeitig in die Rente zu gehen. All das zeigt seine Wirkungen. Der „Stimmungsaufbau“ im Vorfeld der „Schröder-Regierung“ und die dann erfolgenden Einschnitte mit den Arbeitsmarktreformen sind auch in den Bewertungen unverkennbar.
- Während die Entwicklung der Alterskohorte „1949 bis 1963“ von den zuletzt genannten Einflüssen (Vorruhestandsregelung) noch nicht betroffen ist und sich nicht im Stimmungsbild niederschlägt, nimmt sie logischerweise mit zunehmendem Alter immer mehr Übereinstimmung mit dem Kurvenverlauf der 50- bis 64-Jährigen an.

1.4 Sozialer Aufstieg - sozialer Abstieg

Von den 50- bis 64-Jährigen bewerten nur wenige ihre Entwicklung als Aufstieg, ein Viertel eher als sozialen Abstieg und die große Mehrheit mit weder/noch. Es ist offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen, geführt haben. Charakteristisches Element der Selbstbeurteilung ist, dass inzwischen in den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein „Durchgangsstadium“ bis zum nächsten Arbeitsverhältnis betrachtet wird, sondern zunehmend als sozialer Abstieg „auf Dauer“.

50- bis 64-Jährige sehen ihre Entwicklung in den letzten Jahren überdurchschnittlich als sozialen Abstieg.

Tabelle 1.4 Wie bewerten Sie Ihre soziale Entwicklung in den letzten fünf Jahren?
- nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
als sozialen Aufstieg eher als sozialen Abstieg	9	8	11	11	9	9	11		21
weder noch	26	27	26	23	25	31	18	70	18
trifft nicht zu	60	58	61	62	65	52	66	25	55
	5	7	2	5	1	8	4	5	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Kennzeichnend sind

- eine altersabhängige Abnahme derer, welche ihre Entwicklung als sozialen Aufstieg sehen,
- eine Konzentration derer, die ihre Entwicklung eher als sozialen Abstieg sehen in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre.

Die vorgenommenen Bewertungen für die neuen Bundesländer decken sich mit den bereits in den vergangenen Jahren getroffenen Aussagen.²

Von den 50- bis 64-Jährigen bewerten ihre Entwicklung im Osten 9 % als Aufstieg, 26 % eher als sozialen Abstieg und 60 % mit weder/noch. Untersuchungen, die zehn Jahre nach der Vereinigung in den neuen Bundesländern gemacht wurden (2000)³, ergaben, dass seinerzeit 23 % der 50- bis 64-jährigen Bürger ihre Entwicklung seit 1990 als sozialen Aufstieg, 27 % als sozialen Abstieg und 47 % mit weder/noch (3 % trifft für mich nicht zu/ohne Antwort) bewerteten.

Die positive Anerkennung erfolgreicher individueller Entwicklungen, welche um das Jahr 2000 in Ostdeutschland ihren Höhepunkt erreichte, sinkt seitdem systematisch ab⁴.

Die Bewertung der vergangenen fünf Jahre als individuellen sozialen Aufstieg in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre begrenzt sich bei einem Durchschnitt von rd. 9 % auf wenige Gruppen, welche erkennbar positiv abweichen. Das betrifft im Besonderen befragte Bürger mit Hochschulabschluss,

² Vgl. hierzu: Sozialreport 2010 - Die deutsche Vereinigung - 1990 bis 2010 - Positionen der Bürgerinnen und Bürger (erarbeitet im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V. durch das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.), Berlin 2010, S. 92/93.

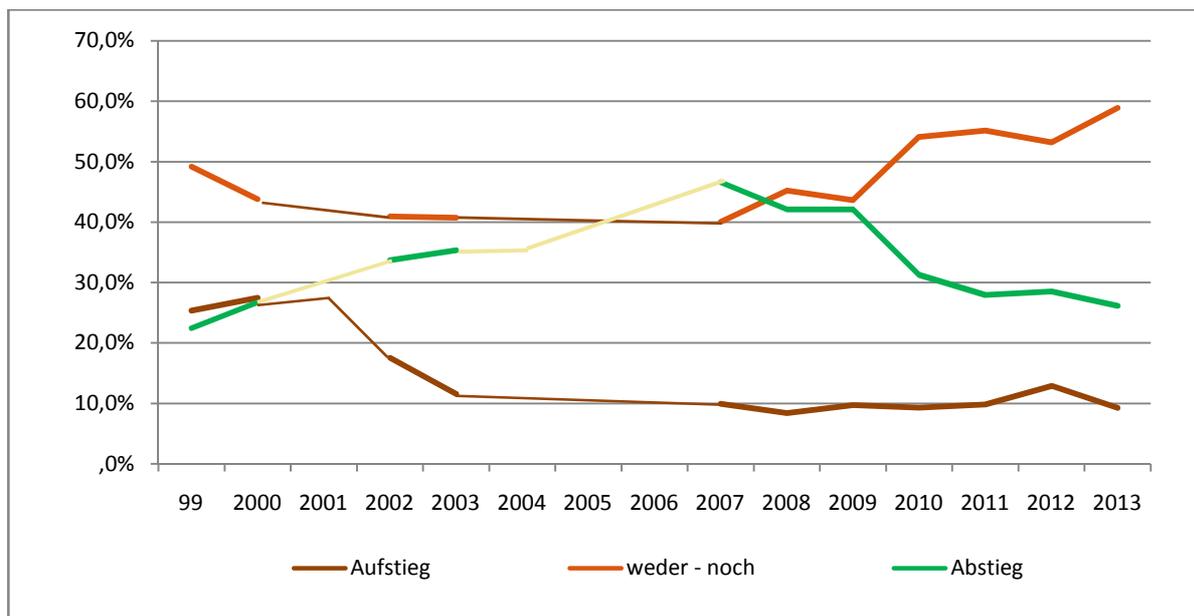
³ Datenbasis: sfz/leben 2000 (gew.).

⁴ Vgl. Winkler, Gunnar: 20 Jahre später - 1989 bis 2009 - Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse, SFZ e.V., Berlin 2009, S. 218 ff.

Befragte mit einem individuellen Nettoeinkommen über 1.500 Euro. Im Gegensatz dazu sehen 2013 insbesondere arbeitslose 50- bis 64-Jährige zu 70 % und Frauen und Männer dieser Altersgruppe, die schon prekäre Arbeitsverhältnisse erleben mussten (39 %), ihre Entwicklung als sozialen Abstieg.

Es ist offensichtlich, dass die seit der Jahrtausendwende wirkenden Sozialreformen zu einem erkennbaren Anstieg derer, welche ihre Entwicklung als Abstieg kennzeichnen, geführt haben. Charakteristisches Element der Selbstbeurteilung ist, dass inzwischen in den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein „Durchgangsstadium“ bis zum nächsten Arbeitsverhältnis betrachtet wird, sondern zunehmend als sozialer Abstieg „auf Dauer“.

Abbildung 1.6 Wie bewerten Sie Ihre Entwicklung in den letzten fünf Jahren?*
- Kohorte der Geburtsjahre 1949 bis 1963 - in Prozent



* in 2001 und 2004 bis 2006 nicht erfragt
Datenbasis: sfz/leben 1999-2013 (gew.)

Auf den ersten Blick scheint es so, dass diese Entwicklung der Ansichten der Kohorte 50 bis 64 Jahre den Erwartungen entspricht, dass ab einem bestimmten Alter der Karriereweg seinen „End“punkt erreicht hat und es ab dann in den gleichen Bahnen bis zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weiterläuft. Die Anteile derer, die meinen, es habe sich für sie in den vergangenen 5 Jahren weder ein sozialer Aufstieg noch Abstieg ergeben, sind ab 2007 rasant von 40 % im Jahr 2007 auf 60 % in 2013 angestiegen.

Ungefähr seit 2003 verbinden konstant 10 % die jeweils vergangenen fünf Jahre eher mit einem sozialen Aufstieg. Demgegenüber werden es deutlich weniger, die für sich in den jeweiligen vergangenen 5 Jahren einen sozialen Abstieg definieren.

Die sich ab dem Jahr 2009 öffnende Schere zugunsten der Aussage weder sozialer Aufstieg noch Abstieg und des Rückgangs derer, die einen sozialen Abstieg für sich in den letzten Jahren sahen, zeigt sich jedoch auch bei den unter 50-Jährigen, wobei hier der Anteil derer, die in den letzten Jahren einen sozialen Aufstieg bekunden, ab 2008 stetig zunimmt.

Die Bewertung eigener Karrieren wird hier zum Teil überlagert von der medialen Krisenbewältigung der CDU-geführten Bundesregierung im Sinne von: für die „normale“ Bürgerin, den „normalen“ Bürger wird sich nichts wesentlich ändern, wir sorgen schon dafür, Schuld sind schließlich die anderen Euroländer, die ihre Wirtschaft und Finanzen nicht beherrschen, zeigt sichtbare Wirkung.

2 Arbeit und Einkommen

Die Ungleichheit der Chancen am Arbeitsmarkt und die Spreizung der Einkommensverteilung nehmen insgesamt zu. Die Schere zwischen den neuen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter. Etwa ab dem 55. Lebensjahr beginnt unfreiwillig der Übergang in die Rente. Es erfolgen eine massive Verdrängung vom Arbeitsmarkt und ein starker Einschnitt in den Einkommen.

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung

Trotz Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt bleiben die Angleichungen der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung zwischen den alten und den neuen Bundesländern aus. Insbesondere die starke Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt und der hohe Anteil atypischer und prekärer Beschäftigung verschärfen die Ungleichheit.

Seit dem krisenbedingten Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung wächst die Wirtschaft auch im Osten Deutschlands (2011: BIP einschl. Berlin: 2,1 %, ausschl. Berlin 2,5 %).⁵

Allerdings verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern langsamer als in den alten. Der Abstand der neuen zu den alten Ländern wächst⁶. Die neuen Länder sind noch nicht auf einen selbsttragenden Entwicklungspfad eingeschwenkt.

Ursachen dieser Entwicklung liegen in der Struktur der Wirtschaft⁷: u. a. in den Betriebsgrößen, der Standortverteilung großer Unternehmen, der Innovationskraft (Forschung und Entwicklung), der Kapitalausstattung etc.

2.1.1 Beschäftigung

Die Beschäftigung in den neuen Bundesländern wuchs erst seit Mitte der 2000er Jahre, nachdem sie durch den industriellen Niedergang seit 1990 erheblich geschrumpft war. Auch nach der Krise 2008/2009 ist ein leichtes Wachstum der Beschäftigung zu verzeichnen⁸. Jedoch haben insbesondere die Hartz-Reformen die Tore für ein erhebliches Anwachsen der atypischen Beschäftigung, im Osten vor allem auch im Niedriglohnsektor geöffnet. Trotz dieser Deregulierungen des Arbeitsmarktes stagniert seit zwei Jahren die Zahl der Beschäftigten bzw. wächst nur in ausgewählten Segmenten des Arbeitsmarktes⁹.

In den Ergebnissen des SFZ stellt sich der Erwerbsstatus der erwachsenen Bevölkerung für 2013 folgendermaßen dar:

⁵ Bundesministerium des Innern. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2012 (i. F.: Jahresbericht), S. 11, S. 123 ff.

⁶ Vgl. Jahresbericht, Teil C, S. 2.

⁷ Vgl. Jahresbericht, S. 11 ff.

⁸ Vgl. IAB - Betriebspanel 2012 17. Welle, Bericht Ostdeutschland, S. 3.

⁹ Vgl. Jahresbericht, S. 39 ff.

Tabelle 2.1 Erwerbsstatus - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

	unter 50 Jahre	50 - 64 Jahre	darunter			65 Jahre und älter	Gesamt ab 18 Jahre
			50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre		
erwerbstätig	67	64	80	73	40	2	50
apM/arbeitslos	9	13	9	12	17	1	8
in Ausbildung	19						9
Rentner/Pensionär	1	20	6	13	40	96	30
sonstige nicht Erwerbstätige	5	4	5	2	4	1	3

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

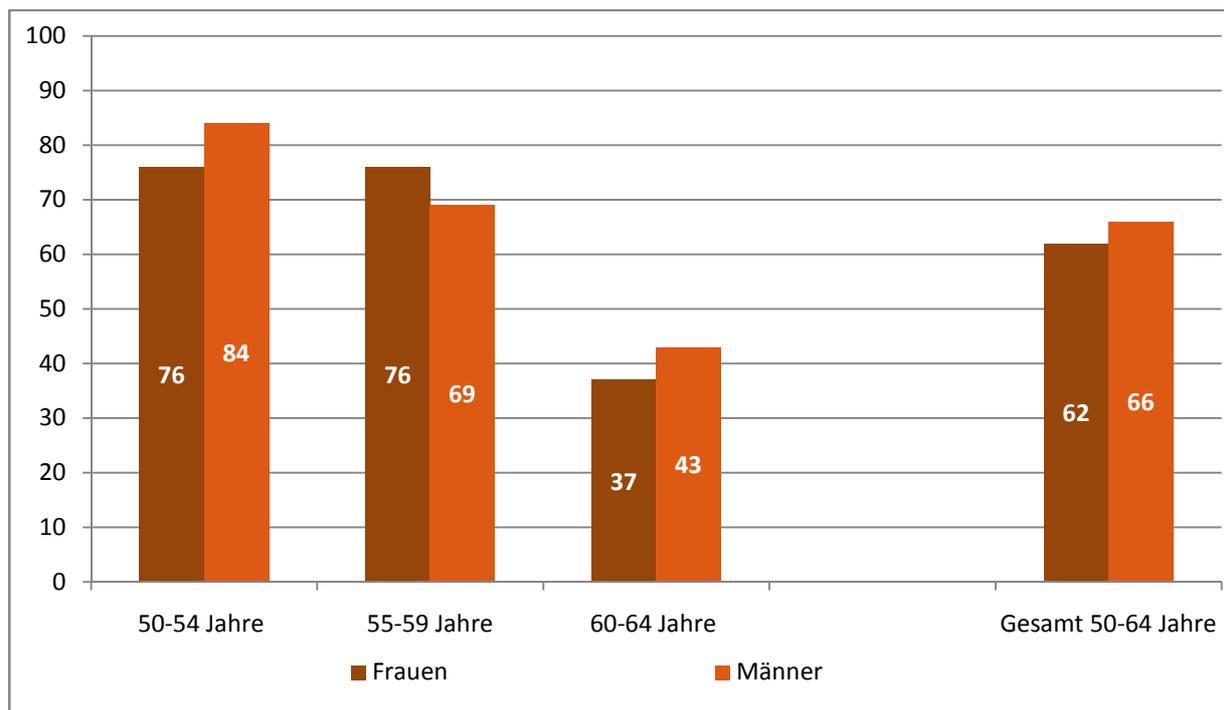
Auffällig ist, dass die Erwerbstätigkeit am Beginn der 6. Lebensdekade (50 - 54 Jahre) mit 80 % der Altersgruppe noch fast so hoch ist wie bei den jüngeren Jahrgängen (40 - 49 Jahre: 82 %). Bereits in der nächstälteren Altersscheibe nimmt die Berufstätigkeit deutlich ab (auf 73 %), um ab dem 60. Lebensjahr auf die Hälfte der Ausgangssituation (40 %) zu sinken.

Diese Entwicklung kennzeichnet eine Verdrängung aus dem Erwerbsleben, die mehrere Ursachen hat. Eine der Ursachen war bisher die mit dem Alter steigende Arbeitslosigkeit (siehe Abschnitt 2.1.3). Deutlich wird aber auch, dass der (vorzeitige) Einstieg in die Rente den größten Anteil am vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben hat. Zwischen dem 60. und dem 64. Lebensjahr sind nur noch 40 % der Befragten im Berufsleben. Mit 17 % ist die Quote der Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch und 40 % sind bereits Rentner. Es zeigt sich, dass der Austritt aus dem ersten Arbeitsmarkt in der mittleren Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen beginnt und in den darauf folgenden Jahren rasant zunimmt. Diese Übergangsstellung, die diese Altersgruppe somit zwischen Arbeit und Rente einnimmt, charakterisiert deren soziales Profil und auch die Einstellungen und Wertungen ihrer Angehörigen. Wie schon aus der Darstellung der Zufriedenheiten und Erwartungen hervorging, ist diese Gruppe in besonderem Maße von sozialen Ausgrenzungs- und Abstiegsverfahren betroffen.

Bei Frauen und Männern zeigt sich ein Unterschied im Zeitverlauf dieses Verdrängungsprozesses.

Während bei Frauen der große Schub der Verdrängung aus dem ersten Arbeitsmarkt erst mit dem 60. Lebensjahr einsetzt, geht dieser Vorgang bei den Männern bereits früher, aber etwas gemäßiger vorstatten. Dem entspricht, dass die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wie auch der Eintritt in die Rente bei den Frauen ab 60 Jahre gravierender sind als bei den Männern.

Abbildung 2.1 Erwerbstätigkeit - nach Geschlecht - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre**
- 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Es zeigt sich, dass Frauen den Ausschluss vom ersten Arbeitsmarkt stärker, aber häufig erst später als die Männer erfahren (siehe die Anteile der erwerbstätigen Frauen in den drei Altersgruppen: 76 %, 76 % bzw. 37 % bei den Männern: 84 %, 69 % bzw. 43 %).

Tabelle 2.2 Erwerbsstatus Frauen - nach Alter - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	Gesamt 50 - 64 Jahre
erwerbstätig	76	76	37	62
apM/arbeitslos	9	13	22	15
Rentner/Pensionär	7	9	37	19

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Ansonsten erfolgt die Verdrängung aus dem Erwerbsleben für soziale Gruppen ähnlich: z.B. für Beschäftigte mit höherer Bildung zwar nicht ganz so rasant wie für Facharbeiterinnen und Facharbeiter, aber ebenfalls deutlich.

Tabelle 2.3 Erwerbsstatus von Hochschulabsolventen - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre**
- 2013 - in Prozent

	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	Gesamt 50 - 64 Jahre
erwerbstätig	93	80	53	75
apM/arbeitslos		9	12	7
Rentner/Pensionär	2	9	31	14

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Immerhin sind unter den Hochschulabsolventen nach dem 60. Lebensjahr noch 53 % Erwerbstätige anzutreffen. Der Rentneranteil in dieser Altersgruppe liegt aber auch bereits bei 31 %. Deutlicher verläuft die Ausgliederung bei den Fachkräften. Hier finden sich ab dem 60. Lebensjahr mit 47 % bereits mehr Rentnerinnen und Rentner als Erwerbstätige (34 %).

Tabelle 2.4 Erwerbsstatus von Facharbeitern und Meistern - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	Gesamt 50 - 64 Jahre
erwerbstätig	81	72	34	63
apM/arbeitslos	6	12	15	11
Rentner/Pensionär	8	14	47	22

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Tatsache, dass die durchschnittlichen individuellen Einkommen der Erwerbstätigen über 60 Jahre höher sind (1.428 €) als die der 55- bis 59-jährigen Erwerbstätigen (1.363 €), weist darauf hin, dass es eher diejenigen mit geringerem Arbeitseinkommen sind, die aus der Arbeit verdrängt werden. Dennoch trägt ein hohes eigenes Einkommen nicht wesentlich zum Erhalt der Erwerbsposition bei. Auch bei denjenigen mit hohem Einkommen sinkt der Anteil der Erwerbstätigen zugunsten des Anteils der Rentner.

Im Hinblick auf die Familienform kann festgestellt werden, dass in Partnerhaushalten mit und ohne Kinder die Beschäftigungsquote ähnlich hoch ist. Auffällig ist die hohe Erwerbsneigung bei Alleinerziehenden, wobei mit fast 40 % die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist (zu beachten ist bei dieser Aussage, dass die Fallzahl der Alleinerziehenden in dieser Altersgruppe gering ist). Die Alleinlebenden dieser Altersgruppe haben den höchsten Anteil an Rentnern mit fast 24 % und weisen ebenfalls eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf.

Tabelle 2.5 Erwerbsstruktur in Familienformen - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

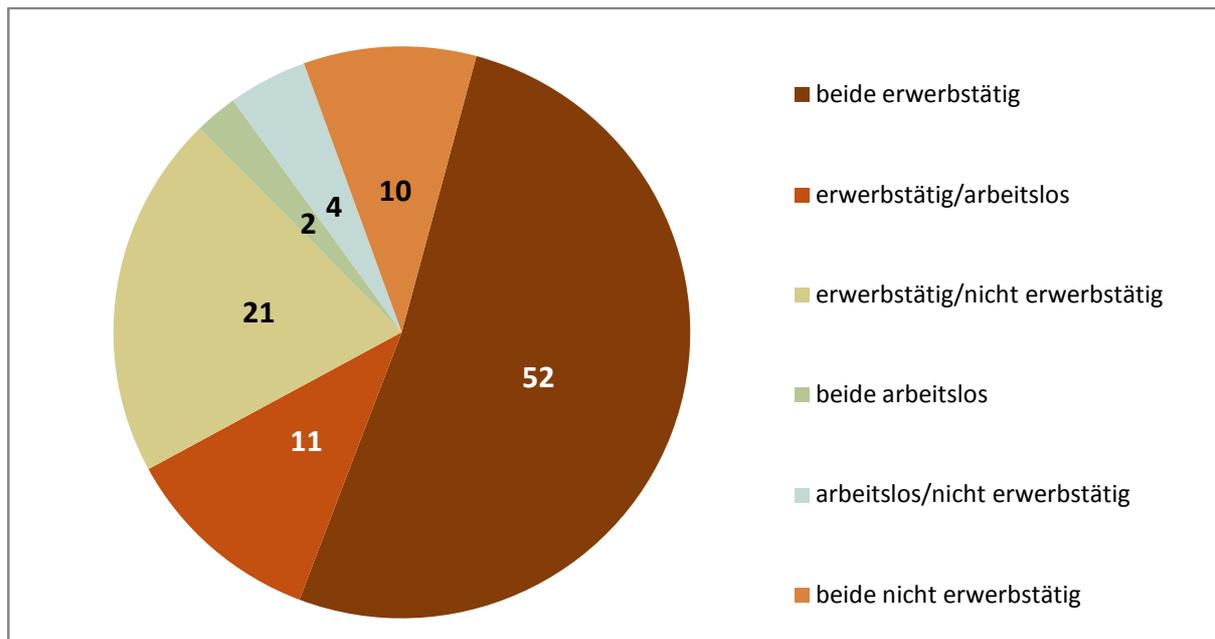
	Familie mit Kind/ern	Familie o./ Kind/er	Allein-erziehende	Alleinlebende	Gesamt
erwerbstätig	70	71	36	55	64
apM/arbeitslos	6	9	39	18	13
Rentner/Pensionär	19	18	20	24	19

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Insgesamt kann für Partnerhaushalte gesagt werden, dass in 84 % dieser Altersgruppe mindestens einer der Partner erwerbstätig ist (diese Quote ist höher als der Befragungsdurchschnitt, weil von nicht erwerbstätigen Befragten die Partner erwerbstätig sein können). Damit ist bei den 50- bis 64-Jährigen ein relativ größerer Anteil aller Haushalte in das Erwerbsleben integriert.

Erwerbsstruktur der Partnerhaushalte:

Abbildung 2.2 Erwerbsstrukturen von Partnerhaushalten - Altersgruppe 50 - 64 Jahre (einschließlich Rentner) - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

2.1.2 Atypische und prekäre Beschäftigung

Atypische Beschäftigung (Beschäftigungsverhältnisse, die kein unbefristetes Vollzeitverhältnis sind und dementsprechend unsicher und schlecht bezahlt sind) und prekäre Beschäftigung [Beschäftigungsverhältnisse, die unter sehr schlechten Bedingungen stattfinden, was sowohl die Arbeitsbedingungen (zeitlich, Schwere der Arbeit), die Anforderungen an die Qualifikation, die Unsicherheit und vor allem die Bezahlung betrifft] haben in der Vergangenheit in ganz Deutschland - auch in Ostdeutschland - zugenommen.

So sind die jeweiligen Anteile der atypischen Beschäftigung in Ostdeutschland in den letzten Jahren angestiegen:

- Befristung 1996 - 2012: von 6 % - auf 9 %,
- Leiharbeit 1998 - 2012: von 0,6 % - auf 1,8 %,
- Teilzeitbeschäftigung 1996 - 2012: von 10 % - auf 14 %,
- Minijobs 1996 - 2012: von 4 % - auf 8 %,
- Midijobs (bis 800 €) seit 2003: konstant 4 %.¹⁰

Die Struktur der atypischen Beschäftigung ist in den alten und den neuen Ländern ungefähr gleich (Osten: 38 %, Westen 39 % der Beschäftigungsverhältnisse).¹¹ Insbesondere Frauen sind hier betroffen.¹²

Die Ergebnisse des SFZ besagen, dass die Quote atypischer Beschäftigung bei den 50- bis 64-Jährigen 27,8 % beträgt, das ist fast 1/3 mehr als bei den jüngeren Beschäftigten (unter 50 Jahre: 21,3 %).

¹⁰ Vgl. Betriebspanel, a.a.O., S. 4.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda, S. 6.

In prekären Beschäftigungsverhältnissen sind insgesamt knapp 7 %, in der Altersgruppe knapp 6 % beschäftigt. Dabei wird unter prekärer Beschäftigung eine Beschäftigung verstanden:

- ABM oder SAM,
- MAE/1-Euro-Job,
- geringfügig beschäftigt (bis zu 400/450 Euro monatlich),
- in mehreren Minijobs gleichzeitig beschäftigt,
- erwerbstätig mit einer Arbeitszeit von unter 20 Stunden/Woche,
- erwerbstätig mit einem Einkommen unter 4 Euro pro Stunde,
- erwerbstätig mit einem Einkommen, zu dem wegen Geringfügigkeit zusätzlich Geldleistungen des Jobcenters geleistet werden.

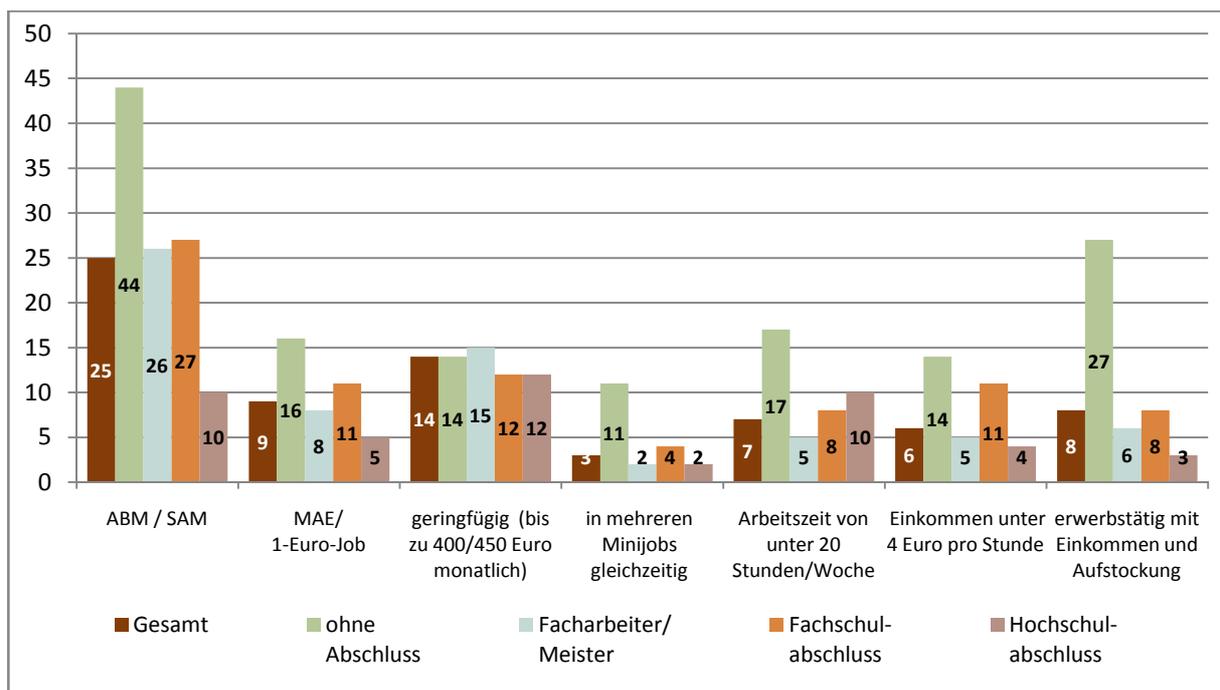
Tabelle 2.6 Bereits erlebte prekäre Beschäftigung - nach Geschlecht
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt	Frauen	Männer
ABM/SAM	25	30	20
MAE/1-Euro-Job	9	11	6
geringfügig (bis zu 400/450 Euro monatlich)	14	16	12
in mehreren Minijobs gleichzeitig	3	3	2
Arbeitszeit von unter 20 Stunden/Woche	7	7	9
Einkommen unter 4 Euro pro Stunde	6	6	6
erwerbstätig mit Einkommen und Aufstockung	8	10	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Von prekärer Beschäftigung sind mehr Frauen als Männer betroffen. Gleiches gilt für Geringqualifizierte.

Abbildung 2.3 Prekäre Beschäftigung - nach Qualifikation
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Anpassung an neue Erwerbsbedingungen erforderte von vielen eine grundsätzliche berufliche Neuorientierung in ihrem Berufsleben. Davon war die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen in besonderem Maße betroffen (und auch dazu bereit). Nur 32 % der Zielgruppe gaben an, im alten Beruf zu arbeiten, 53 % haben sich beruflich völlig neu orientiert. (Bei allen Beschäftigten waren das 36 % bzw. 44 %). Auch an dieser Herausforderung ist die besondere Stellung der Angehörigen dieser Altersgruppe in Ostdeutschland abzulesen.

2.1.3 Arbeitslosigkeit

Die offiziellen Angaben der Arbeitsagentur für den Juni 2013 besagen:

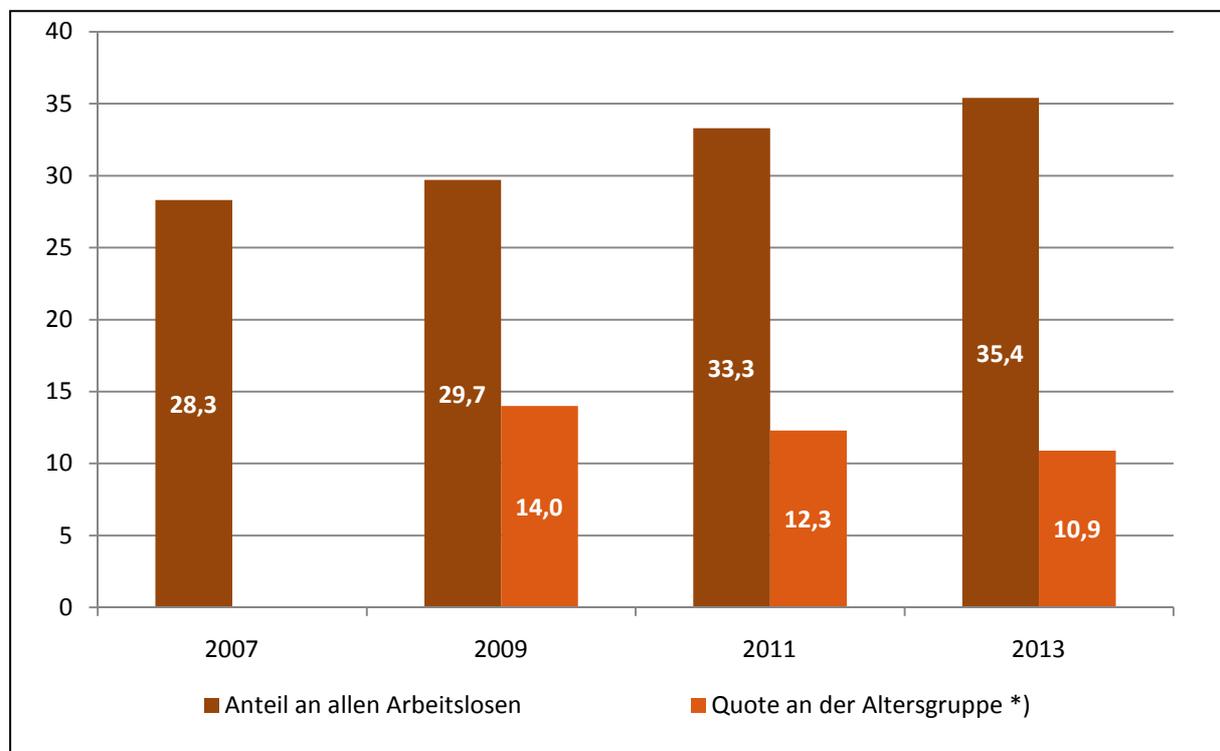
835.979 Personen waren als arbeitslos registriert, das waren 26.979 Personen oder 3,1 % weniger als im Jahr davor.

Die saisonbereinigte Quote der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen lag bei 10,2 %, die weitgehend verwendete Quote bei 9,9 % (im Vorjahr: 10,3 %).

Unter diesen sind traditionell mehr Männer als Frauen, wie auch die Quote bei den Männern mit 10,2 % höher ist als bei den Frauen 9,5 %.

Während sich die Arbeitslosigkeit insgesamt langsam verringert - wenn auch auf Kosten atypischer und prekärer Beschäftigung und eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben - hat sich die Lage der 50- bis 64-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt in Zahlen zwar auch etwas verbessert, aber in Anteilen (also relativ zu anderen Gruppen) verschlechtert: 34,5 % aller Arbeitslosen sind 50 Jahre und älter.

Abbildung 2.4 Anteile Älterer an den Arbeitslosen - nach Jahren - in Prozent



* in 2007 nicht ausgewiesen

Datenbasis: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, Juni 2007, Juni 2009, Juni 2011, Juni 2013

Die Arbeitslosenquote bei den 50-Jährigen und Älteren beträgt 10,9 % und bei den über 54-Jährigen 11,6 %. Auch in der Zielgruppe ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr gesunken, von 11,3 bei den ab 50-Jährigen bzw. 11,8 % bei ab 55-Jährigen. Diese Differenz weist schon drauf hin, dass bei den 50- bis 54-Jährigen die Gefahr anhaltender Arbeitslosigkeit zwar auch hoch, aber nicht so hoch wie bei den Älteren ist. Die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen ist am meisten betroffen.

Wenn auch die Anteile der Arbeitslosen an der Gruppe der Altersgleichen in den letzten Jahren etwas gesunken sind, so sind die Anteile der 50- bis 64-Jährigen an allen Arbeitslosen gestiegen.

Am wenigsten profitieren die 50- bis 64-Jährigen von den - geringen - Verbesserungen, die sich seit der Krise am Arbeitsmarkt ergeben haben.

2.1.4 Unterbeschäftigung

Aber die Zahl der Arbeitslosen drückt allein nicht das Ausmaß des Ausschlusses vom ersten Arbeitsmarkt aus.

Die Unterbeschäftigung ist hinzuzurechnen, also die Personen, die arbeiten wollen, vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind und dennoch aus verschiedenen Gründen nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Sie befinden sich in geförderten Maßnahmen (z. B. MAE oder Bürgerarbeit), Weiterbildungskursen, „Aktivierungsphasen“ und anderen Maßnahmen. Sie sind mithin „im Blick“ der Arbeitsagentur. Damit sind im Juni 2013 nicht beschäftigt:

929.338 Arbeitslose im weiteren Sinn, 1.137.601 Unterbeschäftigte im engeren Sinn, 1.158.329 Unterbeschäftigte im weiteren Sinn. Damit liegt die Unterbeschäftigungsquote bei 13,4 %.

Dabei ist zu beachten, dass der Anteil der Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung 72,2 % beträgt, d. h. die Arbeitslosenzahlen erfassen nur knapp drei Viertel aller vom ersten Arbeitsmarkt sichtbar Ausgeschlossenen. Nicht eingerechnet darin sind all diejenigen, die nicht beim Jobcenter oder der Arbeitsagentur gemeldeten erwachsenen Personen, die trotz Erwerbsorientierung keinen Arbeitsplatz bekommen.

Nicht eingerechnet ist allerdings auch die Schwarzarbeit.

2.1.5 Soziale Differenzierung der Arbeitslosigkeit

Auch die Ergebnisse des SZF zeigen eine Arbeitslosenquote von 10 %.

Es wird auch hier deutlich, dass innerhalb der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen die Erwerbstätigkeit stark abnimmt und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Vor allem aber werden die Menschen aus dem Erwerbsleben in die Rente abgeschoben (siehe Tabelle 2.1). Damit steigt der Anteil der Älteren an allen Arbeitslosen und fällt die Quote der Arbeitslosen an der Altersgruppe.

Die sozialen Gruppen sind von Arbeitslosigkeit und ihrem Verlauf unterschiedlich betroffen.

15 % der Frauen und 10 % der Männer berichteten in der SFZ-Untersuchung, arbeitslos zu sein.

Tabelle 2.7 Erwerbsstatus - nach Geschlecht - ausgewählte Indikatoren - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre
Frauen				
erwerbstätig	61	76	76	37
apM/arbeitslos	15	9	13	22
Rentner/Pensionär	19	8	8	37
Männer				
erwerbstätig	66	85	69	43
apM/arbeitslos	11	10	12	10
Rentner/Pensionär	21	4	17	43

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die zeitliche Struktur des Verlaufes der Arbeitslosigkeit der Altersgruppe zeigt, dass Männer einen konstanten Anteil Arbeitsloser aufweisen, während Frauen eine starke Zunahme zu verzeichnen haben (von 9 % auf 22 %). Demgegenüber weisen die Männer einen höheren Anteil der Rentner auf, bei den über 60-Jährigen sogar um 6 %.

Nach wie vor sind geringe Bildung bzw. berufliche Qualifikation ein Arbeitsmarktrisiko. Mit höherer Bildung und Qualifikation nimmt der Anteil der Arbeitslosen deutlich ab, wenn auch zu verzeichnen ist, dass auch in der Gruppe der Hochqualifizierten eine Verdrängung aus dem ersten Arbeitsmarkt - insbesondere nach dem 60. Lebensjahr - erfolgt.

Tabelle 2.8 Arbeitslosigkeit - nach Bildung und Qualifikation - 2013 - in Prozent

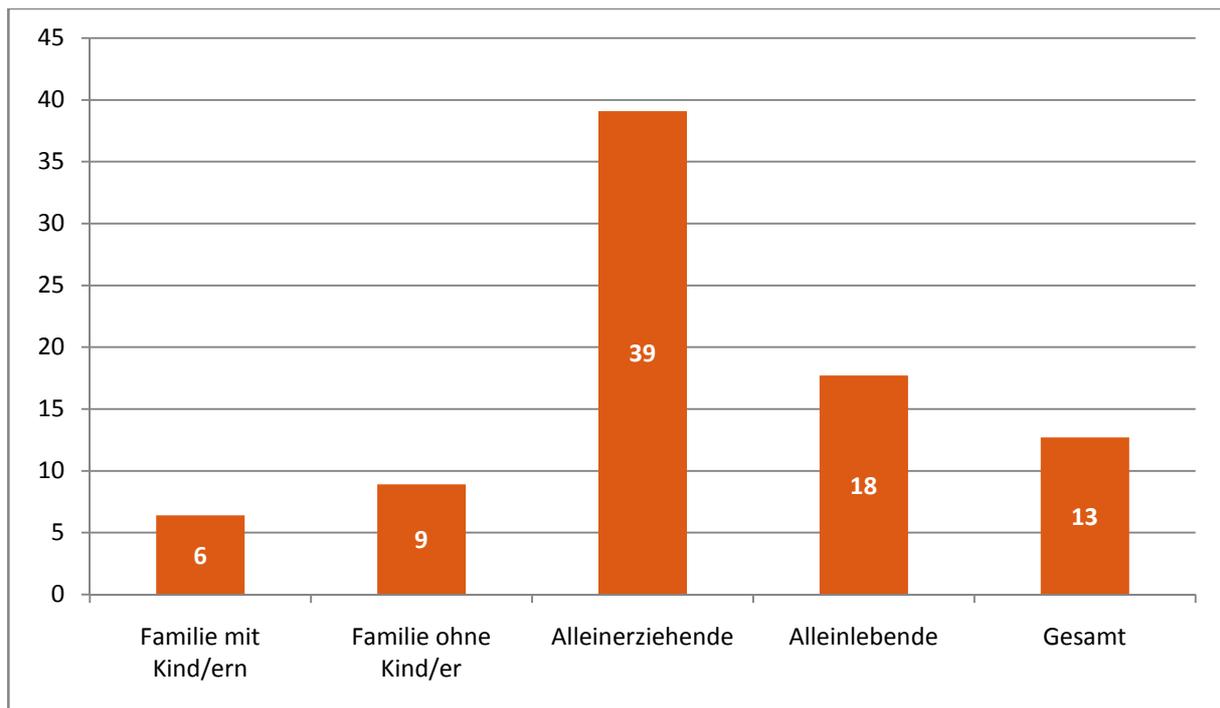
	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre
Bildung				
8 Klassen u. darunter	34	44	27	33
10 Klassen	11	8	11	13
12 Klassen/Abitur	6		9	10
Qualifikation				
ohne Abschluss	36	71	22	30
Facharbeiter/Meister	11	6	12	15
Fach-/Hochschulabschluss	6	0	8	11

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Familien in Partnerhaushalten sind, wie die obige Tabelle zeigt, seltener arbeitslos als Alleinlebende und Alleinerziehende. Während 6 % der Partnerhaushalte mit Kindern arbeitslos sind, sind es bei den Kinderlosen 9 %.

Die Alleinerziehenden, deren prekäre Lebensbedingungen auch in der Öffentlichkeit immer wieder angeprangert werden, weisen mit 39 % eine extrem überdurchschnittliche Quote von Arbeitslosen auf. Bei den Alleinlebenden sind mit 18 % immerhin auch überdurchschnittlich viele von Arbeitslosigkeit betroffen.

Abbildung 2.5 Arbeitslose - nach Familienstand - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Arbeitslosigkeit gehört nicht nur in seiner Aktualität zu den prekären Lebensbedingungen, sondern wirkt als soziale Erfahrung lange im Lebensverlauf nach. Viele Bewertungen und Einstellungen, die von Befragten geäußert werden, sind von der Erfahrung, jemals arbeitslos gewesen zu sein (oder eben auch nicht), beeinflusst. So sind z. B. 64 % derjenigen, die noch nie arbeitslos waren, mit ihrem Leben insgesamt zufrieden, während die Lebenszufriedenheit mit der Häufigkeit der gemachten negativen Erfahrungen rapide absinkt. Bei denen, die einmal arbeitslos waren, sind noch 50 % insgesamt mit ihrem Leben zufrieden, bei denen, die zweimal arbeitslos waren, sind es nur noch 28 %.

Für 2/3 der Befragten ist Arbeitslosigkeit eine bleibende Lebenserfahrung. Nur 36 % der Erwachsenen waren bisher von Arbeitslosigkeit verschont. 36 % waren einmal arbeitslos, während 27 % mehrmals in die Arbeitslosigkeit mussten. Bei den unter 50-Jährigen ist ebenfalls ein relativ hoher Anteil (über 50 %) bereits arbeitslos gewesen, aber 46 % sind noch davon verschont geblieben. Allein die Gruppe der bereits über 65-Jährigen, deren aktive Erwerbsphase z. T. länger zurück liegt, hat zu einem kleineren Teil Arbeitslosigkeit erlebt, und 55 % mussten diese Erfahrung nicht machen.

Natürlich spielen Geschlecht und Qualifikation als Einflussfaktoren auch hier eine große Rolle.

Tabelle 2.9 Erfahrung mit Arbeitslosigkeit - nach Qualifikation
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	ohne Abschluss	Facharbeiter/ Meister	Fach- schule	Hoch- schule	Gesamt
nein	13	35	46	48	37
ja, einmal	66	35	27	31	36
2-mal		9	9	7	8
3-mal		7	9	9	7
4-mal	9	6	2	1	5
5-mal		3	2	2	2
6-mal und mehr	12	5	4	2	5

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

2.1.6 Befürchtung, arbeitslos zu werden

Die altersbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in den Antizipationen der eigenen Betroffenheit. So äußern in der Altersgruppe insgesamt 31 % der Befragten die Befürchtung, evtl. arbeitslos zu werden. Dieser hohe Grad an Befürchtung ist ein Grund dafür, Lebensplanungen zu ändern bzw. wegen der hohen Verunsicherung auf Planungen zu verzichten. Der zeitliche Prozess der Veränderung dieser Befürchtungen zeigt die Desillusionierung der Einstellungen an.

Tabelle 2.10 Befürchtung, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - 2013 - in Prozent

	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	Gesamt 50 - 64 Jahre
ja	6	8	9	8
vielleicht	32	28	7	23
nein	48	46	32	42
betrifft mich nicht	15	18	52	28

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Hegen bei den 50- bis 54-Jährigen noch 38 % die Befürchtung, evtl. arbeitslos zu werden, und sind das bei den 55- bis 59-Jährigen noch 36 %, so haben sich die Ältesten dieser Gruppe - obgleich am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen - von der Befürchtung verabschiedet: nur noch 16 % äußern sie. Die Würfel am Arbeitsmarkt scheinen in dieser Altersgruppe endgültig gefallen zu sein. Obwohl die Frauen in der Altersgruppe stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind (und das insbesondere ab dem 60. Lebensjahr), äußern Männer stärker die Befürchtung, demnächst evtl. arbeitslos zu werden (37 % der Männer und 26 % der Frauen).

Mit zunehmender beruflicher Qualifikation nimmt auch die hohe Befürchtung, arbeitslos zu werden, etwas ab: Hochschulabsolventen 26 %. Am stärksten ist die Befürchtung bei ungelerten Kräften, die auch am häufigsten von atypischer und prekärer Beschäftigung betroffen sind, mit 43 %.

Tabelle 2.11 Falls Sie nicht arbeitslos sind, befürchten Sie, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden? - nach Qualifikation - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

Befürchtung, arbeitslos zu werden	ohne Abschluss	Facharbeiter/ Meister	Fach- schule	Hoch- schule
ja	13	7	14	7
vielleicht	30	23	22	20
nein	24	42	45	47
betrifft mich nicht	33	29	19	27

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

2.2 Wert der Arbeit und Bewertungen ihrer Bedingungen

Bei allen auch vorhandenen gegenteiligen Erfahrungen halten die Ostdeutschen auch im Alter zwischen 50 und 64 Jahren an der hohen Wertschätzung der Arbeit fest. Arbeit ist für die Vergewisserung der eigenen Identität und der Integration in die Gesellschaft von höchster Bedeutung. Die Verunsicherungen am Arbeitsmarkt führen in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre zum Verlust der Planungssicherheit des eigenen Lebens.

Trotz der vielfachen negativen Berufserfahrungen und der immer noch schlechten Bedingungen am Arbeitsmarkt (insbesondere für Ältere) ist die Wertschätzung der Arbeit in allen Altersgruppen hoch. Arbeit ist neben der Familie der zentrale Lebensbereich für die Menschen. Das Ausmaß der Bedeutungszuweisung der Arbeit geht über die Lebensphase der Erwerbstätigkeit hinaus und ist auch für Rentner hoch. Das zeigt, dass Arbeit nicht nur deshalb hoch geschätzt wird, weil die Bedingungen für die Teilhabe nach wie vor schlecht sind, sondern weil mit der Berufstätigkeit ein Hauptteil der Integration in die Gesellschaft erfolgt und gleichzeitig die Identität und Persönlichkeit eines jeden Einzelnen von ihr geprägt sind.

Tabelle 2.12 Wert „Arbeit“ - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

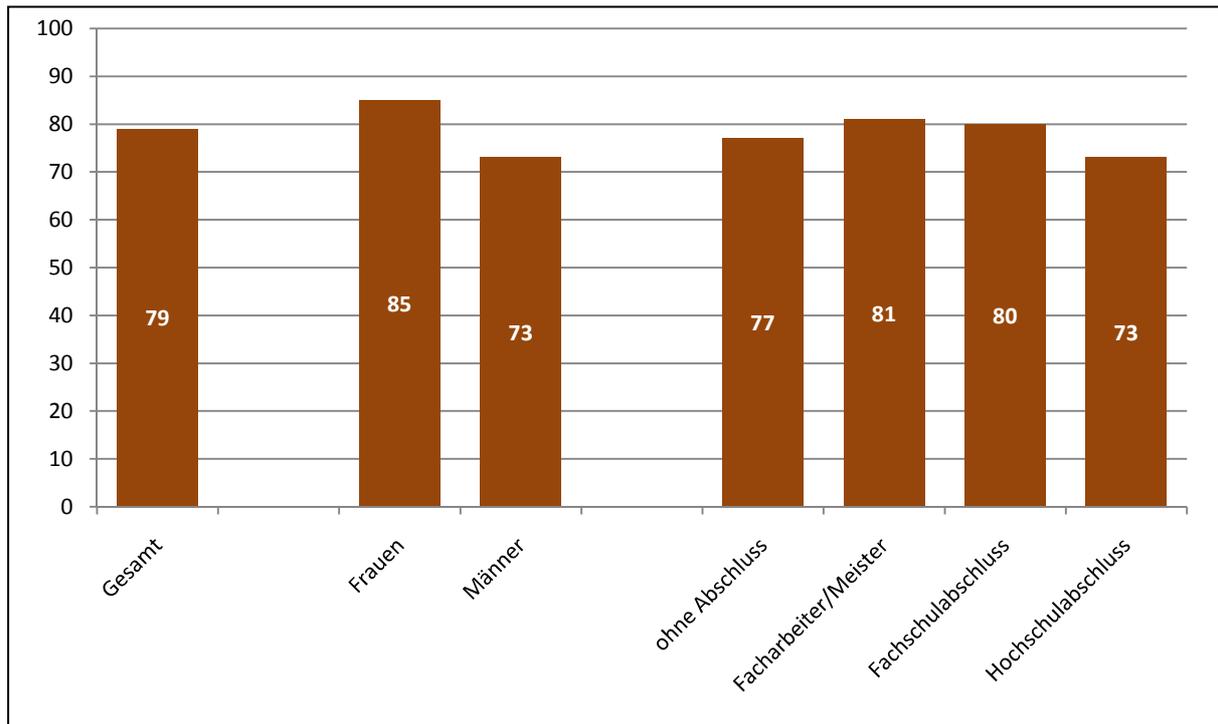
	unter 50 Jahre	50 - 64 Jahre	65 Jahre und älter	Gesamt ab 18 Jahre
sehr wichtig	66	79	77	72
wichtig	30	16	16	22
mittelwichtig	4	4	0	3
weniger wichtig		0	3	1
unwichtig	0	1	4	1

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Man kann es drehen und wenden wie man will, Arbeit ist ein hohes Gut. Natürlich spielen Traditionen, Gewohnheiten, äußere normative (z. B. rechtliche oder sittliche) Gesichtspunkte und materielle Bedürfnisse bei der Wertschätzung der Arbeit eine Rolle. Dass sie aber in so gleichmäßiger Verteilung in der gesamten Bevölkerung so hoch geschätzt wird, zeichnet die Werthaltigkeit dieses Lebensbereiches aus.

Das gilt für beide Geschlechter und für alle Qualifikationsgruppen.

Abbildung 2.6 Wert „Arbeit“ (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Geschlecht und Qualifikation - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Erst bei den jüngeren Jahrgängen ist eine leichte Absenkung dieser starken Wertschätzung der Arbeit festzustellen (66 % sehr wichtig). Bei den Jüngeren kommt es einerseits etwas öfter als bei den Älteren zu einer „flexiblen“ Reaktion auf die Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes, was subjektive Vorteile für die Lebensführung ebenso einschließen kann, wie soziale Risiken.

Mit der hohen Wertschätzung der Arbeit ist die anhaltend hohe Erwerbsneigung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern verbunden. Diese betrifft vor allem die Frauen, weil sie für Männer selbstverständlich erscheint. Das äußert sich darin, dass in den Familien und Partnerschaften die Berufstätigkeit beider Partner von großer Bedeutung ist. Frauen wie Männer sind der Auffassung, dass für beide Partner Berufstätigkeit gleichermaßen möglich sein soll.

Tabelle 2.13 Was bedeutet für Sie Arbeitsteilung in der Familie?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Frauen und Männer sollten trotz Kinder im Haushalt jederzeit gleichermaßen erwerbstätig sein können		
	trifft zu	trifft nicht zu	weiß nicht
Gesamt	84	13	2
Frau	85	14	1
Mann	84	13	3
50 - 54 Jahre	86	8	6
55 - 59 Jahre	87	12	1
60 - 64 Jahre	80	20	

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Wenn auch diese Aussage noch nicht die Anerkennung und Befürwortung einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter bei der Vereinbarung von Familie und Beruf bedeutet, so drückt sie die Erwartung aus, dass die gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend gestaltet werden sollten.

Tabelle 2.14 Wenn Sie erwerbstätig oder arbeitslos sind, wollen Sie Teilzeit arbeiten?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	nein	ja, sofort	ja, in den letzten Jahren vor Renteneintritt	ja, im Rentenalter	trifft nicht zu
Gesamt	30	18	13	11	28
Frau	24	24	13	9	31
Mann	36	11	13	13	26
50 - 54 Jahre	46	16	14	5	20
55 - 59 Jahre	26	26	16	8	24
60 - 64 Jahre	17	11	10	21	41

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Dem Druck auf die Arbeitsmarktlage für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versucht ein Teil der Befragten durch Orientierung auch auf Teilzeitbeschäftigung auszuweichen.

18 % der befragten 50- bis 64-Jährigen würden sofort Teilzeit arbeiten, wenn es ginge. Frauen sind auch in diesem Alter zu Abstrichen an einem Normalarbeitsverhältnis häufiger bereit als Männer: 24 % würden sofort verkürzt arbeiten. Diese Einstellung ist natürlich nicht in erster Linie auf ein Ruhebedürfnis zurückzuführen (was sicherlich auch eine Rolle spielen kann), sondern vielmehr darauf, dass in der Teilzeitbeschäftigung die einzige Chance zur Erwerbstätigkeit überhaupt gesehen wird.

Auch die mittlere Altersgruppe unterliegt einem hohen Druck auf dem Arbeitsmarkt, was dazu führt, dass auch ihre Mitglieder häufig den Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung äußern (26 %).

Natürlich spielt der aktuelle Erwerbsstatus bei dieser Frage eine Rolle.

Tabelle 2.15 Wenn Sie erwerbstätig oder arbeitslos sind, wollen Sie Teilzeit arbeiten?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	erwerbstätig	apM/arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
nein	35	32	30
ja, sofort	14	53	18
ja, in den letzten Jahren vor Renteneintritt	21	3	13
ja, im Rentenalter	8	13	11

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

14 % der Erwerbstätigen und 53 % der Arbeitslosen äußern die Absicht, Teilzeit zu arbeiten. Bei den Erwerbstätigen kann der Wunsch darauf zurückgeführt werden, dass für diejenigen, die Arbeit haben, in nicht hinreichendem Maß Möglichkeiten bereit stehen, den konkreten Beschäftigungsinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachzukommen. Bei den Arbeitslosen liegt der Grund wie im Fall der Frauen auf der Hand: man will aus dem Status der Beschäftigungslosigkeit, aus der Situation des Nicht-Gebraucht-Werdens herauskommen.

Das Festhalten an der Wertschätzung der eigenen Integration in die Gesellschaft durch die Arbeit hat verschiedene weitere, teilweise ambivalente Aspekte.

So parallelisiert sich diese Wertung der Arbeit durch die Älteren mit der Einschätzung, in unserer Gesellschaft steige die Bedeutung der Arbeit von Älteren.

Tabelle 2.16 Hat Ihrer Meinung nach der Stellenwert der Erwerbstätigkeit von Älteren in der Gesellschaft ...? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 J. n. Bl.
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
zugenommen	49	47	52	51	46	51	54	41	47
abgenommen	24	29	19	19	25	29	23	28	26
unverändert	26	25	28	30	29	21	23	31	27

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Antworten überraschen: **erstens** unterscheiden sie sich nicht zwischen den Jüngeren (unter 50 Jahre) und den Älteren (über 50 Jahre). D. h., die verschiedenen Altersgruppen (Generationen) haben die gleiche Wahrnehmung über den Status der Älteren, zumindest im Hinblick auf die Berufstätigkeit. **Zweitens** ist der Umfang der Zustimmung überraschend. Die Ergebnisse sind in einem widersprüchlichen Bild zu dieser Frage in der Öffentlichkeit zu bewerten. In einer langen - ideologisch geführten - Diskussion über die „Überalterung der Gesellschaft“ ist den Älteren in unserer Gesellschaft eingeredet worden, dass sie auf Kosten der Jüngeren leben und ihnen nicht zuletzt die - zu wenigen - Arbeitsplätze wegnehmen. Dieser ideologische Marsch gegen die Alten ist in der jüngeren Zeit gebremst worden. Vor allem die Entdeckung eines Fachkräftemangels in weiten Teilen der Wirtschaft hat auch in der Öffentlichkeit dazu geführt, die Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt als eine Lösung zu propagieren. Diese Kehre in der öffentlichen Auseinandersetzung kommt, wie die vorliegenden Befunde zeigen, den Interessen der älteren Männer und Frauen entgegen. Das Widersprüchliche ist nun, dass die Verdrängung der Älteren vom Arbeitsmarkt jedoch - wie gesehen - der Realität entspricht und selbst die Wahrnehmungen derjenigen, die am meisten von diesem Prozess betroffen sind, davon ausgehen, dass sie in dieser Gesellschaft, in dieser Wirtschaft, gebraucht werden.

Ein weiterer, widersprüchlicher Aspekt der Wertschätzung der Arbeit liegt in der Meinung, dass Arbeit so wichtig ist, dass bei hinreichendem Bemühen (und entsprechenden Abstrichen bei der Qualität der Beschäftigung - muss man hinzufügen) immer ein Arbeitsplatz gefunden werden kann.

Tabelle 2.17 Was meinen Sie zu dem folgendem Satz: „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!“? - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
trifft zu	41	45	38	44	36	44	46	28	48
teils, teils	43	41	44	39	51	38	46	41	40
trifft nicht zu	16	14	18	17	13	18	8	31	12

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Nur 16 % der Altersgruppe sind der Auffassung, dass die Aussage „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit“ nicht zutrifft. Diese Aussage verwundert vor dem Hintergrund der Bedingungen und auch der häufigen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, die die Angehörigen der Altersgruppe gemacht haben. Den-

noch ist anscheinend die eigene Bereitschaft, wie auch die Erwartungen an Andere hoch, eine - jede - Arbeit, eben auch prekäre und atypische Arbeit, anzunehmen.

Diese Aussage unterstreicht die Werthaltigkeit der Bedeutung der Arbeit und die Erwartung, dass man sich um sie bemühen muss. Es verwundert andererseits aber, dass immer noch die Zuschreibung der Verantwortung für die eigene Lage nicht an die Bedingungen und Strukturen des Arbeitsmarktes und die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen seiner Gestaltung gerichtet werden, sondern an die eigene Adresse.

Dies umso mehr, als sich auch das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben der eigenen Erwartung und Planung entzieht. Die große Mehrheit der Älteren kann den Weg und den Zeitpunkt für die Beendigung der eigenen Erwerbsarbeit weder selbst bestimmen noch planen. Denn im Verlauf der Lebensspanne dieser Altersgruppe ändert sich die Einstellung zum Ende der Berufstätigkeit deutlich.

Tabelle 2.18 Wechsel in den Ruhestand durch solange arbeiten wie gewollt und gesundheitlich möglich - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre
geplant	56	74	46	12
realisiert	5	2	6	14

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Noch mit 50 bis 54 Jahren wollen 74 % der Befragten solange (in ihrem Beruf) arbeiten wie sie wollen und gesundheitlich können - also nach Maßgabe eigener individueller Kriterien. Am Ende dieser Lebensspanne haben das nur noch 12 % im Auge. Zwar haben 14 % dieses Vorhaben bis dahin bereits realisiert, aber der Rest hat diesen Aspekt der Lebensplanung verworfen.

Aber nicht nur im Hinblick auf die eigenen Kriterien und Wünsche der Gestaltung des Ausscheidens aus der Berufstätigkeit müssen sich die Betroffenen umstellen. Auch im Hinblick auf gesetzliche Rahmenbedingungen kann von Planbarkeit der Lebensgestaltung nicht die Rede sein. Bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten - eine Notwendigkeit auch im Hinblick auf die Alterssicherung - planen ab dem 55. Lebensjahr nur noch weniger als die Hälfte aller Altersgleichen. Im letzten Jahrfünft der Zielgruppe planen das nur noch 9 %. Dabei konnten grade einmal 31 % dieses früher geplante Vorhaben, nämlich wie es sozialpolitisch auch genormt ist: bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten, in die Tat umsetzen.

Tabelle 2.19 Wechsel in den Ruhestand durch ganztägiges Arbeiten bis zur Rente - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre
Frauen				
apM/arbeitslos	15	9	13	22
Rentner/Pensionär	19	7	9	37
Männer				
apM/arbeitslos	10	10	12	10
Rentner/Pensionär	21	4	17	43

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Es ist zu ersehen, dass diese Erfahrungen und die mit ihnen verbundenen Einstellungen und Wertungen eben im Alter der Gruppe gemacht werden, die hier im Zentrum steht. Man kann nur schwer ermessen, welcher Änderungsdruck in der gesamten Lebensgestaltung dabei auf den Betroffenen gelastet hat und lastet.

2.3 Zufriedenheit mit der Arbeit

Bei den Erwerbstätigen ist die Zufriedenheit mit der Arbeit als hoch einzuschätzen. Auch diese Bewertung widerspricht vielfach den faktischen Arbeits- und Einkommensbedingungen, aber sie entspricht auch der Wertschätzung der Arbeit überhaupt. Die künftigen Entwicklungen werden äußerst pessimistisch bewertet. Ängste im Zusammenhang mit der Verdrängung vom Arbeitsmarkt sind vielfältig und groß.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit insbesondere in der Zielgruppe ist die Zufriedenheit mit der Arbeit recht hoch.

67 % aller Erwerbstätigen der Altersgruppe sind mit ihrer Arbeit zufrieden (einschließlich erwerbstätige Rentner).

Am zufriedensten sind Angestellte bzw. Beamte (57 %), Erwerbstätige, die noch nie von Arbeitslosigkeit betroffen waren (66 %), Personen in der höchsten Einkommensklassen (ab 1.500 € monatliches eigenes Einkommen mit 77 %), Erwerbstätige ohne Kinder im Haushalt (67 %) und natürlich Erwerbstätige, die noch nie ein prekäres Arbeitsverhältnis erlebt haben (61 %). Frauen äußern häufiger, dass sie mit ihrer Arbeit sehr zufrieden sind (14 %) als Männer (5 %).

Möglichkeiten einer Besserung der gesellschaftlichen Bedingungen für die Teilnahme an der Erwerbstätigkeit werden von allen skeptisch gesehen. So erwarten 40 % der Befragten der Altersgruppe zwischen 50 und 64 Jahren eher eine Verschlechterung dieser gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Skepsis teilen alle Erwerbsgruppen. Während die Erwerbstätigen etwas optimistischer sind („nur“ 36 % erwarten eine Verschlechterung der Bedingungen für die Erwerbstätigkeit), sind Arbeitslose noch desillusionierter: 50 % von ihnen erwarten eher eine Verschlechterung der Bedingungen. Männer (45 %) sind skeptischer als Frauen (37 %). Es sei darauf hingewiesen, dass diese skeptische Erwartungshaltung auch gegenüber der Politik sich nicht mit der individuellen Zuschreibung der Erwerbssituation gegenüber den Einzelnen deckt (siehe Tabelle 2.18).

2.3.1 *Ängste vor dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess*

Zu den im Zusammenhang mit dem Älterwerden genannten Ängsten gehört auch die Angst vor dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess. 36 % der Befragten äußern Ängste vor dem Ausscheiden. Auch darin zeigt sich einerseits eine tiefe Verwurzelung des Wertes der Arbeit bei den Angehörigen dieser Altersgruppe und andererseits die Vorahnung bzw. Erfahrung, dass der Prozess des Ausscheidens nur wenig in den eigenen Händen liegt. Darüber hinaus spiegelt sich in ihnen aber auch die soziale Verunsicherung. Immerhin aber fühlen sich 71 % der über 60-Jährigen von dieser Unsicherheit nicht betroffen - zumindest nicht so, dass sich daraus Ängste ergeben würden.

Frauen äußern diese Ängste seltener (33 %) als Männer (38 %), obwohl sie in dieser Altersgruppe häufiger arbeitslos und in etwas geringerem Umfang bereits in Rente gegangen sind. Mit zunehmendem Alter nehmen diese Ängste ab (41 % in der jüngsten Gruppe, 29 % in der ältesten).

Hochschulabsolventen (28 % haben eher Ängste) meinen offenbar, besser mit dem Eintritt ins Rentenalter zurechtzukommen - zumindest im Hinblick auf die Arbeit - als andere Qualifikationsgruppen (z. B. Personen ohne Berufsabschluss mit 65 % Ängsten).

2.3.2 Arbeitslosengeld II - Hartz IV

Insgesamt gab es im Juni 2013 in den neuen Bundesländern 1.922.043 Personen in Bedarfsgemeinschaften. 1.439.496 Personen waren erwerbsfähig, darunter 30,4 % zwischen 50 und 64 Jahren¹³. Die Hilfequote, das ist der Anteil der Leistungsbezieher an der Altersgruppe insgesamt, lag bei 11,8 %, etwas weniger als in anderen Altersgruppen.

Die SFZ-Untersuchung besagt, dass von den Arbeitslosen der Zielgruppe 19 % ALG I und 71 % ALG II bezogen. Das bedeutet, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe besonders gravierend ist. Der anhaltende Bezug von Leistungen nach SGB II besagt jedoch nicht, dass Beschäftigungslosigkeit ununterbrochen anhalten muss. Vielmehr sind die „Arbeitslosigkeitskarrieren“ häufig mit dem steten Wechsel verbunden, der den Menschen viel Flexibilität abverlangt: auf Phasen der Arbeitslosigkeit folgen häufig prekäre oder geförderte Beschäftigungen, die nicht mit dem Erwerb weiterer Ansprüche auf Leistungen nach SGB III verbunden sind. Wie es so oft heißt: Man kommt aus der „Hartz IV-Falle“ insbesondere als Ältere(r) schwer heraus.

Knapp 23 % der Altersgruppe gaben an, Leistungen in Form von ALG I oder ALG II zu beziehen. Bei einer Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe von knapp 13 % bedeutet das, dass 10 % Leistungen trotz Erwerbstätigkeit (u. a. „Aufstocker“) beziehen.

2.4 Einkommen

Nachdem auch in den neuen Bundesländern die Ungleichheit der Einkommen lange zugenommen hatte, ist eine weitere Zunahme nicht zu verzeichnen. Trotz eines Einkommenszuwachses in den vergangenen Jahren ist der Abstand der ostdeutschen Einkommen (vor allem der Erwerbseinkommen) zu den westdeutschen groß. Für die kommenden Rentenzugänge ist ein Wachsen des Unterschiedes bei den Renteneinkommen zwischen Ost und West zu befürchten.

Die privaten Einkommen sind auch in den neuen Bundesländern in den letzten Jahren gestiegen - wenn auch nicht für alle sozialen Gruppen. Die Verteilung der Einkommen in der Bevölkerung hatte sich in den letzten Jahren „gespreizt“, d. h. der Abstand zwischen den Gruppen mit dem höchsten und dem niedrigsten Einkommen war gewachsen. Diese Tendenz ist jetzt in den Ergebnissen der SFZ-Untersuchung nicht mehr nachzuweisen. Dennoch ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung im Hinblick auf viele soziale Gesichtspunkte groß.

Tabelle 2.20 Individuelles Nettoeinkommen - nach Gruppen insgesamt - 2013 - in Prozent

	ohne Einkommen	bis 500 Euro	500 - 999 Euro	1.000 - 1.499 Euro	1.500 - 1.999 Euro	2.000 Euro und darüber
unter 50 Jahre	11	6	22	26	17	18
50 - 64 Jahre	4	9	29	26	16	14
65 Jahre und älter	2	4	33	43	13	5
Gesamt	7	6	27	30	16	14

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

An dieser Tabelle wird deutlich, dass die älteren Jahrgänge in den unteren Einkommensgruppen mehr und in den oberen Einkommensgruppen weniger enthalten sind. 7 % der Befragten gaben an, über kein eigenes Einkommen zu verfügen.

¹³ Vgl. Monatsbericht, S. 77.

In den einzelnen Altersgruppen unterscheiden sich die durchschnittlichen individuellen Einkommen wie folgt:

- unter 50 Jahre: 1.378 €,
- 50 - 64 Jahre: 1.282 €,
- über 64 Jahre: 1.120 €.

Den Ergebnissen der Leben-Untersuchungen des SFZ zufolge haben die durchschnittlichen individuellen Einkommen seit 2009 um 21 % und die gewichteten Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) um 16 % zugenommen. Dieser Unterschied in den Steigerungsraten weist darauf hin, dass Mehrpersonenhaushalte (insbesondere mit Kindern) nicht im selben Maße von den Steigerungen profitierten wie kleine und insbesondere kinderlose Haushalte.

Bei den Erwerbstätigen ergab sich nur eine Steigerung um gut 5 %, während die Einkommen der Arbeitslosen um 11 % zunahmen. Nach unseren Ergebnissen verzeichneten die Rentner dieser Altersgruppe als einzige Gruppe zwischen 2009 und 2013 eine Einkommenseinbuße von -7 %. Das Minus im durchschnittlichen Renteneinkommen erklärt sich aus der Tatsache, dass die Mehrzahl der Renteneintritte mit Abschlägen oder sonstigen Einbußen bei vorruhestandsähnlichen Regelungen erfolgen muss. Zu diesen Abschlägen kommt die Tatsache hinzu, dass die angesammelten Rentenanwartschaften im Durchschnitt geringer werden. Erwerbsverläufe, die von Niedrigeinkommen und häufiger Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, führen zu immer geringeren Anwartschaften. Reguläre Rentenzugänge wegen Alters sind in dieser Gruppe nicht anzutreffen. Die durchschnittliche Einkommensminderung betrifft inzwischen auch die Bestandsrentner. Einen deutlichen Kaufkraftverlust mussten alle Rentnerinnen und Rentner hinnehmen.

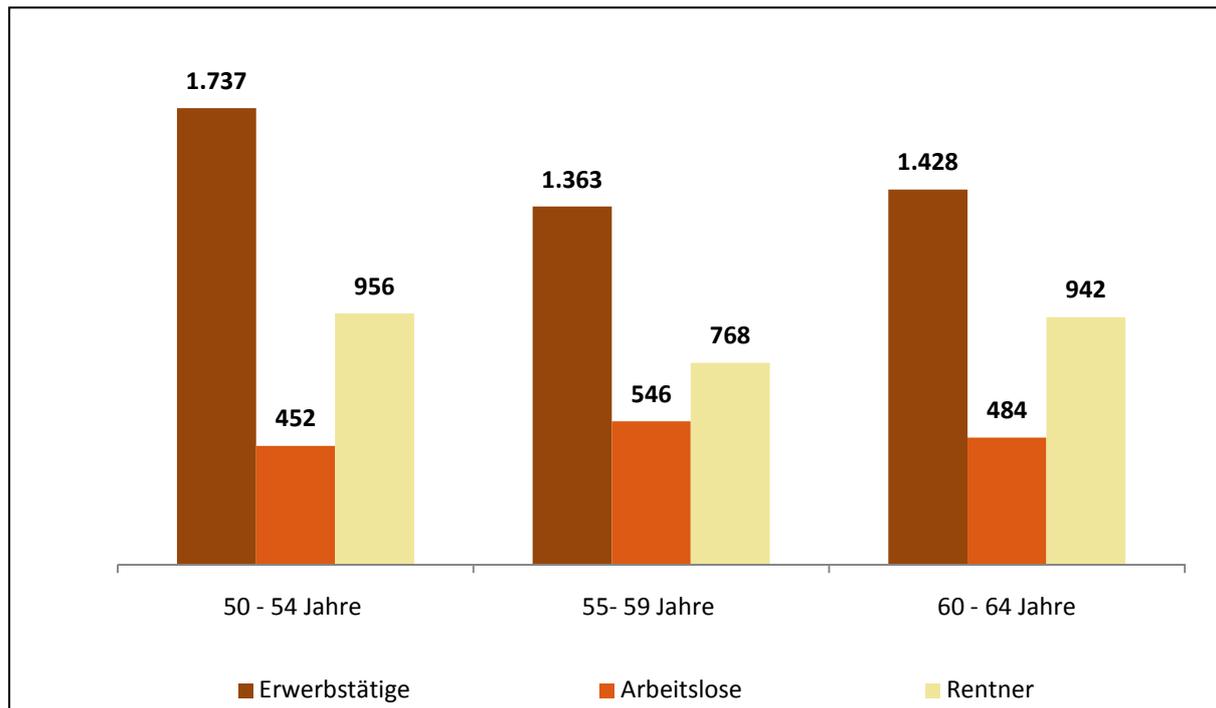
Innerhalb der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen sind die durchschnittlichen individuellen Nettoeinkommen folgendermaßen verteilt:

- 50 - 54 Jahre: 1.503 €,
- 55 - 59 Jahre: 1.169 €,
- 60 - 64 Jahre: 1.025 €.

Dabei ist zu beobachten, dass im Altersverlauf die Einkommen - auch die Erwerbseinkommen - stark schwanken. So erreichen die individuellen Erwerbseinkommen um das 45. Lebensjahr einen ersten Spitzenwert und einen weiteren zwischen dem 50. und dem 54. Lebensjahr.

Für die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen ist festzustellen, dass die Einkommen stark schwanken:

Abbildung 2.7 Durchschnittliches individuelles Nettoeinkommen
- nach Altersgruppen - 2013 - in Euro



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Es ist ersichtlich, dass

- das durchschnittliche Erwerbseinkommen zwischen dem 50. und dem 55. Lebensjahr einen vergleichsweise sehr hohen Wert erreicht, während es danach um knapp ein Viertel fällt. Darin spiegelt sich der Verdrängungsprozess auf den ersten Arbeitsmarkt. Die Erwerbseinkommen fallen nicht bei denen, die einen (vergleichsweise gut bezahlten) festen Arbeitsplatz haben, sondern bei denen, die nach einer Phase der Arbeitslosigkeit eine andere Stellen annehmen und dabei erhebliche Lohnverluste hinnehmen müssen. Dass im letzten Jahrzehnt das durchschnittliche Erwerbseinkommen wieder steigt, kann daran liegen, dass ein Teil derjenigen im Alter zwischen 55 und 59 Jahren mit vergleichsweise geringem Einkommen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist (und nun nicht mehr auf den Durchschnitt Einfluss nimmt).
- Die durchschnittlichen Arbeitsloseneinkommen stiegen in dieser Altersgruppe, weil ein Teil der früher Erwerbstätigen mit relativ hohem Einkommen arbeitslos wurde und zunächst ein - gemessen am Durchschnitt - relativ hohes Arbeitslosengeld bezog. Allerdings wirkt dieser Effekt nur kurze Zeit - maximal 2 Jahre. Danach spätestens verfällt der Leistungsanspruch aus dem SGB III und man fällt in Hartz IV oder man findet eine, dann in der Regel schlechter bezahlte Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt.
- Die Schwankungen bei den Rentneinkommen können darauf zurückzuführen sein, dass bei Rentnereintritten in dieser frühen Lebensphase die Anwartschaften noch geringer sind als später und die Eintrittsregelungen mit den größten Einbußen einhergehen.

Die Einkommen (individuelle und Haushaltseinkommen) sind in den sozialen Gruppen sehr ungleich verteilt:

- Frauen (1.031 €) bezogen im Frühjahr 2013 in den neuen Bundesländern 29 % weniger eigenes Einkommen als Männer (1.444 €). Selbst im durchschnittlichen Haushaltseinkommen können Frauen diesen Rückstand nicht ausgleichen: Ihr gewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) beträgt 88 % dessen der Männer. Die Ungleichheit der Einkommen von Frauen und Männern ist nach den Ergebnissen des SFZ seit 2009 sogar gewachsen. So stieg das Einkommen der Männer in den vergangenen vier Jahren um 27 %, während das der Frauen um 15 % gewachsen ist. Dass Frauen auch in den Haushaltseinkommen schlechter abschneiden, liegt an den geringeren Einkommen der Haushalte, in denen Frauen allein oder als Alleinerziehende leben. Beide Gruppen haben ein besonders geringes durchschnittliches Einkommen: allein lebende Frauen 1.146 € und Alleinerziehende 906 €.
- Die berufliche Qualifikation hat nach wie vor einen erheblichen Einfluss auf die ungleiche Bezahlung. So verdienen Hochschulabsolventen mit durchschnittlich 1.986 € im Monat über ein Drittel mehr als Facharbeiter mit 1.404 €. Dennoch muss festgestellt werden, dass in den vergangenen vier Jahren die Facharbeiter (+ 11 %) eine deutliche Steigerung des individuellen Einkommens erfahren haben als Hochschulabsolventen mit durchschnittlich 5 % Steigerung.
- Die Kluft in den Einkommen zwischen verschiedenen Erwerbsgruppen ist sehr groß.

Tabelle 2.21 Durchschnittliche Nettoeinkommen - nach sozialen Gruppen
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Euro

	Nettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet)
Arbeiter	997	1.698	1.116
Angestellte	1.411	2.350	1.551
Selbständige/Freischaffende/etc.	1.320	2.380	1.552

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Arbeiter verdienen 71 % dessen, was Angestellte durchschnittlich erhalten.

Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit wirkt sich ebenfalls negativ auf das durchschnittliche individuelle Einkommen aus. Arbeitslose im Alter zwischen 50 und 64 Jahren geben ein Durchschnittseinkommen von 498 Euro an.

Schon die einmalige Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (diese Personen haben im Mittel ein eigenes Einkommen von 1.158 €) führt im Durchschnitt dazu, dass mehr als ein Viertel weniger Einkommen erzielt wird als bei denjenigen, die noch nie arbeitslos waren (1.600 €).

Sind die individuellen Erwerbseinkommen auch eine Anerkennung der Arbeitsleistung, so sind die Haushaltseinkommen für die Lebensführung ausschlaggebender. In den entsprechend der Familienstruktur gewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen gleichen sich einige der Disparitäten in den individuellen Einkommen aus. Allerdings kommen in der ungleichen Verteilung dieser Einkommen auch die ungleichen finanziellen Lebensbedingungen der Familien und Haushalte zum Ausdruck.

Auch in dieser Einkommensart des gewichteten Haushaltsnettoeinkommens gibt es im Altersverlauf deutliche Schwankungen:

- 50 - 54 Jahre: 2.517 €,
- 55 - 59 Jahre: 1.999 €,
- 60 - 64 Jahre: 1.855 €.

Wieder zeigt sich der große Einschnitt in den Lebensbedingungen, der sich ab dem 55. Lebensjahr einstellt.

Tabelle 2.22 Nettoeinkommen - nach Familientyp und Bildungsstand und sozialer Schicht
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Euro

	Nettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet)
Familienform			
Familie mit Kind/ern	1.314	2.493	1.183
Familie ohne Kind/er	1.291	2.429	1.536
Alleinerziehende	906	1.773	845
Alleinlebende	1.146	1.350	1.242
Bildungsstand			
8 Klassen u. darunter	711	1.516	909
10 Klassen	1.170	2.009	1.313
12 Klassen/Abitur	1.756	2.781	1.813
Sozialer Status			
Unterschicht	625	1.034	801
Arbeiterschicht	1.016	1.922	1.207
Mittelschicht	1.554	2.450	1.602
obere Mittelschicht/ Oberschicht	2.330	3.974	2.492
Insgesamt	1.233	2.114	1.367

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Dass ein Leben mit Kindern noch immer ein Faktor für erhebliche Ungleichheit in den finanziellen Lebensbedingungen ist, zeigt sich an der Verteilung des durchschnittlichen gewichteten Haushaltsnettoeinkommens für Familien.

- Familien mit Kindern verfügen nur über 77 % des Einkommens von Familien ohne Kinder.
- Auch die schulische Bildung wirkt sich lebenslang auf die Ungleichheit der durchschnittlichen Einkommen aus.
- So haben Familien von Befragten mit dem geringsten schulischen Abschluss nur die Hälfte dessen monatlich im Haushalt zur Verfügung. Familien von Befragten mit Hochschulreife und Familien von Befragten mit mittlerer Reife müssen mit weniger als $\frac{3}{4}$ dessen auskommen, was Familien von Abiturienten zur Verfügung steht.
- Am deutlichsten drücken die Befragten die Ungleichheit der Einkommen mittels ihrer eigenen Schichteinstufung aus. Hier äußert sich deutlich der Doppelcharakter dieser Selbsteinstufung: Sie widerspiegelt die relative Distanz der eigenen sozialen Position zu der anderer Menschen (verbunden mit der dazugehörigen Wertung) und die objektive Ungleichheit in den Lebensbedingungen.
- Angehörigen der Unterschicht steht genau die Hälfte dessen zur Verfügung, was den Angehörigen der Mittelschicht zur Verfügung steht. Im Vergleich mit der oberen Mittelschicht steht ihnen nur ein Drittel zur Verfügung (zur Oberschicht rechneten sich nur sehr wenig Befragte).

2.5 Bewertungen der Einkommen und finanziellen Lebensbedingungen

Zwei Drittel der 50- bis 64-Jährigen können ihre Bedürfnisse mittels ihres Einkommens, wenn auch mit Einschränkungen, befriedigen. Kinderlosen Partnerhaushalten gelingt das am besten, Alleinerziehenden am wenigsten. Die künftige Entwicklung wird insbesondere in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auch angesichts der zu erwartenden Einschränkungen beim Renteneinkommen äußerst pessimistisch eingeschätzt. An eine Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen den neuen und den alten Bundesländern glaubt faktisch niemand mehr.

2.5.1 Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation

Die Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation drückt einerseits die eigene Stellung im Erwerbsprozess (Arbeitsmarkt), gleichzeitig aber auch die eigenen finanziellen Bedingungen aus. Dabei spielen verschiedene weitere Faktoren, wie die eigenen Erwartungen an die Lebensbedingungen oder der Vergleich mit anderen Menschen eine Rolle. Daher fallen Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Situation oft schlechter aus als es rein die finanzielle Lebenssituation aussagt. Die Ergebnisse sind weniger wegen der positiven Werte, die niedrig ausfallen, bedeutsam als vielmehr wegen der hohen negativen Bewertungen, denn die Antworten in der Mittelkategorie drücken eine diffuse Unbestimmtheit aus. Man könnte sagen: Zufriedenheit macht träge und als träge möchte sich die Mehrheit der Ostdeutschen nicht selbst einstufen. In der Tat aber spiegeln sich in den Bewertungen vor allem die schlechten Chancen wider, am gesamtdeutschen wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise durch eigene Arbeit und angemessene Bezahlung teilhaben zu können.

Tabelle 2.23 Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
sehr gut	2	2	2	2	3	2	2		4
gut	30	30	30	35	24	32	38	5	36
teils/teils	42	43	40	45	43	38	45	31	41
schlecht	17	16	19	11	21	19	11	39	13
sehr schlecht	9	8	9	6	10	10	4	24	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Situation ist wie bei anderen Bewertungen der Lebenslage auch hier die mittlere Altersgruppe der Untersuchungsgruppe diejenige mit den negativsten Bewertungen. Sie sind es, die den großen Einbruch in den Einkommen zu verkraften haben und bei denen der Druck auf die Beendigung des Erwerbslebens zuzunehmen beginnt. Aber auch im letzten Jahrfünft vor dem gesetzlichen Rentenalter nimmt die Zufriedenheit kaum zu. Die Rente steht bevor und die Zukunftserwartungen können sich nur noch an der gesetzlichen Rentenanwartschaft orientieren.
- Daher beurteilen auch die Rentner in der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen ihre wirtschaftliche Lage am schlechtesten (30 % als schlecht und sehr schlecht). Sie mussten in der Regel aus dem Erwerbsleben vorzeitig ausscheiden und die entsprechenden Einkommenseinbußen hinneh-

men. Die über 65-jährigen Rentner schätzen ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage deutlich besser ein, von ihnen beschreibt jede/r Zweite (50 %) eine gute bis sehr gute wirtschaftliche Lage.

- Zufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Situation sind die Hochschulabsolventen (52 % geht es gut bis sehr gut). Nur jede/r Zehnte benennt eine schlechte oder sehr schlechte wirtschaftliche Lage.
- Befragte mit hohen individuellen Einkommen und hohen Haushaltsäquivalenzeinkommen urteilen am positivsten: Vier Fünftel (79 % bzw. 80 %) schätzen jeweils ihre wirtschaftliche Lage gut oder sehr gut ein.
- Auch erwerbsbiographische Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit schlagen sich in den Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage nieder. 53 % der ohne jemals von Arbeitslosigkeit Betroffenen bewerten ihre Lage als gut und sehr gut. Diejenigen mit dieser Erfahrung (auch wenn sie gegenwärtig nicht arbeitslos sein sollten) nur zu 23 %.
- Familien in Partnerhaushalten mit Kindern bewerten ihre wirtschaftliche Lage zu 38 % mit gut oder sehr gut und kinderlose Paare mit 41 %. Aber nur 15 % der Alleinerziehenden haben Grund zu dieser Einschätzung.

2.5.2 Wirtschaftliche Lage vor 5 Jahren

Insgesamt bewerteten 38 % der Befragten zwischen 50 und 64 Jahren ihre wirtschaftliche Situation vor fünf Jahren besser als heute. D. h. weit mehr als ein Drittel musste Verschlechterungen der eigenen wirtschaftlichen Lage hinnehmen. 51 % erlebten weder Verbesserungen noch Verschlechterungen und nur 11 % antworteten, dass es ihnen vor fünf Jahren schlechter ginge.

- Frauen haben in etwas größerem Maße (40 %) Verschlechterungen in ihrer wirtschaftlichen Situation registriert als Männer (36 %).
- Innerhalb der Altersstufen unserer Untersuchungsgruppe ist eine Steigerung der negativen Erfahrungen im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Situation zu erkennen. Blicken bei den bis 54-Jährigen (31 %) und bei den bis 59-Jährigen (30 %) noch etwa durchschnittlich viele auf bessere Zeiten zurück, so registrieren die über 60-Jährigen in den vergangenen fünf Jahren genau die Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage, die aktuell bei den 55- bis 59-Jährigen zu verzeichnen war (siehe oben). Sie äußern zu 54 % Einbußen in dieser Hinsicht.
- Befragte verschiedener beruflicher Qualifikationsgruppen äußern sich fast übereinstimmend, außer Personen ohne Abschluss, die zu 45 % Verschlechterungen berichteten.
- Dagegen schlagen sich die unterschiedlichen Erwerbssituationen in unterschiedlichen Erfahrungen des wirtschaftlichen Auf- oder Abstiegs nieder. Erwerbstätige bewerten ihre gegenwärtige Lage etwas seltener als schlechter (32 %) als Arbeitslose (63 %) und Rentner (42 %).
- Wiederum bemerkenswert ist die Tatsache, dass in der Gruppe der Alleinerziehenden 52 % eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation registrierten.
- Mit 21 % zwar deutlich weniger als durchschnittlich, aber immerhin noch zu einem Fünftel äußern Personen mit einem individuellen monatlichen Einkommen über 2.000 € auch, dass sie schon bessere Zeiten gesehen hätten.

2.5.3 Ausblick: Erwartung der eigenen wirtschaftlichen Situation in fünf Jahren

Nahezu die Hälfte aller Personen zwischen 50 und 64 Jahren erwartet eine künftige Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation.

Tabelle 2.24 Erwartung an die Entwicklung der eigenen wirtschaftliche Lage in 5 Jahren - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
vermutlich besser	7	8	6	7	10	4	8	7	20
vermutlich wie heute	36	36	35	40	32	36	37	26	33
vermutlich schlechter	46	45	47	37	51	50	44	62	33
weiß nicht	10	10	11	15	7	9	11	4	13

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Sicherlich haben sich mit Blick auf den bevorstehenden Renteneintritt die Bedingungen so geändert, dass kaum noch jemand von einer den Lebensstandard erhaltenden Rente ausgeht. Daher sind die Aussichten in dieser Lebenssituation, sowohl was die Stellung im Erwerbsprozess betrifft als auch was das Einkommen betrifft, nicht rosig. Dass dennoch weniger als die Hälfte davon ausgeht, wenigstens den gegenwärtigen Lebensstandard halten zu können, ist nicht nur auf die Aussicht des Rentenstatus zurückzuführen, sondern auch Ausdruck der besonderen wirtschaftlichen Lage dieser Altersgruppen.

In den verschiedenen sozialen Gruppen gibt es so gut wie keine Differenzierungen. Alle sehen mehr oder weniger pessimistisch in die Zukunft. Am pessimistischsten sind Fachschulabsolventen (57 %), Arbeitslose (62 %), Arbeiter (52 %) und Geringverdiener mit einem monatlichen Einkommen bis 500 € (61 %).

Es lässt sich weiterhin feststellen, dass sich pessimistische Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage bei einem Teil der Befragten kumulieren. Diejenigen, die ihre Situation am schlechtesten bewerten, erlebten die vergangenen 5 Jahre ebenfalls häufig als eine Verschlechterung und sehen auch für die kommenden 5 Jahre kein Licht am Ende des Tunnels. 70 % aller, die die vergangenen 5 Jahre als Verschlechterung erlebt haben, sehen auch in der Zukunft Verschlechterungen.

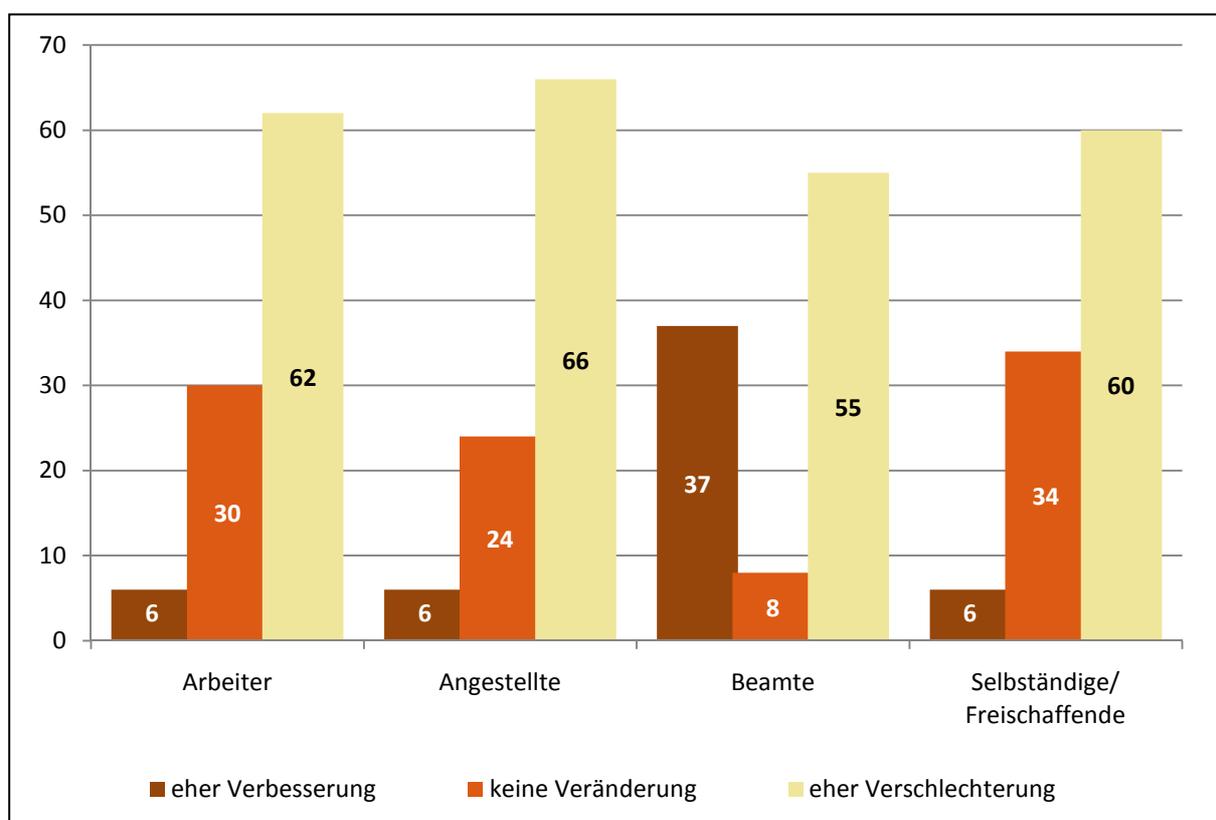
2.5.4 Zufriedenheit mit der Kaufkraft des eigenen Einkommens

Direkt kommt in den Lebensbedingungen nicht das eigene Einkommen zur Wirkung, sondern welchen Lebensstandard man sich davon ermöglichen kann. Das spiegelt sich in der Kaufkraft des eigenen Einkommens wider. Ein Ausdruck dessen ist die Relation zwischen der Entwicklung der Einkommen und der Preise (eine Art Bewertung des Realeinkommens). Die Bewertung der gesellschaftlichen Bedingungen, die auf deren Entwicklung einwirken könnten, fällt sehr negativ aus. Ohne deutlich zu machen, welche gesellschaftliche Kraft den größten Einfluss auf diese Entwicklung hat, kommt dabei - ob berechtigt oder nicht - auch die Politik ins Blickfeld der Befragten. Daher ist die negative Bewertung dieser künftigen Entwicklung auch eine Kritik an der Politik, der es nicht gelungen ist, Rahmenbedingungen zu gestalten, in denen sich Löhne und Preise ausgewogen verändern. Das wichtigste Stichwort dabei ist der Mindestlohn, aber auch die sich nicht verändernden Armutskennziffern (siehe

Abschnitt 2.6), die schon anzutreffenden, sich aber in Zukunft häufenden Niedrigrenten spielen eine Rolle. Ein wichtiger Umstand bei dieser Bewertung besteht im Vergleich der Situation in den neuen und den alten Bundesländern. Die negativen Erwartungen drücken auch die ungleiche Situation in den Einkommen zwischen Ost und West - insbesondere bei den Renten - aus. In dichter Nähe zur Frage der Erwartungen der Kaufkraft des eigenen Einkommens steht daher die Frage nach der Angleichung der Löhne und Renten (siehe Abschnitt 2.5.6).

Inwieweit in den Antworten auch Reaktionen auf die Spekulation mit wichtigen Rohstoffen und insbesondere die mit Lebensmitteln von den Befragten einbezogen wurden, kann nicht gesagt werden. Klar ist aber, dass die preistreibenden Spekulationen auf den Lebensmittelmärkten von einer über- großen Mehrheit in der Bevölkerung abgelehnt werden.

Abbildung 2.8 Erwartungen an die Entwicklung der Bedingungen, nach denen Löhne und Preise gestaltet werden - nach sozialem Status - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Nur 9 % der Befragten unserer Altersgruppe erwarten sich verbessernde Bedingungen. 62 % erwarten eine Verschlechterung. Das ist ein deutliches Signal nicht nur an die Tarifpartner, sondern auch an die Politik.

Dabei ist festzustellen, dass es keine gesellschaftliche Gruppe gibt, in der nicht mindestens die Hälfte aller Mitglieder diesbezüglich düster in die Zukunft blickt.

2.5.5 Bedürfnisbefriedigung

Eine weitere damit zusammenhängende Frage der Bewertung der eigenen materiellen Lebensbedingungen ist die Frage danach, in welchem Maße die Kaufkraft des eigenen Einkommens die familiären Bedürfnisse befriedigen kann.

Tabelle 2.25 Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
ja	31	27	35	31	29	31	37	5	35
mit Ein- schrän- kungen	35	35	36	41	30	36	39	28	39
nein, es ist ziemlich knapp	34	39	29	28	40	33	23	68	26

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Auch in dieser Frage schätzt die mittlere Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen ihre eigene Situation am schlechtesten ein. 40 % dieser Gruppe geben an, dass das Einkommen zur Befriedigung der Bedürfnisse nicht ausreicht. Wenn auch die uneingeschränkt positiven Bewertungen sich in den drei Altersgruppen nicht wesentlich unterscheiden, so ist die definitiv negative Wertung wiederum kennzeichnend für diese Altersgruppe.

Alle sozialen Faktoren, die auch auf die Höhe des verfügbaren (Haushalts-) Einkommens Einfluss haben, kommen auch in dieser Frage zur Geltung:

- Deutlich mehr Frauen (39 %) können ihre materiellen Bedürfnisse nicht befriedigen als Männer (29 %).
- Der Einfluss der beruflichen Qualifikation ist noch stärker.

Tabelle 2.26 Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Qualifikation - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	ohne Abschluss	Facharbeiter/ Meister	Fachschule	Hochschule
ja	31	15	26	36	55
mit Einschränkungen	35	27	37	45	29
nein, es ist ziemlich knapp	34	59	37	19	16

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Knapp 60 % derjenigen ohne berufliche Qualifikation meinen, ihre Bedürfnisse nicht hinreichend mit dem eigenen Einkommen befriedigen zu können, aber nur 16 % der Hochschulabsolventen kommen zu diesem Urteil.

- Bei den Arbeitern sind es 47 %, die sich Dinge, derer sie bedürfen, nicht leisten können, aber nur 22 % der Angestellten. Von den wenigen Beamten unter den Befragten kommt keiner zu diesem Urteil.
- Auch die Erfahrung von Arbeitslosigkeit spielt in den Antworten zu dieser Frage eine Rolle: 19 % derer, die bisher nicht arbeitslos waren, geben an, ihre Bedürfnisse nicht befriedigen zu können, dagegen sagen das 34 % aller bereits auch mehrfach arbeitslos Gewesenen. Von denen, die bereits mehr als fünf Mal arbeitslos waren, sagen das 69 %.
- Inwieweit wiederum Kinder von den Lebensbedingungen ihrer Eltern mit betroffen sind, zeigt sich auch an dieser Frage, die besonders gravierend dann ist, wenn Kinder Versagungen hinnehmen müssen.

Tabelle 2.27 Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltseinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - nach Familienform - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt	Familie mit Kind/ern	Familie ohne Kind/er	Alleinerziehende	Alleinlebende
ja	31	29	37	10	24
mit Einschränkungen	35	35	40	36	25
nein, es ist ziemlich knapp	34	35	23	54	51

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Wiederum fällt auf, dass Haushalte mit Kindern am häufigsten nicht nur mit Einschränkungen leben müssen, sondern dass es für die Befriedigung der Bedürfnisse vorn und hinten nicht ausreicht.
- Wie auch im Fall der Arbeitslosigkeit wirkt die Vergangenheit des Erlebens von prekärer Arbeit weit in die Zukunft der Lebensbedingungen: Während 75 % derjenigen, die noch nicht die Erfahrung prekärer Beschäftigung gemacht haben, ihre Bedürfnisse, wenn auch mit Einschränkungen, befriedigen können, ist das 46 % derjenigen, die in der Vergangenheit oder Gegenwart diese Erfahrung machen mussten, versagt.

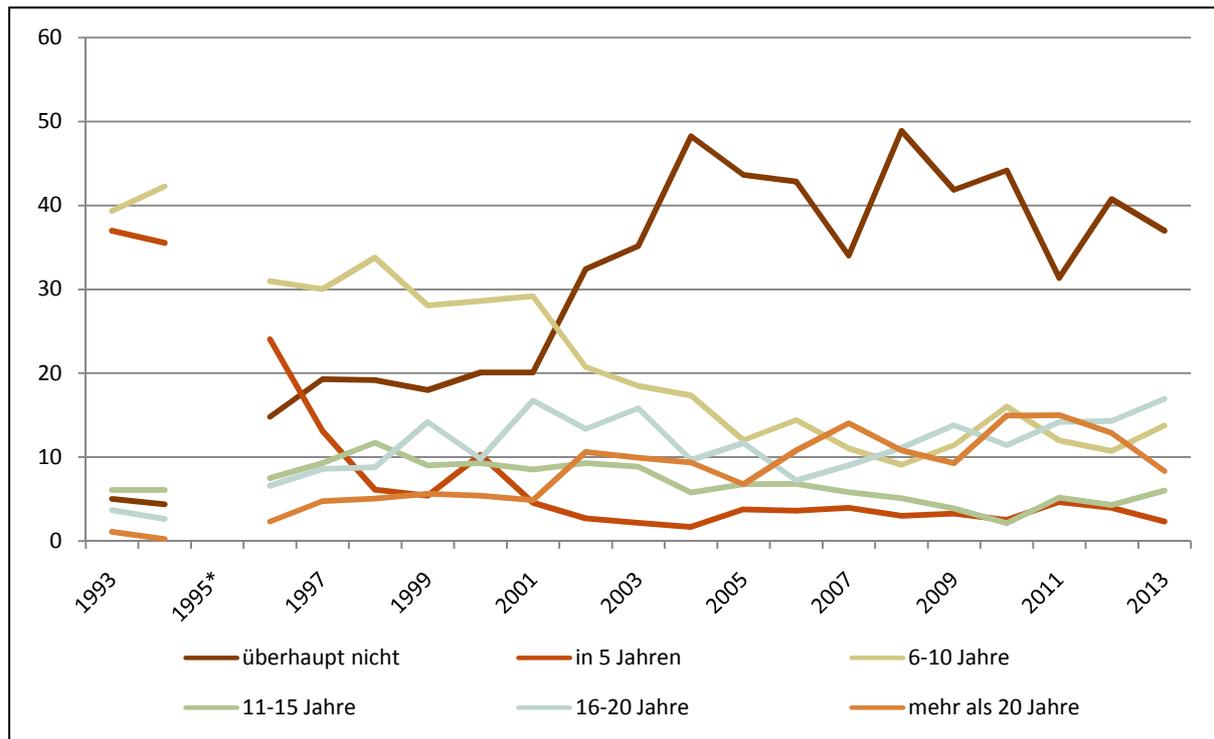
2.5.6 Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West

An die Erfüllung des Verfassungsauftrages an die Politik, für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu sorgen, glaubt heute in den neuen Bundesländern kaum noch jemand. Ein wesentlicher Gesichtspunkt dieses geforderten Angleichungsprozesses, der der Einkommen, rückt für fast alle in unabsehbare Ferne.

20 % der Befragten der Altersgruppe glauben daran, dass die Angleichung in den nächsten 10 Jahren erfolgen kann. Mehr als ein Drittel aller ist der Meinung, dass das überhaupt nicht mehr geschehen wird. Dabei sind die Jüngeren am pessimistischsten: Sie glauben zu 42 % nicht daran, dass die Angleichung jemals zu einem Ende kommt, bei den Befragten im Rentenalter sind das mit 20 % vergleichsweise wenige. Auch innerhalb unserer Untersuchungsgruppe sind es die Ältesten, die dabei mit „nur“ 24 % noch relativ am optimistischsten sind.

Im Zeitverlauf sanken die Erwartungen auf eine absehbare Angleichung in 6 bis 10 Jahren ab dem jeweiligen Befragungsjahr deutlich. Seit Beginn des neuen Jahrtausends überwiegt der Anteil derer aus der Alterskohorte, der nicht mehr an eine Angleichung glaubt.

Abbildung 2.9 Erwartungen zum Zeitpunkt der Einkommensangleichung
- Alterskohorte Jahrgang 1963 bis 1949 - in Jahren



* 1994 und 1995 nicht erfragt
Datenbasis: sfz/leben 1993 -2013 (gew.)

Den größten Pessimismus äußern in dieser Frage Familien mit Kindern (51 %), Personen mit mittlerer und höherer Schulbildung (35% - 41 %) und Erwerbstätige (40 %).

2.6 Armut

Gestiegene Einkommen in den letzten Jahren haben nicht zu einer Verbesserung der Kennziffern für die Einkommensarmut geführt. Dazu tragen atypische und prekäre Beschäftigung, Verdrängung aus dem Erwerbsleben und sinkende Rentenzahlbeträge bei. Armut ist weiterhin für ein Fünftel der 50- bis 64-Jährigen ein reales Problem und führt zu vielfachen Ängsten vor dem Altern, einschließlich in Bezug auf die Gesundheit und soziale Isolation.

Armut ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem. Armut, das wird immer wieder betont, ist nicht allein ein finanzielles Problem. Armut in der gesellschaftlichen Realität ist eine Summe und Kumulierung von benachteiligenden Merkmalen der Lebenssituation, die sich in der Ausgrenzung von der Teilhabe an verschiedenen Lebensbereichen niederschlägt. Häufig kommen dabei geringe Bildung und berufliche Qualifikation, atypische oder prekäre Beschäftigung (wenn überhaupt), relativ schlechtere Wohnbedingungen und auch hohe Gesundheitsrisiken zur Tatsache eines geringen Einkommens hinzu.

Zwar muss berücksichtigt werden, dass die international verwendete Definition von Armut die relativen Deprivationen innerhalb einer Region, eines Landes bzw. einer Volkswirtschaft hervorhebt und ein internationaler und überregionaler Vergleich der jeweils gegebenen Lebenssituation auf dieser Grundlage allein nicht möglich ist, dennoch spiegeln die an den Einkommensverteilungen gemessenen Armutskenziffern die relativen Ungleichheitsverhältnisse innerhalb einer Region wider. Als arm werden diejenigen definiert, die in der Summe ihrer Einkommen weniger als 50 % des Mittelwertes

in der Region (Median) zur Verfügung haben. Dabei wird das gewichtete Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf eines Haushaltes herangezogen, bei dem die Anzahl und das Alter der in einem Haushalt lebenden Personen gewichtet berücksichtigt werden. Als von strenger Armut betroffen gilt derjenige, der weniger als 40 % des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Als von einem Armutsrisiko betroffen gelten alle die, die über weniger als 60 % dieses mittleren Einkommens verfügen. In mittlere Einkommensgruppen werden die Personen zusammengefasst, die zwischen 80 % und 120 % des mittleren Einkommens haben, die hohen Einkommen gelten für Einkommensbezieher bis zu einer Grenze von 200 % des mittleren Einkommens, und höchste Einkommen beziehen alle die, die mehr als 200 % des mittleren Einkommens zur Verfügung haben.

Für die Analyse der Armut in der betrachteten Altersgruppe in den neuen Bundesländern ist zu beachten, dass das mittlere Einkommen in den neuen Bundesländern der Berechnung zugrunde gelegt wurde. In früheren Sozialreporten konnte auf die gesamtdeutsche Einkommensverteilung zurückgegriffen werden. Das ist aus sozialpolitischer Sicht auch gerechtfertigt, ist doch die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ein Verfassungsauftrag. Daher war in den früheren Sozialreporten das (gesamtdeutsche) mittlere Einkommen, das der Berechnung auch der Armuts-kennziffern zugrunde lag, höher als in den neuen Bundesländern.

Das mittlere Einkommen (der Median), die Bemessungsgrundlage für die Analyse von Einkommensarmut, lag den Berechnungen des SFZ zufolge im Frühjahr 2013 bei 1.250 Euro.

Dieses mittlere Einkommen entspricht einer Steigerung in den neuen Bundesländern gegenüber 2011 von rund 50 €. Das bedeutet, dass sich auch die Bemessungsgrenzen für die Armutsanalyse nach oben verschoben haben. Armut ist heute eine Erscheinung, die auf einer etwas günstigeren finanziellen Grundlage als vor zwei Jahren, dennoch deprivierend ist.

Die folgende Tabelle weist die Armutsgefährdungskennziffern für die 50- bis 64-Jährigen in den neuen Bundesländern einmal auf der Berechnungsgrundlage der SFZ-Erhebung Leben 2013 aus und zum Vergleich die Kennziffern, die auf der Grundlage des aus den Daten des Mikrozensus geschätzten¹⁴ gesamtdeutschen Einkommensmittels aus dem Jahr 2013 (1.480 €) berechnet wurden.

Tabelle 2.28 Armutsverteilung - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	50 - 64 Jahre gesamtdeutsche Berechnung
strenge Armut	4	3	7	0	7
Armut	6	4	3	10	11
Armutsrisiko	10	10	12	7	10
untere Einkommen	17	10	18	24	14
mittlere Einkommen	31	28	32	31	37
höhere Einkommen	27	36	21	23	18
hohe Einkommen	6	9	6	3	3

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Insgesamt 20 % der 50- bis 64-Jährigen sind von einem Armutsrisiko betroffen, 10 % von Armut und noch 4 % leben in strenger Armut. Damit haben sich die Relationen der Armutsbetroffenheit in den letzten Jahren trotz gestiegener durchschnittlicher Einkommen nicht verändert.

Das Armutsrisiko ist mit 22 % am höchsten in der mittleren Altersgruppe, in der Gruppe, die in vieler Hinsicht am schlechtesten von allen gestellt ist. Es ist aber auch zu bemerken, dass sich ein Drittel der Personen dieser Altersgruppe eines höheren oder hohen Einkommens erfreuen kann. In der jüngsten

¹⁴ Daten des Mikrozensus liegen gegenwärtig bis 2011 vor.

Gruppe der 50- bis 54-Jährigen sind das sogar 45 %, die mehr als 1.500 € monatlich pro Haushaltsmitglied zur Verfügung haben.

Für die Verteilung des Armutsrisikos und damit die Betroffenheit von Armutsstufungen ist eine Reihe sozialer Merkmale erklärend.

- Frauen und Männer unterscheiden sich im Armutsrisiko nur etwas voneinander. Beide Gruppen sind zu 20 % vom Armutsrisiko (und Armut) betroffen. Das ist einerseits erklärlich, wird doch das Haushaltseinkommen zugrunde gelegt. Allerdings sind einige Gruppen von Frauen stärker von Armut betroffen: Die Alleinerziehenden und arbeitslose Alleinlebende. Diese deutliche Benachteiligung drückt sich im Vergleich aller Männer zu Frauen unserer Untersuchungsgruppe darin aus, dass Frauen stärker von Armut (7 %) und strenger Armut (4 %) betroffen sind als Männer (5 % bzw. 3 %). Männer (9 %) beziehen öfter als Frauen (3 %) höchste Einkommen.
- Wie bereits angesprochen paaren sich oft Bildungsarmut und Einkommensarmut. 61 % aller Befragten dieses Alters ohne berufliche Ausbildung sind von Armut bedroht. Damit erweist sich die berufliche Bildung als eines der wichtigsten Merkmale, die Armutsrisiken beeinflussen. Da Personen ohne beruflichen Abschluss häufig in Niedriglohnbereichen arbeiten (wenn sie nicht arbeitslos sind), könnte die Einführung eines Mindestlohnes zur Abhilfe dieses gesellschaftlichen Skandalons beitragen. Ob das tatsächlich der Fall sein wird, muss allerdings offen bleiben, weil es durchaus sein kann, dass sich trotz der Anhebung der unteren Einkommensgruppen an den Berechnungsdaten der Armutsrisiken nicht viel ändert. Mit Bestimmtheit aber lässt sich sagen, dass die Extremfälle der Armut und der strengen Armut durch die Einführung eines Mindestlohnes gemindert werden.

Tabelle 2.29 Armutsverteilung - nach Qualifikation - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	ohne Abschluss	Facharbeiter/ Meister	Fachschule	Hochschule
strenge Armut	4	13	3	1	1
Armut	6	23	4	4	2
Armutsrisiko	10	25	10	6	4
untere Einkommen	17	17	21	13	8
mittlere Einkommen	31	13	35	39	21
hohe Einkommen	27	10	26	28	40
höchste Einkommen	6		2	7	25

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Auch die berufliche Stellung hat einen Einfluss auf die Armutsverteilung. Arbeiter sind am häufigsten von einem Armutsrisiko betroffen (27 %). Bei den Angestellten ist das Armutsrisiko wesentlich geringer (6 %). Aber auch Selbständige und Freiberufler sind nicht vor dem Armutsrisiko gefeit: 10 % sind betroffen.
- Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit spielt beim Risiko, arm zu sein, ebenfalls eine Rolle. Von denjenigen, die noch nie arbeitslos waren, sind 9 % vom Armutsrisiko betroffen. Bei denjenigen, die bisher einmal arbeitslos waren, sind das 18 % und bei häufigeren Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit steigt das Risiko auf über 20 %. Im Gegenzug verfügen 47 % derjenigen, die noch nie arbeitslos waren, über hohe und höchste Einkommen. Aber auch einmalige oder zweimalige Arbeitslosigkeit verdammt nicht zu ewigem Niedrigeinkommen: Über 30 % erzielen hohe und höchste Einkommen.
- Von besonderer Bedeutung für das Armutsrisiko ist der Erwerbsstatus.

Tabelle 2.30 Armutsverteilung - nach Erwerbsstatus - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre**
- 2013 - in Prozent

	Gesamt	erwerbstätig	apM/arbeitslos	Rentner/Pensionär
strenge Armut	4	3	4	5
Armut	6	2	14	12
Armutsrisiko	10	6	22	14
untere Einkommen	17	10	38	28
mittlere Einkommen	31	36	15	26
hohe Einkommen	27	35	7	15
höchste Einkommen	6	9		1

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Immerhin 11 % der Erwerbstätigen sind vom Armutsrisiko betroffen und noch 5 % von ihnen leben in Armut bzw. strenger Armut, aber 40 % der Arbeitslosen und 31 % der Rentner leben im Armutsrisiko. Dabei sind 18 % der Arbeitslosen und 17 % der Rentner von Armut oder strenger Armut betroffen. Diese Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren, die bereits heute, also vor dem gesetzlichen Rentenalter, in Armut leben, werden die Schar der armen Altersrentner in Zukunft weiter vergrößern. Das aber sind bei weitem nicht alle, die von Altersarmut betroffen sein werden. Hinzu kommen viele, die heute in der hier betrachteten Altersgruppe noch nicht direkt vom Armutsrisiko betroffen sind, deren Rentenansprüche aber nicht ausreichen werden, auch weiterhin frei von Armut zu sein.
- Von Armut sind nicht nur die Erwachsenen betroffen, sondern natürlich auch die bei ihnen lebenden Kinder. Darin zeigt sich die Dramatik der Armutsverteilung in den neuen Bundesländern, aber auch in ganz Deutschland auf besondere Weise.

Tabelle 2.31 Armutsverteilung - nach Familienform - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt	Familie mit Kind/ern	Familie ohne Kind/er	alleinerziehend	alleinlebend
strenge Armut	4	5	2	12	4
Armut	6	9	2	29	4
Armutsrisiko	10	7	7	15	16
untere Einkommen	17	15	14	21	25
mittlere Einkommen	31	47	31	13	26
höhere Einkommen	27	17	35	11	20
hohe Einkommen	6		9		4

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- 21 % der Familien mit Kindern leben mit einem Armutsrisiko, dagegen „nur“ 11 % der Familien ohne Kinder. Am dramatischsten ist die Situation bei den Alleinerziehenden. 56 % aller Alleinerziehenden zwischen 50 und 64 Jahren müssen als arm gelten. Sicherlich ist zu bedenken, dass die Fallzahlen in dieser Gruppe nicht eben groß sind, aber auch bei den jüngeren Alleinerziehenden ist das Armutsrisiko von allen sozialen Gruppen am größten (31 %). Hohe und höchste Einkommen sind dagegen in Familien ohne Kinder anzutreffen (44 %).

Armut ist eine soziale Erscheinung, die einen erheblichen Einfluss auf die Beurteilung nicht nur der eigenen Lebenssituation hat, sondern auch auf die Beurteilung der Gesellschaft. Damit hat die Einkommensarmut neben der Folge der materiellen Ausgrenzung auch eine Ausgrenzung von den gesellschaftlich erfolgreicherer Prozessen zur Folge.

So ist die Beurteilung des bisherigen Verlaufes der deutschen Einheit und des - lange nicht abgeschlossenen - Angleichungsprozesses und damit die eigene Positionierung in dem vereinten Land in starkem Maße von der Betroffenheit vom Armutsrisiko abhängig.

Tabelle 2.32 Armutsverteilung - nach Gewinn und Verlust durch die deutsche Einheit - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gewinn	mehr Gewinn	teils, teils	mehr Verlust	Verlust	Gesamt
strenge Armut		2	7	2	7	4
Armut	3		4	17	7	6
Armutsrisiko	6	4	12	9	37	10
untere Einkommen	14	10	21	19	30	18
mittlere Einkommen	22	38	31	33	16	30
hohe Einkommen	38	40	22	17	3	27
höchste Einkommen	17	7	3	4		6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Diejenigen, die in der deutschen Einheit vor allem Gewinn bzw. mehr Gewinn als Verlust für das eigene Leben sehen, sind zu 9 % bzw. 5 % vom Armutsrisiko bedroht. Diejenigen, die in der Einheit vor allem Verlust sehen, sind zur Hälfte von Armut bedroht (51 %). Es ist ersichtlich, dass die Lücken, die der Vereinigungs- und Angleichungsprozess hinterlassen hat, sich in seiner Beurteilung niederschlagen.

Armut schlägt sich nicht nur in der Beurteilung gegebener gesellschaftlicher Bedingungen und vergangener Prozesse nieder, sondern auch in Erwartungen an künftige Lebenslagen, die vor allem mit Ängsten belastet sind.

So sind Personen, die vor allem Ängste um ihr künftiges Alterseinkommen haben, heute bereits von Armut bedroht oder betroffen.

Tabelle 2.33 Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich Alterseinkommen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	vor allem	auch	weniger	keine	Gesamt
strenge Armut	4	4			4
Armut	9	3	1		6
Armutsrisiko	17	4	1	3	10
untere Einkommen	21	17	6		17
mittlere Einkommen	30	32	36		31
hohe Einkommen	18	33	36	81	27
höchste Einkommen	1	8	20	16	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Personen, die Ängste um ihr Alterseinkommen haben, sind zu 30 % heute von Armut bedroht oder betroffen. Personen, die diese Ängste nicht haben, sind es zu 3 % und weniger.

Ist die Angst vor der Altersarmut verständlicher Weise mit heutiger Armut verbunden, so ist umso erstaunlicher, dass auch andere Ängste im Hinblick auf das Altern mit der heutigen Armut hoch korrelieren.

So ist die Angst, im Alter von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen zu werden, schon heute mit dem Armutsrisiko verbunden.

Tabelle 2.34 Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich des Gesundheitszustandes - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	vor allem	auch	weniger	keine	Gesamt
strenge Armut	4	4			3
Armut	7	6	3		6
Armutsrisiko	13	8	6	6	10
untere Einkommen	23	16	1		17
mittlere Einkommen	24	33	52		30
hohe Einkommen	26	26	29	88	27
höchste Einkommen	4	8	9	6	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Befragte, die Altersängste im Hinblick auf ihre Gesundheit hegen, sind zu 23 % vom Armutsrisiko betroffen. Arm zu sein, bedeutet mithin vielfach, den Prozess zu antizipieren, der in einer Redensart besagt (aber in Untersuchungen oft bestätigt wurde), dass Armut krank macht.

Ebenfalls auf den ersten Blick nicht notwendig mit einer prekären finanziellen Situation verbunden, ist die soziale Eingliederung und familiäre bzw. nachbarschaftliche Zugehörigkeit. Die heutige Armutsbetroffenheit hat einen Einfluss auf die Intensität, in der Ängste vor dem Allein-Sein, Ängste vor sozialer Isolation ausgebildet werden.

Tabelle 2.35 Armutsverteilung und Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ - hier bezüglich des ‚allein zu sein‘ - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	vor allem	auch	weniger	keine	Gesamt
strenge Armut	3	3	3	1	3
Armut	9	8	1	2	6
Armutsrisiko	20	8	7	4	10
untere Einkommen	29	16	17	7	18
mittlere Einkommen	20	31	34	37	30
hohe Einkommen	16	26	31	42	27
höchste Einkommen	2	8	7	7	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mit 33 % Armutsrisiko ist der Armenanteil an den Befragten sehr hoch, die Angst davor haben, im Altern allein sein zu müssen. Menschen, die optimistischer sind, später nicht in sozialer Isolation leben zu müssen, sind heute „nur“ zu 7 % von Armut bedroht.

Die soziale Ungleichheit wächst nicht nur im Hinblick auf die gesamte Bundesrepublik, sie hat auch innerhalb der neuen Bundesländer zugenommen. Armut ist zu einem dauerhaften Massenphänomen geworden. Und es zeigt sich, dass die Folgen davon nicht nur materielle Deprivationen sind, sondern soziale Ängste um die eigene Zukunft im Alter.

3 Werte

3.1 Grundwerte¹⁵

Von allen Befragten ab 18. Lebensjahr haben Freiheit und soziale Sicherheit nahezu gleichauf die häufigsten Nennungen als wichtigster Wert. Auch dem Wert der Gerechtigkeit wird mit der ersten Nennung nach wie vor eine wichtige Stellung zugewiesen. Gleichheit und Solidarität folgen mit großem Abstand der Erstnennungen. Dabei ist den Jüngeren (unter 50 Jahre) der Wert der Freiheit deutlich bedeutsamer als der der sozialen Sicherheit. Der Grundwert Solidarität nimmt in seiner Bedeutung mit dem Alter deutlich zu.

Grundwerte heißen nicht nur wegen ihrer Bedeutung für moderne Gesellschaften so, sondern auch wegen der relativ hohen Stabilität, in der Einzelne diese Werte in ihrem Leben verfolgen (oder eben nicht verfolgen). Die Grundwerte für sich genommen spielen im Leben der Menschen als einzelne Handlungsmaximen eine Rolle. Das trifft vor allem auf Situationen mit einem zugespitzten, „außeralltäglichen“ Charakter zu (wie z. B. Herbst 1989). Die Grundwerte spielen aber auch in ihrer Wechselwirkung, in ihrer sich bedingenden und sich ausschließenden Bedeutung eine Rolle. Dieser Bedeutungsinhalt als Wertesystem kommt eher in alltäglichen Lebenssituationen zur Geltung.

Die diesjährige Leben-Untersuchung des SFZ zielte auf diese zweite Bedeutung der Grundwerte als einem System. Es interessierte das relative Gewicht, das den einzelnen Grundwerten von den Befragten zugemessen wird.

Die Ergebnisse dieses Jahres bestätigen die früheren Resultate.

Die im Wesentlichen seit Längerem nicht veränderte Struktur der Wertbindungen sagt u. a. aus, dass:

- von allen Befragten ab 18. Lebensjahr Freiheit (44 %) und soziale Sicherheit (45 %) nahezu gleichauf die häufigsten Nennungen als wichtigsten Wert haben. Auch dem Wert der Gerechtigkeit wird mit 35 % der ersten Nennungen nach wie vor eine wichtige Stellung zugewiesen. Gleichheit (12 %) und Solidarität (11 %) folgen mit großem Abstand der Erstnennungen. Dabei ist den Jüngeren (unter 50 Jahre) der Wert der Freiheit deutlich bedeutsamer als der der sozialen Sicherheit. Auch hier setzt sich der frühere Trend fort, dass einerseits den Jüngeren die Erfahrung eines politisch-gesellschaftlich weitgehend selbstbestimmten Lebens von hoher Wichtigkeit ist und andererseits den Älteren die eigenen sozialen Erfahrungen, die Frage sozialer Sicherheit als wichtig vor Augen führen. Insofern setzt sich der Wandel der Werte der Bürger in den neuen Ländern nur langsam mit dem Wechsel der Generationen dann weiter fort, wenn nicht jede Kohorte von 50 bis 64 Jahren wieder und wieder dieselben sozialen Erfahrungen machen müssen.

¹⁵ Anm.: Bei der Beantwortung der Frage nach der Rangfolge von Grundwerten in der Gesellschaft sind von vielen Befragten Mehrfachnennungen bei gleichen Rangplätzen vorgenommen worden. Daher addieren sich die Rangplätze nicht auf 100 %.

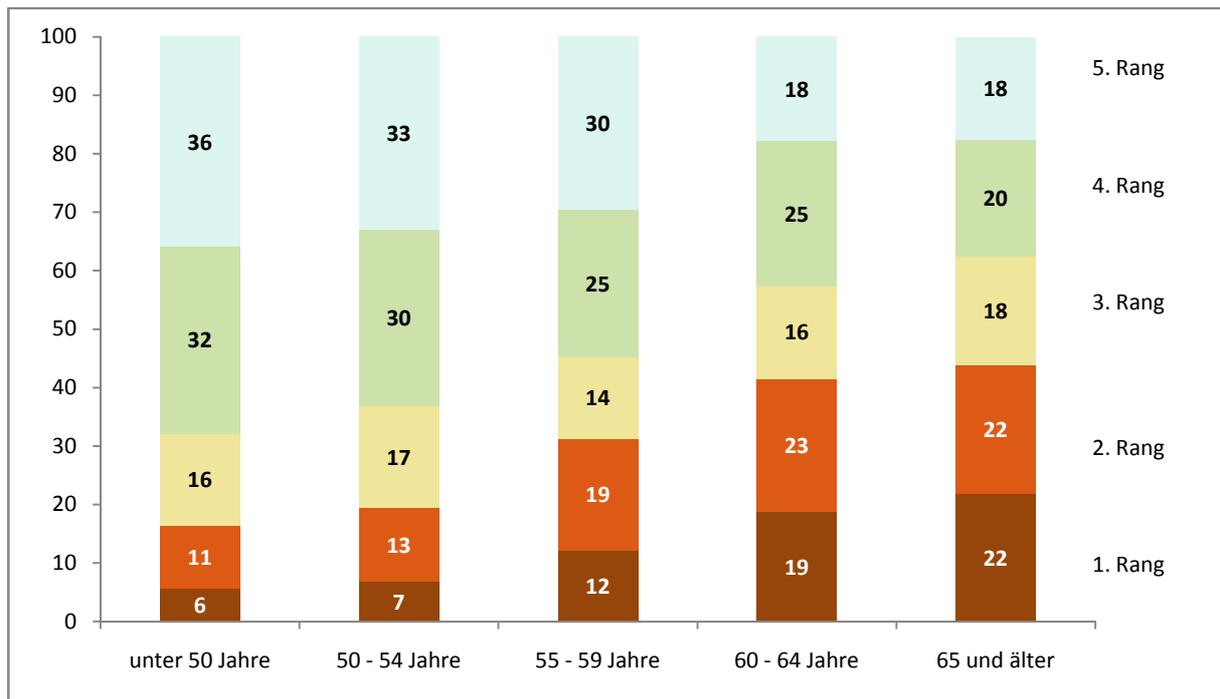
Tabelle 3.1 Welcher der nachfolgenden Werte ist Ihnen der wichtigste (Platz 1), wichtig (Platz 2) ... am wenigsten wichtig (Platz 5)? - 2011 und 2013 - in Prozent

	Platz 1 (sehr wichtig)	Platz 2 (wichtig)	Platz 3 (in mittlerem Maße wichtig)	Platz 4 (weniger wichtig)	Platz 5 (am wenigsten wichtig)
2011 - 50 bis 65 Jahre					
soziale Sicherheit	55	19	13	7	7
Freiheit	39	20	21	11	9
Gerechtigkeit	39	33	16	7	5
Gleichheit	14	16	17	17	35
Solidarität	13	17	18	27	25
2013 - 50 bis 64 Jahre					
soziale Sicherheit	58	18	12	7	6
Freiheit	37	19	18	14	12
Gerechtigkeit	36	33	21	5	5
Gleichheit	16	13	19	20	33
Solidarität	12	18	16	27	27
2013 - ab 18 Jahre					
soziale Sicherheit	45	19	15	11	10
Freiheit	44	20	14	11	10
Gerechtigkeit	35	30	24	6	5
Gleichheit	12	17	18	23	31
Solidarität	11	15	16	28	30

Datenbasis: sfz/leben 2011 (gew.), sfz/leben 2013 (gew.)

- In der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen fungiert die soziale Sicherheit mit 58 % nach wie vor als Wichtigster der Grundwerte. Freiheit (37 %) und Gerechtigkeit (36 %) folgen fast gleichauf dahinter. Die Angehörigen dieser Altersgruppe stehen insofern zwischen den ältesten und jüngsten Altersgruppen, als dass sich in der Wertschätzung der sozialen Sicherheit die gemachten Erfahrungen, aber auch Wertbindungen aus der sozialistischen Vergangenheit eine ähnliche Rolle spielen wie bei den Ältesten (darin sind diese sich ähnlich und unterscheiden sich von den Jüngeren).
- Andererseits aber sind die 50- bis 64-Jährigen den Jüngeren in der geringeren Wertschätzung von Gleichheit und Solidarität ähnlich und unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich der Rangeinstufung des Grundwertes „Solidarität“ von den Ältesten.
Diese „Zwischenstellung“ korrespondiert mit den Besonderheiten dieser Gruppe in anderen Einstellungen und Bewertungen des eigenen Lebens (siehe Abschnitt 1).

Abbildung 3.1 Rangfolge des Grundwertes „Solidarität“ - nach Altersgruppen
- 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

3.2 Weitere Werte

Arbeit, Familie, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen, aber auch persönliche Sicherheit stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger aller Altersgruppen. Der Stellenwert von Kindern und Bildung ist bei den Befragten mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich ausgeprägt, der Wert Gesundheit nimmt mit dem Alter noch an Bedeutung zu. Die Werte Arbeit, bezahlbare Wohnung, Einkommen, Familie, persönliche Sicherheit, Kinder und Umwelt sind für Frauen wichtiger als für Männer.

Die Wichtigkeit und Bedeutsamkeit verschiedener Lebensbereiche und Handlungsfelder lässt insgesamt nach wie vor eine stark von materiellen Gesichtspunkten bestimmte Wertestruktur erkennen. Dabei ragen die Sphären Arbeit (72 %), Einkommen (70 %), Sicherheit (hier: persönliche Sicherheit 58 %) und bezahlbares Wohnen (67 %) heraus. Auch im Hinblick auf die Wertschätzung dieser materiellen Lebenssphären unterscheidet sich die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen relativ deutlich von den Jüngeren.

Tabelle 3.2 Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

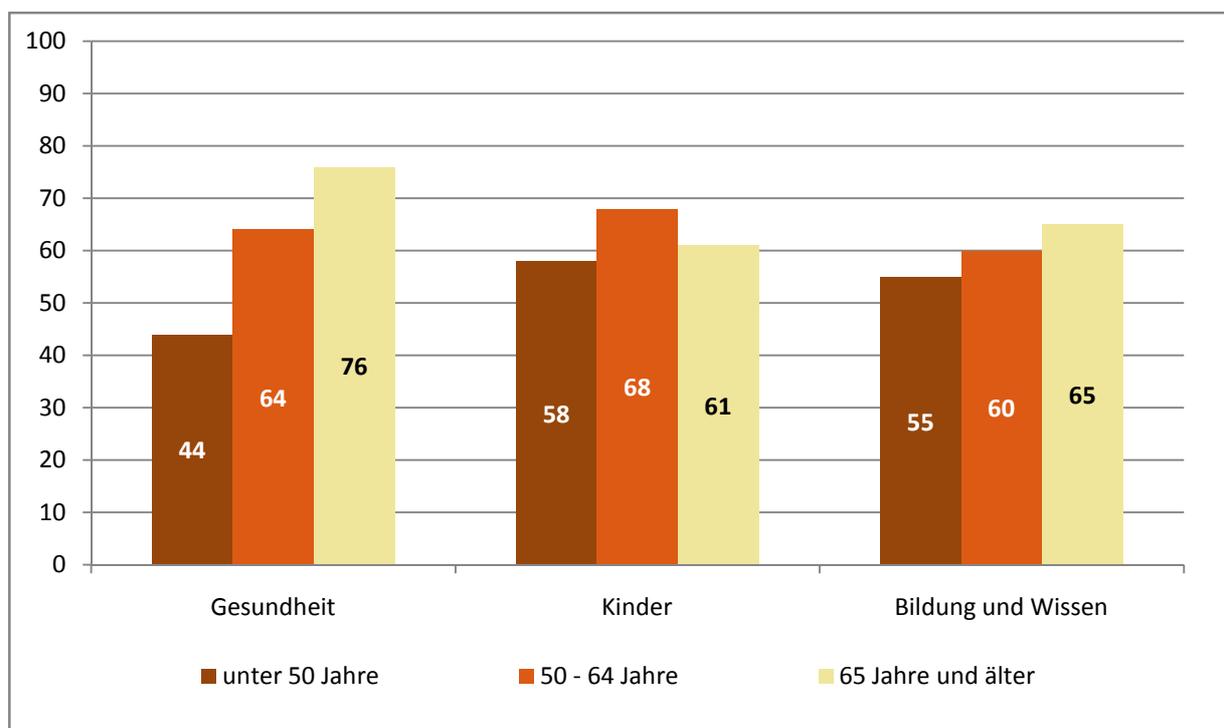
	unter 50 Jahre	50 - 64 Jahre	darunter			65 Jahre und älter	Gesamt ab 18 Jahre
			50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre		
Arbeit	66	79	78	82	76	77	72
Einkommen	67	75	70	80	75	71	70
persönliche Sicherheit	47	68	62	71	70	68	58
bezahlbare Wohnung	58	74	64	78	79	77	67

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Weitere Unterschiede zwischen den Altersgruppen lassen sich in den Sphären erkennen, die eine stärkere lebensbiographische Altersaffinität vermuten lassen: Bildung, Kinder, Gesundheit.

Allerdings gibt es dabei Besonderheiten: So schätzen Ältere nicht nur Gesundheit, sondern auch Kinder und Bildung höher ein als Jüngere.

Abbildung 3.2 Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Auffällig sind Ähnlichkeiten aller Altersgruppen in der Wertschätzung der Familie (72 % bei den Jüngeren und 75 % bei den Älteren) sowie der große Unterschied in der Bedeutsamkeit, die Umweltfragen beigemessen wird (42 % bei den Jüngeren und über 60 % bei den Älteren).

Partnerschaft ist der von allen am einheitlichsten und hoch bewertete Gesichtspunkt im Leben - zwei Drittel (64 %) bewerten diesen Indikator mit sehr wichtig.

Frauen und Männer unterscheiden sich in ihren Wertbezügen vor allem in folgenden Bereichen:

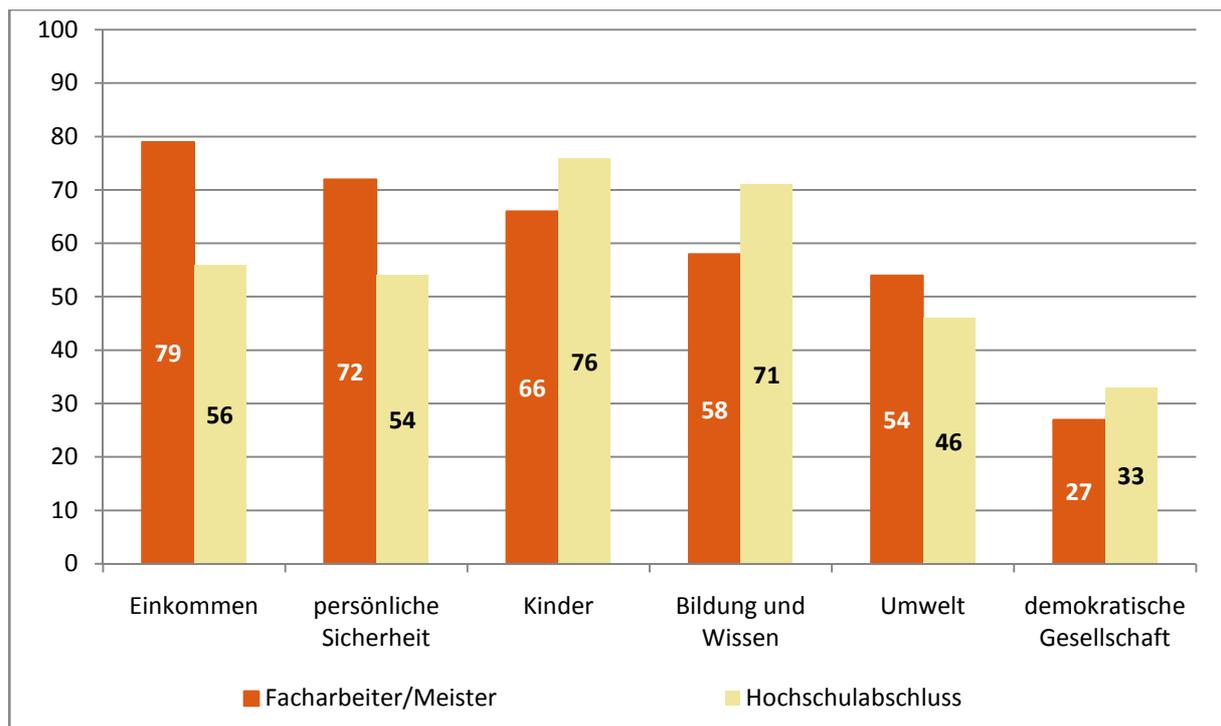
Tabelle 3.3 Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Geschlecht - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Frauen	Männer
Arbeit	85	72
bezahlbare Wohnung	80	67
Einkommen	78	72
Familie	78	68
persönliche Sicherheit	74	61
Kinder	71	64
Umwelt	59	50

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

In sozialstruktureller Hinsicht gibt es einige Differenzierungen in den Wertauffassungen, die sich häufig auf die berufliche Qualifikation beziehen: Hochschulabsolventen haben häufig eine weniger stark durch materielle Werte bestimmte Auffassung.

Abbildung 3.3 Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge? - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „sehr wichtig“) - nach Qualifikation - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

4 Deutsche Einheit - Integration - Identifikation

Konsens besteht bei allen differenzierten Sichtweisen zum Stand der deutschen Einheit darüber, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West den entscheidenden Bewertungsmaßstab darstellt. Die Ostdeutschen insgesamt und insbesondere diejenigen aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen verstehen nahezu ausnahmslos unter Angleichung vor allem die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, bei den Bildungsmöglichkeiten und hinsichtlich der Zugänge zum Gesundheitswesen.

4.1 Zum Stand der deutschen Einheit 2013

Die deutsche Einheit wird - aus der Sicht der Ostdeutschen - noch eine ganze Weile auf sich warten lassen. So sieht auch nur ein geringer Teil der Befragten der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre die Zielstellung der Koalitionsvereinbarung, bis 2019 die Lebensverhältnisse anzugleichen, als real an.

Nur sehr wenige der 50- bis 64-Jährigen halten die deutsche Einheit für vollendet.

Die Zeit bis zur realen deutschen Einheit wird von den Befragten am häufigsten mit 20 Jahren angegeben.

Die Einschätzungen zum Stand der deutschen Einheit fallen auch 2013 recht uneinheitlich unter der Bevölkerung aus. So verschieden die persönlichen Sichtweisen sein mögen, Konsens besteht über den entscheidenden Bewertungsmaßstab: die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

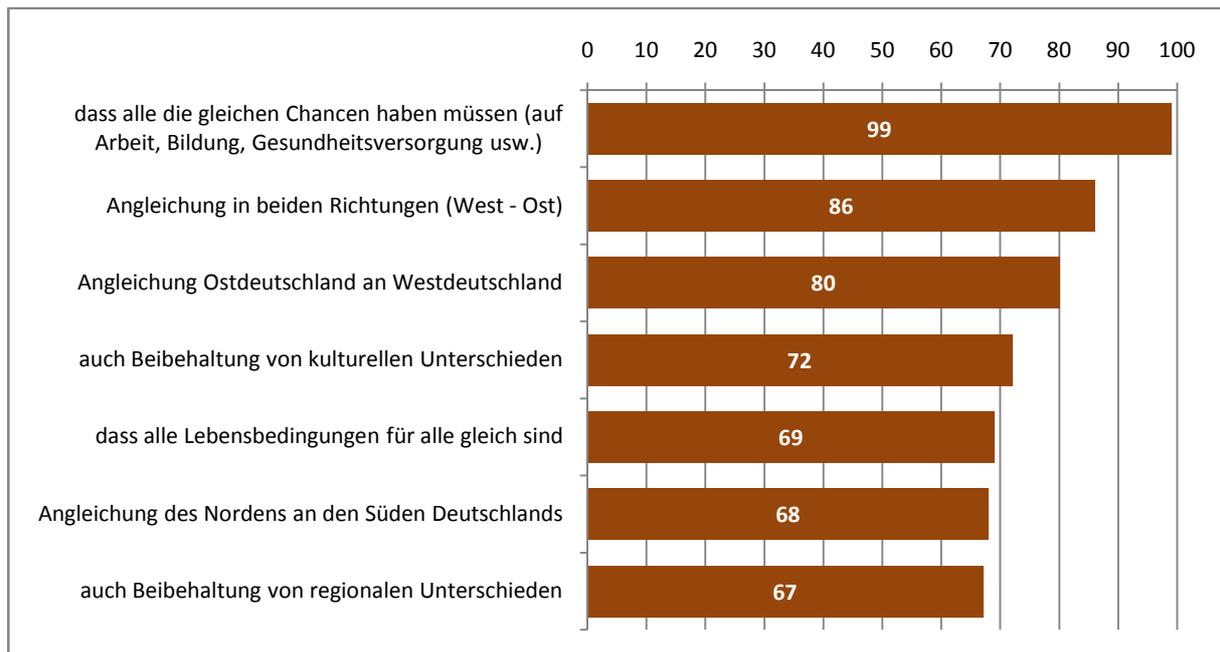
Die Ostdeutschen insgesamt und insbesondere diejenigen aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen verstehen nahezu ausnahmslos unter Angleichung vor allem die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, bei den Bildungsmöglichkeiten und hinsichtlich der Zugänge zum Gesundheitswesen (97 % aller ab 18 Jahre, 99 % der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre).

Aspekte der regionalen Angleichung bilden eine zweite Gruppe von Angleichungskriterien, wobei hier neben der Angleichung an die Verhältnisse in den alten Bundesländern noch mehr Wert darauf gelegt wird, dass auch positive Erfahrungen aus den neuen Bundesländern in die Angleichung der Lebensverhältnisse einfließen.

Angleichung und Beibehaltung kultureller Unterschiede schließen sich nicht aus - im Gegenteil, sie gehören für drei Viertel der 50- bis 64-Jährigen zu den Indikatoren der Angleichung der Lebensverhältnisse.

Deutlich weniger meinen, dass Angleichung die Gleichheit aller Bedingungen für Alle einschließt. Ähnlich geringer werden regionale Angleichungen, einschließlich derer von Nord nach Süd, als Kriterien anerkannt.

Abbildung 4.1 Angleichung der Lebensverhältnisse, heißt das für Sie vor allem...? (nur Skalenwert „ja“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

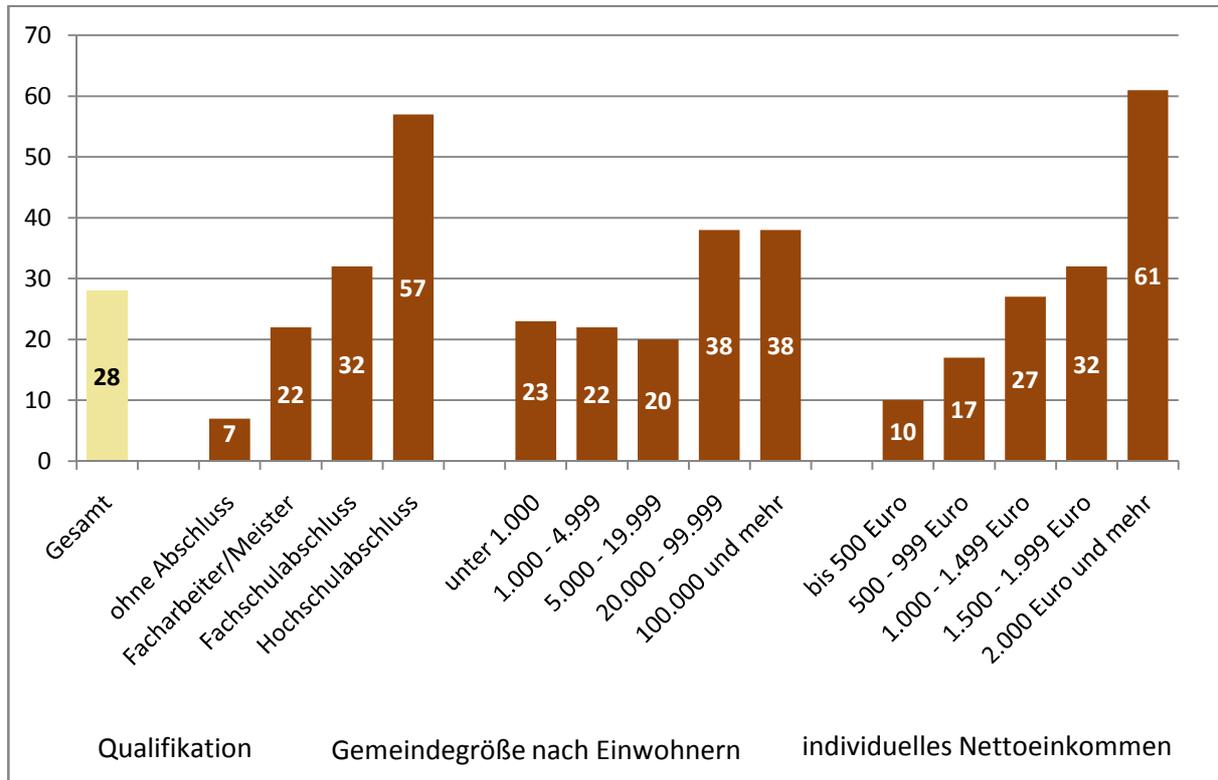
Hinsichtlich der beiden ersten Kriterien sind auf Grund der hohen Zustimmungsraten keine sozialstrukturellen Differenzierungen ersichtlich.

Frauen (84 %) befürworten noch mehr als Männer (75 %) die Angleichung Ostdeutschlands an Westdeutschland, während Hochschulabsolventen hier deutlich reservierter (63 %) urteilen.

Die Beibehaltung kultureller Unterschiede als Bestandteil der Angleichung sehen mehr Männer (77 %) als Frauen (67 %). Mit steigender Qualifikation wird diesem Indikator mehr Gewicht beigemessen (ohne Abschluss: 64 %, Facharbeiter/Meister: 70 %, Fachschulabsolventen: 74 % und Hochschulabsolventen: 80 %).

Je höher das Einkommen und je höher die Qualifikation, umso stärker wird der Indikator „alle Lebensbedingungen für alle gleich“ als Angleichungskriterium abgelehnt. Für Bewohner größerer Gemeinden gilt das ebenso.

Abbildung 4.2 Angleichung der Lebensverhältnisse heißt vor allem, dass alle Lebensbedingungen für alle gleich sind (nur Skalenwert „nein“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Während hinsichtlich des Merkmals Angleichung des Nordens an den Süden Deutschlands keine Unterschiede in der Sozialstruktur der Altersgruppe feststellbar sind, wird mit zunehmender Qualifikation der Beibehaltung regionaler Unterschiede mehr Gewicht zugemessen.

Nur wenige (2 %) der 50- bis 64-Jährigen halten die deutsche Einheit für vollendet, auch unter der Gesamtheit der Befragten ist es nur ein Bruchteil (3 %). Ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen (27 %) ist der Auffassung, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse nie erreicht wird. Sieben von zehn meinen, dass noch einige Jahre bis zur Verwirklichung der deutschen Einheit vergehen müssen, sie ist bildlich gesprochen noch "auf dem Weg". Die Zeit bis zur realen deutschen Einheit wird nach dem gewichteten statistischen Mittel noch 23 Jahre dauern, der Median (er teilt die Beobachtungsreihe in zwei Hälften) liegt bei 20 Jahren, das ist gleichzeitig auch die am häufigsten genannte Jahresfrist.

Tabelle 4.1 Dauer bis zum Erreichen der Angleichung der Lebensverhältnisse - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
bereits erreicht	2	2	2	2	3	1	2	4	3
bis 2020	2	2	1	1	2	3	2		2
2020 bis 2030	25	25	24	27	16	31	21	40	25
2030 bis 2050	36	36	36	29	38	40	38	23	34
später als 2050	9	6	12	8	11	8	11	10	9
nie	27	28	25	34	30	17	27	24	27

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Innerhalb der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen sind hier nur wenige Differenzierungen ersichtlich. Während ein Drittel der 50- bis 54-Jährigen (34 %) dieses Ziel als nicht erreichbar einschätzt, ist es unter den 60- bis 64-Jährigen nur noch ein Sechstel (17 %).

Auch die 50- bis 64-jährigen Bewohner der mittelgroßen Gemeinden zwischen 5 und 20 Tausend Einwohnern sind ähnlich skeptisch (32 %) wie die Befragten der jüngsten hier betrachteten Altersgruppe.

Am optimistischsten sind noch die Besserverdienenden. Befragte mit einem äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2.500 Euro meinen nur zu 18 %, dass dieses Ziel nicht erreichbar sei. Sieben Prozent dieser Gruppe sehen diese Angleichung bereits bis 2020, ein weiteres Drittel bis 2030.

So ist es nicht verwunderlich, dass auch nur 2 % der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen meinen, Deutschland sei weitgehend zusammengewachsen, und 16 % nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost und West feststellen.

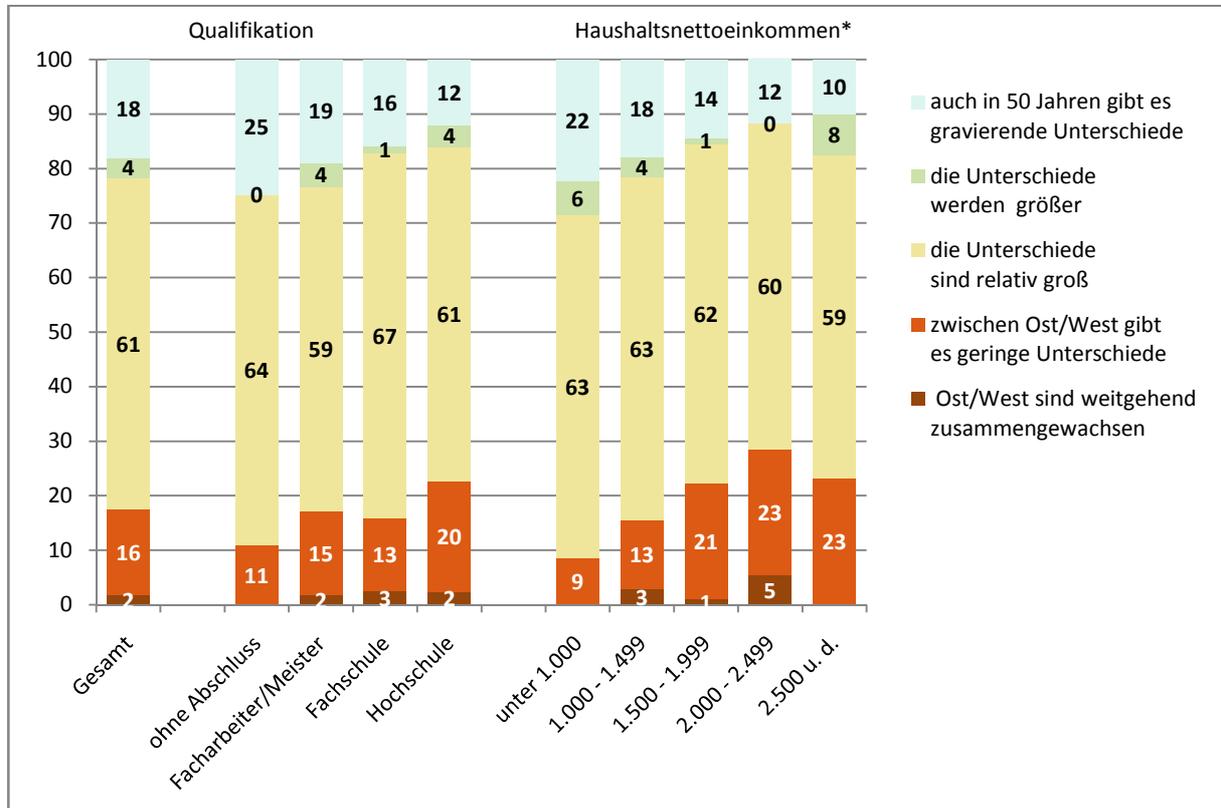
Tabelle 4.2 Einschätzungen zum Stand der deutschen Einheit - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Ost/West sind weitgehend zusammengewachsen	2	3	1	1	2	2	1	4	3
zwischen Ost/West gibt es geringe Unterschiede	16	16	16	18	12	18	17	20	21
die Unterschiede sind relativ groß	61	62	60	62	61	59	62	50	51
die Unterschiede werden größer	4	3	5	4	4	3	2	5	2
auch in 50 Jahren gibt es gravierende Unterschiede	18	17	19	15	20	19	18	21	17

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mit steigender Qualifikation und steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt der Anteil derer ab, die auch in ferner Zukunft noch Unterschiede sehen. Nur noch geringe Unterschiede werden überdurchschnittlich von den Höherqualifizierten und Besserverdienenden angegeben.

Abbildung 4.3 Zum Stand der deutschen Einheit - nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent



* äquivalenzgewichtet
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

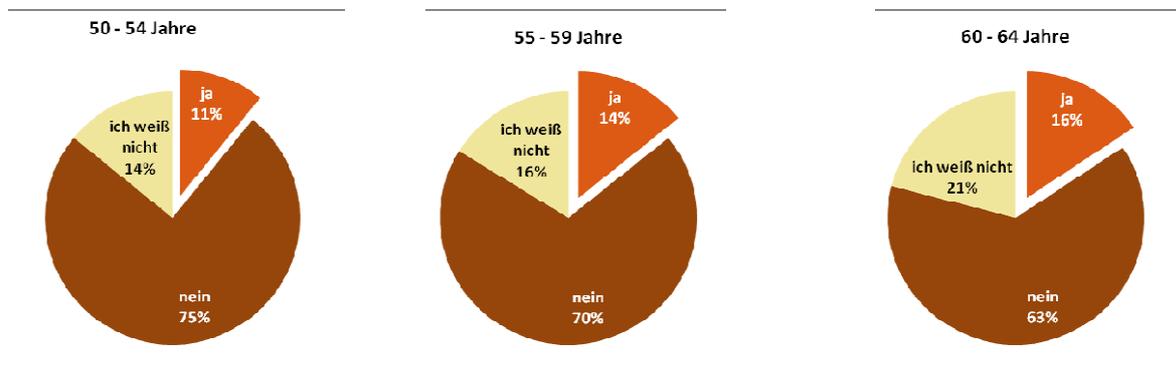
Die deutsche Einheit wird - aus der Sicht der Ostdeutschen - noch eine ganze Weile auf sich warten lassen.

So sieht auch nur ein geringer Teil der Befragten (14 %) der Altersgruppe 50 bis 65 Jahre die Zielstellung der Koalitionsvereinbarung, bis 2019 die Lebensverhältnisse anzugleichen, als real an.

Zwei Drittel beantworten diese Frage mit „nein“.

Mit dem Alter steigt die Erwartung, dass dieses Ziel erreicht wird, aber auch eine entsprechende Unsicherheit, die sich in dem Anteil derer äußert, die mit „ich weiß nicht“ antworten.

Abbildung 4.4 In der Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP wurde im Jahr 2009 vereinbart: "die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen". Halten Sie diese Zielstellung für real? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Fast die Hälfte der Frauen und Männer aus der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre (47 %) ist der Meinung, dass es nach wie vor gerechtfertigt sei, Ost und West gegenüberzustellen. Etwas mehr als ein Drittel (35 %) sieht diese Notwendigkeit nicht mehr, ein Fünftel (19 %) entscheidet sich für sowohl als auch.

Tabelle 4.3 Ist es noch gerechtfertigt, Ost und West gegenüberzustellen? - 2013 - in Prozent

Gegenüberstellung ist ...	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbstätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
nach wie vor gerechtfertigt	47	43	51	49	45	47	44	53	43
nicht mehr gerechtfertigt	35	36	33	31	43	29	38	39	36
Argumente für und gegen werden unterstützt	19	21	17	20	12	25	19	7	21

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen (53 %) als auch der Rentner (53 %) unterstützen die weitere differenzierte Betrachtung sozialer Phänomene zwischen Ost und West. Die Befragten der Altersgruppe 55 bis 59 Jahre lehnen überdurchschnittlich eine weitere Gegenüberstellung ab.

Sowohl die Frauen und Männer der Zielgruppe, die sich einer evangelischen (53 %) als auch insbesondere einer römisch-katholischen (62 %) Glaubensgemeinschaft zuordnen, sehen deutlich häufiger diese Gegenüberstellung noch als gerechtfertigt an als diejenigen, die sich anderen Glaubensrichtungen verbunden fühlen (45 %) oder als Atheisten definieren (44 %).

Der Grund dafür liegt wohl in der deutlich geringeren religiösen Bindung der Ostdeutschen, aus der sich Differenzierungen ergeben, auf die hinzuweisen für christlich orientierte Ostdeutsche anscheinend auch weiterhin notwendig ist.

Hinsichtlich der Notwendigkeit der gegenüberstellenden Betrachtung werden vor allem noch existierende Ungleichheiten (53 %) benannt. Die unterschiedliche Vergangenheit (24 %) und verschiedene Mentalitäten (22 %) sind als Gründe eher nachrangig.

Existierende Ungleichheiten als Begründung für eine weiterhin notwendige gegenüberstellende Betrachtung der Teilgesellschaften Ost und West werden insbesondere von Rentnern (63 %) und den römisch-katholisch orientierten Befragten (61 %) genannt.

Diesen Analyseansatz begründen überdurchschnittlich häufig Menschen, die schon einmal prekäre Arbeitsverhältnisse erlebt haben oder gegenwärtig erleben (32 %), evangelische Christen (33 %) und Besserverdienende mit einem Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet) von 2.500 Euro und mehr (34 %).

Ähnliches gilt für die Begründung, die sich auf unterschiedliche Mentalitäten in Ost und West bezieht. Auch hier sind es die gegenwärtig oder früher einmal prekär Beschäftigten (28 %), Rentenbezieher/innen (29 %), evangelische Christen (31 %) und die beschriebenen Besserverdienenden (32 %).

Mit dieser Gegenüberstellung aufzuhören, da nur noch Ältere unterschiedlich empfinden, meinen lediglich 12 % sowohl der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre als auch aller Befragten.

Mehr Männer (23 %) als Frauen (15 %) sehen in der Tatsache, dass das Nord-Süd-Gefälle ebenfalls bedeutend ist, auch einen Grund dafür, dass die Ost-West-Gegenüberstellung nicht mehr notwendig ist (Gesamt: 19 %). Während dieses Argument von einem Viertel der 50- bis 54-Jährigen unterstützt wird, sind es unter den 55- bis 59-Jährigen nur noch 16 % und bei den 60- bis 64-Jährigen 15 %.

Endlich mit dieser Differenzierung aufzuhören, meinen 35 % der Zielgruppe, deutlich mehr Frauen (41 %) als Männer (29 %). Während diese Meinung nur von einem Viertel (26 %) der Altersgruppe 50 bis 54 Jahre vertreten wird, sind es in den beiden anderen Altersgruppen (55 bis 59 Jahre und 60 bis 64 Jahre) jeweils 40 %. Mit steigender Qualifikation findet dieses Argument geringere Befürwortung. Stimmen dieser Aussage noch 45 % derjenigen ohne Ausbildung zu, sind es unter den Facharbeitern/Meistern noch etwas mehr als ein Drittel (35 %). Unter den Hochschulabsolventen vertreten dann nur noch 3 von 10 der Befragten diese Meinung.

4.2 Zielkriterien für die deutsche Einheit 2013

Die Verwirklichung der deutschen Einheit ist vor allem an gleiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gleiche Tarif- und Lohngestaltung, an die Einhaltung des Leistungsprinzips u. a. m. gebunden. Diese Einschätzung ist unter den Ostdeutschen insgesamt und auch bei den 50- bis 64-Jährigen seit Jahren konstant. Das betrifft vor allem anderen die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf.

Wann ist die deutsche Einheit verwirklicht? Die Kriterien hierfür werden von den Befragten wie bereits 2009 vorrangig im System der Erwerbsarbeit und im System der sozialen Sicherung angesiedelt. Für die Bevölkerung ist es in erster Linie wichtig, dass mit der Teilhabe am Erwerbsleben in allen Landesteilen sichergestellt sein sollte, „dass man von seiner Arbeit gut leben kann“ (72 % aller Befragten stimmen voll zu). Gleiche Einkommen und Renten in Ost und West sind weitere Kriterien für das Ziel einer realen deutschen Einheit (70 %). Gleiche berufliche Chancen im Osten vorzufinden, wie sie im Westen bereits gegeben sind, setzt die Rangfolge der Zielkriterien fort (64 %).

Somit ist die Meinung unter der Bevölkerung, dass die Verwirklichung der deutschen Einheit vor allem an gleiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gleiche Tarif- und Lohngestaltung, an die Einhaltung des Leistungsprinzips u. a. m. gebunden sein sollte, auch 2013 vorherrschend.

Die Indikatoren für die Verwirklichung der deutschen Einheit wurden 2009 und 2011 in Ostdeutschland schon einmal erfragt. Die Gegenüberstellung der Ergebnisse zeigt nun, dass bis auf ein Kriterium die Einheitskriterien nahezu konstant sind. Ein Rückgang der Bedeutung der Indikatoren ist nicht zu verzeichnen. Lediglich der Indikator zur gleichen Beschäftigungsmöglichkeit nimmt in 2013 einen wesentlich höheren Stellenwert ein als in den Jahren 2011 und 2009.

Über die Jahre hinweg wird den arbeitsmarktrelevanten und einkommensbezogenen Kriterien das größte Gewicht beigemessen.

Tabelle 4.4 Ziele für die Verwirklichung der deutschen Einheit - Vergleich 2009 und 2011 in Ostdeutschland (nur Skalenwert „trifft voll zu“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - in Prozent

Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn ...	2013	2011	2009
man in allen Landesteilen von seiner Arbeit gut leben kann.*	89	89	87
es gleiche Einkommen und Renten in Ost und West gibt.	85	85	80
die Beschäftigung in Ost und West gleich hoch ist.**	82	62	69
im Osten die gleichen beruflichen Chancen gegeben sind wie im Westen.	81	81	81
im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z. B. Kindergärten, Polikliniken u. a. anstelle des „Aufbau Ost“ die Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West tritt.	74	74	75
genauso viele Menschen von West nach Ost ziehen wie umgekehrt.	61	61	64
im Osten ähnlich hohe Vermögen vorhanden sind wie im Westen.	30	30	45
deutlich mehr Ostdeutsche in Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.***	30	30	35
	28	28	

* Fragestellung in 2009 „man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann“

** Fragestellung in 2009 „die Arbeitslosenraten in Ost und West gleich niedrig sind“

*** in 2009 noch nicht als Indikator einbezogen

Datenbasis: sfz leben 2013 (gew.) sfz/leben 2011 (gew.), sfz/leben 2009 (gew.)

Die Zielkriterien, die aus Sicht der Bevölkerung die Verwirklichung der deutschen Einheit anzeigen, können inhaltlich zu drei Gruppen zusammengefasst werden.

Erstens: Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf

Wie bereits in 2009 und 2011 wird die Verwirklichung der deutschen Einheit sehr eng mit dem Arbeitsmarkt und der Erwerbsarbeit in Zusammenhang gebracht. In dem Moment, wenn „man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann“ und „es gleiche Einkommen und Renten in beiden Landesteilen gibt“, ist die Einheit verwirklicht. Wenn der erlernte Beruf oder ein Ausbildungsabschluss im Osten gleiche Chancen wie im Westen eröffnen und die Beschäftigung gleich hoch ist, werden zwei weitere Zielkriterien im Kontext von Arbeitsmarkt und individueller Berufs- und Arbeitsplanung benannt, die den Willen der Mehrheit der Befragten, ihren Lebensunterhalt durch eigenes Tätigsein zu sichern, unterstreichen.

Diese Zielkriterien befürworten insbesondere jene, die aktuell dem Arbeitsmarkt angehören wie Auszubildende, Erwerbstätige im Angestelltenverhältnis, Arbeitsuchende und auch Selbständige/Freiberufler. Gerade Letztere zeigen (beim Mittelwertvergleich), dass sie Befürworter dieser Zielkriterien sind, die auf eine herzustellende Gleichheit im Sinne von „gleiche (Dienst-)Leistung sollte zu gleichem Entgelt führen“ orientieren.

Tabelle 4.5 Zielkriterien für die Verwirklichung der deutschen Einheit - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „trifft voll zu“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	wenn man in allen Landesteilen von seiner Arbeit gut leben kann	es gleiche Einkommen und Rente gibt	die Beschäftigung in Ost und West gleich hoch ist	im Osten die gleichen beruflichen Chancen gegeben sind wie im Westen
Gesamt 50 - 64 Jahre	89	85	62	81
Geschlecht				
Frauen	91	92	67	85
Männer	86	78	56	75
Alter in Jahren				
50 - 54 Jahre	87	80	52	80
55 - 59 Jahre	92	90	67	84
60 - 64 Jahre	87	86	66	78
Erwerbsstatus				
Erwerbstätigkeit	89	84	61	80
arbeitslos	77	87	58	72
Rentner	94	89	72	88
Haushaltsnettoeinkommen				
unter 1.000 EUR	91	92	74	84
1.000 - 1.499 EUR	89	86	60	78
1.500 - 1.999 EUR	88	83	53	81
2.000 - 2.499 EUR	92	77	60	81
2.500 EUR u. dar.	69	54	33	68
Stand der Einheit				
erreicht	86	67	60	83
auf dem Weg	85	84	59	76
nicht erreichbar	97	93	71	92

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Unter den Ostdeutschen gewinnen die Zielkriterien insbesondere in der Altersgruppe an Bedeutung, deren Mitglieder sich beruflich nicht mehr umorientieren können, aber auch noch einen deutlichen Abstand zum Erreichen des Rentenalters haben.

Die Meinung von Personen aus Haushalten mit einem Einkommen ab 2.500 Euro über die Zielkriterien weicht vom Durchschnitt deutlich ab, sie messen ihnen deutlich weniger Gewicht zu. Frauen haben zu den Einheitskriterien eine klarere Zustimmung als Männer, diese sind hinsichtlich aller hier ausgewählten Kriterien zurückhaltender in der uneingeschränkten Zustimmung.

Zweitens: Anerkennung Ost und Förderung West

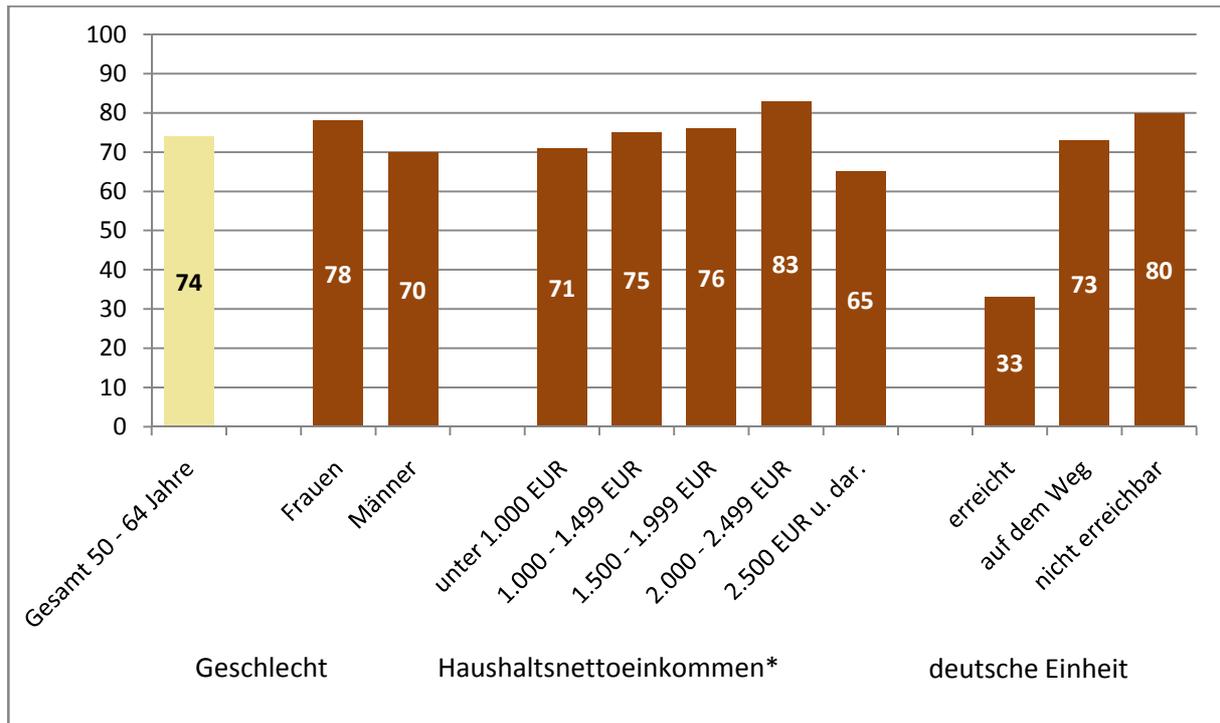
Diese Themengruppe beinhaltet Zielkriterien, die sowohl die Bereitschaft, Positives aus der DDR wie z. B. Kindergärten, Polikliniken u. a. in den Gestaltungsprozess der deutschen Einheit zu übernehmen, als auch die Ablösung der „Aufbau-Ost“-Programme durch die Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West umfassen.

Die Bereitschaft zur Übernahme von bewährten Errungenschaften aus der DDR durch den Westen ist ein Zielkriterium, dem seit 2009 drei Viertel der Ostdeutschen der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre voll zustimmen. Frauen stimmen auch hier eher ohne Abstriche zu als Männer.

Wer die deutsche Einheit für nicht erreichbar hält, gewichtete dieses Kriterium deutlich stärker als alle anderen Befragten. Im Umkehrschluss ist somit zu vermuten, dass diese Personengruppe auch

die Übernahme positiver Dinge aus der DDR für eine notwendige Bedingung hält, ohne die eine deutsche Einheit sich nicht verwirklichen ließe (auch wenn mehr als 20 Jahre vergangen sind und neue gesellschaftliche Entwicklungstrends und Handlungsoptionen entstanden und genutzt wurden).

Abbildung 4.5 Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z. B. Kindergärten, Polikliniken u. a.“ (nur Skalenwert „trifft voll zu“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



* äquivalenzgewichtet

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Hinsichtlich des Ablösens der Förderung „Aufbau Ost“ durch Unterstützung strukturschwacher Regionen in Ost wie West ist auch hier lediglich festzustellen, dass Frauen dem eher voll zustimmen als Männer.

Drittens: Verschwinden teilgesellschaftlicher Differenzierung

In der dritten Gruppe sind unterschiedliche Kriterien auf Grund ihrer annähernd gleichen Zustimmungswerte zusammengefasst. Sie reichen vom innerdeutschen Wanderungsverhalten über gleiche Vermögensverteilung bis zur Präsenz von Ostdeutschen in Führungspositionen - alle Kriterien verweisen auf eine sich abzeichnende Nivellierung.

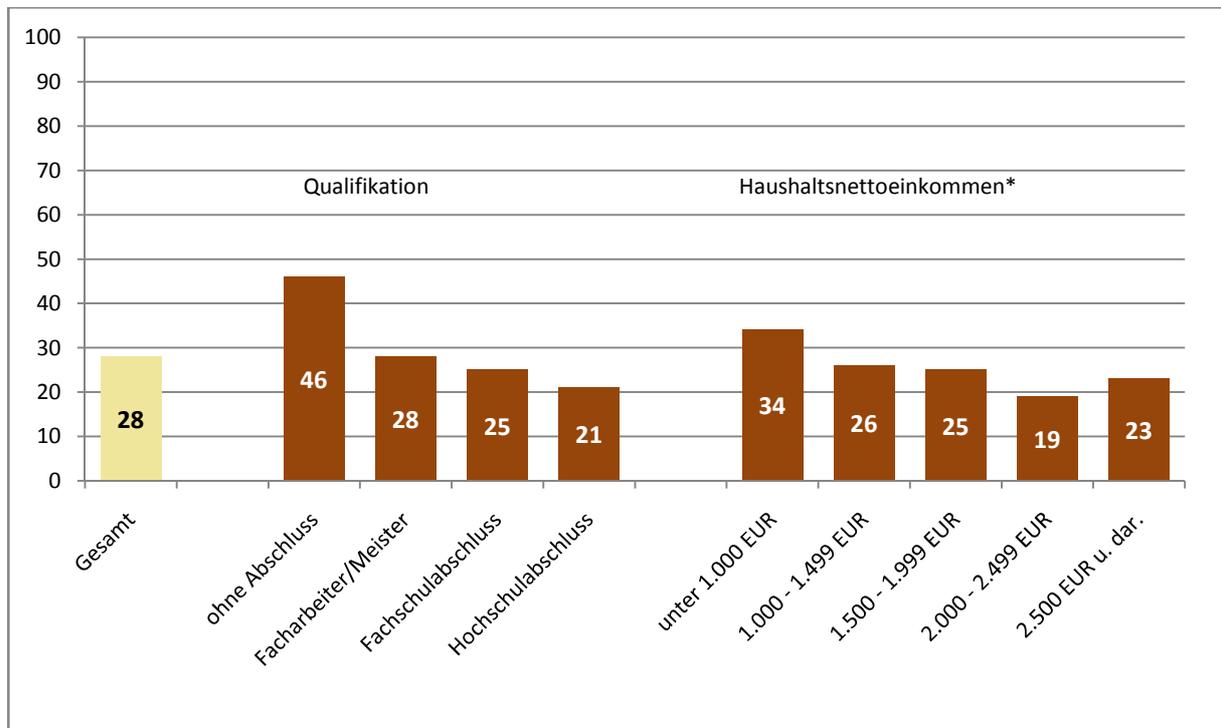
Ziehen genauso viele Menschen von West nach Ost wie umgekehrt, wird nach Meinung von 30 % der Befragten die deutsche Einheit erreicht sein. Mit zunehmender Qualifikation nimmt die Bedeutung dieses Kriteriums ab. Höherqualifizierte sehen in einem ausgeglichenen Wanderungssaldo weniger einen Indikator für eine vollendete deutsche Einheit als in erster Linie mit dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Zusammenhang stehend und weniger mit den Zuschreibungen Ost und West.

Sind ähnlich hohe Vermögen in Ost und West vorhanden, dann kann von einer wirklichen deutschen Einheit gesprochen werden, meinen 30 % der älteren Ostdeutschen.

Frauen halten mit 33 % gleiche Vermögen eher für einen Bewertungsmaßstab der deutschen Einheit als Männer (26 %), auch Rentner (36 %) messen diesem Kriterium mehr Gewicht bei. Personen mit höherer Qualifikation (Hochschulabsolventen: 22 %) und höherem Haushaltseinkommen (äquivalenzgewichtet) von 2.500 Euro und mehr (17 %) gewichten diesen Indikator weniger als andere Gruppen.

Mehr als ein Viertel der älteren Ostdeutschen (28 %) möchte mehr Ostdeutsche in den Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sehen. Mit steigender Qualifikation sinkt die Einbeziehung dieses Indikators in das Sample der Einheitskriterien.

Abbildung 4.6 Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn deutlich mehr Ostdeutsche in Führungspositionen von Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



* äquivalenzgewichtet

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

4.3 Identifikationen

Die Bürger in Deutschland sehen sich sowohl als Gewinner wie Verlierer der Einheit. Die Vereinigungsbilanz der 50- bis 64-Jährigen fällt gemischt aus. Während die Hälfte der Befragten ab 18 Jahre für sich Gewinne feststellt, sind es deutlich weniger in der Altersgruppe zwischen 50 und 64 Jahren. Am geringsten ist die Einordnung in die Gewinnergruppe bei den 55- bis 59-Jährigen. Insbesondere Arbeitslose und Bürger mit geringem Einkommen sehen sich als Verlierer.

Tabelle 4.6 Sind mehr als zwanzig Jahre Einheit für Sie insgesamt ...? - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	apM/arb. los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
vor allem Gewinn	17	16	18	22	12	18	17	15	23
mehr Gewinn als Verlust	22	19	25	24	18	23	27	14	26
Gewinn, Verlust sind gleich groß	34	36	31	33	37	31	34	29	26
mehr Verlust als Gewinn	18	23	13	15	20	19	17	27	14
vor allem Verlust	6	4	9	5	10	4	3	13	3
trifft nicht zu	3	2	3	1	2	5	2	2	7

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Nach mehr als 20 Jahren - seit die Bürger der DDR mit der friedlichen Revolution die deutsche Einheit erzwangen - sehen 49 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder diese für sich „vor allem“ bzw. „mehr als Gewinn denn als Verlust“. 17 % sehen für sich mehr bzw. vor allem Verluste, ein Viertel (26 %) bewertet die Entwicklung für sich sowohl als Gewinn wie als Verlust.

Mit 39 % der Bürger zwischen 50. und 65. Lebensjahr in den neuen Bundesländern sehen diese die Einheit für sich weniger als Gewinn - im Vergleich zu jüngeren bzw. älteren Bürgern. Ein Drittel (34 %) geht für sich von Gewinnen und Verlusten in gleichem Maße aus, ebenso wie sich für ein Viertel (24 %) die Einheit mit Verlusten verbindet (3 % trifft nicht zu/ohne Antwort). Eine detaillierte Bewertung der Bürger o. g. Altersgruppe zeigt - wie die der anderen Jahrgänge auch -, dass es weder „die“ Gewinner noch „die“ Verlierer gibt, einzelne soziale Gruppen können jedoch in unterschiedlichem Maße mit bzw. seit der Vereinigung für sich Gewinne/Verluste feststellen.

Überdurchschnittlich sehen in dieser Altersgruppe Gewinne für sich:

- Männer (43 %),
- Bewohnerinnen und Bewohner von Großstädten (47 %),
- Hochschulabsolventen (53 %),
- Selbständige (50 %),
- Bürger in höheren Einkommensgruppen (72 %) mit über 2.000 Euro individuellem Nettoeinkommen bzw. mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommen von mehr als 2.500 Euro (76 %).
- Als Gewinner sehen sich auch diejenigen, die Mitglied einer christlichen Religionsgemeinschaft sind (evangelisch: 53 %, katholisch: 55 %).

Christen werden vor allem die deutlich andere Wertschätzung der Religionsausübung nach der Wende in den neuen Bundesländern auch als ganz persönlichen Gewinn verbuchen.

Eine überdurchschnittliche Verlustbewertung nehmen vor allem vor:

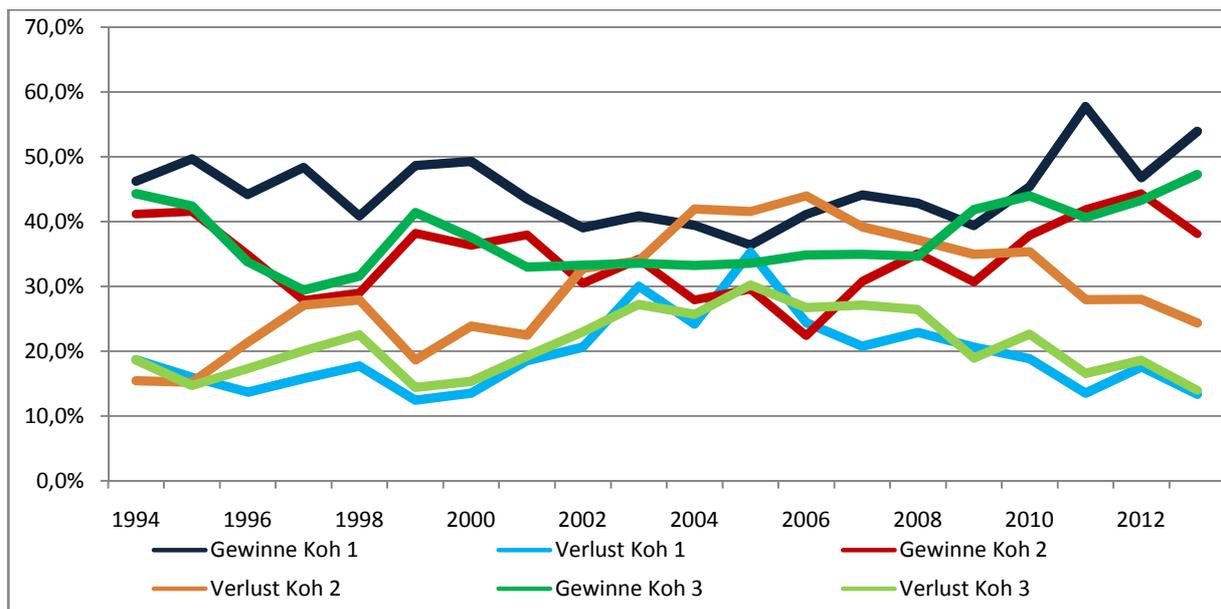
- Arbeitslose (40 %),
- Befragte ohne Abschluss (37 %),
- gegenwärtig oder früher in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigte (34 %),
- Bewohner von Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern (32 %),
- Befragte mit einem individuellen Einkommen von unter 500 Euro (43 %) sowie
- diejenigen mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommen von unter 1.000 Euro (37 %).

Die Daten verdeutlichen zugleich die Unterschiedlichkeit der Bewertung zwischen den Altersgruppen in den neuen Bundesländern - während in der jüngeren Alterskohorte (Jahrgänge 1964 und jünger) mehrheitlich Gewinne gesehen werden (54 %) und weniger Verluste (13 %), nimmt die Alterskohorte der 50- bis 64-Jährigen deutlich andere Bewertungen vor. Die Gewinne liegen bei 38 %, ein Viertel von Ihnen betrachtet die deutsche Einheit eher als Verlust.

In der Rentnerkohorte (ab Jahrgang 1948 und älter) liegen die Verluste ähnlich niedrig wie in der jüngeren Kohorte, die Gewinner nähern sich der 50 %-Marke an.

Es ist offensichtlich das Ergebnis des realen Angleichungs- und Integrationsprozesses, welches sich in den Bewertungen der heute 50- bis 64-Jährigen reflektiert, mit allen positiven Veränderungen wie auch nicht erfüllten Erwartungen an Angleichung und Gleichbehandlung.

Abbildung 4.7 Sind mehr als zwanzig Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...?
- 3 Kohorten - 2013 - in Prozent



Kohorte 1: Jahrgang 1964 und jünger

Kohorte 2: Jahrgang 1949 - 1963

Kohorte 3: Jahrgang 1948 und älter

Datenbasis: sfz/leben 1994-2013 (gew.)

Es gibt seit der Vereinigung eine unterschiedlich verlaufende Gewinnbewertung, die sich auch zwischen den Altersgruppen in ihrem Verlauf z. T. deutlich unterscheidet und durchaus politischen Entwicklungen und Entscheidungen zugeordnet werden kann.

Unverkennbar die bis 1995 (erstmalige Erfassung erfolgte 1994) andauernde hohe Anerkennung erreichter Gewinne im Vergleich zur Situation in der DDR, die jedoch mit der sich zunehmend stabilen

hohen Arbeitslosigkeit, dem Auslaufen der Vorruhestandsregelung für ab 55-Jährige, den sich reduzierenden Angleichungen der Einkommen und einer beginnenden spürbaren Preis-, Miet- und Tarifentwicklung, Wirkungen zeigt.

Im Vorfeld des Regierungswechsels zur rot-grünen Koalition kommen Erwartungen auf, welche die Bürger der neuen Bundesländer erstmalig mit einer „anderen“ Regierungs- und Parlamentszusammensetzung verbinden und allein diese Möglichkeit zu erleben, für sich als Gewinn sehen - das gilt gleichermaßen für alle Altersgruppen.

Ab 2000 werden die Gewinnbewertungen durch die Realitäten der sich abzeichnenden und Schritt für Schritt beginnenden Sozialreformen in fast allen Bereichen seit 1990 beeinflusst und zunehmend kritischer gesehen. Das betrifft insbesondere die 50- bis 64-Jährigen mit spezifischen Problemen der Arbeitsmarktentwicklung, aber auch die Rentner mit den beginnenden geringen Rentenerhöhungen bis zu Nullrunden. Die Angleichung der Lebensverhältnisse wird zunehmend in Frage gestellt.

Der absehbare und realisierte politische Wechsel Mitte des ersten Jahrzehnts beeinflusst erneut die positive Gesamtbewertung - bei Rentnern erst nach einer erneuten „Rentenspritze“ im Vorfeld der Wahlen 2009. Aber auch andere Wahlversprechen bewirken ein Ansteigen der Anteile der Gewinner in den anderen Kohorten - mit Schwankungen - ab dem Jahr 2009.

Eine zunehmende Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland wird vor allem von den jüngeren Jahrgängen sowie Bürgern in gehobenen Lebenslagen getragen. Im Osten fühlen sich 19 % der 50- bis 64-Jährigen als Bundesbürger, 9 % wollen die Mauer wiederhaben. Scheinbar restaurative Aussagen (DDR wiederhaben) sind vorrangig an den gegenwärtigen sozialen Status gebunden. Auch hier geben insbesondere Arbeitslose und Bürger mit Einkommensverlusten negativere Bewertungen ab.

Tabelle 4.7 Seit der Einheit sind ... Jahre vergangen. Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 1997 bis 2013 - in Prozent

	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2013
fühle mich als richtiger Bundesbürger	13	16	22	16	17	17	14	24	19
möchte am liebsten die DDR wiederhaben	10	13	10	8	13	17	11	9	9
ich möchte weder die DDR wiederhaben noch fühle ich mich in der Bundesrepublik schon richtig wohl	73	65	63	69	63	61	71	59	64
trifft nicht zu/ohne Antwort	3	5	4	7	7	5	3	9	7

Datenbasis: sfz/leben 1997-2013 (gew.)

Eine „neue“ gesamtdeutsche Identität hat sich in den neuen Bundesländern nicht automatisch mit der deutschen Einheit hergestellt. Die vierzigjährige Existenz zweier deutscher Staaten bis 1990 ist eine historische Komponente, die auch nach mehr als 20 Jahren seit der Vereinigung Haltungen der lebenden Generationen in Deutschland beeinflusst.

Ostidentität ist nicht die spezifische Beschreibung für regionale Besonderheiten zwischen Ländern, die es zwischen Schleswig-Holstein und Bayern ebenso gibt wie zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, sondern reflektiert die Gleich- und Ungleichheit der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung in den beiden Teilgesellschaften im vereinigten Deutschland. Es bestanden/bestehen beträchtliche Unterschiede im Verhältnis zur Arbeit, zur Vereinbarkeit von Arbeit und familiären Verpflichtungen, zur Religion und zur Demokratie.

Identifikation in diesem Sinne ist Ausdruck der Positionen der Bürger zu den sie heute wie früher umgebenden politischen, sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen. Das heißt auch, dass Ostidentität natürlich mit der DDR-Entwicklung verbunden ist, in der ein abnehmender Teil der Bürger

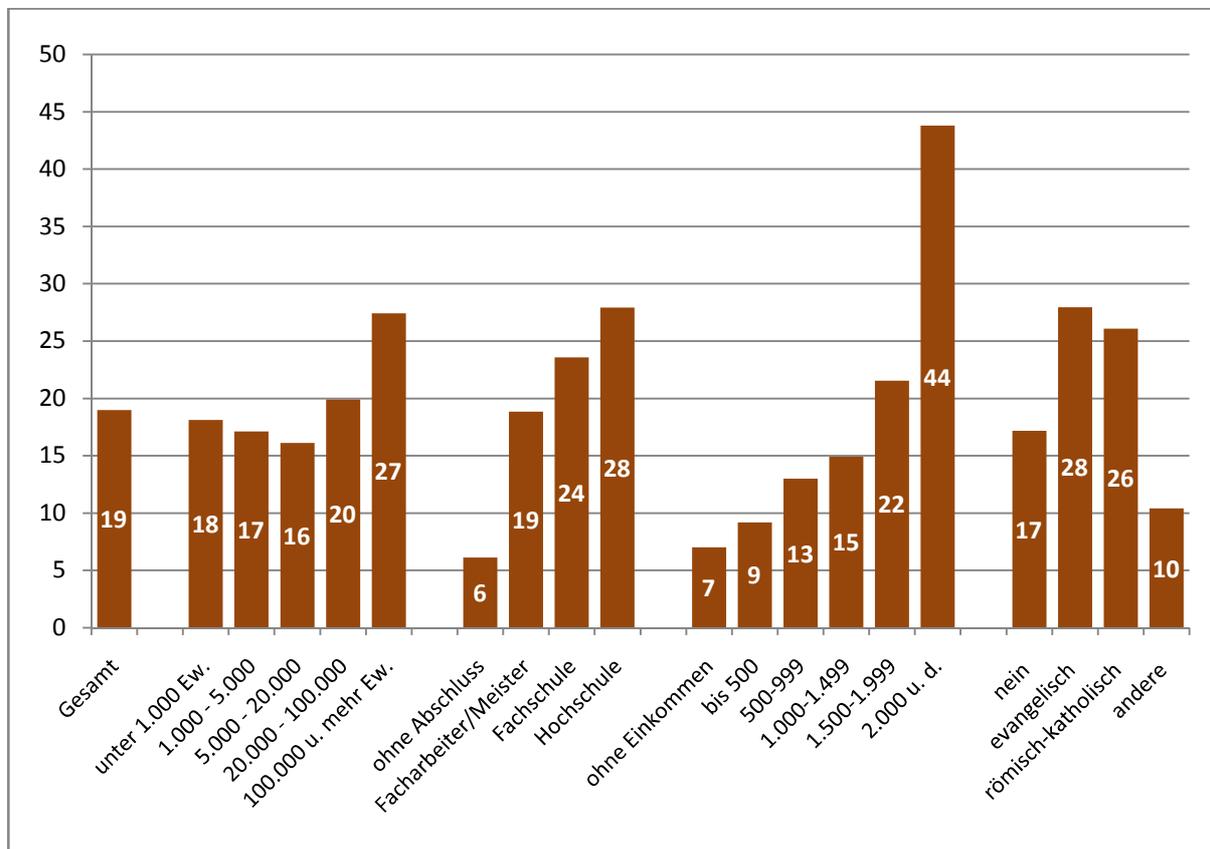
der neuen Länder sich sozialisierte, sich schulische und berufliche Bildung erwarb und berufliche Karrieren vollzog.

Die sich erst nach 1990 entwickelnde Ostidentität ist Aneignung neuer Werte- und Verhaltensstrukturen ebenso wie eine spezifische Form von Besitzstandswahrung im Sinne von vom Einzelnen erworbenen Denk- und Verhaltensweisen. Es ist gleichermaßen Besinnung auf frühere und gegenwärtige, als positiv empfundene Verhältnisse und Zustände wie Einsicht in fehlerhafte, falsche und zum Teil Menschenrechten entgegenstehende Entwicklungen. Es ist Akzeptanz erreichter Veränderungen nach 1990 ebenso wie Erleben von Ungleichbehandlungen, die als ungerechtfertigt gegenüber einer Region auf Grund ihrer Vergangenheit betrachtet werden.

In den neuen Ländern ist unter der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen eine relativ stabile, wenn auch zunächst auf niedrigem Niveau - tendenziell zunehmende - Identifikation „als richtige Bundesbürger“ feststellbar, die sich gegenüber 1995 (16 %) auf 19 % erhöhte.

Dabei ist die Identifikation mit der Bundesrepublik keinesfalls ausschließlich eine traditionell historische Komponente, sondern wird zunehmend von den realen Lebensverhältnissen und den existierenden Unterschieden zu den alten Bundesländern beeinflusst. Das gilt im Besonderen für die 50- bis 64-Jährigen, die rd. die Hälfte ihres „Erwerbsalters“ jeweils in der DDR bzw. der BRD verbrachten. Die damit verbundene größere Differenzierung in den Lebensverhältnissen bedingt u. a., dass sich höhere Einkommensgruppen der Bundesrepublik deutlich verbundener fühlen (46 %) als niedrige (17 %), ebenso wie Hochschulabsolventen zu 34 % sich bereits als Bundesbürger fühlen (Integrations-effekt). Städter fühlen sich verbundener (37 %) als Bewohner kleiner Gemeinden (15 %).

Abbildung 4.8 Über 20 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? „Ich fühle mich bereits als richtiger Bundesbürger.“ - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Häufig wird Verwunderung darüber geäußert, dass sich so wenig Bürger der neuen Bundesländer schon richtig integriert, sondern als „weder - noch“ betrachten. Aber Fühlen als Bundesbürger ist nicht nur Identifikation mit dem Grundgesetz, sondern auch Identifikation mit den realen sozialen und ökonomischen Verhältnissen, ist Zurechtfinden in Lebensverhältnissen mit nach 1990 veränderten, anderen Lebenszielen und Wertvorstellungen, ist auch Anerkennung des eigenen Lebensvollzugs durch die andere Teilgesellschaft, ebenso wie Nichtakzeptanz gesetzlich geförderter Ungleichbehandlung. Empirische Ergebnisse belegen die These, dass Ostidentität mehrheitlich weder eine die bundesrepublikanischen Verhältnisse generell ablehnende noch eine auf Restauration alter DDR-Verhältnisse gerichtete Bewertung einschließt.

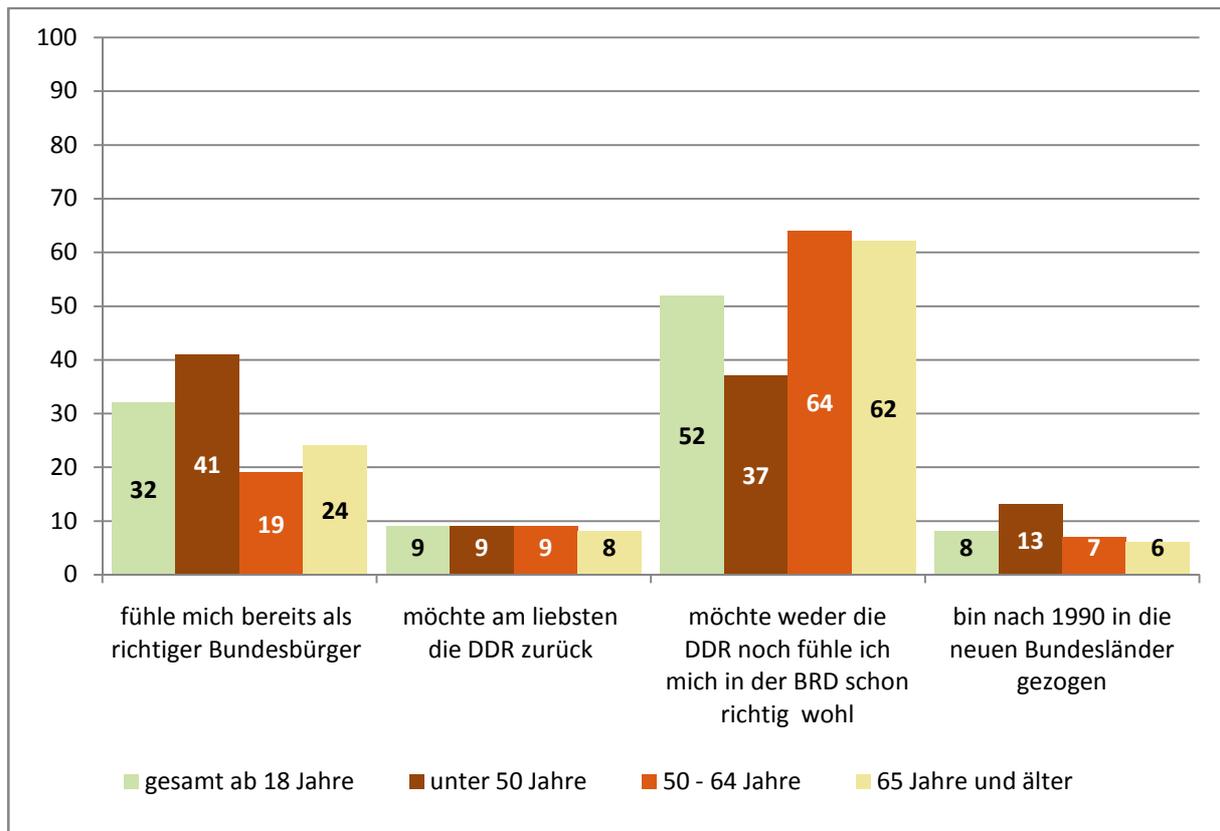
Menschen in den neuen Bundesländern, die einer christlichen Glaubensrichtung angehören, sehen sich deutlich häufiger in der Bundesrepublik angekommen - die Verankerung der Bundesrepublik in der christlichen Tradition und Werte Europas entspricht eher und direkter ihrer weltanschaulichen Orientierung als das beherrschende Leitbild der DDR, entsprechend geringer war auch die Verbundenheit mit der DDR.

Auch die Position, „die DDR wiederhaben zu wollen“, ist weniger eine pauschale Forderung an Systemwiederherstellung noch „Restposten“ von DDR-Bewusstsein. Das wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass diese Äußerungen vor allem an den Erwerbsstatus gebunden sind. Mit 11 % bei Arbeitslosen liegen seit Jahren überdurchschnittliche Werte für „die DDR wiederhaben zu wollen“ vor, die darauf verweisen, dass die Aussage vor allem in den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen wurzelt und nicht in allgemeinen „nostalgischen“ Betrachtungen. Es geht - von Ausnahmen abgesehen - nicht darum, das DDR-System wiederhaben zu wollen, sondern um einen Arbeitsplatz mit entsprechendem Einkommen. So meinen z. B. 14 % derer, die schon prekäre Arbeitsverhältnisse erlebt haben oder erleben, die DDR wiederhaben zu wollen.

So nimmt mit steigendem individuellen Nettoeinkommen der Anteil derer, die die DDR wiederhaben wollen, deutlich ab, vertreten noch 14 % der Altersgruppe, die ein Nettoeinkommen von unter 500 Euro benennen diese Meinung, so verringert sich der Anteil um fast drei Viertel auf 4 % bei denen, die ein Nettoeinkommen von 2.000 Euro angeben.

Die Aussagen dokumentieren damit zugleich, dass der Teil von Bürgern, der die DDR wiederhaben will, sich deutlich reduzieren würde, wenn bestimmte Lebensbedingungen verändert würden - z. B. durch Reduzierung der Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeitsverhältnisse.

Abbildung 4.9 Über 20 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten? - nach Altersgruppen - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Innerhalb der Altersgruppe der 50- bis unter 64-Jährigen sind es die 50- bis 54-Jährigen, die sich zu einem Viertel als richtige Bundesbürger fühlen, während die Gruppe der 55- bis 59-Jährigen eher, bedingt durch die schon benannten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, überdurchschnittlich zu der Aussage „DDR wiederhaben“ tendiert.

Die Vorstellungen des Einzelnen über die mit der deutschen Einheit zu erreichenden Veränderungen in den gesellschaftlichen und individuellen Lebensverhältnissen waren ohne Zweifel unterschiedlich. Im Osten existierte ein relativ breites Spektrum an Vorstellungen zur Veränderung - so der Wunsch auf verbesserte Möglichkeiten, um für das durch gute Arbeit erworbene Geld auch entsprechend dem Bedarf Waren und Leistungen zu erhalten, um ungehindert reisen und sich politisch betätigen zu können, auf verbesserte Umweltbedingungen, eine qualitativ bessere medizinische und gesundheitliche Betreuung usw. In Ost wie West ging jedoch kaum jemand davon aus, dass grundlegende negative Einschnitte in den Lebensverhältnissen erfolgen würden, dass es Bereiche des Lebens geben könnte, in denen man hinter das 1990 existente Niveau zurückfallen würde.¹⁶ Offensichtlich trifft das jedoch für einen - wenn auch nicht großen - Teil der Bürger zu.

¹⁶ Vgl. Sozialreport DDR 1990 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (Hrsg. G. Winkler), Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1990, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart/München/Landsberg 1990.

4.4 Regionale Verbundenheit

Die gefühlsmäßige Verbundenheit der Bürger ist nach wie vor stark sozialisationsbedingt. Ostdeutschland ist für die Mehrheit der 50- bis 64-jährigen Bürger der neuen Bundesländer ein wesentlicher Bezugspunkt. 50- bis 64-jährige Ostdeutsche sind stark an die jeweilige Gemeinde gebunden. Das neue Europa wird weitaus weniger angenommen.

Tabelle 4.8 Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ...? (nur Skalenwerte „stark“ und „ziemlich stark“) - 2013 - in Prozent

Die gefühlsmäßige Verbundenheit mit ...	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbstätig	apM/arb.los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Ihrer Gemeinde/ Stadt/Ihrem Stadtbezirk	65	64	67	66	70	61	68	55	65
Ihrem Bundesland	60	64	56	63	57	60	60	60	60
Ostdeutschland (neue Bundesländer)	76	76	74	80	71	75	76	71	69
Westdeutschland (alte Bundesländer)	25	29	21	23	28	24	27	19	20
der Bundesrepublik	51	55	48	48	51	56	49	56	57
der Europäischen Union	20	20	20	21	16	23	19	14	20

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Es ist ein charakteristisches Merkmal der Veränderungen nach 1990, dass sich regionale Verbundenheiten mehr am örtlichen Gemeinwesen, an der die Menschen verbindenden relativen Gleichheit der Lebensverhältnisse und am (regional) gemeinsam verbrachten Leben orientieren als an übergreifenden politischen Strukturen (Bundesrepublik, Europa). Im Gegensatz dazu gilt für westdeutsche Bürger, dass für sie der grundlegende Bezug die „Bundesrepublik“ ist und nicht „Westdeutschland“, sie sind in der Bundesrepublik groß geworden und nicht im Westen, während - durchaus vergleichbar - für den Bürger der neuen Länder der Bezug zu Ostdeutschland die Region ist, in der man groß geworden ist, gelernt, gearbeitet, geheiratet, geliebt usw. hat. Auch das „teilt“ Ost und West in „zwei Alter“¹⁷.

Von den 50- bis 64-Jährigen fühlen sich drei Viertel (76 %) mit Ostdeutschland „stark“ und „ziemlich stark“ verbunden - damit deutlich mehr als die Menschen aus den neuen Bundesländern insgesamt, die diese Bindung zu zwei Dritteln (69 %) benennen.

Die Verbundenheit zum jeweiligen „Sozialisationsgebiet“ ist sowohl für alle Ostdeutschen als auch für die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen an vorderster Stelle (vgl. Abbildung 6.10).

Jeder zweite Ostdeutsche dieser Altersgruppe fühlt sich stark oder ziemlich stark mit der Bundesrepublik verbunden (51 %), das ist im Vergleich mit der Altersgruppe der unter 50-Jährigen (57 %) als auch mit den Älteren ab 65 Jahre (61 %) der niedrigste Wert.

Das reflektiert insbesondere in den jüngeren Jahrgängen der hier zur Diskussion stehenden Altersgruppe die noch nicht durchgängig erreichte Integration.

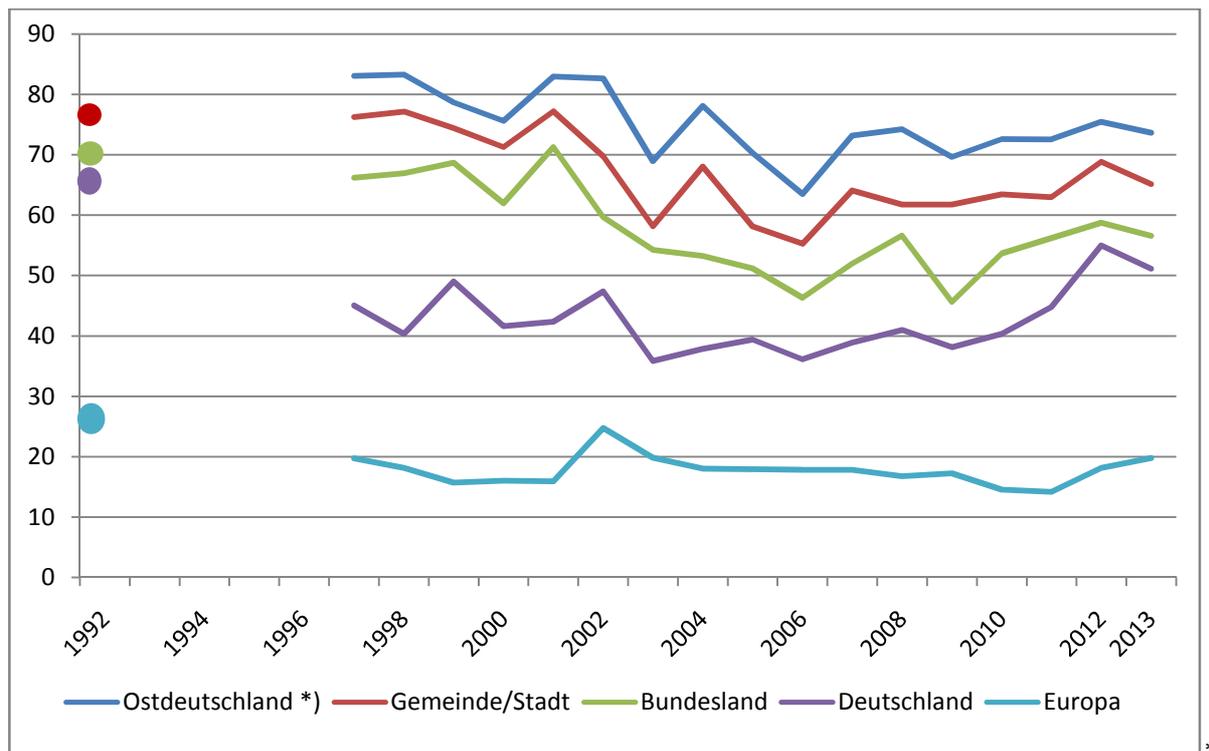
Die „gefühlte“ Nähe zur jeweiligen Gemeinde hat für 50- bis 64-Jährige einen genauso hohen Stellenwert wie für die anderen Ostdeutschen. So geben zwei Drittel (65 %) der genannten Altersgruppe

¹⁷ G. Winkler: Die friedliche Revolution und ihre Ergebnisse 1989 bis 2013, Angleichung ohne Ende!?, Berlin 2013, S. 64.

an, sich mit ihrer Gemeinde/Stadt stark verbunden zu fühlen. Auch mit dem jeweiligen Bundesland gibt es noch eine gleich starke Verbundenheit (jeweils 60 %).

Die Verbundenheit mit Europa ist im Vergleich dazu deutlich niedriger. Nur jeder Fünfte aller Ostdeutschen als auch derjenigen im Alter von 50 bis 64 Jahren fühlen sich mit Europa stark oder ziemlich stark verbunden, ohne Zweifel auch Ergebnis der fehlenden Einbindung in den Entstehungsprozess im Osten und damit Reflexion der historischen Entwicklung.

Abbildung 4.10 Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit? (nur Skalenwerte „stark“ und „ziemlich stark“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 1997 bis 2013 - Prozent



* erst ab 1997 im Fragesample

Datenbasis: sfz/leben 1992-2013 (gew.)

Seit der Vereinigung haben sich deutliche Veränderungen im Osten vollzogen. Die anfängliche Euphorie wurde abgelöst von realistischeren, auf den jeweiligen Lebensbedingungen beruhenden Einschätzungen - so könnten sich die Rückgänge gegenüber 1992, dem Jahr der erstmaligen Erhebung, erklären lassen.

Die starke und ziemlich starke Verbundenheit zu Ostdeutschland ist trotz Rückläufigkeit nach wie vor sehr hoch und liegt seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts bei 70 - 75 %.

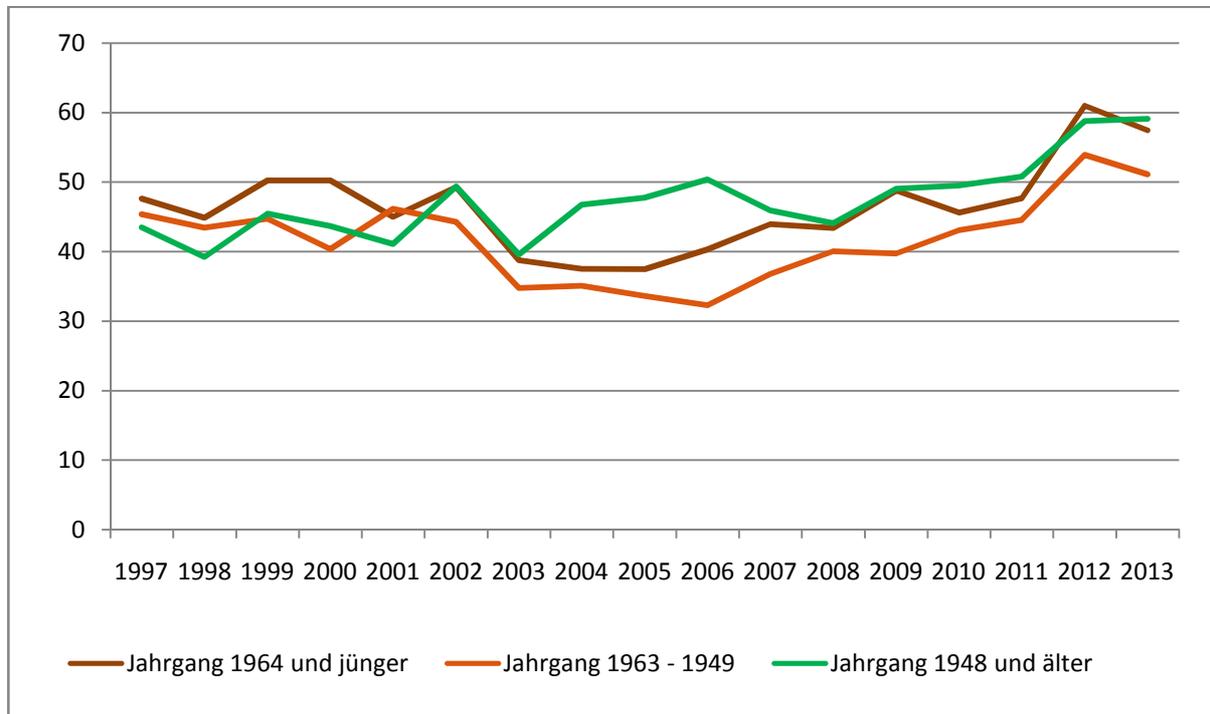
Werden die Werte von 1997 als Basis genommen, sind sowohl hinsichtlich der Verbundenheit mit der jeweiligen Gemeinde bzw. Stadt, mit Ostdeutschland oder auch mit dem eigenen Bundesland Rückgänge zu verzeichnen, obwohl seit 2009 die Verbundenheitswerte wieder zunehmen.

Nahezu gleich niedrig sind die Verbundenheitsempfindungen zu Europa - einem ganz leichten Absinken von 2009 bis 2011 folgen ebenso leichte Verbundenheitsgewinne in den letzten beiden Jahren.

Anders verläuft die Entwicklung hinsichtlich der starken bzw. ziemlich starken Verbundenheit mit der Bundesrepublik. Seit 2006 ist der entsprechende Trend nach obenweisend - hier könnte ein Indiz liegen für die wachsende Identifikation mit dem vereinten Deutschland.

Das gilt auch allgemein für die Ostdeutschen ab 18 Jahre, wobei sowohl die Jüngeren als auch die Älteren noch höhere Verbundenheiten mit Deutschland ausweisen.

Abbildung 4.11 Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit der Bundesrepublik? (nur Skalenwerte „stark“ und „ziemlich stark“) - 1997 bis 2013 - 3 Kohorten - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 1997-2013 (gew.)

4.5 Subjektive Schichtzuordnung

Die subjektive Schichteinstufung reflektiert die individuelle Lebenslage ebenso wie die regionale Sozialisation. In den neuen Bundesländern fehlt eine einheimische Oberschicht fast völlig.

Tabelle 4.9 Subjektive Schichtzuordnung - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre n.Bl.
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Unterschicht	12	10	14	9	18	9	5	40	10
Arbeiterschicht	39	39	38	35	36	46	36	42	35
Mittelschicht	38	41	34	44	36	32	46	11	41
obere Mittelschicht/ Oberschicht	7	7	8	9	6	6	9		7

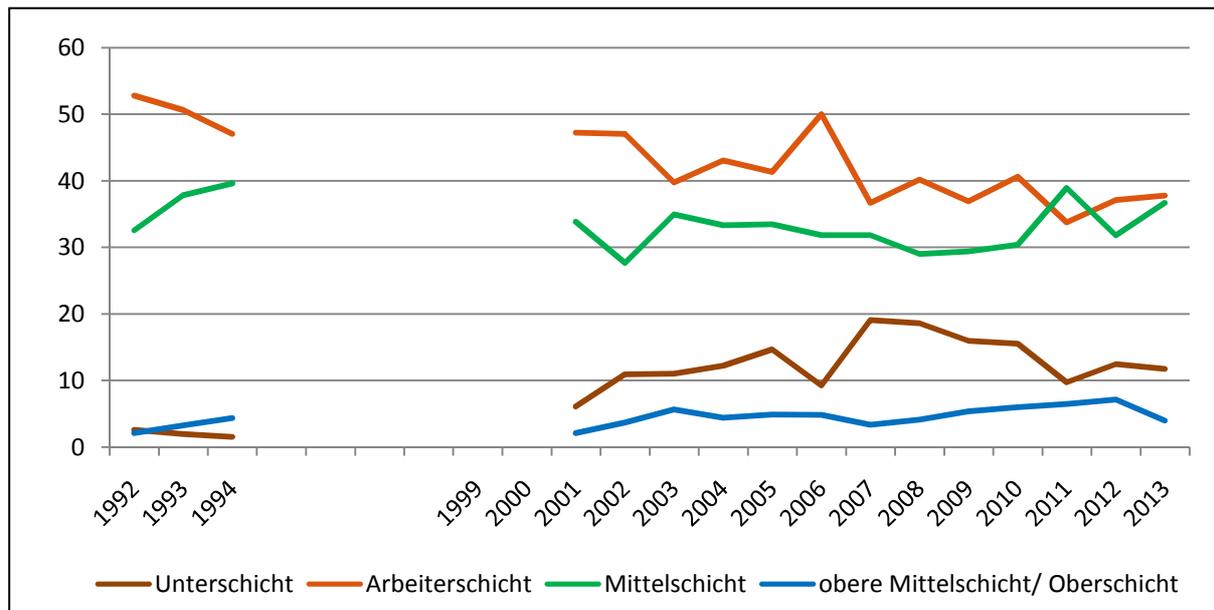
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Der soziale Status, den der Einzelne auf Grund seiner Position in der Gesellschaft einnimmt, die Rangordnung, in die er sich selbst einordnet, sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die vor allem aus der Position im Erwerbsprozess (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige), der erworbenen Qualifikation und ihrer möglichen Nutzung für die eigene Lebensgestaltung, dem erworbenen

nen/ererbten Einkommen/Vermögen sowie der biografischen Entwicklung des Einzelnen (im Osten z. B. inkl. der sozialen Veränderungen des Einzelnen vor und nach 1990) resultieren.

Dazu wurde erhoben, welcher Schicht (Unter-, Arbeiter-, Mittel-, Oberschicht) sich der einzelne Befragte zugehörig fühlt. Insgesamt ordnen sich 2013 in Ostdeutschland 10 % der ab 18-jährigen Bürger der Unterschicht zu, 35 % der Arbeiterschicht, 41 % der Mittelschicht und 7 % der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht.

Abbildung 4.12 Subjektive Schichtzuordnung im Zeitverlauf* - Alterskohorte Jahrgang 1949 bis 1963 im Zeitraum von 1992 bis 2013 - in Prozent



* zwischen 1995 und 2000 nicht erhoben
Datenbasis: sfz/leben 1992-2013 (gew.)

Die Bürger in Ostdeutschland folgen in ihren Bewertungen keineswegs nur einem aus früheren Jahren übernommenen Klassen- und Schichtmodell (Arbeiter und Angestellte), sondern orientieren sich durchaus an „neuen“ Strukturen und Leitbildern, aber auch an neuen Ungleichheiten.

Die Zuordnung zur Arbeiterschicht nimmt zugunsten der subjektiven Einordnung in die Mittelschicht tendenziell ab. Ähnlich, aber nicht so deutlich, ist zumindest seit 2007 der Rückgang derjenigen, die sich in die Unterschicht einordnen.

Der Anteil derjenigen, die sich selbst zur oberen Mittelschicht oder zur Oberschicht zählen, bleibt auf einem niedrigen Niveau mit ganz leichtem Anstieg seit 2007. Ob der Rückgang in 2013 schon ein Ende dieser Entwicklung markiert, ist noch nicht abschätzbar.

Die heute 50- bis 64-Jährigen erlebten nach der Wende zum Teil Entwicklungen, die als relativ sicher angenommenen Lebensverläufen oft völlig neue Bahnen gaben, in für viele nicht geplante und nicht gewollte Entwicklungen.

Die Daten verweisen auf beträchtliche Differenzierungen nicht nur in den Einkommensrelationen, sondern auch in den Wohnverhältnissen (Wohnungsgröße, Eigentumsanteile) sowie den armutsgefährdenden Anteilen an der jeweiligen Schicht.

Wenn auch die individuelle subjektive Schichtzuordnung mit entsprechend steigendem Einkommen verbunden ist, so verweisen auch andere Sozialindikatoren auf unterschiedliche Zuordnungen:

- So differieren in den neuen Bundesländern bei den 50- bis 64-Jährigen die individuellen Nettoeinkommen im Durchschnitt zwischen den sich der Unterschicht Zuordnenden (625 Euro) und den sich der oberen Mittelschicht Zuordnenden (2.330 Euro) um rd. 1.705 Euro/Monat. Dieser Abstand hat deutlich zugenommen, er betrug in 2002, dem Jahr der Euro-Einführung 787 Euro (Durchschnittseinkommen Unterschicht 751 Euro, obere Mittelschicht bzw. Oberschicht 1.538 Euro).
- Ebenso sind größere Wohnungen und ein höherer Eigentumsanteil an Wohnraum in den oberen Schichten vorhanden - bei einer relativ bereits hohen erreichten Angleichung in den Wohnverhältnissen zwischen Ost und West. So leben die sich der Unterschicht Zuordnenden der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre im Osten im Durchschnitt in 61 Quadratmetern - überwiegend in Mietwohnungen. In der oberen Mittelschicht liegt die Wohnraumgröße - überwiegend Wohneigentum - bei 127 Quadratmetern.

Tabelle 4.10 Wohnstatus nach subjektiver Schichtzuordnung - 2013 - in Prozent

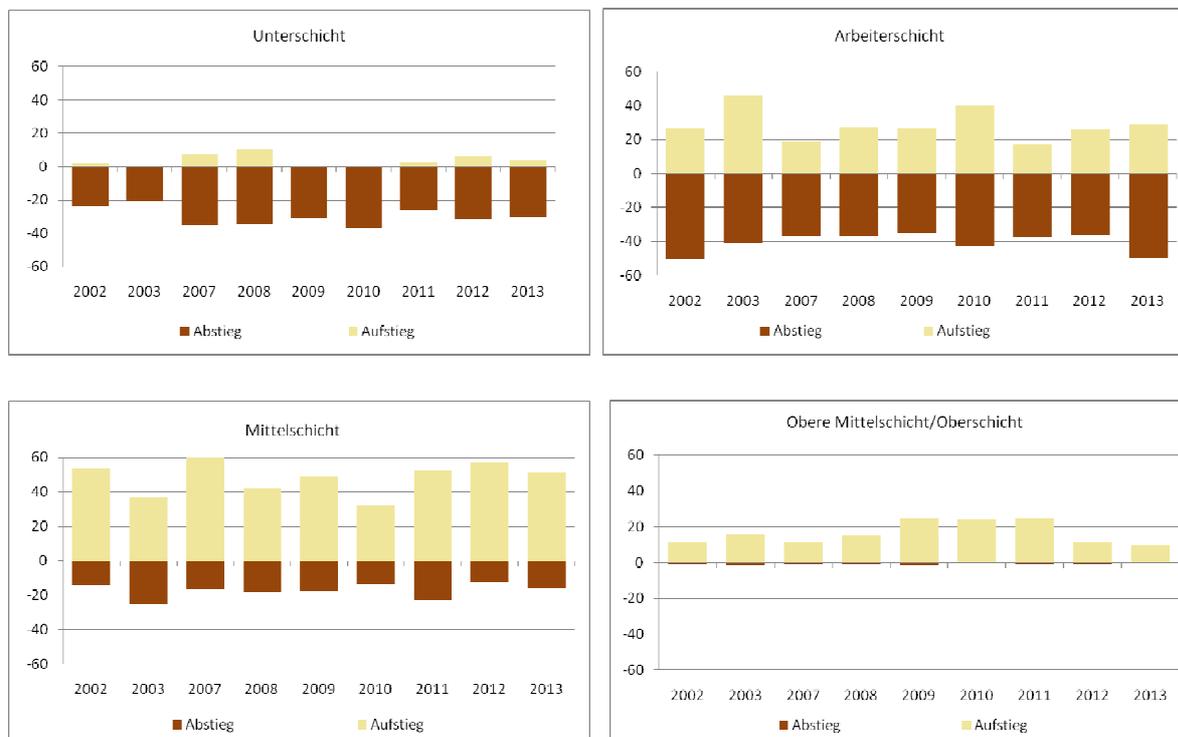
	Unterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	obere Mittelschicht/Oberschicht
Miete	80	57	43	29
selbstgenutztes Wohneigentum	20	43	57	71

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Mit der Qualifikation steigt die Einordnung sowohl in die obere Mittelschicht als auch insbesondere in die Mittelschicht.

Für einige der Ostdeutschen waren diese Entwicklungen mit einem sozialen Aufstieg, für andere mit sozialem Abstieg verbunden (Arbeitslosigkeit, sozialer Status, Wechsel der Erwerbstätigkeit usw.).

Abbildung 4.13 Subjektive Schichteinordnung und sozialer Auf- bzw. Abstieg
- Alterskohorte 1949 bis 1963 im Zeitraum 2002 bis 2013 - in Prozent*



* Auf die Einfügung der Werte in die Grafik wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die heute 50- bis 64-Jährigen, die sich der Unterschicht zuordnen, beschreiben in den vergangenen 11 Jahren so gut wie keinen Aufstieg, ein Fünftel und mehr jedoch einen (weiteren) sozialen Abstieg. Demgegenüber sieht fast ein Fünftel derer, die sich der oberen Mittelschicht bzw. der Oberschicht zuordnen, einen weiteren sozialen Aufstieg, insbesondere in den Jahren zwischen 2008 und 2011. Während unter denen, die sich selbst als Arbeiter einordnen, Auf- und Abstieg ähnlich stark ausgeprägt sind, dominiert bei denen, die sich als Mittelschicht verstehen, der soziale Aufstieg.

4.6 Haltung zu Ausländern

Zur Vielfalt des Lebens in Deutschland gehören auch das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und multikulturelles Leben. Die unterschiedlichen Erfahrungen des Zusammenlebens reflektieren sich in entsprechenden Haltungen zu Ausländern. Vorbehalte sind bei ostdeutschen 50- bis 64-Jährigen stark. Insgesamt ist die Haltung der Bürger der neuen Bundesländer mehrheitlich nicht ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen.

Eine Spaltung Deutschlands in zwei Regionen ist auch hinsichtlich des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und des Anteils der Ausländer in der jeweiligen Region immer noch existent. Der Anteil von ausländischen Bürgern betrug 2011 rd. 8,8 %, darunter in Westdeutschland 10,0 % und in Ostdeutschland 2,4 %. Auf Grund der jahrzehntelangen Immigration und Integration von Bürgern überwiegend mit ausländischer Herkunft - zumindest in Westdeutschland - beträgt der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund 19,6 % in Deutschland, darunter 22 % in Westdeutschland und nur 5 % in Ostdeutschland.

Tabelle 4.11 Anteile ausländischer Bürger und von Bürgern mit Migrationshintergrund - Deutschland - 2011 - absolut

	Bevölkerung	ausländische Bürger		Bürger mit Migrationshintergrund	
	1000	1000	%	1000	%
Deutschland	81.754	7.191	8,8	15.962	19,5
früheres Bundesgebiet (inkl. Berlin)	68.928	6.883	10,0	15.365	22,0
neue Länder (ohne Berlin)	12.826	308	2,4	597	4,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011 - Wiesbaden 2012

Die Haltung der Ostdeutschen zu Ausländern ist ohne Zweifel davon beeinflusst, dass es bis 1990 eine spezifische Form des Umgangs mit Ausländern gab (Ende 1989 lebten in der DDR knapp 200.000 Ausländer). Es war bis 1990 nicht Anliegen der Politik, Ausländer zu integrieren, sondern ihnen zeitweilig Aufenthalt zu geben, ohne mit ihnen auf Dauer zusammenleben zu wollen bzw. zu können. Familiäre Bindungen waren selten und wurden weder gewünscht noch gefördert.

Gründe für Ausländeraufenthalt waren politisches Asyl (z. B. Chile), Ausbildung (Facharbeiter, Studium - insbesondere Angola, Mozambique) und befristete Aufenthalte für Arbeitskräfte (insbesondere Vietnam) in Schwerpunktbereichen. Die Haltungen gegenüber Ausländern sind insgesamt nicht ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend freundlich. Alles in allem überwiegen jedoch ablehnende Positionen, ebenso wie Vorbehalte und unzureichende Integrationsbereitschaft.

Generell ist eine mehrheitlich altersabhängige Bewertung kennzeichnend - bei jüngeren Bürgern mehr mit positiven Grundpositionen, bei älteren eher traditionellen klischeehaften Vorbehalten.

Tabelle 4.12 Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland
(nur Skalenwert „stimme voll zu“) - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.	70	65	76	67	72	72	72	54	67
In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.	38	39	37	29	43	40	37	34	31
Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z. B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Kriminalität).	35	35	36	36	37	33	34	30	30
Ausländer nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten	30	31	28	30	30	29	29	28	24
Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.	18	16	20	24	12	18	18	8	21
Ausländer bereichern unser Leben.	17	16	19	21	13	19	16	27	19
Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.	3	2	4	2	4	2	2	0	4

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

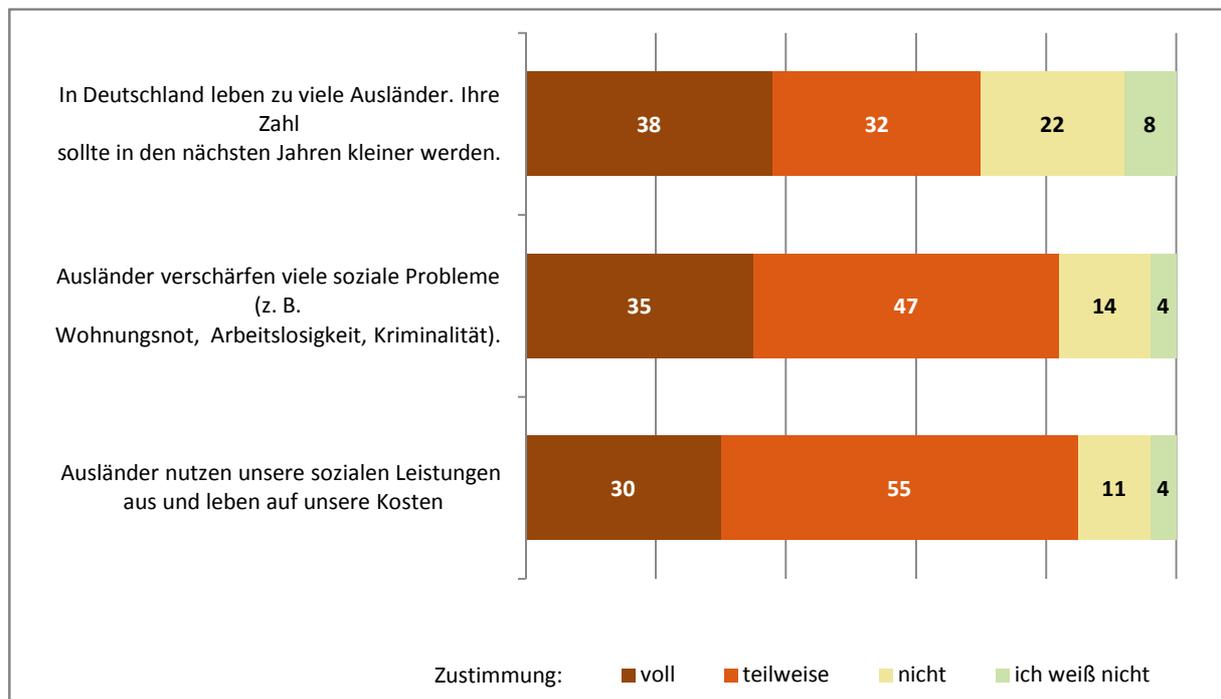
Die Haltungen zu Ausländern werden *erstens* bestimmt durch die Forderung, wenn sie in Deutschland leben wollen, dann sollten sie sich auch weitgehend an unsere Lebensgewohnheiten anpassen (70 % Zustimmung, 25 % teilweise). Dieser Position wird durchgängig am häufigsten zugestimmt. Nur 2 %! unterstützen diese Meinung nicht. Drei Viertel (76 %) der Männer der Untersuchungsgruppe sind dieser Meinung, die Frauen urteilen zurückhaltender und stimmen dieser Auffassung „nur“ zu zwei Dritteln (65 %) zu.

Mit abnehmender Gemeindegröße steigt die Zustimmung - das doch häufigere Erleben von Ausländern im Alltag der größeren Städte in Ostdeutschland bewirkt das häufigere Ausweichen auf die Antwortmöglichkeit „stimme teilweise zu“. Jeder 10. Bewohner der kleinen Gemeinden bis zu 1.000 Einwohnern weicht auf „ich weiß nicht“ aus. Auch 12 % der Arbeitslosen sind sich in der Einschätzung zu unsicher.

Diese Forderung des Sichepassens wird am häufigsten von den katholischen Befragten (79 %) unterstützt.

Eher ablehnende Haltungen gegenüber Ausländern werden *zweitens* an den nächsten drei Indikatoren deutlich. „In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.“ unterstützen ebenso mehr als ein Drittel der Befragten, wie auch die Meinung, dass „Ausländer viele soziale Probleme (z. B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) verschärfen“. Auch der Auffassung, dass „Ausländer unsere sozialen Leistungen ausnutzen und auf unsere Kosten leben“ stimmen 30 % der Befragten in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre voll zu.

Abbildung 4.14 Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Auffassung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, wird mit steigendem Einkommen deutlich häufiger abgelehnt, auch in den Großstätten ist diese Ablehnung mehr als doppelt so hoch wie in den kleinen Gemeinden. Jede/r zweite Befragte mit Hochschulabschluss (47 %) ist ebenfalls nicht dieser Meinung. Die tolerantere Haltung der Besserverdienenden und in den Großstädten gilt auch für die beiden anderen Indikatoren - soziale Probleme und Leistungsausnutzung.

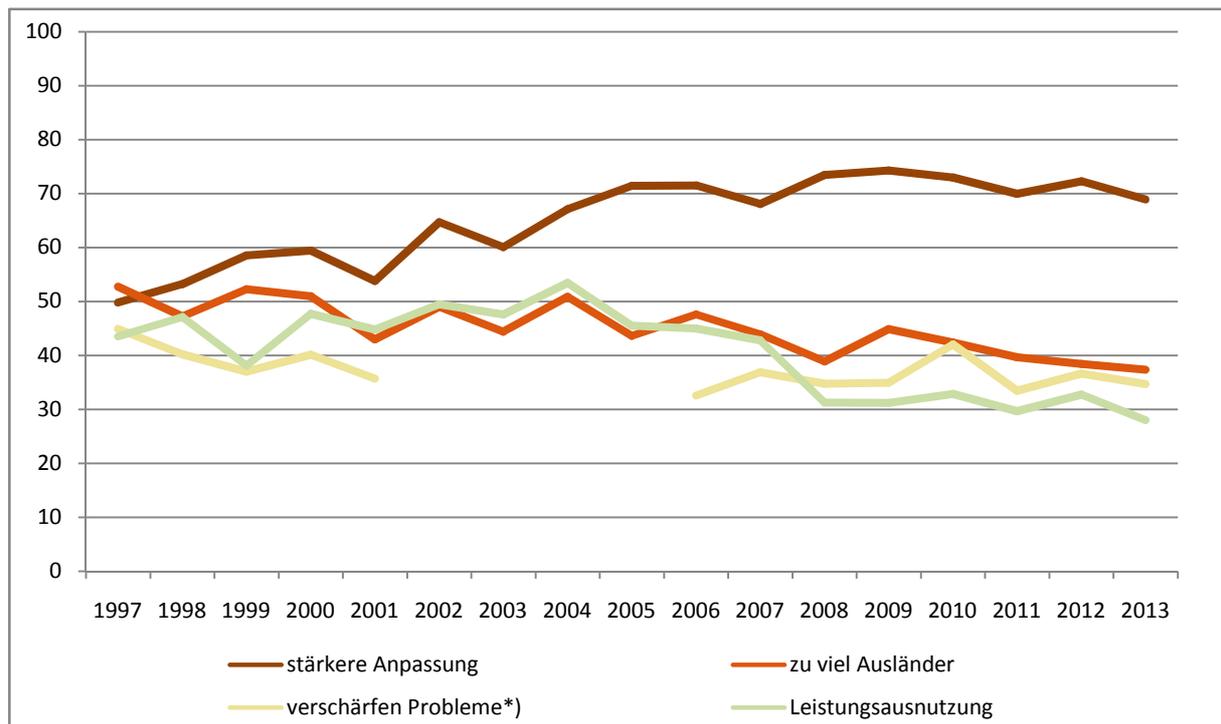
Tabelle 4.13 Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren (nur Skalenwert „stimme nicht zu“) - 2013 - in Prozent

	Gesamt	bis 1.000 Ew.	100.000 Ew. und mehr	Facharbeiter/Meister	Hochschulabschluss	500 - 999 Euro netto	mehr als 2.000 Euro netto
In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden.	22	16	41	17	47	14	39
Ausländer verschärfen viele soziale Probleme.	14	12	22	12	26	12	23
Ausländer nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.	11	13	19	9	20	10	18

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Eine Betrachtung der Meinungsentwicklung der hier relevanten Jahrgänge 1959 bis 1963 verdeutlicht, dass sich hinsichtlich der Anpassung ein deutlicher Meinungsumschwung seit Mitte der 90er Jahre vollzogen hat. Die uneingeschränkte Zustimmung zu diesem Indikator ist um fast 20 Prozentpunkte gestiegen. Bei den anderen drei - eher negativ besetzten Aussagen - ist demgegenüber ein Rückgang der vorbehaltlosen Zustimmung erkennbar.

Abbildung 4.15 Haltungen zu Ausländern - ausgewählte Indikatoren
 - Alterskohorte der Jahrgänge 1949 bis 1963 - in Prozent



* in den Jahren 2002 bis 2005 nicht erfragt
 Datenbasis: sfz/leben 1997 - 2013 (gew.)

Positive Wertungen hinsichtlich des Zusammenlebens mit ausländischen Bürgern und ihrer Integration in die Gesellschaft werden nur in geringem Maße getroffen. Dass sie zum Wohlstand in Deutschland beitragen, sehen nur 18 % (volle Zustimmung), ihre Anwesenheit in Deutschland als Bereicherung unseres Lebens empfinden nur 17 %.

Mit der Qualifikation steigt bei beiden Indikatoren die Zustimmung. Einen Beitrag zum Wohlstand erkennt ein Viertel (27 %) der Hochschulabsolventen, aber nur jeder 10. Befragte ohne Abschluss (11 %). Ebenfalls ein Viertel der Befragten mit Hochschulabschluss (24 %) sieht in dem Miteinander von Deutschen und Ausländern eine Bereicherung unseres Lebens (ohne Abschluss: 15 %).

Das häufigere Zusammenleben mit Ausländern befördert auch positivere Bewertungen, so ist in den Großstädten ein Viertel der Einwohner (26 %) der Meinung, dass Ausländer auch mit dazu beitragen, unseren Wohlstand zu mehren und fast ein Drittel (31 %) sieht die Bereicherung des Lebens durch Ausländer.

Die Altersgruppe zwischen 55 und 59 Jahren ist Ausländern gegenüber weniger positiv eingestellt als die beiden anderen Altersgruppen. So erkennen nur 12 % einen Wohlstandsbeitrag durch Ausländer und 13 % eine Bereicherung des Lebens. Eigene Probleme, besonders bezüglich der Erwerbsbeteiligung und des bewusster werdenden bevorstehenden Wechsels in den Ruhestand schlagen sich in den hier deutlich werdenden reservierteren Bewertungen nieder.

Eine Kohortenbetrachtung zeigt eine weitgehende Konstanz im Antwortverhalten zu diesen beiden Indikatoren.

Die altruistische Haltung, dass auf Grund des Elends in vielen Teilen der Welt Deutschland mehr Ausländer aufnehmen muss, wird nur von einer sehr kleinen Minderheit (3 %) unterstützt. Zwei Drittel (64 %) lehnen ohne Einschränkung diese Auffassung ab. Eine sozialstrukturelle Differenziertheit ist nicht erkennbar.

5 Demokratie und bürgerschaftliches Engagement

5.1 Politisches Interesse

Ein Drittel der 50- bis 64-Jährigen in den neuen Ländern ist stark an Politik interessiert, darunter jeder Zehnte in sehr starkem Maße. Seit 2011 zeigt sich das Politikinteresse dieser Altersgruppe auf gleichem Niveau. Männer zeigen ein größeres Interesse an Politik als Frauen, die Gruppe der 55- bis 59-Jährigen ist am wenigsten interessiert.

In den Jahren 1993 bis 2001 - das zeigt die Datenreihe des SFZ - überwog unter den 50- bis 64-Jährigen der Anteil der wenig oder Desinteressierten an Politik. Ab 2002 nahm der Anteil politisch Interessierter zu und stieg auf über 40 %.¹⁸

Tabelle 5.1 Wie stark interessieren Sie sich für Politik?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
sehr stark	10	6	14	6	10	13	8	8	9
stark	21	14	28	30	13	20	21	12	23
mittel	43	44	42	42	49	39	46	43	38
wenig	19	28	10	16	21	23	18	24	23
überhaupt nicht	6	8	5	6	7	5	7	13	7

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Seit 2011 ist das Verhältnis annähernd stabil geblieben, ca. ein Drittel ist sehr stark/stark am politischen Geschehen interessiert, etwas über 40 % in mittlerem Maße und ein Viertel zeigt sich wenig oder überhaupt nicht interessiert.

Gründe für den zeitweiligen Anstieg des politischen Interesse liegen zum einen in der zunehmenden Politisierung in der gesamten Lebenswelt (Agenda 2010, Terrorismusgefahr, Sozialab- und -umbau und anderes), zum anderen ist politisches Interesse auch ein Persönlichkeitsmerkmal, das einmal ausprägt im weiteren Lebensverlauf bestehen bleibt.

Frauen zeigen sich weniger stark an Politik interessiert als Männer, in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ist ein Fünftel der Frauen sehr stark/stark an Politik interessiert, unter den Männern beträgt dieser Anteil 42 %. Gründe für diese Beobachtung werden im unterschiedlichen Politikverständnis, in der Themensetzung und im Zeitvolumen zwischen Frauen und Männern gesehen.

Eine Parteimitgliedschaft oder ein gesellschaftliches Engagement z. B. als Elternvertreter korrelieren mit starkem Politikinteresse, im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbänden lässt sich dieser Zusammenhang für die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen nicht belegen.

Personen mit einem hohen Ausbildungsgrad, Berufsstatus oder Einkommen zeigen ebenfalls ein starkes Interesse am politischen Geschehen. In der unteren Einkommensgruppe bekunden nur 21 % ein starkes politisches Interesse, in der höheren Einkommensgruppe ab 2.500 Euro Haushaltseinkommen sind es mehr als die Hälfte (56 %). Unter den Selbständigen und Freischaffenden ist jeder Zweite

¹⁸ Siehe Sozialreport 50+ 2011, S. 101.

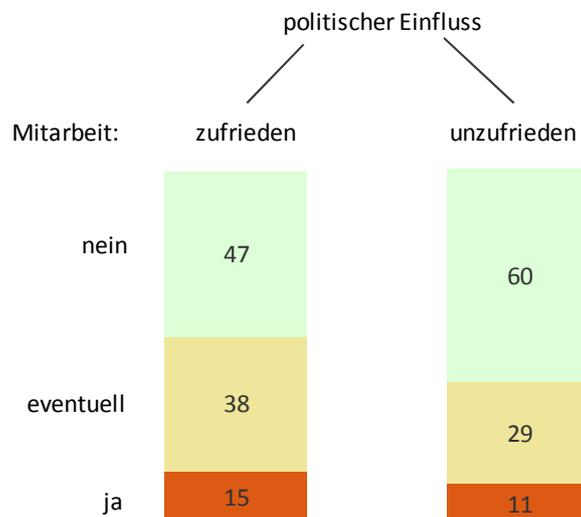
stark an der Politik interessiert. Im Erwerbsleben stehende 50- bis 64-Jährige sind mit 29 % wesentlich mehr an Politik interessiert als Arbeitslose mit 20 %.

Dass nur rund ein Drittel sowohl der 50- bis 64-Jährigen als auch der gesamten Bevölkerung ab 18 Jahre sich stark für Politik interessiert, lässt die Frage aufwerfen, warum es nur ein Drittel ist. Es lassen sich dafür mehrere Gründe anführen: die von der Politik gesetzten Themen treffen nicht den „Nerv“ und die Probleme der Bevölkerung, große Teile der Bürger/-innen fühlen sich unzureichend in politische Prozesse einbezogen. Organisationsformen sowie -strukturen politischer Interessenbekundung stehen im Begriff, sich zu ändern. Letztendlich werden grundsätzliche Fragen der Demokratie angesprochen, wie die nach der Teilhabe von Menschen an der Gestaltung sozialer Prozesse auf lokaler und regionaler Ebene sowie Interessenausgleich.

Wie die Jahre zuvor ist ca. nur jeder Zehnte der 50- bis 64-Jährigen in Ostdeutschland mit seinem politischen Einfluss zufrieden, ein Viertel ist es teilweise, 43 % und damit die Mehrheit äußert sich unzufrieden (ein Fünftel meint, dass es sie nicht betrifft). Wer ein starkes politisches Interesse hat, ist auch eher mit seinem politischen Einfluss zufrieden, 20 % gegenüber 3 % bei den wenig Interessierten. Letzte meinen auch überwiegend, keinen politischen Einfluss zu haben (40 %).

Auf die Frage nach einer Mitarbeit in einer politischen Interessenvertretung bekunden 8 % ihre Bereitschaft, und 28 % würden sich eventuell engagieren. Interessant ist nun, dass sowohl die mit ihrem politischen Einfluss Zufriedenen als auch Unzufriedenen in etwa gleichem Maße ihre Mitarbeit erklären, mit 15 % bzw. 11 % liegen sie über dem Durchschnitt aller 50- bis 64-Jährigen von 8 %. Unzufriedenheit mit gesellschaftspolitischen Zuständen kann so gesehen auch zu einem Motor für bürgerschaftliches Engagement werden.

Abbildung 5.1 Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen und politischer Einfluss - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

5.2 Demokratiezufriedenheit und -erwartungen

Demokratie als Grundwert erfährt unter 50- bis 64-Jährigen eine hohe Wertschätzung. Deutlich skeptischer fällt die Beurteilung der Demokratieentwicklung aus, die nur jeder Sechste zufriedens-tellend findet. Der Ausblick auf bessere demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten ist eher gering.

Tabelle 5.2 Wie zufrieden sind Sie mit dem Stand der Demokratieentwicklung?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
sehr zufrieden	2	2	1	2	2	3	1	1.	1
zufrieden	14	12	17	18	12	13	16	21	19
teilweise zufrieden	42	42	41	44	39	41	43	43	42
unzufrieden	29	30	28	24	31	31	27	17	22
sehr unzufrieden	11	11	11	11	12	9	10	14	11

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Für über 70 % der 50- bis 64-Jährigen ist ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft wichtig, für 27 % unter ihnen ist es sehr wichtig. Wenn Demokratie im Allgemeinen mit der „Herrschaft des Volkes“ gleichgesetzt wird, so umschreiben zahlreiche Adjektive wie „direkt“ oder „repräsentativ“ die Vielfalt von Demokratieformen. Dennoch fühlen sich die Bürger/-innen zunehmend weniger von der Politik repräsentiert und stellen demokratisch getroffene Entscheidungen in Frage und fordern bspw. über Protestaktionen ihre Teilhabe an vorwiegend lokalen Gestaltungsprozessen ein (Stichwort: Flugrouten BER). Diese Bürgeraktionen zeigen einmal mehr, dass Demokratie kein Zustand ist, der einmal proklamiert sich nun entfaltet. Demokratie muss in transparenten Abstimmungsprozessen immer wieder hergestellt und lebbar gemacht werden.

Die heutigen 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen schauen in ihrer Biografie auf mindestens drei unterschiedliche staatstragende Demokratieverständnisse und Teilhabemöglichkeiten zurück: Die Sozialisation in der DDR mit einem zentralistischen Politikverständnis, die gesammelten Erfahrungen der friedlichen Massenproteste im Herbst 1989 und das Leben in einem freiheitlich-demokratischen Staat seit 1990.¹⁹

Die heute 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen können somit als Zeitzeugen eines gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses in Deutschland gelten. Ihre Erfahrungen vom Herbst 1989 mit den friedlichen Massenprotesten, die auch von einer „idealen“ Demokratie getragen wurden und die heute auf eine erlebte Wirklichkeit stoßen, die zu kritischen Einwänden führen. So zeigt sich nur jeder Sechste der 50- bis 64-Jährigen mit dem Stand der Demokratieentwicklung zufrieden, 42 % sind es teilweise und 40 % sind unzufrieden. Diese hohe Unzufriedenheit geht vor allem auf den weiter ausstehenden Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland (Arbeitsmarkt - Lohnangleichung - Rentenrecht) und unzureichender Interessenvertretung auf Bundesebene sowie eingeschränkte Beteiligungsmöglichkeiten zurück.

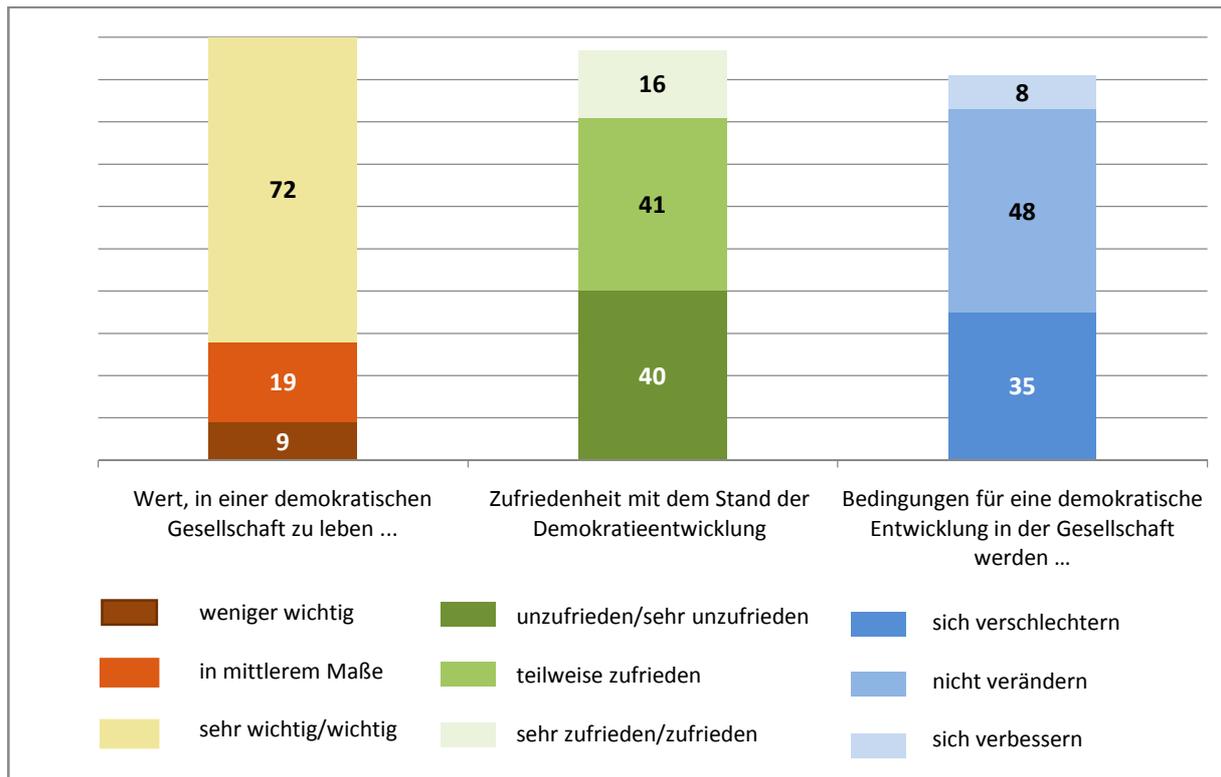
Noch immer fühlt sich über die Hälfte der Ostdeutschen bei der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland in einer „Zwischenzone“: Sie möchten weder die DDR wiederhaben noch fühlen sie sich in der Bunderepublik schon richtig wohl. Erstmals wurden 2013 die Befragten gebeten, dieses Gefühl mit Stichpunkten zu untersetzen. In puncto Demokratie wurde dieses ambivalente Gefühl fol-

¹⁹ Siehe Sozialreport 50+ 2011, S. 102.

gendermaßen beschrieben: „Demokratie wird falsch interpretiert“, „Politik ist Bürgern fremd“, „Früher Diktatur, heute Pseudodemokratie mit Persönlichkeitsvernichtung“, „Früher: Diktatur eine Partei/Heute: zwei Parteien/EU“, „keine Demokratie, kein Rechtsstaat“.²⁰

Der Aussicht, dass sich die Bedingungen für eine demokratische Entwicklung in der Gesellschaft in nächsten Jahren verbessern würden, stimmen nur 8 % der Befragten zu. Die meisten erwarten keine Veränderung, mehr als ein Drittel jedoch befürchtet eine Verschlechterung in dieser Hinsicht.

Abbildung 5.2 Grundwert Demokratie - Wertorientierung, Zufriedenheit und Ausblick*
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



* fehlende Angaben bis 100 % = keine Antwort oder trifft nicht zu
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Demokratie ist und bleibt für die überwiegende Mehrheit der 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen eine wichtige Grundkonstante gesellschaftlichen Zusammenlebens. Zufrieden mit dem Stand der Demokratieentwicklung, teilweise auch eingeschränkt, äußern sich 60 %, aber nicht einmal jeder Zehnte erwartet zukünftig bessere Bedingungen für eine demokratische Entwicklung, die insbesondere auf Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger zielen. All dies führt zum Fazit: im Meinungsspektrum der 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen dominiert die Unzufriedenheit über die gegenwärtigen demokratischen Gestaltungsprozesse.

²⁰ Alle Zitate aus Leben 2013 und als Antwort auf die Frage: Falls Sie weder die DDR wiederhaben wollen noch sich in der Bunderepublik schon richtig wohlfühlen, worin sehen Sie die Ursache?

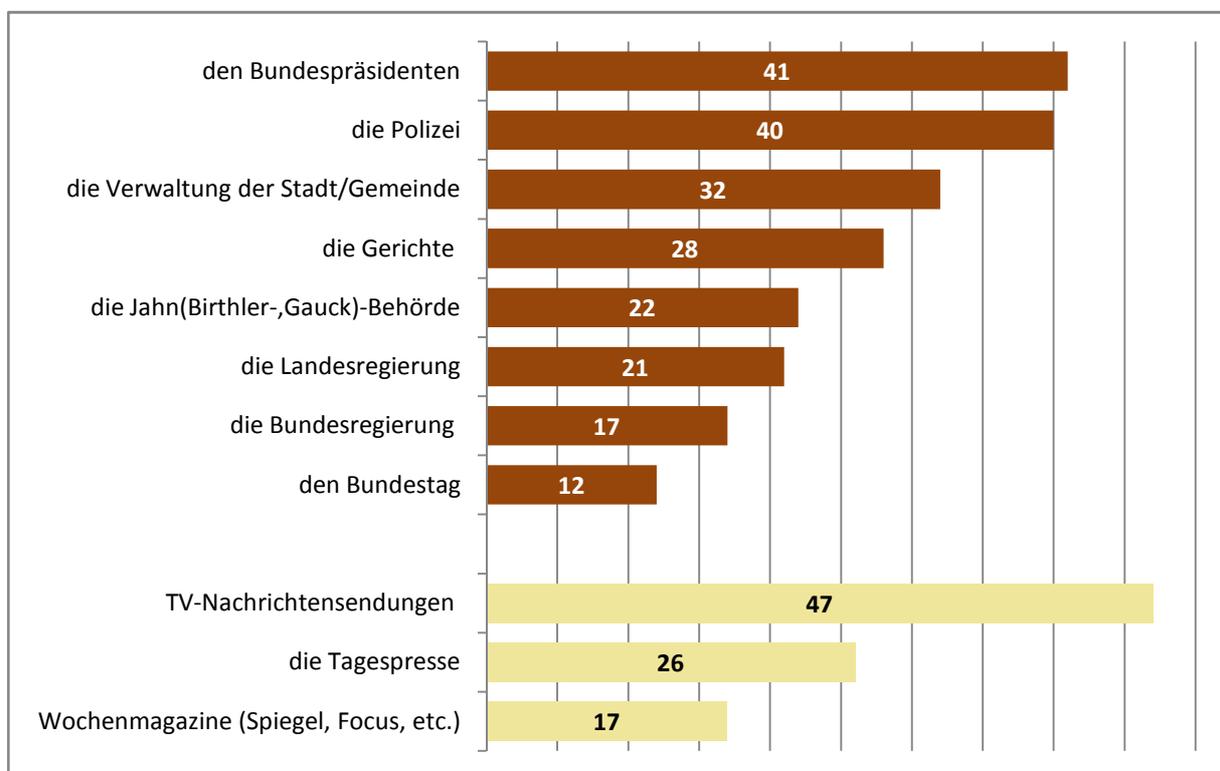
5.3 Institutionenvertrauen

Das höchste Vertrauen unter den gesellschaftlichen Institutionen genießt der Bundespräsident. Vertrauen in Polizei, Verwaltung und Gerichte ist hoch und bleibt auf gleichem Niveau wie 2011. Der Bundesregierung, dem Bundesrat und den Landesregierungen vertrauen die 50- bis 64-Jährigen weiterhin wenig. Die TV-Nachrichtensendungen erfahren unter den Medien, oft als vierte Gewalt bezeichnet, den höchsten Vertrauensbonus.

Auch mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen Einigung betrachten die 50- bis 64-Jährigen in Ostdeutschland die damals installierten Institutionen skeptisch. Das Vertrauen in Institutionen ist geprägt sowohl von persönlichen Erfahrungen und Erwartungen an diese Institutionen als auch von ihrer Wahrnehmung als Interessenvertreter und Reputation in der Öffentlichkeit. Bisherige Analysen des SFZ verweisen auf den Zusammenhang, dass Menschen mit hoher Zufriedenheit gegenüber der Regierung, dem politischen System und den Wirtschaftsleistungen auch ein hohes Vertrauen in politische Institutionen haben, was umgekehrt auch gilt.²¹

Die Daten 2013 zeigen ein ähnliches Bild, wie die Jahre zuvor: die 50- bis 64-Jährigen vertrauen den hier abgefragten Institutionen recht unterschiedlich. Dem Bundespräsidenten wird mit 41 % (2013 erstmalig erfragt) ein ebenso hohes Vertrauen ausgesprochen wie der Polizei. Auf dem folgenden Rangplatz rangieren die Stadt-/Gemeindeverwaltungen, denen knapp ein Drittel der Befragten Vertrauen schenkt.

Abbildung 5.3 Vertrauen in Institutionen (nur Skalenwerte „volles Vertrauen“/„viel Vertrauen“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



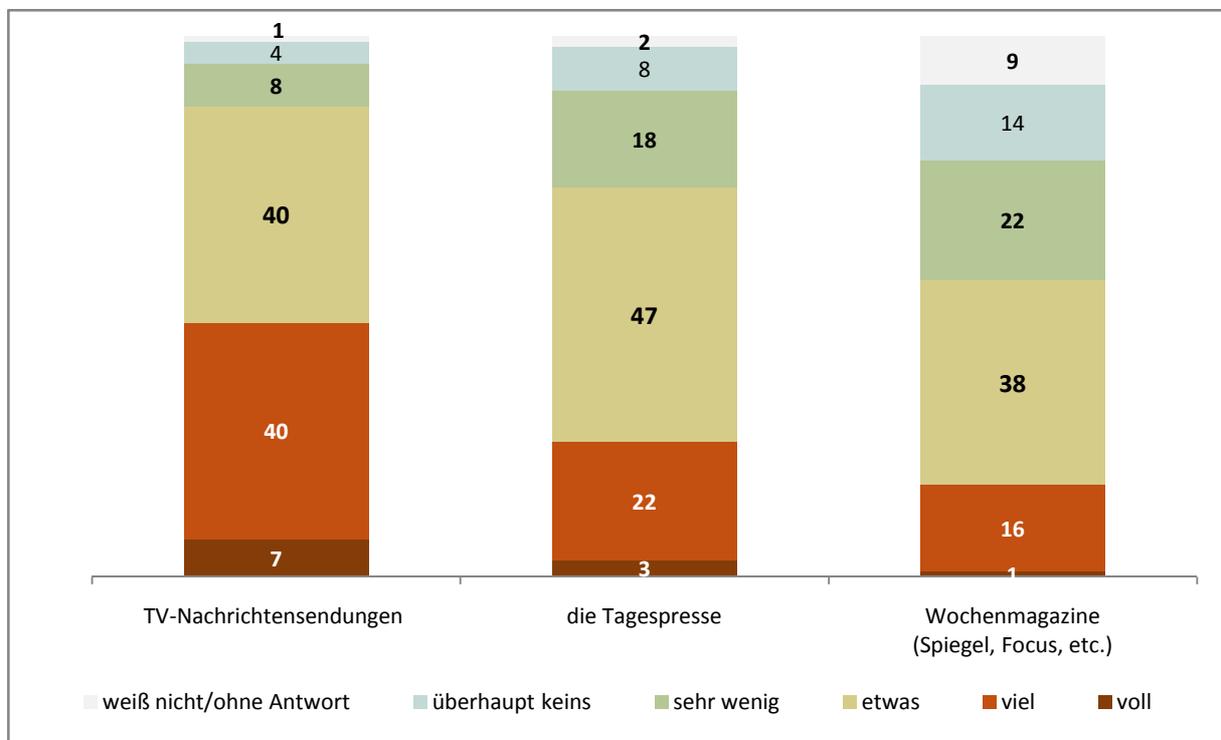
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

²¹ Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen, T. Hanf, R. Liebscher, H. Schmidtke, in: Diskurse der deutschen Einheit, Kritik und Alternativen, Hrsg. R. Kollmorgen, F. T. Koch, H-L. Dienel, Wiesbaden 2011, S. 284 ff.

Die Vertrauenswerte für die Landesregierungen und die Bundesregierung sind mit 21 % bzw. 17 % kaum ein Ausdruck hoher Legitimität, auch wenn die Werte gegenüber 2011 für beide Institutionen um 3 bzw. 5 % angestiegen sind. Besonders auffällig ist das geringe Vertrauen in den Bundestag, nur jeder Achte vertraut den demokratisch gewählten Abgeordneten. Mit dem letzten Platz auf der Vertrauenskala scheint das Parlament aus Sicht der 50- bis 64-Jährigen kaum Reputation zu besitzen, möglicherweise sind auch dessen Funktion und Arbeitsweise nicht hinreichend bekannt und gelten somit als wenig vertrauensvoll.

An der Spitze des Medienvertrauens stehen die TV-Nachrichtensendungen (47 % vertrauen ihnen voll bzw. viel).

Abbildung 5.4 Vertrauen in Medieninstitutionen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Der Rückgang des Vertrauens in die Polizei ist von 2011 gegenüber 2013 um sechs Prozentpunkte gefallen, alle anderen Institutionen verzeichnen kleine Vertrauensgewinne. Ursachen für den Vertrauensverlust der Polizei können die Ermittlungsversäumnisse im Zusammenhang mit den NSU-Prozessen sein, ihre geringe Präsenz im „normalen Straßenbild“, aber häufig als martialisch empfundene „Überpräsenz“ bei Großveranstaltungen, geringe Aufklärungsquoten bei Diebstahl u. a. m.

Abbildung 5.5 Vertrauen in demokratische Institutionen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre
- Vergleich 2011 und 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Innerhalb der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre haben die 60- bis 64-Jährigen das höchste Vertrauen, zwischen den Geschlechtern ist kein Unterschied erkennbar. Beamte äußern bei den meisten Institutionen das höchste Vertrauen, was nicht verwundert, ist doch diese Berufsgruppe für die Umsetzung und Einhaltung von Gesetzen und ordnungspolitischen Aufgaben im Besonderen zuständig, letzten Endes verkörpern gerade sie diese Institutionen.

Die deutliche Skepsis der 50- bis 64-Jährigen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen ist auch ein Indiz dafür, dass offensichtlich Defizite im Hinblick auf Interessenvertretung für soziale Gruppen existieren (weil bspw. Gesetzgebungsverfahren ausbleiben, häufig nur auf Wirtschaftswachstum und spezielle Klientel gesetzt wird u. a.). Viele der Institutionen erfüllen aus Sicht der 50- bis 64-Jährigen nicht ihre Aufgaben oder entscheiden über „die Köpfe“ der Menschen. Somit wird erklärbar, warum die Zahl der Bürger, die mit Volksbegehren und -abstimmungen, Netzwerk-Bildung über neue soziale Medien, Bürgerinitiativen u. a. m. ihren Einspruch gegenüber Entscheidungen aus Institutionen kundtun, anzuwachsen scheint. Dass es dabei zu Spannungen zwischen lokalen und Partikularinteressen einzelner sozialer Gruppen kommen kann, die neue Aushandlungsprozesse erfordern, ist die eine Chance, es zu verbinden mit neuen politischen Reform- und Veränderungspotenzialen, wäre eine andere.

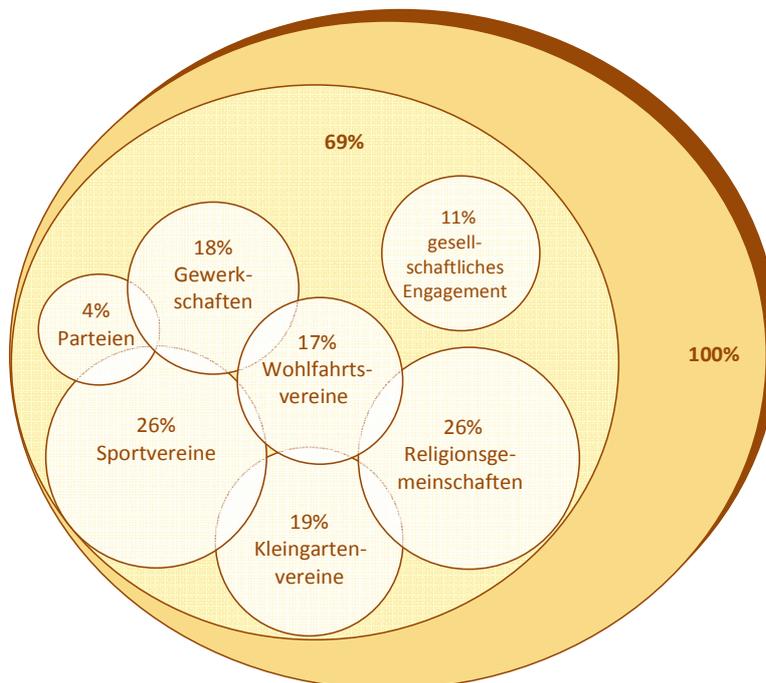
5.4 Mitgliedschaften

Zwei Drittel der 50- bis 64-Jährigen sind Mitglieder in einem Verein bzw. anderenorts gesellschaftlich engagiert. Sportvereine, Kleingartenvereine und Gewerkschaften verzeichnen die höchste Mitgliedschaft. Interesse am bürgerschaftlichen Engagement mit sozialen Aufgaben bekunden Vier von Zehn in dieser Altersgruppe.

Gegenüber 2011 haben sich die Mitgliedschaften in Parteien und großen Verbänden (Gewerkschaften, Sozialverbänden) bis auf Religionsgemeinschaften, die einen Zuwachs von 9 % verzeichnen, nicht grundsätzlich verändert. Insgesamt weisen 69 % der 50- bis 64-Jährigen mindestens eine Mitgliedschaft in einer Organisation oder Verein aus, ein Fünftel unter ihnen ist in mehreren Vereinen bzw. Verbänden Mitglied. Die größten Anteile an Mitgliedern verzeichnen Sportvereine und Religionsgemeinschaften (jeweils 26 %). Einem Kleingartenverein, einer Gewerkschaft oder einem Wohlfahrtsverein gehören 17 bis 19 % der Altersgruppe an, eine Parteimitgliedschaft geben 4 % an. Gesellschaftlich engagiert außerhalb von festen Organisations- und Vereinsstrukturen sind 11 % der Befragten z. B. als Elternvertreter, Abgeordneter o. ä.

Rund ein Drittel der Befragten ist in keine Organisation eingebunden.

Abbildung 5.6 Mitgliedschaften in Parteien, Verbänden, Vereinen - Altersgruppe 50 - 64 Jahre (Mehrfachzählung möglich) - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mit Blick auf die Geschlechter zeigen sich bei der Mitgliedschaft in Wohlfahrtsorganisationen die größten Unterschiede, während 22 % der Frauen Mitglieder sind, halbiert sich bei den Männern dieser Wert auf 11 %. Letztere sind häufiger Gewerkschaftsmitglieder als Frauen, wobei ein Unterschied zwischen erwerbstätigen und arbeitslosen Personen nicht erkennbar ist.

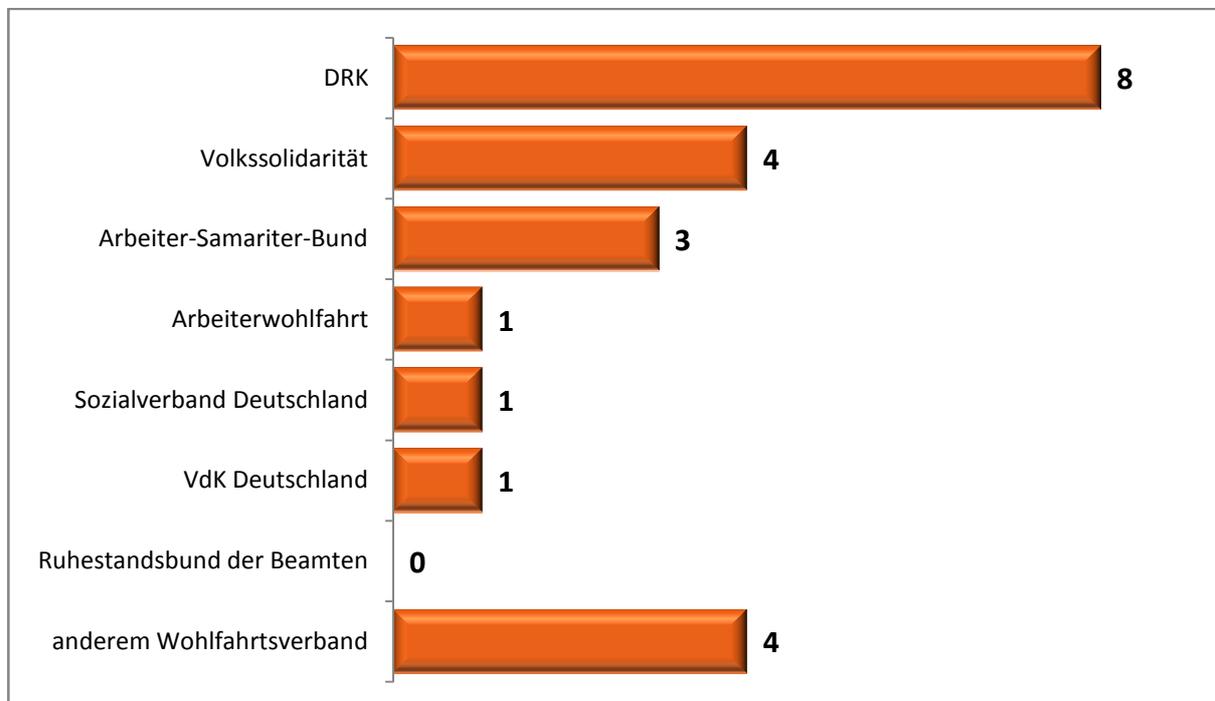
Tabelle 5.3 Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden, Vereinen und Sozialstruktur
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Parteien	4	3	4	2	3	6	4	-	4
Gewerkschaften	18	15	21	18	17	16	19	19	16
Wohlfahrtsorgani- sationen	17	22	11	14	16	21	16	18	15
Sportvereine	26	28	23	33	22	23	27	25	28
Kleingartenvereine	19	21	16	14	19	24	18	6	15
Religionsgemein- schaften	26	27	23	24	23	29	25	37	27
nirgends Mitglied	35	33	38	27	35	32	36	32	37

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Wohlfahrtsverbände im Einzelnen betrachtet, hat das DRK die meisten Mitglieder (8 %), die Volkssolidarität und andere nicht näher bezeichnete Wohlfahrtsverbände können jeweils 4 % der 50- bis 64-Jährigen zu ihren Mitgliedern zählen. Dem Arbeiter-Samariter-Bund gehören 3 % an und andere Verbände kommen auf jeweils 1 % Mitgliedschaft.

Abbildung 5.7 Mitgliedschaft in Wohlfahrtsverbänden - Altersgruppe 50 - 64 Jahre
- 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Religionszugehörigkeit der 50- bis 64-Jährigen unterscheidet sich kaum von der ostdeutschen Gesamtbevölkerung: 19 % sind evangelisch, 5 % katholisch und 2 % gehören einer anderen Religionsgemeinschaft an.

Das Interesse am bürgerschaftlichen Engagement hat sich gegenüber 2011 bei einigen Themen bzw. Aufgabenbereichen vergrößert. Das Potenzial von Bürgern, die ihre Mitarbeit in sozialen Diensten signalisieren, ist von 36 % auf 44 % im Jahr 2013 gestiegen. Ebenso stieg die Bereitschaft, bei Freizeitinitiativen mitzuwirken von 24 % auf 31 %, auch bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen ist ein Anstieg auf 25 % gegenüber 19 % in 2011 festzustellen. Für Fraueninteressen sich einzusetzen, stößt ebenfalls auf ein größeres Potenzial (plus 4 %), ebenso steigt die potenzielle Mitarbeit in religiösen Verbänden. Die Mitwirkungsbereitschaft in speziellen Vereinen/Vereinigen, die oft temporärer Natur sind wie Bürgerinitiativen und die zur Behebung eines Problems oder Sachverhaltes sich gründen, dann aber wieder auflösen, ist gleich geblieben.

Das bis 2011 annähernd gleiche Potenzial bürgerschaftlichen Engagements hat offenbar 2013 zugenommen. Gründe liegen im Lebensabschnitt der 50- bis 64-Jährigen mit einem beginnenden Ruhestand (das trifft auf ca. 40 % der 60- bis 64-Jährigen zu), in dem sich einige dem Ehrenamt oder bürgerschaftlichen Engagement zuwenden. Die Bereitschaft ist bei Vielen vorhanden, die interessierenden Aufgabenbereiche sind thematisch breit gefächert von sozialen Diensten bis Freizeitinteressen. Um diese Potenziale gezielt anzusprechen und zu mobilisieren, braucht es Organisationsstrukturen; die Freiwilligenagenturen, wie es sie in allen Bundesländern und Berliner Bezirken gibt, können hierbei als Vorbild dienen.

Tabelle 5.4 Wären Sie zur Mitarbeit in einer Organisation mit nachfolgenden Zielen bereit?
(nur Skalenwert „ja“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
soziale Dienste/ Aufgaben	44	50	38	42	47	43	44	58	40
politische Interessen- vertretung	9	5	13	10	7	9	8	4	12
Freizeitinteressen	31	33	28	32	29	31	30	32	36
Arbeitnehmer- interessen	25	21	30	28	29	19	27	27	25
Fraueninteressen	23	28	16	19	25	23	21	29	6
religiöse Ziele	8	8	8	7	3	13	7	11	6
spezielle Interessen (Bürgerinitiativen)	15	14	19	13	17	18	14	14	18

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

6. Erwartungen an zukünftige Entwicklungen

6.1 Allgemeine Erwartungen

Über den Gesamtzeitraum seit 1990 sind sinkende Hoffnungen und steigende Befürchtungen für die neuen Bundesländer charakteristisch. Nur ein geringer Teil der 50- bis 64-Jährigen verbindet die weitere Entwicklung vor allem mit Hoffnungen, in höherem Maße werden Befürchtungen geäußert.

Tabelle 6.1 Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...? - 2013 - in Prozent

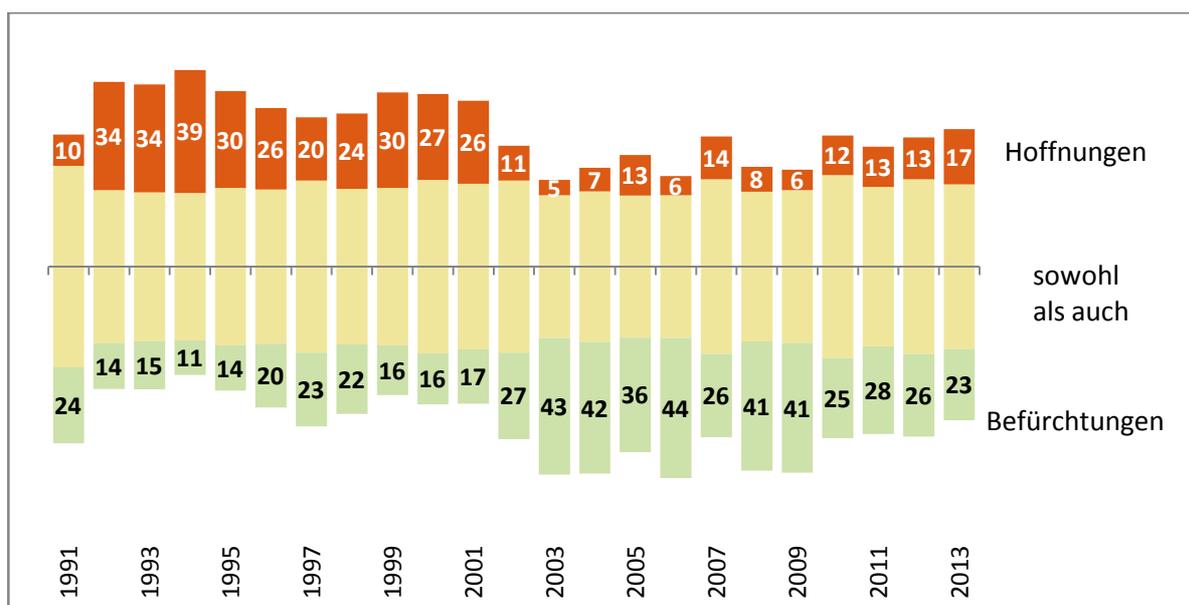
	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Hoffnungen	18	16	21	16	19	20	19	9	15
Hoffnungen und Befürchtungen	54	61	46	61	52	51	58	52	60
Befürchtungen	24	19	29	17	28	25	19	31	19

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die erreichten Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR und die sich abzeichnenden Schritte zur deutschen Vereinigung wurden 1990 noch mehr mit Hoffnungen auf eine bessere Zukunft verbunden und weniger mit Befürchtungen und Zukunftsängsten.

Seit dem befinden sich die Menschen in den neuen Bundesländern in einem Auf und Ab von rasch sinkenden und auch wieder steigenden Hoffnungen als auch Befürchtungen.

Abbildung 6.1 Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...? - Geburtsjahrgänge 1949 bis 1963 - 1991 bis 2013 - in Prozent*



* Differenz zu Hundert: ich weiß nicht/keine Angabe
Datenbasis: sfz/leben 1991-2013 (gew.)

Die Jahre von 1992 bis 2002 waren - mit Ausnahme des Jahres 1997 - bestimmt von der Dominanz der Hoffnungen gegenüber den Befürchtungen. Ab dem Jahr der Euroeinführung als alltägliches Zahlungsmittel, aber auch in Folge der Anschläge am 9. September 2001 überwiegen bei der Mehrheit der heute 50- bis 64-Jährigen durchgängig die Befürchtungen. Die Umsetzung der Agenda 2010, die Finanzkrise und die Eurorettungsversuche tragen bis in die Gegenwart zu wenig Hoffnungen und dauerhaften Befürchtungen bei.

Die Positionen der 50- bis 64-Jährigen unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben (vgl. auch Tabelle 2.1) und der - damit korrelierenden - Einkommen.

Tabelle 6.2 Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	individuelles Nettoeinkommen					prekäre Arbeits- verhältnisse	
		bis unter 500 Euro	500 - 999 Euro	1.000 - 1.499 Euro	1.500 - 1.999 Euro	2.000 Euro und mehr	schon erlebt	noch nie erlebt
Hoffnungen	18	7	17	19	17	28	10	24
Hoffnungen und Befürchtungen	54	62	42	55	71	58	55	53
Befürchtungen	24	31	36	22	9	13	28	21

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

- Von den noch im Erwerbsleben Stehenden äußert ein Fünftel (19 %) Befürchtungen.
- Ein Drittel der Arbeitslosen (31 %) gibt Befürchtungen an, weniger als ein Zehntel (9 %) geben eine optimistische Antwort.
- In dieser Altersgruppe bereits in der Rente befindliche Bürger gehen ebenfalls zu einem Drittel (34 %) von Befürchtungen aus, haben aber auch mit 23 % überdurchschnittlich hohe Hoffnungen.
- Befragte, die schon in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren oder sind, haben dreimal mehr Befürchtungen (28 %) als Hoffnungen (10 %).
- Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil derer zu, die hinsichtlich der nächsten Zeit eher Hoffnungen aufweisen.

Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. Die zunehmenden Befürchtungen - insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und immer wieder - insbesondere in den Jahren der Bundestagswahlen - verkündeten Aufschwung - verdeutlichen die Wirkung von realisierter und verkündeter Politik auf die ganz persönlichen Zukunftsaussichten.

6.2 Zukunftserwartungen

Auch hinsichtlich der Erwartungen wird kaum von Verbesserungen ausgegangen, die Zukunftsaussichten werden dominiert von „es bleibt in etwa so wie es ist“. Verschlechterungen werden durchgängig häufiger benannt als Verbesserungen. Ein nicht unbedeutender Teil ist sich über die Zukunftsaussichten unsicher.

Die Vorstellungen des Einzelnen über seine Entwicklung und die absehbaren Realisierungschancen bilden wesentliche Momente der allgemeinen Lebensbedingungen und der damit verbundenen Zufriedenheiten.

Tabelle 6.3 Können Sie sagen, wie sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern wird? - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
verbessern so sein wie heute	7	8	6	6	6	9	8	5	19
verschlechtern ich weiß nicht	42	42	43	45	39	44	46	27	39
	32	30	34	26	39	31	27	50	22
	19	19	18	24	17	16	18	18	19

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Unverkennbar ist, dass sich die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen in ihren Annahmen gegenüber Jüngeren deutlich unterscheidet. Während nur 7 von 100 der Befragten dieser Altersgruppe Verbesserungen für ihr Leben in den kommenden 5 Jahren erwarten, ist es immerhin ein Fünftel (19 %) der Gesamtheit der Befragten - wenngleich auch hier nur deutlich Wenige vom Zukunftsoptimismus bestimmt sind. Während unter allen Befragten ebenfalls ein Fünftel (22 %) von Verschlechterungen ausgeht, sind es fast ein Drittel der 50- bis 64-Jährigen, die mittelfristig eher pessimistisch in die Zukunft blicken (32 %).

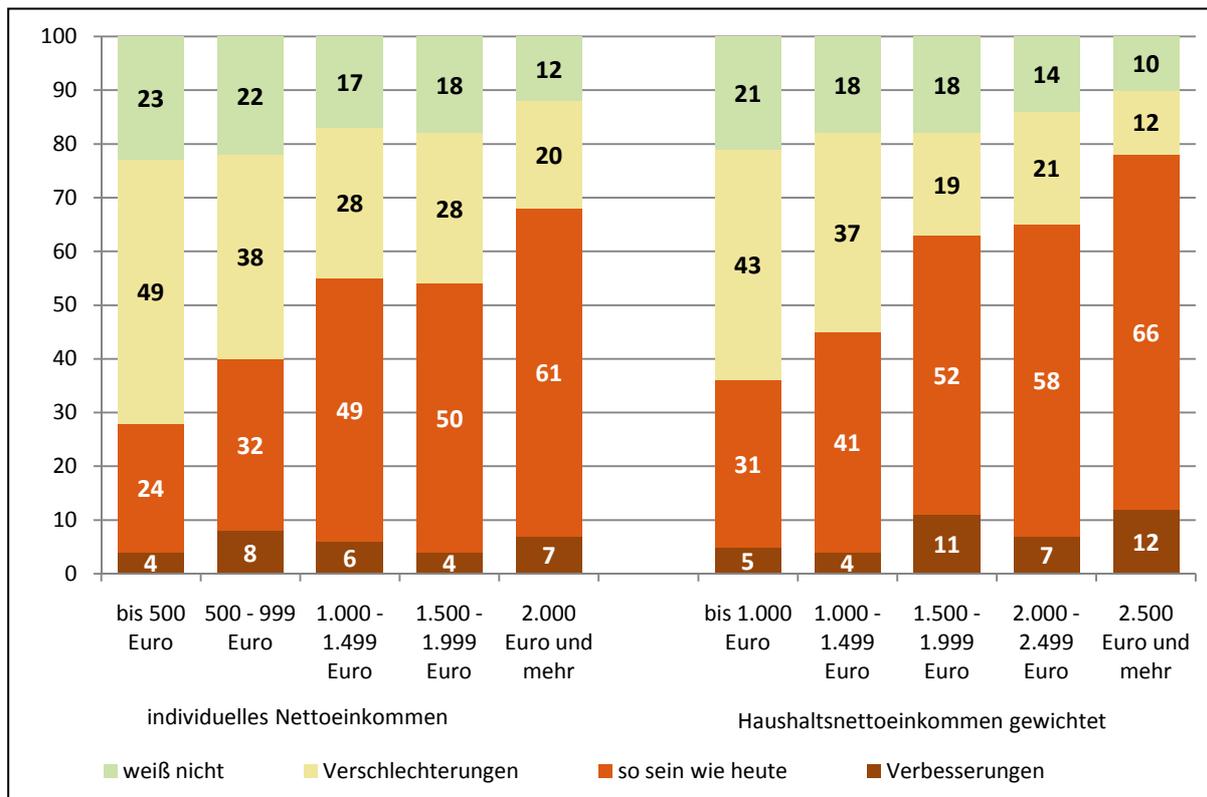
Sowohl bei allen Befragten als auch unter den 50- bis 64-Jährigen ist sich jeweils ein Fünftel nicht sicher.

Damit bestätigt sich die Annahme, dass Bürger dieser Altersgruppe in besonderem Maße durch die Arbeitsmarktentwicklungen betroffen sind bzw. waren, mit Wirkungen auch auf die Alterssicherung und Lebensverhältnisse im Alter.

Die nur gering ausgeprägten Antworten zu Verbesserungen ermöglichen keine weitere Differenzierung. Kennzeichnend für sozialstrukturelle Unterschiede sind eher die Auffassungen zu Verschlechterungen

- Die Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen sieht mit 39 % am häufigsten Verschlechterungen auf sich zukommen.
- Jede/r zweite Arbeitslose geht davon aus, dass sich sein Leben bis 2018 komplizierter gestaltet als gegenwärtig. Ähnlich stark (40 %) antworten diejenigen, die mit prekären Arbeitsverhältnissen konfrontiert wurden oder sind.
- Mit steigendem Einkommen nehmen die Erwartungen an Verschlechterungen ab, ohne jedoch von Verbesserungen dominiert zu werden.

Abbildung 6.2 Können Sie sagen, wie sich Ihr Leben ganz allgemein in den nächsten fünf Jahren verändern wird? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



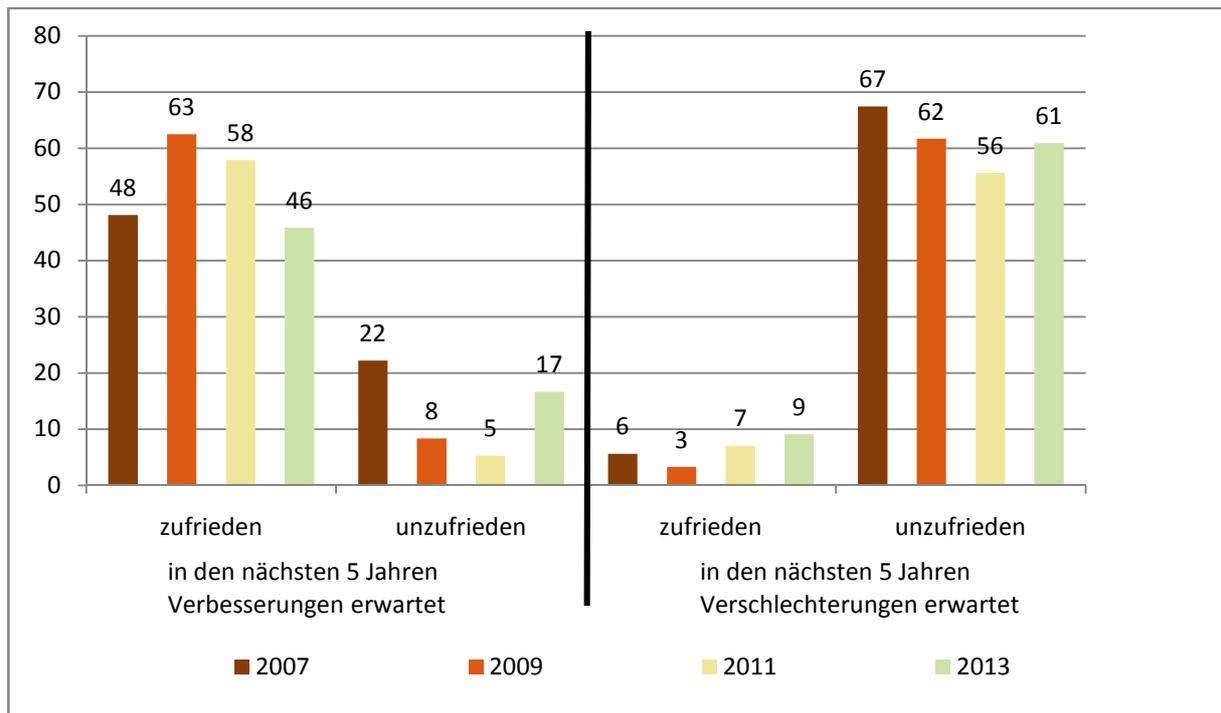
Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Erwartungen an die Zukunft korrespondieren naturgemäß auch bei den 50- bis 64-Jährigen mit der Bewertung der individuellen Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten, auch auf Grund der Abhängigkeit vom erreichten sozialen Status und damit verbundenen Lebenslagen.

Insgesamt sind in den neuen Bundesländern von den 50- bis 64-Jährigen 15 % mit ihren Zukunftsaussichten „zufrieden“, 41 % „teilweise zufrieden“ und 44 % „unzufrieden“. In den neuen Bundesländern gehen zwei Drittel (66 %) der mit ihren Zukunftsaussichten Unzufriedenen von weiteren Verschlechterungen in der Zukunft aus, eine solche Sicht vertreten nur 10 % derjenigen, die mit den eigenen Zukunftsaussichten zufrieden sind.

Diejenigen Wenigen, die mit den nächsten 5 Jahren Verbesserungen in ihrem Leben erwarten, sind auch deutlich zufriedener, jedoch im Zeitverlauf abnehmend, als die Befragten, die pessimistisch in die Zukunft schauen, hier dominiert sehr deutlich auch die Unzufriedenheit mit den Zukunftsaussichten.

Abbildung 6.3 Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten - nach Zukunftserwartungen
 - Jahrgang 1949 bis 1963 - in Prozent

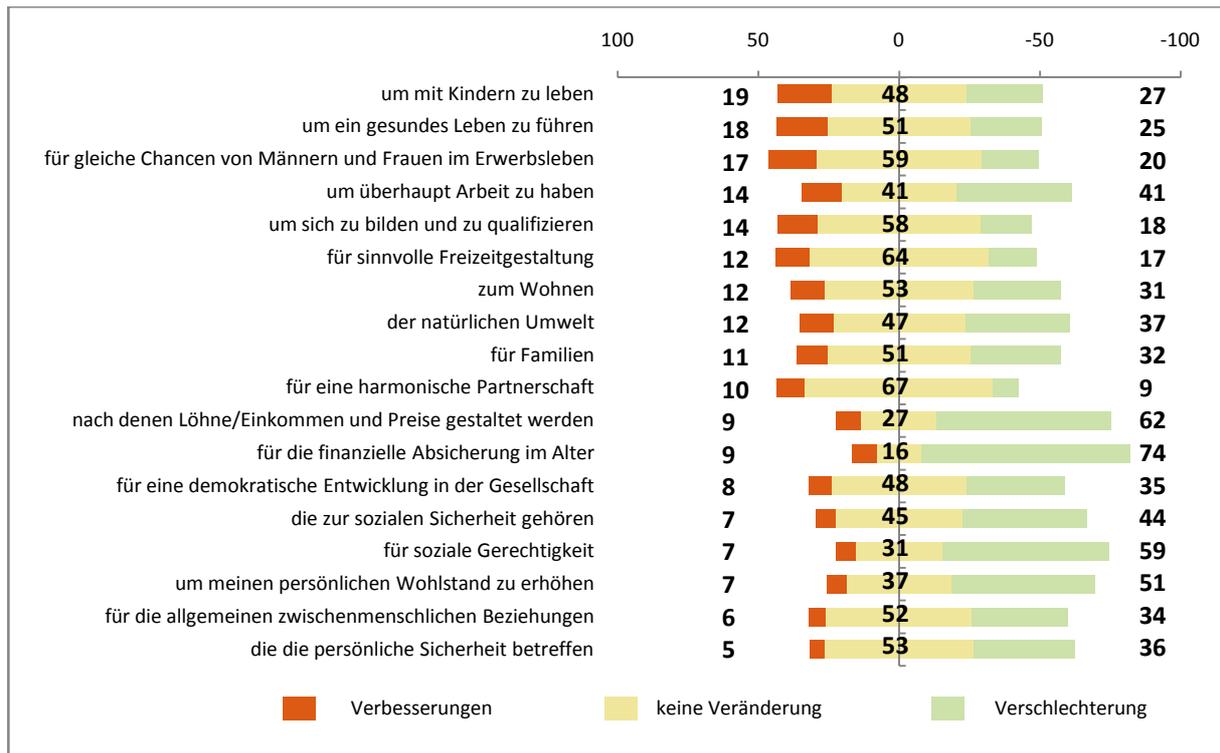


Datenbasis: sfz/leben 2007-2013 (gew.)

6.3 Erwartungen auf Verbesserungen und Verschlechterungen

Die für die individuelle Entwicklung erwarteten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen von Lebensbedingungen weisen eine hohe Differenzierung zwischen den einzelnen Lebensbereichen aus. Vor allem hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter werden deutliche Verschlechterungen erwartet.

Abbildung 6.4 Wie werden sich Ihrer Meinung nach folgende Bedingungen in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent*



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Erwartungen an die weitere Entwicklung zwischen einzelnen Lebensbereichen sind sehr differenziert - Erwartungen auf Verbesserungen werden vor allem bezogen auf ein Leben mit Kindern, an die Bedingungen für eine gesunde Lebensführung, für Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben, Teilhabe am Erwerbsleben und Bildungs- und Qualifizierungsbedingungen.

Aber auch hinsichtlich Freizeitgestaltung, Wohnen, Familie, Partnerschaft und den Umweltbedingungen sind noch Verbesserungen im zweistelligen Bereich ersichtlich.

Verschlechterungen werden überwiegend erwartet in den Bereichen Alterssicherung, Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Wohlstandsentwicklung, aber auch bezüglich sozialer Sicherheit und der Bedingungen dafür, überhaupt Arbeit zu haben.

Zwei Drittel sehen keine Veränderungen hinsichtlich der Bedingungen für eine harmonische Partnerschaft und die Freizeitgestaltung.

Mehr als die Hälfte der Befragten zwischen 50 und 64 Jahren erwarten ebenfalls keine erwähnenswerten Veränderungen in den Bereichen

- Chancengleichheit von Männern und Frauen im Erwerbsleben,
- Bildung,
- persönliche Sicherheit ,
- Wohnen,
- allgemeine zwischenmenschliche Beziehungen,
- Familie und
- gesunde Lebensführung.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die Rentnerinnen und Rentner dieser Altersgruppe bei allen Indikatoren zu denen zählen, die am optimistischsten auf die entsprechenden Bedingungen schauen, wobei auch zu berücksichtigen gilt, dass die positiven Erwartungen auch in dieser Gruppe deutlich niedrig liegen.

Bezüglich der Bedingungen für das Leben mit Kindern und der Möglichkeiten, gesund zu leben, sind Familien mit Kindern skeptischer, jeweils ein Drittel sehen eher Verschlechterungen auf sich zukommen. Rentner sind hinsichtlich der gesunden Lebensführung am optimistischsten (26 %). Mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen wird die weitere Ausgestaltung der Chancengleichheit im Erwerbsleben positiver betrachtet - von 14 % unter 1.000 Euro bis zu 25 % derer mit einem gewichteten Haushaltsnettoeinkommen von 2.500 Euro und mehr - bei Letzteren sind 85 % der Partner erwerbstätig.

Die Bedingungen dafür, um überhaupt Arbeit zu haben, werden von der Hälfte der Arbeitslosen als eher sich verschlechternd eingeschätzt, gleiches gilt für 55- bis 59-Jährige. Zwei Drittel (68 %) dieser Altersgruppe betrachtet das zukünftige Verhältnis von Löhnen und Preisen skeptisch, ebenso die Arbeitslosen (71 %).

Bei Bildung und Qualifizierung sind Frauen (18 %) zuversichtlicher als Männer (11 %). Ein Viertel der Arbeitslosen, aber auch der Hochschulabsolventen sehen hier eher Verschlechterungen auf sich zukommen.

Familien mit Kindern sehen die zukünftigen Bedingungen für ihre Familie im Abschwung (37 %).

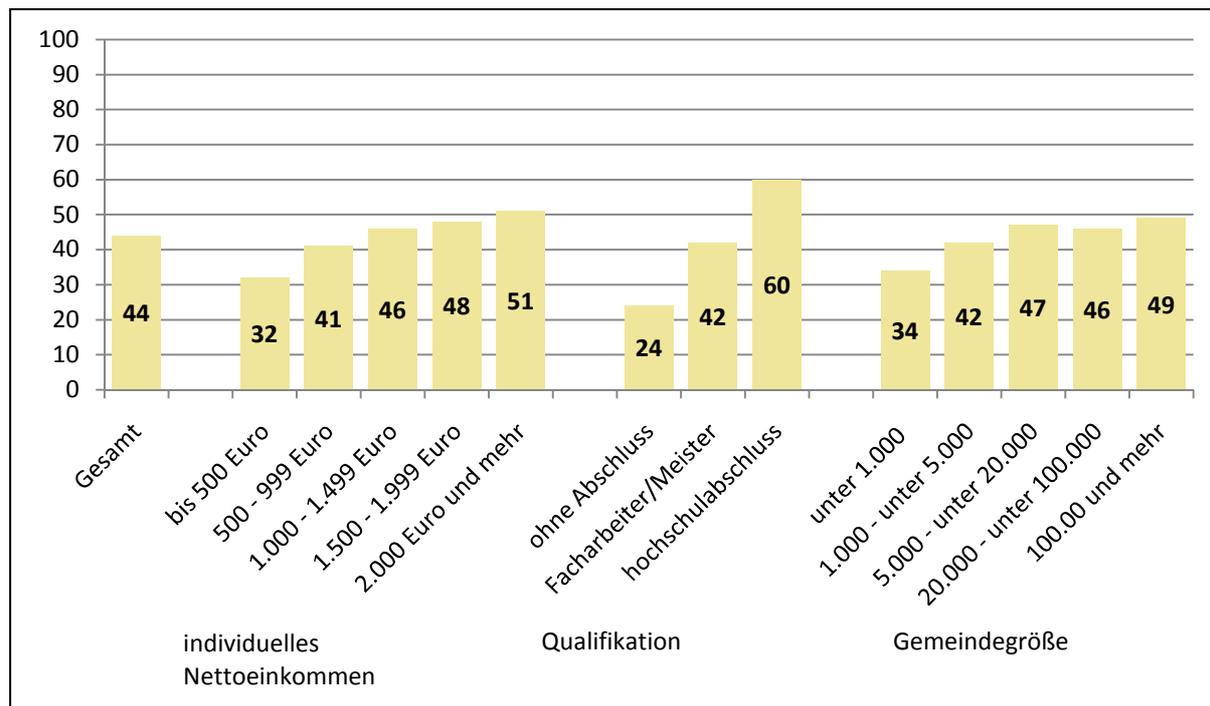
Hinsichtlich der Wohnbedingungen erwarten mehr als ein Drittel (37 %) der Arbeitslosen Verschlechterungen.

Verschlechterungen bei der Alterssicherung werden mit steigender Qualifikation (84 % der Hochschulabsolventen) und höherem Einkommen (83 % mit einem Nettoeinkommen von 2.000 Euro und mehr) häufiger angenommen. Hier spiegeln sich u. a. Ängste wider, dass die, basierend auf höheren Einkommen, hohen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung immer weniger adäquate Rentenzahlungen eruieren.

Dies kann auch mit Ursache dafür sein, dass mit steigender Qualifikation und Einkommen häufiger die Verschlechterung der Bedingungen für soziale Sicherheit angenommen wird.

Diese, auf den ersten Blick nicht so erwartete Ausprägung, könnte sich u. a. aus der Befürchtung ableiten, dass mit höherem Einkommen, welches eng an höhere Qualifikation gebunden ist, der soziale Absturz bei länger andauernden Einschränkungen, z. B. der Teilhabe am Erwerbsleben, um so „tiefer“ ausfällt.

Abbildung 6.5 Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Bedingungen, die zur sozialen Sicherheit gehören, in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? (nur Skalenwert „verschlechtern“) - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Hinsichtlich der Bedingungen für soziale Gerechtigkeit sind nur geringe soziale Differenzierungen ersichtlich. Familien mit Kindern erwarten mit 12 % überdurchschnittlich Verbesserungen.

Die positiven Erwartungen an Bedingungen, die eine Erhöhung des eigenen Wohlstandes befördern, sind gering. Vier Fünftel der Arbeitslosen erwarten eher Verschlechterungen, überdurchschnittlich werden Verschlechterungen auch erwartet in der Altersgruppe 55 bis 59 Jahre (57 %) und bei denjenigen, die mit prekären Arbeitsverhältnissen konfrontiert waren oder sind (57 %). Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nehmen die Befürchtungen auf Verschlechterung dieser Bedingungen ab, jedoch eher zugunsten der Aussage - es wird sich nichts ändern - als zu Hoffnungen auf Verbesserung.

Tabelle 6.4 Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Bedingungen, die zur sozialen Sicherheit gehören, in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? - Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Verschlechterungen	keine Veränderungen	Verbesserungen
Gesamt	51	37	7
bis 1.000 Euro	58	28	9
1.000 - 1.499 Euro	55	34	6
1.500 - 1.999 Euro	47	41	8
2.000 - 2.499 Euro	43	54	1
2.500 Euro und mehr	26	65	6

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Bedingungen, welche die persönliche Sicherheit betreffen, sehen vor allem Männer (45 %) deutlich kritischer als Frauen (28 %), aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Großstädte (47 %).

Inwieweit hier aktuelle Ereignisse, wie die Prügelattacken in Berlin, die ja eher Männer als Frauen betrafen, in die Bewertung einfließen, kann nur vermutet werden.

6.4 Ängste vor dem Altwerden

Es gibt eine relativ große Anzahl Bürger, welche Älterwerden mit Ängsten vor dem Alter in den verschiedensten Bereichen verbinden. Dabei wirken vor allem die zentralen Themen der öffentlichen Debatte (Pflege, Altersarmut), die bereits bei den Jüngeren Besorgnisse auslösen. Die Debatten um das Alter tragen nicht zu individuell empfundener künftiger Sicherheit bei.

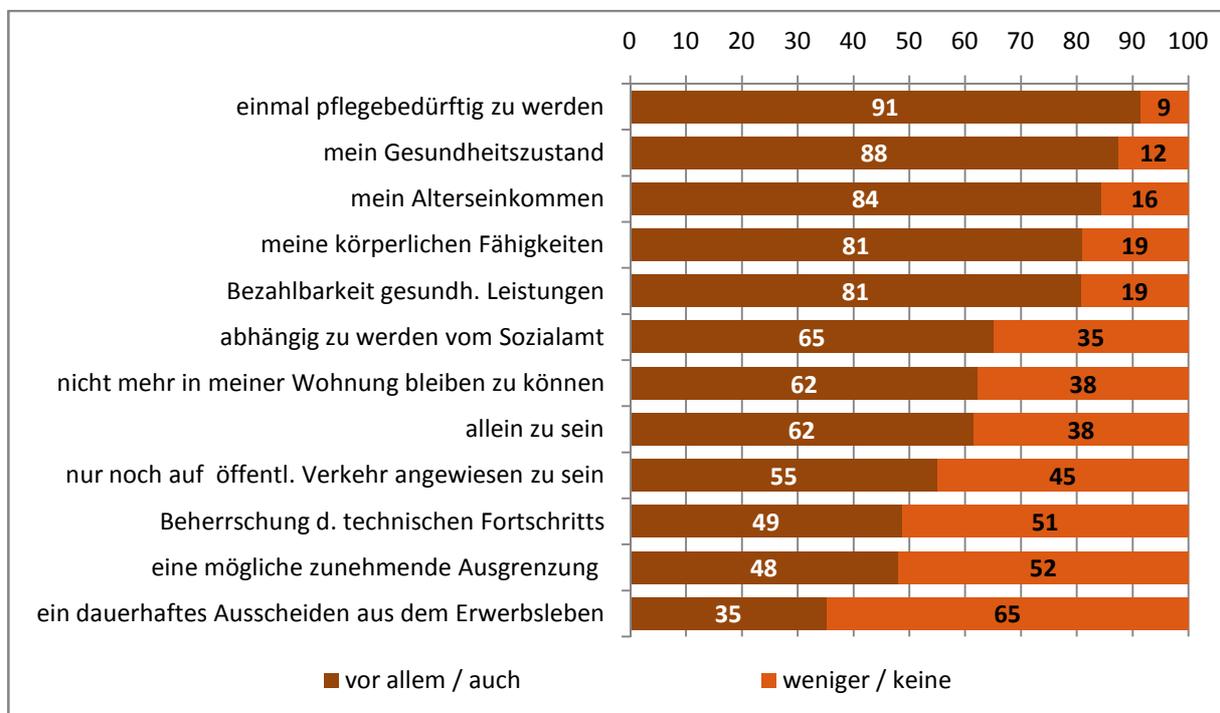
Ängste vorm Altern treten inzwischen in allen Altersgruppen auf. Nicht zuletzt wirken gerade die „öffentlichen Diskussionen“, mit ihren finanziellen Bedrohungen auch bei „Jüngeren“ und erzeugen Ängste vor dem Älterwerden. Es ist offensichtlich, dass Älterwerden mehrheitlich mit „Pflege“ verbunden wird bzw. zumindest als Hauptproblem des Alterns (91 %).

Als zweiter erkennbarer Komplex von Ängsten vor dem Altern werden finanzielle Ängste und Gesundheit benannt. Sowohl Annahmen auf ein nicht hinreichendes Alterseinkommen, auf den eigenen Gesundheitszustand und die körperlichen Fähigkeiten sowie die Angst, die Kosten für erforderliche Gesundheitsleistungen nicht mehr aufbringen zu können, werden noch von über 80 % der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre mit Sorge betrachtet.

Die Angst, abhängig vom Sozialamt zu werden (65 %), aber auch die Angst, nicht mehr in der bisherigen Wohnung wohnen bleiben zu können (62 %) und allein zu sein (62 %), benennen fast zwei Drittel der Befragten.

Keine oder wenig Ängste bereiten der Mehrheit der Altersgruppe das Beherrschen neuer technischer Entwicklungen (51 %), mögliche Ausgrenzungen (52 %) und insbesondere das dauerhafte Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (65 %).

Abbildung 6.6 Was bereitet Ihnen hinsichtlich des „Älterwerdens“ besondere Ängste?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die mit Abstand stärksten Ängste hinsichtlich des „Älterwerdens“ haben die gegenwärtig arbeitslosen Befragten, das betrifft ausnahmslos alle Indikatoren.

Bis auf die beiden Aussagen: Angst vor (abnehmenden) körperlichen Fähigkeiten und Angst, allein zu sein, haben die Frauen dieser Altersgruppe mehr Bedenken als Männer.

Tabelle 6.5 Was bereitet Ihnen hinsichtlich des Älterwerdens vor allem Ängste?
(nur Skalenwert „vor allem“) - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
einmal pflegebedürftig zu werden	63	70	55	60	68	60	60	77	60
mein Alterseinkommen	53	58	48	55	61	43	47	76	57
mein Gesundheitszustand	49	51	47	50	50	47	42	65	54
Bezahlbarkeit gesundheitlicher Leistungen	46	49	43	48	52	39	43	59	47
abhängig zu werden vom Sozialamt	38	44	31	42	41	32	32	50	40
meine körperlichen Fähigkeiten	36	36	36	35	40	34	31	47	45
nicht mehr in meiner Wohnung bleiben zu können	31	34	26	37	28	27	25	47	30
allein zu sein	23	22	23	20	27	21	20	39	27
nur noch auf öffentlichen Verkehr angewiesen zu sein	20	24	17	21	16	24	13	44	17
eine mögliche zunehmende Ausgrenzung	16	17	15	17	17	15	13	32	13
ein dauerhaftes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben	13	14	11	10	13	15	14	26	14
Beherrschung d. technischen Fortschritts	12	14	9	11	11	12	9	26	11

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

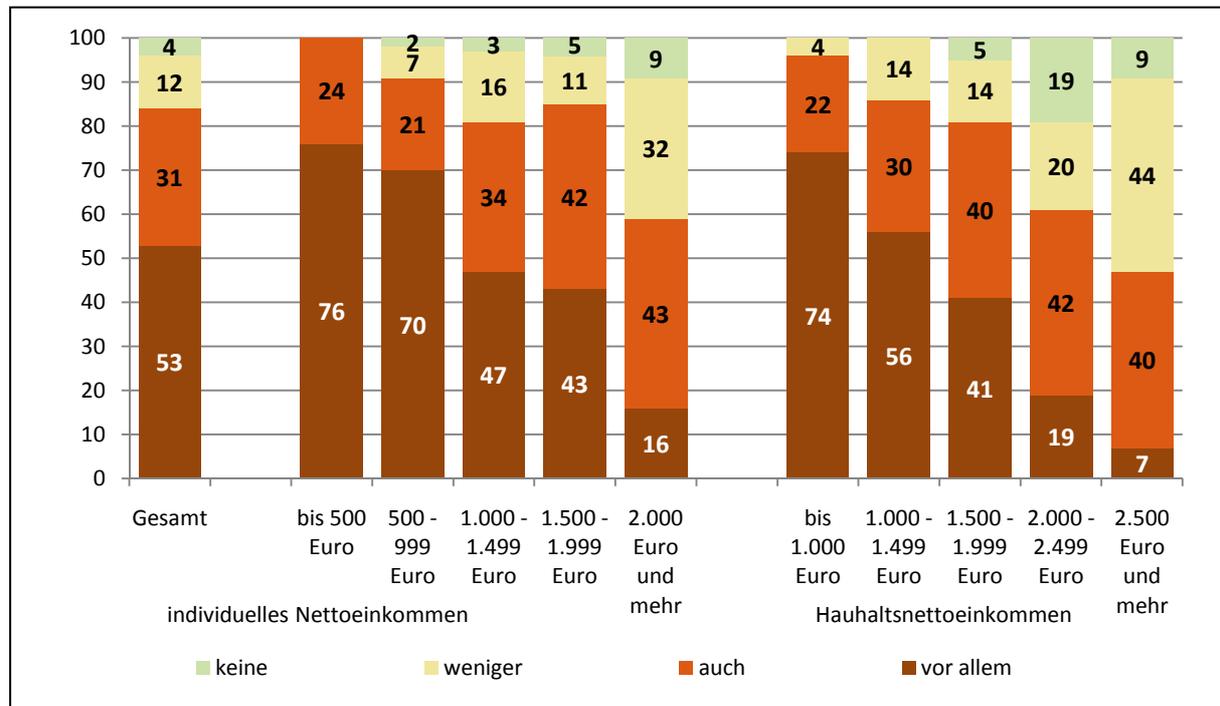
Werden die drei Altersgruppen 50 bis 54 Jahre, 55 bis 59 Jahre und 60 bis 64 Jahre betrachtet, zeigt sich, dass hinsichtlich der Bedenken, mal nicht mehr in der eigenen Wohnung leben zu können, die Altersgruppe der 50- bis 54-Jährigen die größten Ängste hat. Vier von zehn dieser Gruppe haben die Befürchtung, vom Sozialamt abhängig zu werden, gleiches trifft für die Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen zu. Letztere sind die, die hinsichtlich der drei Altersgruppen am häufigsten die Ängste bestimmen, das betrifft insbesondere die Indikatoren

- einmal pflegebedürftig zu werden,
- mein Alterseinkommen,
- mein Gesundheitszustand,
- Bezahlbarkeit gesundheitlich notwendiger Leistungen,
- meine körperlichen Fähigkeiten,
- allein zu sein.

Die 60- bis 64-Jährigen nennen überdurchschnittlich die Ängste vor dem Angewiesensein auf den öffentlichen Verkehr.

Die Ängste bezüglich eines nicht ausreichenden Alterseinkommens sind deutlich abhängig vom gegenwärtigen Einkommen.

Abbildung 6.7 Ängste vor dem Alterseinkommen - nach Einkommensgruppen
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

6.5 Der Wechsel in den Ruhestand

Die große Mehrheit der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen möchte - aus verschiedenen Gründen - bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze in Vollzeitbeschäftigung sein bzw. bleiben, fast ebenso häufig wird die Option benannt, solange zu arbeiten, wie man will oder kann.

Eine vorzeitige Beendigung des Erwerbslebens erwägt die Mehrheit nur dann, wenn keine Abschläge die Rentenzahlung belasten. In den jeweils höchsten Einkommensgruppen übersteigt die Bereitschaft des vorzeitigen Wechsels in den Ruhestand auch mit Einschränkungen die Zahl derer, die nur ohne Abschläge früher wechseln würden.

Mit mehr als drei Viertel (79 %) strebt die große Mehrheit der erwerbstätigen und arbeitslosen Befragten im Alter von 50 bis 64 Jahren an, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ganztätig in seinem gegenwärtigen Beruf zu arbeiten. Alternativ wird fast ebenso häufig (70 %) die Option genannt, solange zu arbeiten wie selbst gewollt, es sei denn es gibt gesundheitliche Einschränkungen. Die Hälfte der befragten Erwerbstätigen und Arbeitslosen der Betrachtungsgruppe kann sich auch eine Verkürzung der Arbeitszeit in den letzten Jahren vor der Rente (54 %) vorstellen bzw. ein Angebot zur Altersteilzeit (53 %) zu nutzen. Eine leichtere, bequemere Arbeit zu suchen, bildet ebenfalls für die Hälfte (46 %) eine denkbare Möglichkeit.

Nur ein Viertel strebt das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an.

Tabelle 6.6 Welchen Wechsel in den Ruhestand streben Sie an? - **erwerbstätige oder arbeitslose** Befragte der **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent (Mehrfachantworten möglich)

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Män- ner	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	apM/ ar- beits- los	Ge- samt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
in meinem Beruf ganztätig arbeiten bis zur Rente	79	73	85	76	80	80	82	59	76
solange arbeiten wie ich will und gesundheitlich kann	70	75	63	70	63	79	69	72	76
die letzten 2-3 Jahre verkürzt arbeiten bis zur Rente	54	57	50	55	53	51	55	44	54
ein Altersteilzeitangebot nutzen	53	54	53	53	48	62	55	48	52
mir mit 55 Jahren eine leichtere/bequemere Arbeit suchen	46	49	43	38	48	53	45	52	48
mich vor der Rente in das Hausfrauen-/mandasein zurückziehen	28	30	26	25	28	33	26	39	21
vor Erreichen des Rentenalters aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden und die Enkel betreuen	27	25	30	23	19	44	27	30	25

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Überdurchschnittlich häufig nennen Männer (85 %) und Selbständige (84 %) das Arbeiten bis zur Rente als Ziel. Solange arbeiten wie selbst gewollt und gesundheitlich möglich, sehen mehr Frauen (75 %) als Männer (63 %) als erstrebenswert an. Während „nur“ 63 % der Befragten aus der Altersgruppe 55 bis 59 Jahre diese Möglichkeit in Erwägung ziehen, sind es vier von fünf (79 %) der unter 60- bis 64-Jährigen.

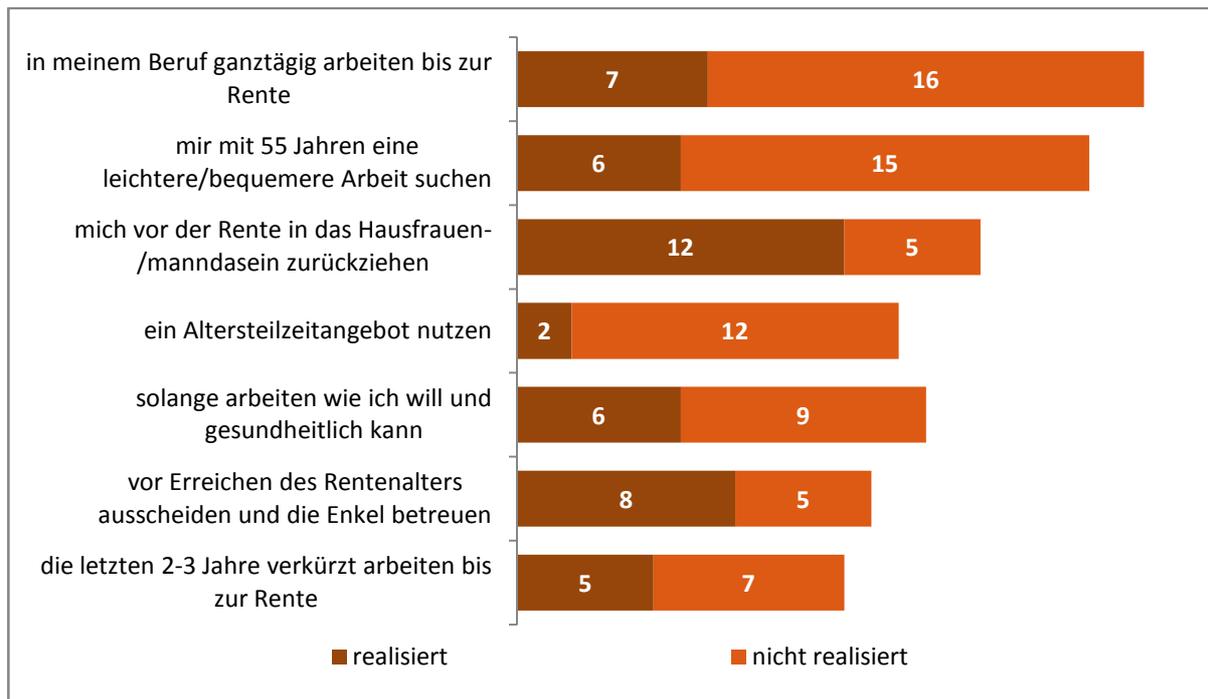
Auf eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit in den letzten Jahren vor der Rente orientieren mehr Frauen als Männer (57 % zu 50 %), insbesondere aber jede/r dritte Angestellte (63 %). Gleiches gilt für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit - auch hier sehen 6 von 10 der Angestellten für sich eine mögliche Übergangsform. Mit höherem Alter wird diese Möglichkeit mehr in Erwägung gezogen. Ist es unter den 55- bis 59-Jährigen noch jeder Zweite (48 %), der so denkt, nennen fast zwei Drittel der 60- bis 64-Jährigen (62 %) diese Möglichkeit.

Das Interesse an einer leichteren Arbeit nimmt ebenfalls mit dem Alter deutlich zu - von einem Drittel (38 %) der 50- bis 54-Jährigen auf die Hälfte (53 %) bei den 60- bis 64-Jährigen.

Die - wenigen - aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen, die schon im Ruhestand sind, strebten ebenso überwiegend an, bis zum Erreichen des Renteneintritts zu arbeiten, jedoch konnte nur ein Viertel diese Zielstellung auch umsetzen.

Die höchsten Realisierungsquoten betreffen den Rentenübergang im Sinne des sich Zurückziehens vom Arbeitsmarkt, dessen Realisierung sehr individuell bestimmbar ist. Warum die Vorstellungen zur Nutzung eines Angebotes der Altersteilzeit so wenig umgesetzt werden konnten, ist aus den Daten nicht erklärbar, es wird angenommen, dass etlichen der Befragten erst spät klar wurde, dass damit auch z. T. erhebliche finanzielle Einbußen verbunden sind.

Abbildung 6.8 Welchen Wechsel in den Ruhestand streben Sie an? - **Befragte im Ruhestand der Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Von den noch erwerbstätigen bzw. arbeitslosen Befragten in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen will jede/r Zweite nicht vorzeitig in den Ruhestand gehen. Ein Fünftel kann sich den Wechsel in den Ruhestand auch mit dauerhaften Abschlügen vorstellen, ein Viertel erwägt eine vorzeitige Beendigung des Erwerbslebens nur dann, wenn keine Abschlüge die Rentenzahlung belasten.

Tabelle 6.7 Beabsichtigen sie nach heutiger Erkenntnis, vorzeitig in Rente zu gehen? - **erwerbstätige oder arbeitslose** Befragte der **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

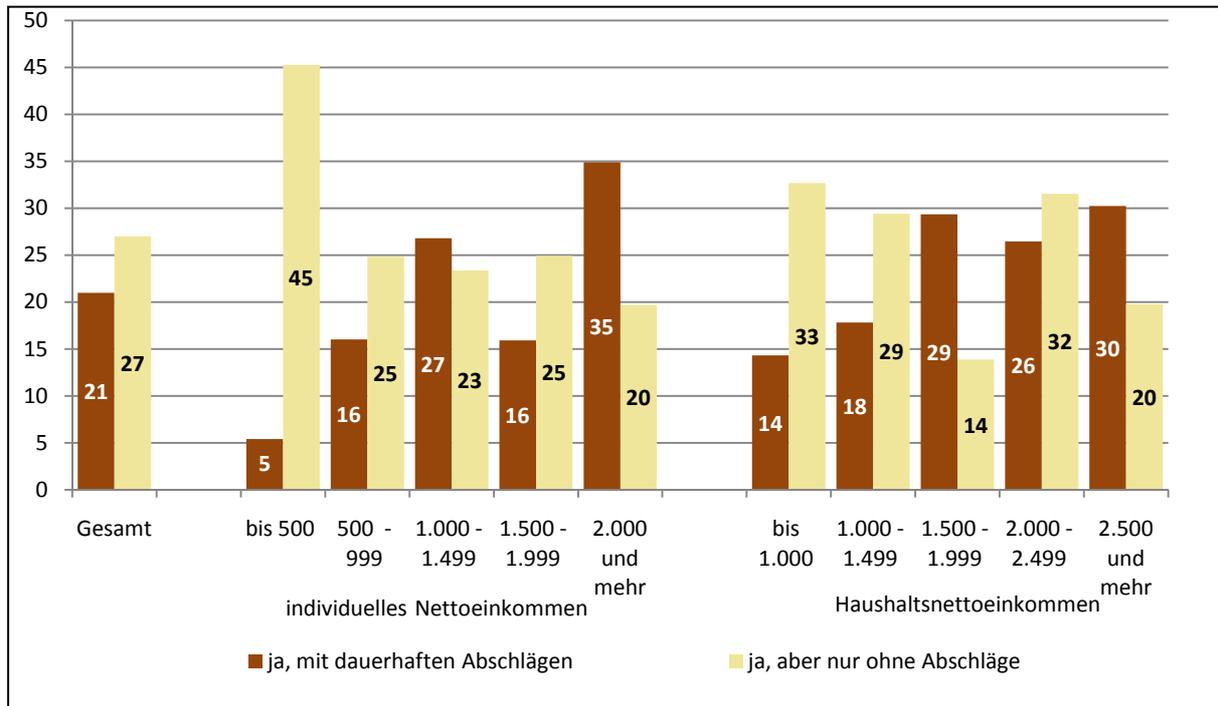
	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbstätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
nein	49	44	55	54	41	55	49	49	54
ja, mit dauerhaften Abschlügen	21	22	21	21	18	27	22	21	17
ja, aber nur ohne Abschlüge	27	32	22	21	39	18	27	29	25

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Befragten der mittleren Altersgruppe 55 bis 59 Jahre wollen am häufigsten in den vorzeitigen Ruhestand überwechseln, aber dabei häufiger als alle anderen nicht mit Abschlügen.

Die Bereitschaft eines vorzeitigen Wechsels in den Ruhestand auch mit Abschlügen nimmt mit der Höhe des Einkommens zu.

Abbildung 6.9 Beabsichtigen Sie nach heutiger Erkenntnis, vorzeitig in Rente zu gehen?
 - **erwerbstätige oder arbeitslose** Befragte der **Altersgruppe 50 - 64 Jahre**
 - nach Einkommensgruppen - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

In den jeweils höchsten Einkommensgruppen übersteigt die Bereitschaft des vorzeitigen Wechsels in den Ruhestand auch mit Einschränkungen die Zahl derer, die nur ohne Abschlügen früher wechseln würden.

6.6 Vorstellungen zum Lebensabend

Vorstellungen irgendeiner Art zum Lebensabend hat jeder Zweite der 50- bis 64-Jährigen, jeder Fünfte hat relativ genaue Vorstellungen, bei einem Drittel sind sie bisher nicht ausgereift und 12 % besitzen noch kein Bild von ihrem Lebensabend. Frauen antizipieren ihren Lebensabend häufiger genauer als Männer, auch Ältere (60 bis 64 Jahre) haben ein genaueres Bild vom Lebensabend als Jüngere.

Tabelle 6.8 Vorstellungen vom Lebensabend - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbstätig	arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
ja, relativ genau	21	23	18	17	21	24	22	19	17
nein	12	8	16	14	12	10	6	25	17

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Die Übergänge in den Ruhestand gestalten sich flexibel, ein nicht geringer Prozentsatz der Menschen geht vor der gesetzlichen Regelaltersgrenze in Rente; somit dürfte nicht uninteressant sein, die Vor-

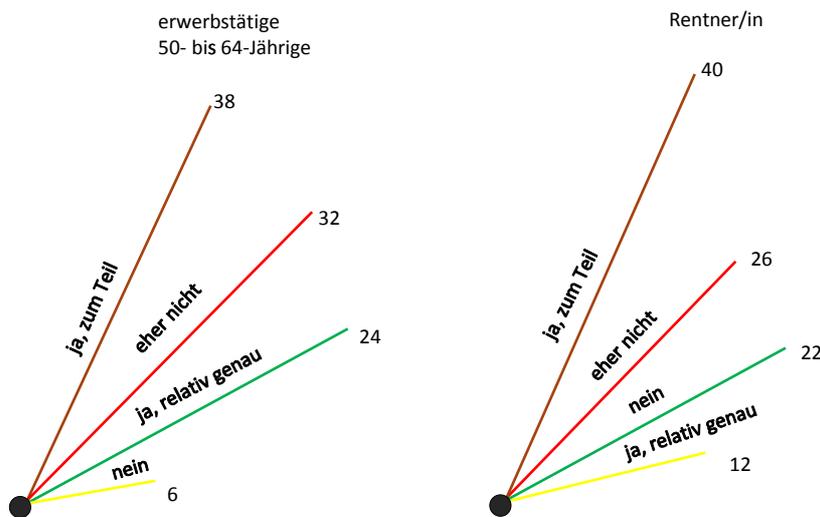
stellungen zum Lebensabend für die Erwerbstätigen und Rentner in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre näher zu betrachten.

Zwei Drittel der hier befragten 50- bis 64-Jährigen gehen einer Erwerbsarbeit nach (darunter ist ein Drittel in Teilzeit beschäftigt) und 20 % sind bereits im Ruhestand. Die Vorstellungen der Erwerbstätigen zum Lebensabend unterscheiden sich nicht so sehr von denen der Rentner auf der vagen und unbestimmten Aussagenebene (ja, aber eher nur zum Teil, eher nicht).

Deutlicher wird der Unterschied bei den klaren Positionen: Relativ genaue Vorstellungen zum Lebensabend äußern 24 % der Erwerbstätigen, unter den Rentnern halbiert sich diese Zahl auf 12 %. Umgekehrt hatten 22 % der Rentner keine Vorstellungen vom Lebensabend, unter den Erwerbstätigen sind es 6 %.

Offensichtlich gibt es zwei Befunde: Erstens scheint zu gelten, dass mit dem (rein) altersbedingten Zugehen auf den Lebensabend das Bild vom Ruhestand genauer wird. Zweitens haben (retrospektiv gesehen) die Rentner im Alter von 50 bis 64 Jahren seltener eine klare Vorstellung vom Lebensabend als Erwerbstätige in diesem Alter. Gründe können sein, dass sich für 50- bis 64-jährige Rentner der Übergang in den Ruhestand relativ schnell vollzog (welcher Übergang auf der persönlichen Ebene stattgefunden hat, z. B. Altersteilzeit, kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht erklärt werden), oder Erwerbstätige können ihren Lebensabend umfassender antizipieren und sich mit mehr (Lebens-) Zeit darauf vorbereiten.

Abbildung 6.10 Haben oder hatten Sie Vorstellungen zum Lebensabend? - **Erwerbstätige und Rentner im Alter von 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

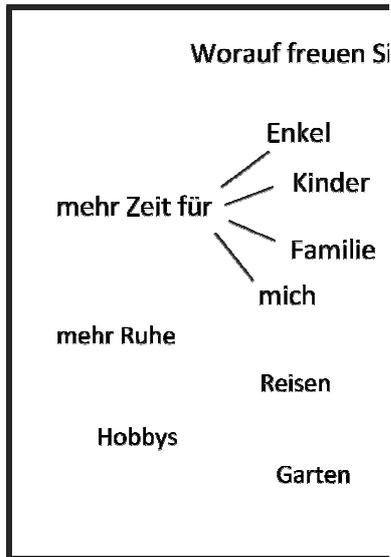


Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Wenn in den nächsten ein bis fünf Jahren der Ruhestand beginnt, worauf freuen sich die 50- bis 64-Jährigen? Zu dieser offenen Frage teilten 230 befragte Personen ihre Visionen und Erwartungen mit.

„Mehr Zeit zu haben“ steht an vorderster Stelle, viele möchten die gewonnene Zeit mit Enkeln und der Familie verbringen, auch mehr Zeit für sich selbst zu haben, ist eine der Vorfreuden. Inhaltlich auch das Zeitvolumen betreffend, aber spiegelbildlich ist die Aussicht auf „weniger oder kein Stress“. Mit dem Stichwort „Rente“ ist offensichtlich gemeint, über eine bestimmte Geldmenge verlässlich jeden Monat zu verfügen, auch „vom Amt nicht mehr abhängig zu sein“ zielt auf finanzielle Unabhängigkeit. Reisen, Hobbys nachgehen, Garten, Sport und ein Ehrenamt ausüben setzen die Aufzählung der Vorfreuden auf den Ruhestand fort.

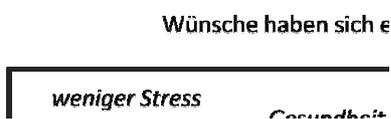
Abbildung 6.11 Vorfreude au
- 2013 - in Proc



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mit Erreichen des Rentenalters k dem Renteneintritt vorherrschende erfüllt haben, zeigt sich, dass d Ruhe und weniger Stress sich er nen, auch finanzielle Absicherung Vorstellungen, die sich nicht er mangelnde soziale Sicherheit, R terschiedlicher Ferien in den Bu pflichtungen (Pflege von Angeh weil die soziale Sicherheit im Al Rentenhöhe). Das ist häufig keir die sozialen Sicherungssysteme tung der Mini-Jobs etc.) angepas

Abbildung 6.12 Welche Vorst
- Altersgrupp



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

6.7 Soziale Sicherung, Altersvorsorge

Zufrieden mit der gebotenen sozialen Sicherheit ist knapp ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen, die Mehrheit jedoch nur mit Einschränkungen, und ein Drittel ist unzufrieden. Wer sich in höherem Maße durch die gesetzlichen Sozialsysteme abgesichert fühlt, ist auch zufrieden mit der allgemeinen sozialen Sicherheit ist. Die zukünftige Entwicklung der sozialen Sicherheit verbinden nur wenige mit Verbesserungen, fast die Hälfte erwartet entweder keine Veränderungen oder Verschlechterungen.

In der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre verweisen Neun von Zehn auf zusätzliche Formen der finanziellen Alterssicherung in Form einer Riesterrente bzw. der privaten Absicherung, wobei Letztere mehr als doppelt so oft genannt wird wie die Riesterrente. Die Sparquote liegt bei zwei Dritteln im Bereich bis zu 100 Euro monatlich.

Das Vertrauen in die regelmäßigen Informationspapiere der Rentenversicherer über die Höhe der möglichen künftigen Regelaltersrente ist äußerst gering. Die große Mehrheit der Befragten der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre, erwartet, dass sie weniger Rente erhalten als in den Infobriefen berechnet.

6.7.1 Soziale Sicherung

Die sozialen Sicherungssysteme tragen dazu bei, „ein menschenwürdiges Dasein zu sichern (und gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen, ...“.²² Das System der sozialen Sicherung in Deutschland fußt auf mehreren Säulen und ist in 12 Sozialgesetzbüchern (SGB) dargelegt.

Die Erhebungsreihe „Leben“ des SFZ hat mit vielen detaillierten Fragestellungen in den letzten Jahren die Meinungen der Bürger in Ost- und zeitweilig auch in Westdeutschland zur sozialen Sicherung erhoben. In der Haltung zu den Grundwerten der Gesellschaft setzen 58 % der 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen die soziale Sicherheit an erster Stelle; Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität nehmen die nachfolgenden Plätze ein. Die herausgehobene Stellung der sozialen Sicherheit für die 50- bis 64-Jährigen ist seit mehreren Jahren belegt.²³

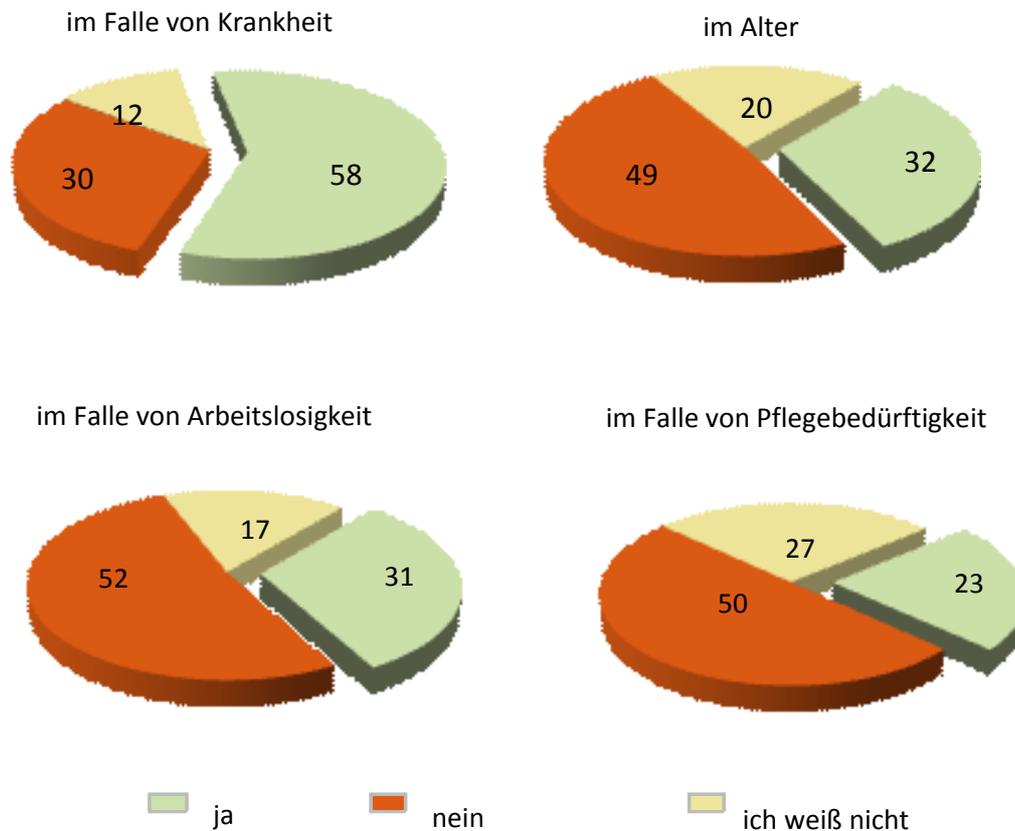
Zufrieden mit der gebotenen sozialen Sicherheit ist knapp ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen, 42 % machen Einschränkungen geltend und ein Drittel ist unzufrieden. Mit Blick auf die wichtigsten Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung fühlen sich 58 % im Falle von Krankheit abgesichert, für das Alter und bei Arbeitslosigkeit trifft jeweils ein Drittel diese Aussage, und bei Pflegebedürftigkeit fühlen sich 23 % sozial abgesichert.

Wer sich in höherem Maße durch die gesetzlichen Sozialsysteme abgesichert fühlt, ist auch zufrieden mit der allgemeinen sozialen Sicherheit. Die zukünftige Entwicklung der sozialen Sicherheit verbinden 7 % mit Verbesserungen, 45 % erwarten keine Veränderungen, 44 % jedoch gehen von Verschlechterungen aus (4 % wissen es nicht).

²² Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) § 1.

²³ Vgl. Sozialreport 50+ 2011, S. 78 ff.

Abbildung 6.13 Fühlen Sie sich eigentlich sozial abgesichert?
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Tabelle 6.9 Fühlen Sie sich eigentlich sozial abgesichert? (nur Antwort „ja“)
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Krankheit	58	57	59	57	51	66	56	52	62
Pflegebedürftigkeit	23	22	23	19	24	26	23	11	22
Arbeitslosigkeit	31	31	32	25	33	38	33	25	33
im Alter	31	28	35	27	30	36	36	7	25

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Beide Geschlechter fühlen sich gleichermaßen im Falle von Krankheit, Pflegedürftigkeit und Arbeitslosigkeit abgesichert. Das Leben im Alter sehen Frauen weniger sozial abgesichert als Männer. Besonders gravierend ist die unterschiedliche Einschätzung zur Alterssicherung zwischen erwerbstätigen und arbeitslosen 50- bis 64-Jährigen; hier spielt sicherlich die Abhängigkeit der erwarteten Rentenhöhe vom individuellen Erwerbsverlauf eine Rolle, da der Rentenbetrag sich aus Einzahlungen aus dem Erwerbseinkommen errechnen bzw. erahnen lässt.

Im Themenkomplex soziale Absicherung wurde auch nach den Auffassungen der Befragten zur Erhöhung der Hartz IV-Sätze um 8 Euro zu Beginn des Jahres 2013 gefragt. Ein Fünftel hält die aktuell gezahlte Höhe der Grundsicherungsleistungen für ausreichend, 55 % für unzureichend und ein weiteres

Fünftel traut sich kein Urteil zu („ich weiß nicht“). Mit der allgemeinen sozialen Sicherheit zufriedene Personen schätzen die Geldleistung häufiger als „ausreichend“ ein als die Unzufriedenen (25 % gegenüber 19 %). Erstgenannte zeigen sich jedoch deutlich unsicherer in ihrer Bewertung (30 % weiß nicht gegenüber 20 % unter den Unzufriedenen).

6.7.2 Altersvorsorge

Die Vorsorge für das Alter kann verschiedene Formen annehmen, im Untersuchungskonzept des SFZ stand die monetäre Vorsorge im Vordergrund. Ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen verfügt über eine Betriebsrente und 61 % treffen private Vorsorge, indem bspw. eine Riesterrente oder Lebensversicherung abgeschlossen oder andere Sparformen genutzt werden. 17 % aller Befragten verfügen über beides, sowohl Betriebsrente als auch private Altersvorsorge. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2011 beziffert die Zahl der ab 18-jährigen Ostdeutschen, die eine betriebliche Altersvorsorge abgeschlossen haben, auf 25,1 %.²⁴

In der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre fallen die Anteile beider Sparformen etwas höher aus als in den anderen Altersgruppen. Gravierend auch hier wieder der Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen: Besitzen 34 % der Erwerbstätigen eine Betriebsrente, so schmilzt dieser Anteil bei den Arbeitslosen auf 5 %, private Vorsorge für das Alter treffen zwei Drittel der Erwerbstätigen, aber nur ein Drittel der Arbeitslosen.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung liegt der Abschluss von Betriebsrenten bei den 50- bis 64-Jährigen um 5 % niedriger, privates Vorsorgesparen ist mit einem Plus von 6 % mehr verbreitet. Beides dürfte aus der Lebenslaufperspektive betrachtet vom Erwerbsverlauf (geringere Möglichkeiten zum Abschluss von Betriebsrenten), erreichten beruflichen Status und altersbedingter Familienphase (z. B. Kinder nicht mehr zu versorgen sind) abhängen.

Tabelle 6.10 Formen des Altersvorsorgesparens - **Altersgruppe 50 - 64 Jahre** - 2013 - in Prozent

	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	er- werbs- tätig	arbeits- los	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
Betriebsrente	25	26	23	28	24	22	34	5	30
priv. Vorsorge	61	60	62	67	61	56	69	33	55

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Unter den Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 1.000 Euro betreiben 43 % private Altersvorsorge, bei einem Haushaltsinkommen ab 2.000 Euro wächst der Anteil privater Vorsorge auf 75 %. Über eine Betriebsrente verfügen mehr Angestellte als Arbeiter (37 % gegenüber 24 %), die Äquivalenzeinkommen der Haushalte lassen keine Zusammenhänge erkennen.

Die monatliche Sparquote der privaten Altersvorsorge beträgt größtenteils bis zu 50 Euro (41 %), ca. ein Viertel spart zwischen 50 und 100 Euro und jeweils 17 % legen 100 bis 150 oder mehr Euro für das Alter zurück. Auch hier zeigt sich, dass Haushalte mit hohem Einkommen auch größere Summen für das Alter ansparen können (30 % sparen über 150 Euro im Monat). Männer und Personen im Alter von 50 bis 59 Jahren legen deutlich höhere Summen an, gleiches trifft auf Hochschulabsolventen, Beamte und Selbständige zu (jeweils ca. 30 %).

²⁴ Siehe: „Altersvorsorge in Deutschland“ - Aktuelle Situation und Herausforderungen - Ein Ost-West Vergleich
Autoren: Christian Bahlmann, Jens Kleine, Matthias Krautbauer, RESEARCH CENTER FOR FINANCIAL SERVICES STEINBEIS-HOCHSCHULE BERLIN, München, im April 2011.

Abbildung 6.14 Private Altersvorsorge und Höhe des Monatsbeitrages
- Altersgruppe 50 - 64 Jahre - 2013 - in Prozent

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

6.7.3 Zwischen Information und Irritation

Seit einigen Jahren werden an die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Informationen der Rentenversicherer verschickt, die über die Höhe der möglichen künftigen Regelaltersrente informieren sollen. Das Vertrauen in diese Informationspapiere ist äußerst gering.

Tabelle 6.11 Viele von Ihnen, die noch nicht Rentner sind, erhalten regelmäßig Post von Ihrem Rentenversicherer, indem Sie über die Höhe ihrer künftigen Regelaltersrente informiert werden. Was meinen Sie?

Für zwei Drittel der Befragten (68 %) sind diese Briefe eher Ärgernis, denn zielführende Information. Das betrifft fast alle sozialen Gruppen gleichermaßen. Dabei ist der Abstand bis zum Erreichen der Altersrente für die beiden ersten der drei hier zu betrachtenden Altersgruppen eher unerheblich. Erst die kurz vor Eintritt ins Rentenalter Stehenden der Altersgruppe 60 bis 64 Jahre freuen sich überdurchschnittlich häufig mit 35 % über diese Briefe als Orientierung für die Zeit nach dem dauerhaften Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Mit drei Vierteln (82 %) erwartet die große Mehrheit der Befragten der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre, dass sie weniger Rente erhalten als in den Infobriefen berechnet. Auch hier sind die Menschen der Altersgruppe 60 bis 64 Jahre am optimistischsten, von ihnen erwartet immerhin jede/r Dritte (31 %) eine höhere Rente als in dem Informationsbrief ausgewiesen.

Jede/r Zehnte (10 %) ist sich unsicher und verweigert bei dieser Frage eine klare Festlegung.

Tabelle 6.12 Erwartungen an die Rentenhöhe im Vergleich zum Informationsbrief
- nur erwerbstätige und arbeitslose Befragte - 2013 - in Prozent

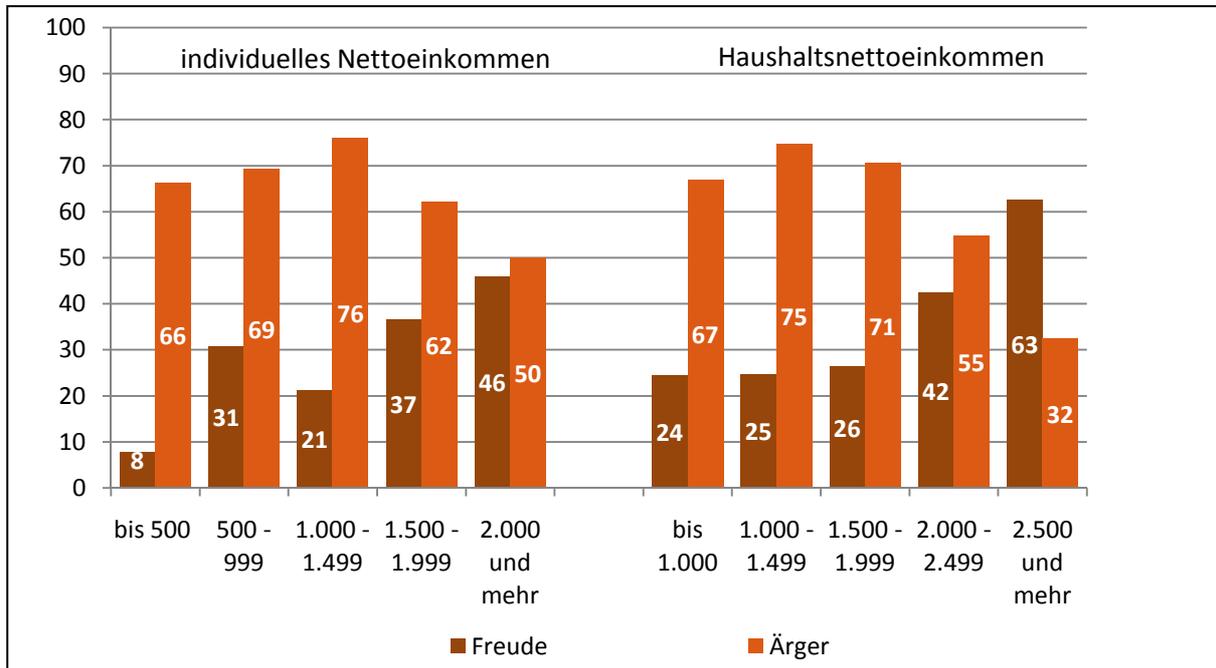
	Gesamt 50 - 64 Jahre	Frauen	Männer	50 - 54 Jahre	55 - 59 Jahre	60 - 64 Jahre	erwerbs- tätig	apM/ arbeitslos	Gesamt ab 18 Jahre
	Altersgruppe 50 - 64 Jahre								
mehr Rente erwartet	18	16	20	9	18	31	18	16	13
weniger Rente erwartet	82	84	80	91	82	69	82	84	87

Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Lediglich Selbständige (31 %) sind häufiger optimistisch als der Durchschnitt, das könnte mit deren höheren eigenen Vorsorge korrespondieren.

Angestellte (36 %) und insbesondere Hochschulabsolventen (44 %) sehen in den Informationen der Rentenversicherer häufiger als der Durchschnitt eine gute Orientierung für ihre zukünftigen Einkommenshöhen. Der positivere Blick nimmt mit dem individuellen wie auch dem Haushaltsnettoeinkommen deutlich zu.

Abbildung 6.15 Viele von Ihnen, die noch nicht Rentner sind, erhalten regelmäßig Post von Ihrem Rentenversicherer, indem Sie über die Höhe ihrer künftigen Regelaltersrente informiert werden. Was meinen Sie? - **nur erwerbstätige und arbeitslose Befragte** - 2013 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2013 (gew.)

Mit dem “Sozialreport 50+ 2013“ legt der Bundesverband der Volkssolidarität zum 12. Mal seit 1990 eine Analyse zur sozialen Lage älterer Bürger in den neuen Bundesländern vor. Der Verband fasst diese Arbeiten als Teil seiner Interessenvertretung auf, da die Reporte Meinungen und Befindlichkeiten der Bürger der neuen Bundesländer (inkl. Berlin-Ost)erheben und damit Teil der öffentlichen Meinung und Meinungsbildung sind.

In diesem Jahr erfolgt eine Konzentration der Analyse auf die gegenwärtig 50- bis 64-Jährigen, damit werden jene Jahrgänge erfasst, welche in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre getragen haben und noch tragen.

Der “Sozialreport 50+ 2013”wendet sich an sozial und politisch Engagierte, an Sozialwissenschaftler, Politiker, Parteien, Verbände und Verwaltungen - nicht nur in den neuen Bundesländern.